

J. W. Stalin

Werke

5

1921 - 1923

HERAUSGEGEBEN
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEE
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZETRAALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

DIETZ VERLAG BERLIN
1952

INHALT

6	...	Vorwort	
1921			
8	...	Rede bei Eröffnung der Beratung der Kommunisten der Turkvölker der RSFSR, 1. Januar 1921 (Protokollarische Niederschrift)	
10	...	Unsere Meinungsverschiedenheiten	
10	...	I. Zwei Methoden des Herangehens an die Arbeitermassen	
12	...	II. Bewusster Demokratismus und erzwungener „Demokratismus“	
16	...	Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage. Thesen zum X. Parteitag der KPR(B), bestätigt vom ZK der Partei	
16	...	I. Kapitalistisches System und nationale Unterdrückung	
17	...	II. Sowjetsystem und nationale Freiheit	
19	...	III. Die nächsten Aufgaben der KPR	
23	...	Der X. Parteitag der KPR(B), 8.-16. März 1921	
24	...	1. Referat über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage, 10. März	
30	...	2. Schlusswort, 10. März	
33	...	Brief an W.I. Lenin	
34	...	Zur Behandlung der nationalen Frage	
38	...	Begrüßungsschreiben an den ersten Kongress der Frauen der Bergvölker	
39	...	Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten. Entwurf zu einer Broschüre	
	...	I. Terminologische Definitionen und Untersuchungsgegenstand	
41	...	II. Die historischen Wendungen in der Entwicklung Rußlands	
43	...	III. Fragen	
51	...	Über die nächsten Aufgaben des Kommunismus in Georgien und Transkaukasien. Bericht in der Mitgliederversammlung der Tifliser Organisation der Kommunistischen Partei Georgiens, 6. Juli 1921	
57	...	Die Partei vor und nach der Machtergreifung	
63	...	Die Oktoberrevolution und die nationale Politik der russischen Kommunisten	
65	...	Die Perspektiven	
1922			
71	...	An die „Prawda“	
72	...	Zum zehnten Jahrestag der „Prawda“ (Erinnerungen)	
75	...	Genosse Lenin in Erholung. Notizen	
77	...	Gruß an Petrograd. An den Deputiertensowjet	
78	...	Die Frage der Vereinigung der unabhängigen nationalen Republiken. Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“	
82	...	Über die Vereinigung der Sowjetrepubliken. Referat auf dem X. Allrussischen Sowjetkongress, 26. Dezember 1922	
87	...	Über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Referat auf dem I. Sowjetkongress der UdSSR, 30. Dezember 1922	

1923

- 90 ... Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten
- 90 ... I. Einleitend Begriffe
- 96 ... II. Der strategische Plan
- 100 ... Die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau. Thesen zum XII. Parteitag der KPR(B), gebilligt vom ZK der Partei
- 106 ... Der XII. Parteitag der KPR(B), 17.-25. April 1923
- 107 ... 1. Organisatorischer Bericht des Zentralkomitees der KPR(B), 17. April
- 119 ... 2. Schlusswort zum organisatorischen Bericht des ZK, 19. April
- 125 ... 3. Referat über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau, 23. April
- 138 ... 4. Schlusswort zum Referat über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau, 25. April
- 143 ... 5. Antwort auf die Abänderungsanträge zur Resolution, 25. April
- 145 ... 6. Ergänzung zum Bericht der Kommission für die nationale Frage, 25. April
- 146 ... Die Presse als kollektiver Organisator
- 148 ... Je weiter, desto schlimmer
- 150 ... Vierte Beratung des ZK der KPR(B) mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete, 9.-12. Juni 1923
- 151 ... 1. Entwurf einer Plattform zur nationalen Frage für die IV. Beratung, gebilligt vom Politbüro des ZK
- 155 ... 2. Über die Rechten und „Linken“ in den nationalen Republiken und Gebieten. Rede zum ersten Tagesordnungspunkt der Beratung: „Der Fall Sultan-Galijew“, 10. Juni
- 161 ... 3. Die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Resolution des XII. Parteitags zur nationalen Frage. Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt, 10. Juni
- 167 ... 4. Schlusswort, 12. Juni
- 173 ... 5. Antwort auf Diskussionsreden, 12. Juni
- 174 ... Die Oktoberrevolution und die Frage der Mittelschichten
- 177 ... Zum fünften Jahrestag des ersten Kongresses der Arbeiterinnen und Bäuerinnen
- 179 ... Rede in der Festsitzung in der Militäarakademie, 17. November 1923 (Kurzer Zeitungsbericht)
- 180 ... Über die Aufgaben der Partei. Referat in der erweiterten Versammlung des KPR(B)-Bezirkskomitees Krasnaja Presnja mit den Gruppenorganisatoren, den Mitgliedern des Diskussionsklubs und der Zellenbüros, 2. Dezember 1923
- 188 ... Über die Diskussion, über Rafail, über die Artikel Preobrashenskis und Saprnows und über den Brief Trotzki
- 196 ... Eine notwendige Bemerkung (Über Rafail)
- 198 ... Gruß an die Zeitung „Kommunist“

Anhang

- 200 ... Beilage Nr. 1. Deklaration über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- 202 ... Beilage Nr.2. Vertrag über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
- 206 ... Anmerkungen

VORWORT

Im fünften Band sind die Schriften J. W. Stalins aufgenommen worden, die in den Jahren 1921 bis 1923 geschrieben wurden.

Den Hauptinhalt des Bandes bilden Artikel, Referate und Reden über die Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit der Wiederherstellung der Volkswirtschaft, über die neuen Formen des Bündnisses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft unter den Verhältnissen der NÖP, über die Festigung der organisatorischen und ideologischen Einheit der Partei, über die Formen und Methoden der Verbindung der Partei mit den Massen („Unsere Meinungsverschiedenheiten“, „Über die nächsten Aufgaben des Kommunismus in Georgien und Transkaukasien“, „Die Perspektiven“, die Referate auf dem X. und dem XII. Parteitag).

Der Band enthält den Entwurf zu einer Broschüre „Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ sowie die Artikel „Die Partei vor und nach der Machtergreifung“ und „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“, in denen J.W. Stalin die Leninsche Lehre von der politischen Strategie und Taktik der bolschewistischen Partei weiterentwickelt.

Ein beträchtlicher Teil der Schriften, die im fünften Band enthalten sind, ist der Entwicklung der Theorie der nationalen Frage, der nationalen Politik der bolschewistischen Partei, dem Aufbau des sowjetischen Nationalitätenstaates und der Ausarbeitung der Grundsätze der ersten Verfassung der UdSSR gewidmet (die Thesen zum X. und zum XII. Parteitag, die Referate auf dem X. und dem XII. Parteitag sowie auf der IV. Beratung des ZK der KPR(B) mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete, die Referate auf dem X. Allrussischen Sowjetkongress und dem I. Sowjetkongress der UdSSR, die Artikel „Zur Behandlung der nationalen Frage“, „Die Oktoberrevolution und die nationale Politik der russischen Kommunisten“ u. a.).

Zum erstenmal veröffentlicht werden in diesem Band: „Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ - Entwurf zu einer Broschüre; „Entwurf einer Plattform zur nationalen Frage“; das Referat „Die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Resolution des XII. Parteitags zur nationalen Frage“, das Schlusswort zu dem Referat und die Antwort auf Diskussionsreden auf der IV. Beratung des ZK der KPR(B) mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete.

Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B)

1921

REDE BEI ERÖFFNUNG DER BERATUNG DER KOMMUNISTEN DER TURKVÖLKER DER RSFSR^[1]

1. Januar 1921
(Protokollarische Niederschrift)

Turkvölker: Sprach- und Völkergruppe im Südosten Europas (Türken), in Nord-, Mittel- und Vorderasien (u.a. Aserbaidzhaner, Baschkiren, Kirgisen, Kasachen, Tataren, Turkmenen, Uiguren, Usbeken); zumeist Muslime. Die Urheimat der Turkvölker (erste Erwähnung des Namens „Türk“ im 6. Jahrhundert) lag in Zentralasien (Altairegion). Vom 6. bis 8. Jahrhundert bildeten die nomadischen Turkvölker Steppenimperien von der Mongolei bis zur Ukraine. Durch Wanderungen einzelner Stämme oder Stammesverbände dehnte sich ihr Siedlungsgebiet nach Westen aus, dabei wurden viele Nomaden unter iranischem Einfluss sesshaft. Im 11. Jahrhundert drangen die türkischen Seldschuken nach Kleinasien vor, wo im 13. Jahrhundert das Osmanische Reich entstand. Besonders bekannt wurden auch die Protobulgaren, die Chasaren und Polowzer (Kumanen)
(Quelle: <http://steppenreiter.de/turkvölker.htm>)

(Anm.: Daniel Weigelt)

Bei Eröffnung der Beratung hebt Genosse Stalin den unbefriedigenden Stand der Arbeit des Zentralbüros, das neu gewählt werden soll, hervor und charakterisiert dann kurz die Entwicklungsbedingungen des Kommunismus unter den Turkvölkern der RSFSR.

Die Entwicklung des Kommunismus in Rußland hat eine lange, mehrere Jahrzehnte währende Geschichte theoretischer Arbeit und theoretischen Kampfes innerhalb des russischen Sozialismus. Aus diesem Kampf ging eine festgefügte Gruppe führender Elemente hervor, die genügend stark in der Theorie und standhaft in prinzipieller Hinsicht waren, um die Parteimassen führen zu können.

Zum Unterschied davon ist der Kommunismus im Osten unseres Landes erst vor kurzem entstanden, im Verlauf des praktischen revolutionären Kampfes um den Sozialismus, ohne vorher ein Stadium der theoretischen Entwicklung durchgemacht zu haben. Hieraus entspringt die theoretische Schwäche des Kommunismus in den Turkländern, eine Schwäche, die nur durch die Schaffung einer auf den Prinzipien des Kommunismus fußenden Literatur in den Turksprachen unseres Landes beseitigt werden kann.

In der Entwicklungsgeschichte des russischen Kommunismus hatte der Kampf gegen die nationalistische Abweichung niemals ernste Bedeutung. Als ehemals herrschende Nation haben die Russen im allgemeinen, die russischen Kommunisten im besonderen, keine nationale Unterdrückung erlebt; sie hatten eigentlich, von gewissen Stimmungen des „Großmachtchauvinismus“ abgesehen, mit nationalistischen Tendenzen in ihrer Mitte nichts zu tun und brauchten darum solche Tendenzen nicht oder fast nicht zu überwinden.

Zum Unterschied davon hatten und haben es die Kommunisten der Turkländern als Söhne unterdrückter Völker, die das Stadium nationaler Unterdrückung durchgemacht haben, dauernd mit einer nationalistischen Abweichung, mit Überresten des Nationalismus in ihrer Mitte zu tun, deren Überwindung eine dringende Aufgabe der türkischen Kommunisten bildet. Dieser Umstand ist zweifellos ein Hemmnis für die Herauskristallisierung des Kommunismus im Osten unseres Landes.

Der Kommunismus im Osten hat jedoch auch seine günstige Seite. Bei der praktischen Verwirklichung des Sozialismus verfügten die russischen Kommunisten nicht oder fast nicht über Erfahrungen der fortgeschrittenen Länder Europas (Europa hatte hauptsächlich die Erfahrungen des parlamentarischen Kampfes geliefert), so dass sie sich den Weg zum Sozialismus sozusagen mit eigenen Mitteln bahnen mussten, wobei eine Reihe von Fehlern unvermeidlich war.

Zum Unterschied davon hatte der türkische Kommunismus, der im praktischen Kampf um den Sozialismus, Seite an Seite mit den russischen Genossen, entstanden ist, die Möglichkeit, die praktischen Erfahrungen der russischen Genossen auszunutzen und Fehler zu vermeiden.

Dieser Umstand ist die Garantie dafür, dass der Kommunismus im Osten alle Aussichten hat, sich in schnellem Tempo zu entwickeln und zu festigen.

Alle diese Umstände bestimmten die verhältnismäßig nachsichtige Politik des ZK der Partei gegenüber dem immer noch jungen türkischen Kommunismus, eine Politik, die darauf gerichtet ist, den standhaften kommunistischen Elementen des Ostens in ihrem Kampf gegen die oben erwähnten Schwächen und Mängel des türkischen Kommunismus zu helfen.

Das Zentralbüro ist der Apparat, durch den Maßnahmen durchgeführt werden müssen, um die Überreste des Nationalismus zu bekämpfen und den Kommunismus im Osten unseres Landes theoretisch zu festigen.

*„Prawda“ Nr. 6,
12. Januar 1921.*

UNSERE MEINUNGSVERSCHIEDENHEITEN

Unsere Meinungsverschiedenheiten in der Gewerkschaftsfrage drehen sich nicht um die prinzipielle Beurteilung der Gewerkschaften. Die von Trotzki des öfteren zitierten bekannten Punkte unseres Programms über die Rolle der Gewerkschaften und die Resolution des IX. Parteitags über die Gewerkschaften^[2] bleiben in Kraft (und werden in Kraft bleiben). Niemand bestreitet, dass die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane einander wechselseitig durchdringen müssen und durchdringen werden („das Zusammenwachsen“). Niemand bestreitet, dass der gegenwärtige Augenblick der wirtschaftlichen Wiedergeburt des Landes eine allmähliche Umwandlung der Industriegewerkschaften, die dies vorerst nur dem Namen nach sind, in wirkliche Industriegewerkschaften erheischt, die fähig sind, die wichtigsten Zweige unserer Industrie auf die Beine zu stellen. Kurzum, unsere Meinungsverschiedenheiten sind nicht prinzipieller Natur.

Ebensowenig berühren unsere Meinungsverschiedenheiten die Frage, ob in den Gewerkschaften und in der Arbeiterklasse überhaupt eine Arbeitsdisziplin notwendig ist. Das Gerede darüber, dass ein Teil unserer Partei „die Zügel schießen lässt“ und die Massen dem Spiel von Elementargewalten überlässt, ist ein Resultat geistiger Beschränktheit. Die führende Rolle der Parteielemente innerhalb der Gewerkschaften sowie der Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterklasse bleibt eine unbestreitbare Wahrheit.

Noch weniger berühren unsere Meinungsverschiedenheiten die Frage der qualitativen Zusammensetzung der Zentralkomitees der Gewerkschaften und des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften. Alle stimmen darin überein, dass die Zusammensetzung dieser Institutionen bei weitem nicht ideal ist, dass sich eine Reihe militärischer und anderer Mobilmachungen verheerend auf die Gewerkschaften ausgewirkt hat, dass man den Gewerkschaften ihre alten Funktionäre zurückgeben und neue zuführen, dass man ihnen technische Mittel zur Verfügung stellen muss usw.

Nein, nicht auf diesem Gebiet liegen unsere Meinungsverschiedenheiten.

I

ZWEI METHODEN

DES HERANGEHENS AN DIE ARBEITERMASSEN

Unsere Meinungsverschiedenheiten drehen sich um die Fragen nach der Art und Weise, wie die Arbeitsdisziplin in der Arbeiterklasse zu festigen ist, nach den Methoden, wie an die Arbeitermassen heranzugehen ist, um sie zur Wiederherstellung der Industrie heranzuziehen, und nach den Wegen, die einzuschlagen sind, um die jetzt schwachen Gewerkschaften zu mächtigen, wirklichen Industriegewerkschaften zu machen, die fähig sind, unsere Industrie zu neuem Leben zu erwecken.

Es gibt zwei Methoden: die Methode des Zwanges (die militärische Methode) und die Methode der Überzeugung (die gewerkschaftliche Methode). Die erste Methode schließt keineswegs Elemente der Überzeugung aus, doch sind hier die Elemente der Überzeugung den Erfordernissen der Methode des Zwanges untergeordnet und bilden ein Hilfsmittel für diese. Die zweite Methode schließt ihrerseits Elemente des Zwanges nicht aus, doch sind hier die Elemente des Zwanges den Erfordernissen der Methode der Überzeugung untergeordnet und bilden ein Hilfsmittel für diese. Diese beiden Methoden miteinander zu verwechseln ist ebenso unzulässig, wie es unzulässig ist, die Armee und die Arbeiterklasse in einen Topf zu werfen.

Eine Gruppe von Parteiarbeitern, mit Trotzki an der Spitze, die von den Erfolgen der militärischen Methoden innerhalb der Armee berauscht ist, meint, man könne und müsse diese Methoden in die Arbeitermassen, in die Gewerkschaften verpflanzen, um bei der

Festigung der Gewerkschaften, bei der Wiedergeburt der Industrie die gleichen Erfolge zu erzielen. Diese Gruppe vergisst jedoch, dass die Armee und die Arbeiter zwei verschiedenartige Sphären darstellen, dass eine Methode, die für die Armee tauglich ist, sich für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften als untauglich, als schädlich erweisen kann.

Die Armee ist keine homogene Größe, sie setzt sich aus zwei grundlegenden sozialen Gruppen zusammen, aus Bauern und Arbeitern, von denen die ersten die zweiten um ein Mehrfaches überwiegen. Als der VIII. Parteitag^[3] die Notwendigkeit vorwiegender Anwendung der Methoden des Zwanges in der Armee begründete, ging er davon aus, dass unsere Armee hauptsächlich aus Bauern besteht, dass die Bauern für den Sozialismus nicht kämpfen werden, dass man sie zwingen kann und muss, für den Sozialismus zu kämpfen, indem man Methoden des Zwanges anwendet. Hieraus erwachsen solche rein militärische Methoden der Einwirkung wie das System der Kommissare mit den politischen Abteilungen, die Revolutionstribunale, die Disziplinarstrafen, die Besetzung aller Posten durch Ernennungen usw.

Im Gegensatz zur Armee ist die Arbeiterklasse sozial homogen, sie neigt kraft ihrer ökonomischen Lage zum Sozialismus hin, ist der kommunistischen Agitation leicht zugänglich, organisiert sich freiwillig in Gewerkschaften und bildet infolge all dessen die Grundlage, das Salz des Sowjetstaates. Es ist darum nicht verwunderlich, dass der praktischen Arbeit unserer Industriegewerkschaften die überwiegende Anwendung von Methoden der Überzeugung zugrunde gelegt wurde. Hieraus erwachsen solche rein gewerkschaftliche Methoden der Einwirkung wie die Aufklärung, die Massenpropaganda, die Entfaltung der Initiative und Selbsttätigkeit der Arbeitermassen, die Wählbarkeit usw.

Trotzkis Fehler besteht darin, dass er den Unterschied zwischen Armee und Arbeiterklasse unterschätzt, die militärischen Organisationen und die Gewerkschaften auf die gleiche Stufe stellt und - wohl aus Gewohnheit - versucht, die militärischen Methoden aus der Armee auf die Gewerkschaften, auf die Arbeiterklasse zu übertragen.

„Die nackte Gegenüberstellung der militärischen Methoden (Befehl, Strafe) und der gewerkschaftlichen Methoden (Aufklärung, Propaganda, Selbsttätigkeit)“, sagt Trotzki in einem der Dokumente, „ist ein Ausdruck kautskyanischmenschewistisch-sozialrevolutionärer Vorurteile... Allein schon die Gegenüberstellung der Arbeits- und der Militärorganisation im Arbeiterstaat bedeutet eine schämliche Kapitulation vor dem Kautskyanertum.“

So spricht Trotzki.

Lässt man das unnötige Wortgeprassel über „Kautskyanertum“, „Menschewismus“ usw. beiseite, so ist klar, dass Trotzki den Unterschied nicht begriffen hat, der zwischen den Arbeiterorganisationen und den Militärorganisationen besteht, nicht begriffen hat, dass zu einem Zeitpunkt, da der Krieg beendet ist und die Industrie zu neuem Leben erweckt werden muss, die Gegenüberstellung der militärischen Methoden und der demokratischen (gewerkschaftlichen) Methoden notwendig, unumgänglich ist, dass infolgedessen die Übertragung der militärischen Methoden auf die Gewerkschaften falsch, schädlich ist.

Dieses Nichtbegreifen liegt den kürzlich erschienenen polemischen Broschüren Trotzkis über die Gewerkschaften zugrunde.

In diesem Nichtbegreifen ist die Quelle der Fehler Trotzkis zu suchen.

II BEWUSSTER DEMOKRATISMUS UND ERZWUNGENER „DEMOKRATISMUS“

Manche glauben, das Reden über Demokratismus in den Gewerkschaften sei eine hohle Deklamation, eine Mode, hervorgerufen durch gewisse Erscheinungen des innerparteilichen Lebens, man werde das „Geschwätz“ über Demokratismus mit der Zeit satt bekommen und alles werde seinen „alten Gang“ gehen.

Andere wiederum meinen, der Demokratismus in den Gewerkschaften sei im Grunde genommen ein Zugeständnis, ein erzwungenes Zugeständnis an die Forderungen der Arbeiter, wir hätten es hier eher mit Diplomatie als mit etwas Wirklichem, etwas Ephememem zu tun.

Es erübrigt sich zu sagen, dass sowohl die einen als auch die anderen Genossen sich gründlich irren. Der Demokratismus in den Gewerkschaften, das heißt das, was man als „normale Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften“ zu bezeichnen pflegt, ist ein den proletarischen Massenorganisationen eigener bewusster Demokratismus, der das Bewusstsein der Notwendigkeit und Nützlichkeit einer systematischen Anwendung der Methoden der Überzeugung gegenüber den Millionenmassen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter voraussetzt. Ohne dieses Bewusstsein wird der Demokratismus zu leerem Schall.

Solange Krieg war und Gefahr vor der Tür stand, fanden die Appelle unserer Organisationen „Der Front zu Hilfe“ lebhaften Widerhall bei den Arbeitern, war doch die Gefahr des Untergangs allzu greifbar, hatte doch diese Gefahr eine ganz konkrete und für alle sichtbare Form in Gestalt der Armeen Koltschaks, Judenitschs, Denikins, Pilsudskis und Wrangels, die vorrückten und die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederherstellten. Damals war es nicht schwer, die Massen zu mobilisieren. Jetzt jedoch, da die Kriegsgefahr beseitigt, die neue Gefahr aller, die wirtschaftliche Gefahr (wirtschaftliche Zerrüttung), für die Massen bei weitem nicht so greifbar ist, lassen sich die breiten Massen durch Appelle allein nicht mobilisieren. Gewiss, der Mangel an Brot und Textilien wird von allen empfunden, aber erstens wissen sich die Menschen trotzdem zu helfen und treiben irgendwie Brot und Textilien für sich auf, so dass die Gefahr des Brot- und Warenmangels die Massen lange nicht so antreibt, wie sie die Kriegsgefahr angetrieben hatte; zweitens wird niemand behaupten wollen, dass die wirtschaftliche Gefahr (der Mangel an Lokomotiven, landwirtschaftlichen Maschinen, Textilfabriken, Hüttenwerken, Mangel an Ausrüstung für Kraftwerke usw.) im Bewusstsein der Massen ebenso real ist, wie es die Kriegsgefahr in jüngster Vergangenheit war. Um die Millionenmassen der Arbeiterklasse gegen die wirtschaftliche Zerrüttung in Bewegung zu setzen, gilt es, die Initiative, die Bewusstheit, die Selbsttätigkeit der breiten Massen zu heben, gilt es, sie an Hand konkreter Tatsachen davon zu überzeugen, dass die wirtschaftliche Zerrüttung eine ebenso reale und tödliche Gefahr ist, wie es gestern die Kriegsgefahr war, gilt es, durch demokratisch aufgebaute Gewerkschaften Millionen Arbeiter zur Wiederherstellung der Wirtschaft heranzuziehen. Nur so kann man den Kampf der Wirtschaftsorgane gegen die wirtschaftliche Zerrüttung zur ureigenen Angelegenheit der ganzen Arbeiterklasse machen. Geschieht das nicht, ist ein Sieg an der Wirtschaftsfront unmöglich.

Kurzum: Bewusster Demokratismus, die Methode der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften ist die einzig richtige Methode der Industriegewerkschaften.

Mit diesem Demokratismus hat der erzwungene „Demokratismus“ nichts gemein.

Liest man die Broschüre Trotzki „Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften“, dann könnte man meinen, Trotzki sei im Grunde genommen „ebenfalls“ für die „demokratische“ Methode. Aus diesem Grunde glauben manche Genossen, es handle sich bei unseren Meinungsverschiedenheiten nicht um die Methoden der Gewerkschaftsarbeit. Das ist jedoch völlig falsch. Denn der „Demokratismus“ Trotzki ist ein erzwungener, halber,

prinzipienloser Demokratismus und ergänzt als solcher lediglich die militär-bürokratische Methode, die für die Gewerkschaften unbrauchbar ist.

Man urteile selber.

In Ausführung eines Anfang November 1920 vom ZK gefassten Beschlusses nimmt die kommunistische Fraktion der V. Allrussischen Gewerkschaftskonferenz eine Resolution an, dass „es notwendig ist, den energischsten und planmäßigsten Kampf gegen die Ausartung des Zentralismus und der militarisierten Arbeitsformen in Bürokratismus, bornierte Selbstherrlichkeit, Beamtendünkel und kleinliche Bevormundung der Gewerkschaften zu führen..., dass auch für das Zektran (das von Trotzki geleitete ZK der Arbeiter des Verkehrswesens) die Zeit der durch besondere Bedingungen hervorgerufenen spezifischen Verwaltungsmethoden, um derentwillen der Glawpolitputj. (Politische Hauptverwaltung des Eisenbahnwesens. Der Übers.) geschaffen worden war, nunmehr zu Ende geht“, dass die kommunistische Fraktion der Konferenz infolgedessen „dem Zektran empfiehlt, die normalen Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaft zu verstärken und zu entwickeln“, und das Zektran verpflichtet, „aktiv an der gesamten Tätigkeit dem Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften teilzunehmen und ihm mit gleichen Rechten wie auch die anderen Gewerkschaftsverbände anzugehören“ (siehe „Prawda“ Nr.255). Doch ungeachtet dieses Beschlusses verfolgen Trotzki und das Zektran den ganzen November hindurch die alte halbbürokratische, halb-militärische Linie und versuchen, nach wie vor gestützt auf den Glawpolitputj und den Glawpolitwod (Politische Hauptverwaltung des Schifffahrtswesens. Der Übers.), den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften „durchzurütteln“, zu sprengen und auf einer privilegierten Stellung des Zektrans unter den anderen Gewerkschaftsverbänden zu beharren. Mehr noch, in einem Schreiben „An die Mitglieder des Politbüros des ZK“ vom 30. November erklärt Trotzki ebenso „unerwartet“, dass „der Glawpolitwod ... zumindest in den nächsten zwei bis drei Monaten auf keinen Fall aufgelöst werden kann“. Und nun? Sechs Tage nach diesem Schreiben (am 7. Dezember) stimmt derselbe Trotzki ebenso „unerwartet“ im ZK dafür, dass „der Glawpolitputj und der Glawpolitwod unverzüglich aufgelöst werden und alle ihre Kräfte und Mittel auf der Grundlage des normalen Demokratismus der Gewerkschaftsorganisation übergeben werden“. Und 8 Mitglieder des ZK, darunter Trotzki, stimmen dafür, gegen 7 Mitglieder, die eine Auflösung dieser Institutionen bereits für ungenügend halten und fordern, dass außerdem die gegenwärtige Zusammensetzung des Zektrans geändert werde. Um das Zektran in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu retten, stimmt Trotzki für eine Auflösung der politischen Hauptverwaltungen im Zektran.

Was hat sich in diesen sechs Tagen geändert? Vielleicht sind die Eisenbahn- und Schifffahrtsarbeiter in diesen sechs Tagen so gewachsen, dass der Glawpolitputj und der Glawpolitwod für sie nicht mehr notwendig sind? Oder vielleicht ist in dieser kurzen Zeitspanne eine wichtige Veränderung in der innen- oder außenpolitischen Situation eingetreten? Natürlich nicht. Es handelt sich darum, dass die Schifffahrtsarbeiter vom Zektran entschieden die Auflösung der politischen Hauptverwaltung und eine Veränderung der Zusammensetzung des Zektrans gefordert haben und die Gruppe Trotzki's, die ein Fiasko fürchtete und bestrebt war, wenigstens das Zektran in seiner alten Zusammensetzung zu erhalten, sich gezwungen sah, zurückzuweichen und Teilzugeständnisse zu machen, die übrigens niemand befriedigten.

Das sind die Tatsachen.

Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass dieser erzwungene, halbe, prinzipienlose „Demokratismus“ nichts gemein hat mit den „normalen Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften“, die vom ZK der Partei schon Anfang November empfohlen wurden und die so notwendig sind, um unsere Industriegewerkschaften zu neuem Leben zu erwecken.

In seinem Schlusswort in der Diskussionsversammlung der kommunistischen Fraktion des Sowjetkongresses^[4] protestierte Trotzki dagegen, dass in die Diskussionen über die Gewerkschaften ein politisches Element hineingetragen werde, und behauptete, Politik hätte hier nichts zu suchen. Man muss feststellen, dass Trotzki hier absolut unrecht hat. Es braucht wohl kaum bewiesen zu werden, dass in einem Arbeiter- und Bauernstaat kein einziger wichtiger Beschluss von gesamtstaatlicher Bedeutung, besonders wenn er die Arbeiterklasse unmittelbar betrifft, durchgeführt werden kann, ohne dass er sich in dieser oder jener Form auf den politischen Zustand des Landes auswirkt. Und es ist überhaupt lächerlich und nicht seriös, die Politik von der Ökonomie trennen zu wollen. Gerade darum aber ist es notwendig, dass jeder derartige Beschluss vorher auch vom politischen Standpunkt aus bewertet wird. Man urteile selber.

Es kann jetzt als erwiesen betrachtet werden, dass die Methoden des von Trotzki geleiteten Zektrans durch die Praxis des Zektrans selbst verurteilt worden sind. Durch seine Leitung des Zektrans und durch seine Einwirkung auf andere Gewerkschaften mittels des Zektrans wollte Trotzki eine Belebung und Erneuerung der Gewerkschaften, die Heranziehung der Arbeiter zur Wiederherstellung der Industrie erreichen. Was aber hat er in Wirklichkeit erreicht? Einen Konflikt mit der Mehrheit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften, einen Konflikt der Mehrheit der Gewerkschaften mit dem Zektran, eine faktische Spaltung des Zektrans, eine Erbitterung der „unteren Schichten“ der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen die „Kommissare“. Mit anderen Worten: Nicht nur, dass keine Erneuerung der Gewerkschaften erreicht wurde, auch das Zektran selbst geriet in Zersetzung. Zweifellos hätten wir, wenn die Methoden des Zektrans auch auf andere Gewerkschaften übertragen worden waren, dort das gleiche Bild der Konflikte, der Spaltung und der Zersetzung. Als Resultat hätten wir Zerfall und Spaltung in der Arbeiterklasse.

Kann denn die politische Partei der Arbeiterklasse an diesen Tatsachen vorübergehen? Kann man denn behaupten, dass es für den politischen Zustand unseres Landes gleichgültig sei, ob wir es mit einer in einheitlichen Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiterklasse zu tun haben öder mit einer Arbeiterklasse, die in verschiedene einander feindliche Gruppen gespalten ist? Kann man denn davon reden, dass bei der Beurteilung der Methoden des Herangehens an die Massen das politische Moment keine Rolle spielen solle, dass die Politik hier nichts zu suchen habe?

Es ist klar, dass man das nicht kann.

Die RSFSR und die mit ihr verbündeten Republiken haben jetzt eine Bevölkerung von etwa 140 Millionen. Davon sind 80 Prozent Bauern. Um ein solches Land regieren zu können, muss die Sowjetmacht das feste Vertrauen der Arbeiterklasse besitzen, denn nur durch die Arbeiterklasse und mit den Kräften der Arbeiterklasse lässt sich ein solches Land verwalten. Um aber das Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter zu behalten und zu festigen, ist es notwendig, die Bewusstheit, die Selbsttätigkeit und die Initiative der Arbeiterklasse systematisch zu entfalten, ist es notwendig, die Arbeiterklasse systematisch im Geiste des Kommunismus zu erziehen, sie dazu in Gewerkschaften zu organisieren und zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft heranzuziehen.

Diese Aufgabe mit Methoden des Zwanges und der „Durchrüttelung“ der Gewerkschaften von oben durchzuführen, ist offensichtlich unmöglich, denn diese Methoden spalten die Arbeiterklasse (das Zektran!) und erzeugen Misstrauen gegen die Sowjetmacht. Außerdem ist es leicht zu begreifen, dass es eigentlich undenkbar ist, mit Methoden des Zwanges die Bewusstheit der Massen zu entwickeln oder ihr Vertrauen zur Sowjetmacht zu stärken.

Es ist klar, dass nur „mit den normalen Methoden der proletarischen Demokratie innerhalb der Gewerkschaften“, nur mit den Methoden der Überzeugung die Aufgabe zu verwirklichen ist, die Arbeiterklasse zusammenzuschließen, ihre Selbsttätigkeit zu heben und ihr Vertrauen zur Sowjetmacht zu festigen, das Vertrauen, das jetzt so notwendig ist, um das Land zum Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung zu mobilisieren.

Wie man sieht, spricht die Politik ebenfalls für die Methoden der Überzeugung.

5. Januar 1921.

*„Prawda“ Nr. 12,
19. Januar 1921.
Unterschrift: J. Stalin.*

ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER PARTEI IN DER NATIONALEN FRAGE

Thesen zum X. Parteitag der KPR(B),
bestätigt vom ZK der Partei^[5]

I KAPITALISTISCHES SYSTEM UND NATIONALE UNTERDRÜCKUNG

1. Die modernen Nationen stellen das Produkt einer bestimmten Epoche dar, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozess der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig der Prozess des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. Während der siegreichen Entwicklung des über die feudale Zersplitterung triumphierenden Kapitalismus formierten sich die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener zu Nationen.
2. Dort, wo die Bildung von Nationen zeitlich im großen und ganzen mit der Bildung von zentralisierten Staaten zusammenfiel, legten sich die Nationen natürlicherweise eine staatliche Hülle um und entwickelten sich zu selbständigen bürgerlichen Nationalstaaten. So geschah es in England (ohne Irland), Frankreich, Italien. Im Osten Europas vollzog sich dagegen die Bildung von zentralisierten Staaten, durch die Erfordernisse der Selbstverteidigung (Invasion der Türken, Mongolen usw.) beschleunigt, vor der Beseitigung des Feudalismus, folglich vor der Bildung von Nationen. Infolgedessen entwickelten sich die Nationen hier nicht zu Nationalstaaten und konnten sich nicht dazu entwickeln, sondern bildeten mehrere gemischte, bürgerliche Nationalitätenstaaten, in denen es gewöhnlich eine starke, herrschende Nation und mehrere schwache, unterworfenen Nationen gab. Solche Staaten waren Österreich, Ungarn, Rußland.
3. Nationalstaaten, wie Frankreich und Italien, die sich in der ersten Zeit hauptsächlich auf ihre eigenen nationalen Kräfte stützten, kannten eigentlich keine nationale Unterdrückung. Im Gegensatz dazu bilden die Nationalitätenstaaten, die auf der Herrschaft einer Nation - genauer: deren herrschender Klasse - über die übrigen Nationen aufgebaut sind, die Urheimat und den Hauptschauplatz nationaler Unterdrückung und nationaler Bewegungen. Die Gegensätze zwischen den Interessen der herrschenden Nation und denen der unterworfenen Nationen sind jene Gegensätze, ohne deren Lösung die stabile Existenz eines Nationalitätenstaates unmöglich ist. Die Tragödie des bürgerlichen Nationalitätenstaates besteht darin, dass er außerstande ist, diese Gegensätze zu überwinden, dass jeder seiner Versuche - unter Beibehaltung des Privateigentums und der Klassenungleichheit -, die Nationen „gleichzustellen“ und die nationalen Minderheiten „zu beschützen“, gewöhnlich mit einem neuen Misserfolg, einer neuen Verschärfung der nationalen Konflikte endet.
4. Das weitere Wachstum des Kapitalismus in Europa, das Bedürfnis nach neuen Absatzmärkten, die Suche nach Roh- und Brennstoffen, schließlich die Entwicklung des Imperialismus, der Kapitalexpert und die Notwendigkeit, sich die großen Seewege und Eisenbahnlinien zu sichern, führten einerseits zur Annexion neuer Territorien durch die alten Nationalstaaten und zu ihrer Verwandlung in Nationalitäten(Kolonial)staaten mit der ihnen eigenen nationalen Unterdrückung und mit nationalen Konflikten (England, Frankreich, Deutschland, Italien); andererseits verstärkten sie unter den herrschenden Nationen der alten Nationalitätenstaaten das Streben nicht nur nach Aufrechterhaltung der alten Staatsgrenzen, sondern auch nach ihrer Ausdehnung, nach Unterwerfung neuer (schwacher) Nationalitäten auf Kosten der Nachbarstaaten. Dadurch wurde die nationale Frage erweitert und schließlich durch den Gang der Dinge selbst mit der allgemeinen Frage der Kolonien verschmolzen; die

nationale Unterdrückung wurde aus einer innerstaatlichen zu einer zwischenstaatlichen Frage, zur Frage des Kampfes (und des Krieges) der imperialistischen „Groß“mächte um die Unterwerfung der schwachen, nicht vollberechtigten Nationalitäten.

5. Der imperialistische Krieg, der die unversöhnlichen nationalen Gegensätze und die innere Haltlosigkeit der bürgerlichen Nationalitätenstaaten bis auf die Wurzel aufdeckte, führte zur äußersten Verschärfung der nationalen Konflikte innerhalb der siegreichen Kolonialstaaten (England, Frankreich, Italien), zum völligen Zerfall der besiegten alten Nationalitätenstaaten (Österreich, Ungarn, Rußland von 1917) und schließlich - als „radikalste“ Lösung der nationalen Frage durch die Bourgeoisie - zur Bildung neuer bürgerlicher Nationalstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Finnland, Georgien, Armenien und andere). Die Bildung der neuen selbständigen Nationalstaaten führte aber nicht zum friedlichen Zusammenleben der Nationalitäten und konnte auch nicht dazu führen; sie beseitigte weder die nationale Ungleichheit noch die nationale Unterdrückung und konnte sie auch nicht beseitigen, denn die neuen Nationalstaaten, die auf Privateigentum und Klassenungleichheit beruhen, können nicht existieren.

a) ohne Unterdrückung ihrer eigenen nationalen Minderheiten (Polen unterdrückt die Bjelorussen, die Juden, die Litauer, die Ukrainer; Georgien unterdrückt die Osseten, die Abchasen, die Armenier; Jugoslawien unterdrückt die Kroaten, die Bosnier usw.);

b) ohne Erweiterung ihres Territoriums auf Kosten der Nachbarn, was Konflikte und Kriege hervorruft (Polen gegen Litauen, die Ukraine, Russland; Jugoslawien gegen Bulgarien; Georgien gegen Armenien, die Türkei usw.);

c) ohne finanzielle, ökonomische und militärische Unterordnung unter die imperialistischen „Groß“mächte.

6. So bietet die Nachkriegsperiode ein trostloses Bild nationaler Feindschaft, Ungleichheit, Unterdrückung, ein Bild von Konflikten, Kriegen, imperialistischen Bestialitäten der Nationen der zivilisierten Länder sowohl in ihren Beziehungen zueinander als auch zu den nicht vollberechtigten Völkern. Einerseits ein paar „Groß“mächte, die die gesamte Masse der abhängigen und „unabhängigen“ (faktisch völlig abhängigen) Nationalstaaten unterdrücken und ausbeuten, und Kampf dieser Mächte untereinander um das Monopol der Ausbeutung der Nationalstaaten. Andererseits Kampf der Nationalstaaten, der abhängigen wie der „unabhängigen“, gegen das unerträgliche Joch der „Groß“mächte; Kampf der Nationalstaaten untereinander um die Erweiterung ihres nationalen Territoriums; Kampf jedes einzelnen Nationalstaates gegen seine unterdrückten nationalen Minderheiten. Schließlich Verstärkung der Befreiungsbewegung der Kolonien gegen die „Groß“mächte und Verschärfung der nationalen Konflikte sowohl innerhalb dieser Mächte als auch innerhalb der Nationalstaaten, deren Staatsgefüge in der Regel eine Anzahl nationaler Minderheiten angehört.

Das ist das „Bild der Welt“, das der imperialistische Krieg als Erbe hinterlassen hat.

Die bürgerliche Gesellschaft hat in der Lösung der nationalen Frage vollständig Bankrott gemacht.

II

SOWJETSYSTEM UND NATIONALE FREIHEIT

1. Bringen Privateigentum und Kapital die Menschen unweigerlich auseinander, entfachen sie nationale Zwietracht und verstärken sie die nationale Unterdrückung, so bringen Kollektiveigentum und Arbeit ebenso unweigerlich die Menschen einander näher, entziehen der nationalen Zwietracht den Boden und schaffen die nationale Unterdrückung aus der Welt. Der Kapitalismus kann ohne nationale Unterdrückung ebensowenig existieren, wie der Sozialismus ohne Befreiung der unterdrückten Nationen, ohne nationale Freiheit existieren kann. Chauvinismus und nationaler Hader sind unvermeidlich, unabwendbar, solange die Bauernschaft (und das Kleinbürgertum überhaupt), von nationalistischen Vorurteilen erfüllt,

der Bourgeoisie folgt, und umgekehrt können nationale Eintracht und nationale Freiheit als gesichert gelten, wenn die Bauernschaft dem Proletariat folgt, das heißt, wenn die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Der Sieg der Sowjets und die Errichtung der Diktatur des Proletariats bilden daher die grundlegende Voraussetzung für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, für die Herstellung der nationalen Gleichheit, für die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten.

2. Die Erfahrungen der Sowjetrevolution bestätigen diese These vollauf. Die Errichtung der Sowjetordnung in Rußland und die Verkündung des Rechts der Nationen auf staatliche Lostrennung haben die Beziehungen zwischen den werktätigen Massen der Nationalitäten Rußlands umgewälzt, die alte nationale Feindschaft untergraben, der nationalen Unterdrückung den Boden entzogen und den russischen Arbeitern das Vertrauen ihrer Brüder aus anderen Nationalitäten nicht nur in Rußland, sondern auch in Europa und Asien erobert, haben dieses Vertrauen gesteigert bis zum Enthusiasmus, bis zu der Bereitschaft, für die gemeinsame Sache zu kämpfen. Die Bildung von Sowjetrepubliken in Aserbaidshan und Armenien zeitigte dieselben Resultate; sie beseitigte die nationalen Konflikte und schaffte die „Erb“feindschaft zwischen den türkischen und den armenischen, zwischen den armenischen und den aserbaidshanischen werktätigen Massen aus der Welt. Das gleiche gilt für den zeitweiligen Sieg der Räte in Ungarn, in Bayern, in Lettland. Andererseits kann man mit Bestimmtheit sagen, dass die russischen Arbeiter Koltshak und Denikin nicht hätten besiegen, dass die Aserbaidshanische und die Armenische Republik nicht fest hätten Fuß fassen können, wenn sie nicht bei sich zu Hause die nationale Feindschaft und die nationale Unterdrückung beseitigt hätten, wenn sie nicht des Vertrauens und der Begeisterung der werktätigen Massen der Nationalitäten des Westens und des Ostens sicher gewesen wären. Festigung der Sowjetrepubliken und Beseitigung der nationalen Unterdrückung bilden zwei Seiten eines und desselben Prozesses der Befreiung der Werktätigen aus der imperialistischen Knechtschaft.

3. Das Bestehen der Sowjetrepubliken, selbst der an Umfang unbedeutendsten, stellt aber für den Imperialismus eine tödliche Bedrohung dar. Diese Bedrohung besteht nicht nur darin, dass die Sowjetrepubliken nach ihrem Bruch mit dem Imperialismus sich aus Kolonien und Halbkolonien in wirklich selbständige Staaten verwandelt und dadurch den Imperialisten ein zusätzliches Stück Territorium und zusätzliche Einkünfte genommen haben, sondern vor allem darin, dass allein schon das Bestehen der Sowjetrepubliken, jeder Schritt dieser Republiken auf dem Wege zur Niederhaltung der Bourgeoisie und zur Festigung der Diktatur des Proletariats die stärkste Agitation gegen Kapitalismus und Imperialismus darstellt - eine Agitation für die Befreiung der abhängigen Länder aus der imperialistischen Knechtschaft und einen unüberwindlichen Faktor der Zersetzung und Desorganisation des Kapitalismus in allen seinen Formen. Daher die Unvermeidlichkeit des Kampfes der imperialistischen „Groß“mächte gegen die Sowjetrepubliken, das Bestreben der „Groß“mächte, diese Republiken zu vernichten. Die Geschichte des Kampfes der „Groß“mächte gegen Sowjetrußland, die eine bürgerliche Randstaatenregierung nach der andern, eine Gruppe konterrevolutionärer Generale nach der andern gegen Sowjetrußland auf die Beine bringen, es unter einer strengen Blockade halten und überhaupt bemüht sind, es ökonomisch zu isolieren, zeugt bereits davon, dass angesichts der gegebenen internationalen Verhältnisse, in kapitalistischer Umkreisung, keine einzige Sowjetrepublik, einzeln genommen, sich vor wirtschaftlicher Erschöpfung und militärischer Zerschlagung durch den Weltimperialismus sicher fühlen kann.

4. Deshalb ist das isolierte Bestehen einzelner Sowjetrepubliken angesichts der Gefährdung ihrer Existenz durch die kapitalistischen Staaten labil, unsicher. Die gemeinsamen Interessen der Verteidigung der Sowjetrepubliken einerseits, die Aufgabe der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte andererseits, sowie drittens die notwendige Unterstützung der getreidearmen Sowjetrepubliken mit Lebensmitteln durch die

getreidereichen Sowjetrepubliken diktieren gebieterisch ein staatliches Bündnis der einzelnen Sowjetrepubliken als einzigen Weg der Rettung vor imperialistischer Knechtung und nationaler Unterdrückung. Befreit von ihrer „eigenen“ und der „fremden“ Bourgeoisie, können die nationalen Sowjetrepubliken ihre Existenz nur dann behaupten und die vereinigten Kräfte des Imperialismus nur dann besiegen, wenn sie sich zu einem fest gefügten Staatsverband vereinigen - oder sie werden überhaupt nicht siegen.

5. Eine Föderation der Sowjetrepubliken, begründet auf der Gemeinsamkeit des Heereswesens und der Wirtschaft, ist jene allgemeine Form des Staatsverbands, die es ermöglicht,

a) die Integrität und die wirtschaftliche Entwicklung sowohl der einzelnen Republiken als auch der ganzen Föderation zu sichern;

b) die ganze Mannigfaltigkeit der Lebensformen, der Kultur und des ökonomischen Zustands der verschiedenen Nationen und Völkerschaften, die auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen, zu umfassen und dementsprechend die eine oder andere Art der Föderation anzuwenden;

c) das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Zusammenarbeit der Nationen und Völkerschaften zu gestalten, die ihr Schicksal auf die eine oder andere Weise mit dem Schicksal der Föderation verknüpft haben.

Die Erfahrungen, die Rußland mit der Anwendung verschiedener Arten der Föderation gemacht hat - Übergang von der auf Sowjetautonomie begründeten Föderation (Kirgisien, Baschkirien, Tatarien, die Bergvölker, Daghestan) zu der auf Vertragsbeziehungen mit unabhängigen Sowjetrepubliken begründeten Föderation (die Ukraine, Aserbaidshan) und Zulassung von Mittelstufen zwischen ihnen (Turkestan, Bjelorußland) - hat die ganze Zweckdienlichkeit und Elastizität der Föderation als der allgemeinen Form des Staatsverbands der Sowjetrepubliken vollauf bestätigt.

6. Die Föderation kann aber nur dann von Dauer und die Resultate der Föderierung können nur dann wirksam sein, wenn sie sich auf das gegenseitige Vertrauen und das freiwillige Einvernehmen der zu ihr gehörenden Länder stützt. Wenn die RSFSR das einzige Land der Welt ist, wo der Versuch des friedlichen Zusammenlebens und der brüderlichen Zusammenarbeit einer ganzen Reihe von Nationen und Völkerschaften geglückt ist, so deshalb, weil es hier weder herrschende noch unterworfenen Nationalitäten, weder eine Metropole noch Kolonien, weder Imperialismus noch nationale Unterdrückung gibt - die Föderation beruht hier auf dem gegenseitigen Vertrauen und dem freiwilligen Bündnisbestreben der werktätigen Massen der verschiedenen Nationen. Dieser freiwillige Charakter der Föderation muss unbedingt auch künftighin beibehalten werden, denn nur eine solche Föderation kann die Übergangsform sein zu jener höheren Einheit der Werktätigen aller Länder in einer einheitlichen Weltwirtschaft, deren Notwendigkeit immer greifbarer wird.

III

DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER KPR

1. Die RSFSR und die mit ihr verbundenen Sowjetrepubliken haben eine Bevölkerung von etwa 140 Millionen. Von diesen sind etwa 65 Millionen Nichtgroßrussen (Ukrainer, Bjelorusen, Kirgisien, Usbeken, Turkmenen, Tadshiken, Aserbaidshaner, Wolgatataren, Krimtataren, Bucharen, Chiwaner, Baschkiren, Armenier, Tschetschenen, Kabardiner, Osseten, Tscherkessen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren (Die zuletzt genannten sieben Völkerschaften werden zu der Gruppe der „Bergvölker“ zusammengefasst.), Kalmücken, Karelier, Awaren, Darginier, Kasikumuchen, Kjuriner, Kumücken (Die zuletzt genannten fünf Völkerschaften werden zu der Gruppe der „Daghestaner“ zusammengefaßt.), Mari, Tschuwaschen, Wotjaken, Wolgadeutsche, Burjaten, Jakuten und andere).

Die Politik des Zarismus, die Politik der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gegenüber diesen Völkern bestand darin, alle Ansätze zu einem Staatswesen bei ihnen zu ertöten, ihre Kultur zu verstümmeln, ihrer Sprache Beschränkungen aufzuerlegen, sie in Unwissenheit zu halten und sie schließlich nach Möglichkeit zu russifizieren. Das Ergebnis einer solchen Politik waren ein niedriges Entwicklungsniveau und politische Rückständigkeit dieser Völker.

Jetzt, da die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie gestürzt sind und die Volksmassen auch in diesen Ländern die Sowjetmacht proklamiert haben, besteht die Aufgabe der Partei darin, den werktätigen Massen der nichtgroßrussischen Völker zu helfen, das vorangeschrittene Zentralrußland einzuholen, ihnen zu helfen,

a) im eigenen Lande das sowjetische Staatswesen in Formen zu entwickeln und zu festigen, die dem nationalen Gepräge dieser Völker entsprechen;

b) im eigenen Lande Gerichte, Verwaltungskörperschaften, Wirtschaftsorgane, Machtorgane aufzubauen, die sich der Muttersprache bedienen und aus Einheimischen zusammengesetzt sind, die die Lebensweise und die Mentalität der einheimischen Bevölkerung kennen;

c) im eigenen Lande Presse, Schulen, Theater, Klubs und überhaupt Kultur- und Bildungsstätten in der Muttersprache zu entwickeln.

2. Zieht man von den 65 Millionen nichtgroßrussischen Einwohnern die Bevölkerung der Ukraine, Bjelorußlands, eines unbedeutenden Teils von Aserbaidshans und schließlich Armeniens ab, die in diesem oder jenem Grade die Periode des Industriekapitalismus durchgemacht haben, so bleiben ungefähr 25 Millionen übrig - eine vorwiegend türkische Bevölkerung (Turkestan, der größere Teil Aserbaidshans, Daghestan, die Bergvölker, die Tataren, Baschkiren, Kirgisen und andere) -, die nicht dazu bekommen waren, die kapitalistische Entwicklung durchzumachen, die kein oder fast kein eigenes Industrieproletariat besitzen, in den meisten Fällen eine auf der Viehzucht beruhende Wirtschaft und die patriarchalische Gentilverfassung beibehalten haben (Kirgisien, Baschkirien, Nordkaukasus) oder über die primitiven Formen halbpatriarchalischer, halbfeudaler Lebensweise nicht hinausgekommen (Aserbaidshans, die Krim und andere), aber bereits in den allgemeinen Strom der Sowjetentwicklung einbezogen sind.

Die Aufgabe der Partei gegenüber den arbeitenden Massen dieser Völker besteht (abgesehen von der in Punkt 1 genannten Aufgabe) darin, ihnen zu helfen, die Überreste der patriarchalisch-feudalen Verhältnisse zu liquidieren und sich in den Aufbau der sowjetischen Wirtschaft auf der Grundlage der Sowjets der werktätigen Bauern einzuschalten. Das wird dadurch erreicht, dass man unter diesen Völkern starke kommunistische Organisationen schafft, die fähig sind, die von den russischen Arbeitern und Bauern beim Sowjet- und Wirtschaftsaufbau gemachten Erfahrungen zu verwerten, und die es verstehen, gleichzeitig in ihrer Aufbauarbeit alle Besonderheiten der konkreten ökonomischen Lage, der Klassenstruktur, der Kultur und der Lebensweise jeder einzelnen Nationalität zu berücksichtigen, ohne die ökonomischen Maßnahmen Zentralrußlands, die sich nur für eine andere, höhere Stufe wirtschaftlicher Entwicklung eignen, mechanisch auf sie zu übertragen.

3. Zieht man von den 25 Millionen der vorwiegend türkischen Einwohner die Bevölkerung Aserbaidshans, des größeren Teils Turkestans, die Tataren (Wolga- und Krimtataren), die Bevölkerung Bucharas, Chiwas, Daghestans, einen Teil der Bergvölker (Kabardiner, Tscherkessen, Balkaren) und einige andere Nationalitäten ab, die bereits sesshaft geworden sind und ein bestimmtes Territorium fest besetzt haben, so bleiben ungefähr 6 Millionen Kirgisen, Baschkiren, Tschetschenen, Osseten und Inguschen übrig, deren Ländereien bis in die letzte Zeit hinein als Kolonisationsobjekt für russische Siedler dienten, die bereits von dem besten Ackerland Besitz ergriffen haben und die einheimische Bevölkerung systematisch in unfruchtbare Wüsteneien verdrängen.

Die Politik des Zarismus, die Politik der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie bestand darin, in diesen Gebieten möglichst viele Kulakenelemente aus den Reihen der russischen Bauern und der Kosaken anzusiedeln und die letzteren in eine zuverlässige Stütze ihrer

Großmachtbestrebungen zu verwandeln. Das Ergebnis dieser Politik war, dass die in die Einöde verdrängten Einheimischen (Kirgisen, Baschkiren) allmählich ausstarben.

Die Aufgabe der Partei gegenüber den arbeitenden Massen dieser Völkerschaften besteht (abgesehen von den in den Punkten 1 und 2 genannten Aufgaben) darin, deren Anstrengungen mit den Anstrengungen der arbeitenden Massen der örtlichen russischen Bevölkerung zu vereinigen im Kampf um die Befreiung von der Kulakenschaft im allgemeinen, von der raubgierigen großrussischen Kulakenschaft im besonderen, ihnen mit allen Kräften und mit allen Mitteln zu helfen, die kulakischen Kolonisatoren von sich abzuschütteln und ihnen auf diese Weise den für ein menschenwürdiges Dasein erforderlichen nutzbaren Boden zu sichern.

4. Außer den oben genannten Nationen und Völkerschaften, die eine bestimmte Klassenstruktur haben und ein bestimmtes Territorium bewohnen, gibt es in der RSFSR noch einzelne lose nationale Gruppen, nationale Minderheiten, die in kompakte Mehrheiten anderer Nationen eingesprenkelt sind und in den meisten Fällen weder eine bestimmte Klassenstruktur noch ein bestimmtes Territorium besitzen (Letten, Esten, Polen, Juden und andere nationale Minderheiten). Die Politik des Zarismus bestand darin, diese Minderheiten mit allen Mitteln - selbst Pogrome (Judenpogrome) nicht ausgenommen - auszutilgen.

Jetzt, da die nationalen Privilegien aufgehoben sind, die Gleichberechtigung der Nationen praktisch verwirklicht und das Recht der nationalen Minderheiten auf freie nationale Entwicklung durch den Charakter der Sowjetordnung selbst gewährleistet ist, besteht die Aufgabe der Partei gegenüber den arbeitenden Massen dieser nationalen Gruppen darin, ihnen zu helfen, von diesem ihnen gewährleisteten Recht auf freie Entwicklung voll und ganz Gebrauch zu machen.

5. Die kommunistischen Organisationen in den Randgebieten entwickeln sich unter etwas eigenartigen Verhältnissen, die das normale Wachstum der Partei in diesen Gebieten hemmen. Einerseits unterschätzen die in den Randgebieten arbeitenden großrussischen Kommunisten, die unter den Existenzbedingungen einer „Herrscher“-nation aufgewachsen sind und keine nationale Unterdrückung erfahren haben, mitunter die Bedeutung, die die nationalen Besonderheiten für die Parteiarbeit haben, oder sie berücksichtigen sie überhaupt nicht, ziehen die Besonderheiten der Klassenstruktur, der Kultur, der Lebensweise, der historischen Vergangenheit der betreffenden Nationalität nicht in Betracht und vulgarisieren und verzerren somit die Politik der Partei in der nationalen Frage. Dieser Umstand führt zu einer Abweichung vom Kommunismus in der Richtung zur Großmachtkonzeption, zur Kolonisationspolitik, zum großrussischen Chauvinismus. Andererseits übertreiben die aus der einheimischen Bevölkerung stammenden Kommunisten, die die schwere Periode der nationalen Unterjochung miterlebt und sich von diesem Alpdruck noch nicht ganz befreit haben, mitunter die Bedeutung, die die nationalen Besonderheiten für die Parteiarbeit haben, und lassen somit die Klasseninteressen der Werktätigen zurücktreten, oder sie verwechseln einfach die Interessen der Werktätigen der betreffenden Nation mit den „gesamt-nationalen“ Interessen der gleichen Nation, ohne zu verstehen, die einen von den anderen zu scheiden und die Parteiarbeit auf der Grundlage der ersteren aufzubauen. Dieser Umstand führt seinerseits zu einer Abweichung vom Kommunismus in der Richtung zum bürgerlich-demokratischen Nationalismus, der (im Osten) mitunter die Form des Panislamismus, des Panturkismus^[6] annimmt.

Der Parteitag verurteilt entschieden diese beiden Abweichungen als für die Sache des Kommunismus schädlich und gefährlich und hält es für notwendig, auf die besondere Gefährlichkeit und Schädlichkeit der ersten Abweichung, der Abweichung in der Richtung zur Großmachtkonzeption, zur Kolonisationspolitik, hinzuweisen. Der Parteitag erinnert daran, dass es ohne die Überwindung der kolonialisatorischen und nationalistischen Überreste in den Reihen der Partei unmöglich ist, in den Randgebieten feste und mit den Massen verbundene, wirklich kommunistische Organisationen zu schaffen, die in ihren Reihen die proletarischen Elemente der einheimischen und der russischen Bevölkerung auf dem Boden des

Internationalismus zusammenschließen. Der Parteitag ist deshalb der Ansicht, dass die Liquidierung der nationalistischen und in erster Linie der kolonisatorischen Schwankungen innerhalb des Kommunismus eine der wichtigsten Aufgaben der Partei in den Randgebieten ist.

6. Im Zusammenhang mit den Erfolgen an den militärischen Fronten, besonders aber nach der Erledigung Wrangels, hat sich in einigen rück-ständigen Randgebieten, in denen es kein oder fast kein Industrieproletariat gibt, der Drang kleinbürgerlich-nationalistischer Elemente verstärkt, aus karrieristischen Gründen in die Partei einzutreten. In Anbetracht der Stellung der Partei als der faktisch regierenden Kraft geben sich diese Elemente gewöhnlich den Anstrich von Kommunisten und drängen mitunter in ganzen Gruppen in die Partei, in die sie den Geist eines schlecht verhüllten Chauvinismus, den Geist der Zersetzung tragen, wobei die Parteiorganisationen, die in den Randgebieten an sich schwach sind, nicht immer die Kraft aufbringen, der Versuchung zu widerstehen, die Partei durch neue Mitglieder „zu erweitern“. Der Parteitag ruft zum entschiedenen Kampf gegen alle pseudokommunistischen Elemente auf, die sich an die Partei des Proletariats anbieten, und warnt die Partei vor einer „Erweiterung“ durch kleinbürgerlich-nationalistische Intellektuellelemente. Der Parteitag ist der Ansicht, dass die Partei in den Randgebieten hauptsächlich aus den Reihen der Proletarier, der Dorfarmut und der werktätigen Bauern dieser Randgebiete aufgefüllt werden muss, wobei gleichzeitig daran gearbeitet werden muss, die Parteiorganisationen der Randgebiete durch Verbesserung ihrer qualitativen Zusammensetzung zu festigen.

*„Prawda“ Nr. 29,
10. Februar 1921.*

DER X. PARTEITAG DER KPR(B)^[7]

8.-16. März 1921

*Der zehne Parteitag der
Kommunistischen Partei Rußlands.
Stenografischer Bericht.
Moskau 1921.*

1. REFERAT ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER PARTEI IN DER NATIONALEN FRAGE

10. März

Bevor ich unmittelbar zu den nächsten konkreten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage übergehe, ist es notwendig, zunächst einige Voraussetzungen festzuhalten, ohne die es unmöglich ist, die nationale Frage zu lösen. Diese Voraussetzungen betreffen die Entstehung der Nationen, den Ursprung der nationalen Unterdrückung, die Formen der nationalen Unterdrückung im Verlauf der historischen Entwicklung, ferner die Formen der Lösung der nationalen Frage in den verschiedenen Entwicklungsperioden.

Solcher Perioden gibt es drei.

Die erste Periode ist die Periode der Beseitigung des Feudalismus im Westen und des Sieges des Kapitalismus. Der Zusammenschluss der Menschen zu Nationen fällt in diese Periode. Ich meine Länder wie England (ohne Irland), Frankreich, Italien. Im Westen - in England, Frankreich, Italien und teilweise in Deutschland - fiel die Periode der Beseitigung des Feudalismus und des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen zeitlich im großen und ganzen mit der Periode der Entstehung von zentralisierten Staaten zusammen, so dass sich hier die Nationen bei ihrer Entwicklung in staatliche Formen hüllten. Da nun in diesen Staaten andere irgendwie beträchtliche nationale Gruppen nicht vorhanden waren, gab es hier auch keine nationale Unterdrückung.

Im Osten Europas dagegen fiel der Prozess der Bildung von Nationen und der Liquidierung der feudalen Zersplitterung zeitlich nicht mit dem Prozess der Bildung von zentralisierten Staaten zusammen. Ich meine Ungarn, Österreich, Rußland. In diesen Ländern gab es noch keine kapitalistische Entwicklung, diese hatte vielleicht erst ihren Anfang genommen, während andererseits die Interessen der Verteidigung gegen die Invasion der Türken, Mongolen und anderer Völker des Ostens die unverzügliche Bildung von zentralisierten Staaten erheischten, die fähig waren, dem Ansturm der Invasion standzuhalten. Da nun im Osten Europas der Prozess der Entstehung von zentralisierten Staaten schneller vor sich ging als der Prozess des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen, so bildeten sich hier gemischte Staaten, aus mehreren Völkern bestehend, die sich noch nicht zu Nationen formiert hatten, aber bereits in einem gemeinsamen Staat vereinigt waren.

Somit wird die erste Periode gekennzeichnet durch die Entstehung von Nationen in der Morgenröte des Kapitalismus, wobei im Westen Europas reine Nationalstaaten ohne nationale Unterdrückung entstehen, während im Osten Nationalitätenstaaten entstehen mit einer Nation, der stärker entwickelten, an der Spitze und anderen, weniger entwickelten Nationen, die in politischer und dann auch in ökonomischer Hinsicht der herrschenden Nation untergeordnet sind. Diese Nationalitätenstaaten des Ostens wurden zur Heimat der nationalen Unterdrückung, die nationale Konflikte, nationale Bewegungen, die nationale Frage und die verschiedenen Methoden der Lösung dieser Frage hervorbrachte.

Die zweite Periode in der Entwicklung der nationalen Unterdrückung und der Methoden ihrer Bekämpfung entspricht der Periode des Aufkommens des Imperialismus im Westen, da der Kapitalismus auf der Suche nach Absatzmärkten, nach Roh- und Brennstoffen und billigen Arbeitskräften, im Kampf um den Kapitalexpert und um die Sicherung der großen Eisenbahnlinien und Seewege den Rahmen des Nationalstaates sprengt und sein Territorium auf Kosten der Nachbarn, der nahen wie der fernen, erweitert. In dieser zweiten Periode hören die alten Nationalstaaten des Westens - England, Italien, Frankreich - auf, Nationalstaaten zu sein, das heißt, sie verwandeln sich, infolge der Annexion neuer Territorien, in Nationalitätenstaaten, in Kolonialstaaten, und werden dadurch zum Schauplatz der gleichen nationalen und kolonialen Unterdrückung, die es im Osten Europas schon früher gab. Im Osten Europas ist diese Periode dadurch gekennzeichnet, dass die unterworfenen Nationen

(Tschechen, Polen, Ukrainer) erwachen und erstarken, was im Ergebnis des imperialistischen Krieges zum Zerfall der alten bürgerlichen Nationalitätenstaaten und zur Bildung neuer Nationalstaaten geführt hat, die von den so genannten Großmächten geknechtet werden.

Die dritte Periode ist die Sowjetperiode, die Periode der Vernichtung des Kapitalismus und der Beseitigung der nationalen Unterdrückung, eine Periode, da die Frage: herrschende und unterworfenen Nationen, Kolonien und Metropole, in das Archiv der Geschichte wandert, da wir es auf dem Territorium der RSFSR mit Nationen zu tun haben, die die gleichen Rechte auf Entwicklung besitzen, die aber infolge ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Rückständigkeit eine gewisse historisch ererbte Ungleichheit bewahrt haben. Das Wesen dieser nationalen Ungleichheit besteht darin, dass wir, kraft der geschichtlichen Entwicklung, von der Vergangenheit einen Erbteil übernommen haben, demzufolge eine Nation, nämlich die großrussische, in politischer und industrieller Hinsicht entwickelter ist als die anderen Nationen. Daher die faktische Ungleichheit, die nicht in einem Jahr überwunden werden kann, die aber überwunden werden muss durch die Gewährung wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hilfe an die rückständigen Nationen und Völkerschaften.

Das sind die drei Entwicklungsperioden der nationalen Frage, wie sie an uns historisch vorübergezogen sind.

Die ersten beiden Perioden haben einen gemeinsamen Zug aufzuweisen. Dieser besteht darin, dass die Nationen in beiden Perioden Unterdrückung und Versklavung zu erdulden haben; infolgedessen geht der nationale Kampf weiter, bleibt die nationale Frage ungelöst. Aber es gibt auch einen Unterschied zwischen ihnen. Dieser besteht darin, dass die nationale Frage in der ersten Periode auf einzelne Nationalitätenstaaten beschränkt bleibt und nur wenige, hauptsächlich europäische Nationen erfasst, während die nationale Frage in der zweiten Periode aus einer innerstaatlichen zu einer zwischenstaatlichen Frage wird, zur Frage des Krieges zwischen den imperialistischen Staaten, eines Krieges mit dem Ziel, die nicht vollberechtigten Nationalitäten weiter in ihrer Macht zu behalten und neue Völkerschaften und Stämme außerhalb Europas ihrem Einfluss zu unterwerfen.

So verliert die nationale Frage, die früher nur in Kulturländern von Bedeutung war, in dieser Periode ihren isolierten Charakter und verschmilzt mit der allgemeinen Frage der Kolonien.

Die Entwicklung der nationalen Frage zur allgemeinen Kolonialfrage ist kein geschichtlicher Zufall. Diese Entwicklung erklärt sich erstens daraus, dass sich während des imperialistischen Krieges die imperialistischen Gruppen der kriegführenden Staaten selbst genötigt sahen, an die Kolonien zu appellieren, aus denen sie das Menschenmaterial zur Aufstellung von Armeen schöpften. Es steht außer Zweifel, dass dieser Prozess, der Prozess des unvermeidlichen Appellierens der Imperialisten an die rückständigen Völkerschaften der Kolonien, diese Stämme und Völkerschaften zur Befreiung, zum Kampf aufrütteln musste. Dann führte ein zweiter Faktor dazu, dass sich die nationale Frage ausdehnte und zu der allgemeinen Kolonialfrage ausweitete, die den ganzen Erdball ergriffen hat, zuerst durch Fünkchen und dann durch Flammen der Befreiungsbewegung. Das war der Versuch der imperialistischen Gruppen, die Türkei aufzuteilen und ihrer staatlichen Existenz ein Ende zu machen. Die Türkei, die unter den mohammedanischen Völkern ein in staatlicher Hinsicht höher entwickeltes Land ist, konnte sich mit einer solchen Perspektive nicht abfinden, sie erhob das Banner des Kampfes und scharte die Völker des Ostens gegen den Imperialismus um sich. Der dritte Faktor ist die Entstehung Sowjetrußlands, das im Kampf gegen den Imperialismus eine Reihe von Erfolgen zu verzeichnen hatte und naturgemäß die unterdrückten Völker des Ostens mit Begeisterung erfüllt, sie wachgerüttelt, sie zum Kampf angespornt und dadurch die Herstellung einer gemeinsamen Front der unterdrückten Nationen von Irland bis Indien ermöglicht hat.

Das sind all die Faktoren, die im zweiten Entwicklungsstadium der nationalen Unterdrückung bewirkt haben, dass die bürgerliche Gesellschaft die nationale Frage nicht nur nicht gelöst, nicht nur keinen Frieden zwischen den Völkern herbeigeführt, sondern, im Gegenteil, den

Funken des nationalen Kampfes zur Flamme des Kampfes der unterjochten Völker, der Kolonien und Halbkolonien gegen den Weltimperialismus entfacht hat.

Offensichtlich ist das einzige Regime, das imstande ist, die nationale Frage zu lösen, das heißt das Regime, das die Bedingungen für das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Zusammenarbeit verschiedener Nationen und Volksstämme zu schaffen vermag, das Regime der Sowjetmacht, das Regime der Diktatur des Proletariats.

Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass die Gleichberechtigung der Nationen nicht gewährleistet werden kann, solange das Kapital herrscht, solange Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht und solange es Klassen gibt; dass es eine Gleichberechtigung der Nationen ebensowenig geben kann wie eine Zusammenarbeit zwischen den arbeitenden Massen der Nationen, solange die Macht des Kapitals fortbesteht, solange um den Besitz der Produktionsmittel gekämpft wird. Die Geschichte besagt, dass das einzige Mittel zur Vernichtung der nationalen Ungleichberechtigung, das einzige Mittel zur Errichtung eines Regimes brüderlicher Zusammenarbeit der werktätigen Massen der unterdrückten wie der nichtunterdrückten Völker die Liquidierung des Kapitalismus und die Errichtung der Sowjetordnung ist.

Wie die Geschichte ferner gezeigt hat, können einzelne Völker, auch wenn es ihnen gelingt, sich von ihrer eigenen nationalen Bourgeoisie sowie von der „fremden“ Bourgeoisie zu befreien, das heißt, auch wenn sie im eigenen Lande die Sowjetordnung errichtet haben, solange der Imperialismus besteht, kein Einzeldasein führen und einzeln ihre Existenz nicht erfolgreich verteidigen ohne die wirtschaftliche und militärische Unterstützung durch die benachbarten Sowjetrepubliken. Ungarn ist ein beredtes Beispiel dafür, dass es ohne einen Staatsverband der Sowjetrepubliken, ohne deren Zusammenschluss zu einer einheitlichen militärischen und wirtschaftlichen Macht unmöglich ist, den vereinigten Kräften des Weltimperialismus an den militärischen wie an den wirtschaftlichen Fronten standzuhalten.

Die Föderation der Sowjetrepubliken ist die gesuchte Form des Staatsverbands, deren lebendige Verkörperung die RSFSR ist.

Genossen, das sind die Voraussetzungen, über die ich hier zuerst sprechen wollte, um nunmehr die Notwendigkeit bestimmter Schritte unserer Partei bei der Lösung der nationalen Frage im Rahmen der RSFSR zu begründen.

Obwohl das Sowjetregime in Rußland und in den mit Rußland verbundenen Republiken weder herrschende noch rechtlose Nationen, weder eine Metropole noch Kolonien, weder Ausgebeutete noch Ausbeuter kennt, gibt es dennoch eine nationale Frage in Rußland. In der RSFSR besteht das Wesen der nationalen Frage darin, die faktische (wirtschaftliche, politische, kulturelle) Rückständigkeit einiger Nationen zu beseitigen, die sie von der Vergangenheit geerbt haben, damit den rück-ständigen Völkern die Möglichkeit gegeben wird, Zentralrußland sowohl in staatlicher als auch in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht einzuholen.

Unter dem alten Regime strebte die Zarenmacht nicht danach und konnte nicht danach streben, in der Ukraine, in Aserbaidshan, in Turkestan und anderen Randgebieten ein Staatswesen zu entwickeln; sie bekämpfte die Entwicklung eines Staatswesens in den Randgebieten ebenso wie deren kulturelle Entwicklung; sie war bestrebt, die einheimische Bevölkerung gewaltsam zu assimilieren.

Ferner hatte der alte Staat, hatten die Gutsbesitzer und Kapitalisten derart niedergedrückte Völkerschaften als Erbe hinterlassen wie die Kirgisen, Tschetschenen, Osseten, deren Ländereien von den Kosaken- und Kulakenelementen Rußlands kolonisiert wurden. Diese Völkerschaften waren zu unsagbaren Leiden und zum Aussterben verurteilt.

Ferner hat die Stellung der großrussischen Nation, die die herrschende Nation war, Spuren ihres Einflusses sogar bei den russischen Kommunisten hinterlassen, die es nicht verstehen oder nicht willens sind, den arbeitenden Massen der einheimischen Bevölkerung näher zukommen, auf ihre Nöte einzugehen und ihnen zu helfen, aus der Rückständigkeit und

Kulturlosigkeit herauszukommen. Ich spreche von den nicht zahlreichen Gruppen russischer Kommunisten, die in ihrer Arbeit die Besonderheiten der Lebensweise und der Kultur in den Randgebieten ignorieren und zuweilen nach der Seite des russischen Großmachtchauvinismus hin abweichen.

Ferner ist die Lage der nichtrussischen Nationalitäten, die die nationale Unterdrückung durchgemacht haben, nicht ohne Einfluss auf die einheimischen Kommunisten geblieben, die zuweilen die Klasseninteressen der werktätigen Massen ihres Volkes nicht von den so genannten „gesamtnationalen“ Interessen zu unterscheiden verstehen. Ich meine die Abweichung nach der Seite des lokalen Nationalismus hin, die zuweilen in den Reihen der nichtrussischen Kommunisten zu beobachten ist und die sich im Osten zum Beispiel im Panislamismus, im Panturkismus äußert.

Schließlich ist es notwendig, die Kirgisen, die Baschkiren und gewisse Stämme der Bergvölker vor dem Aussterben zu retten und ihnen auf Kosten der kulakischen Kolonisatoren den nötigen Grund und Boden zuzuteilen.

Das sind die Fragen und Aufgaben, die zusammen das Wesen der nationalen Frage in unserem Lande ausmachen.

Nachdem ich diese nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage geschildert habe, möchte ich zu der allgemeinen Aufgabe übergehen, zu der Aufgabe, unsere kommunistische Politik in den Randgebieten jenen besonderen Bedingungen der Wirtschaftsverfassung anzupassen, wie wir sie hauptsächlich im Osten antreffen.

Es handelt sich darum, dass eine ganze Reihe, hauptsächlich turkischer, Völkerschaften - sie zählen ungefähr 25 Millionen Menschen - die Periode des Industriekapitalismus nicht durchgemacht haben, noch nicht dazu gekommen waren, sie durchzumachen, und deshalb kein oder fast kein Industrieproletariat aufzuweisen haben, so dass sie von primitivsten Formen der Wirtschaft zum Stadium der sowjetischen Wirtschaft übergehen und den Industriekapitalismus überspringen müssen. Um diese schwere, aber keineswegs unmögliche Operation vorzunehmen, müssen alle Besonderheiten der ökonomischen Verfassung, ja selbst der historischen Vergangenheit, der Lebensweise und der Kultur dieser Völkerschaften berücksichtigt werden. Es wäre undenkbar und gefährlich, auf das Territorium dieser Völkerschaften die Maßnahmen zu übertragen, die hier, im Zentrum Rußlands, Geltung und Bedeutung hatten. Es ist klar, dass bei der Durchführung der Wirtschaftspolitik der RSFSR unbedingt alle jene Besonderheiten der ökonomischen Verfassung, der Klassenstruktur, der historischen Vergangenheit in Betracht gezogen werden müssen, die wir in diesen Randgebieten angetroffen haben. Ich spreche schon gar nicht von der Beseitigung solcher Widersinnigkeiten wie zum Beispiel der Forderung des Volkskommissariats für Ernährungswesen, auf dem Wege der Ablieferungspflicht Schweine in Kirgisien einzutreiben, wo die mohammedanische Bevölkerung niemals Schweine gehalten hat. Aus diesem Beispiel kann man ersehen, wie wenig manche den Besonderheiten der Lebensweise, die dem ersten besten Reisenden auffallen, Rechnung tragen wollen.

Soeben hat man mir einen Zettel überreicht mit der Bitte, auf die Artikel des Genossen Tschitscherin zu antworten. Genossen, ich bin der Meinung, dass Tschitscherins Artikel, die ich aufmerksam gelesen habe, nichts weiter als Literatengeschreibsel sind. Sie enthalten vier Fehler oder Missverständnisse.

Erstens ist Genosse Tschitscherin geneigt, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten zu leugnen, indem er die internationale Vereinigung der Imperialisten überschätzt, dagegen die inneren Gegensätze zwischen den imperialistischen Gruppen und Staaten, die fortbestehen und zum Kriege führen (Frankreich, Amerika, England, Japan und andere), übersieht und unterschätzt. Er hat das Moment der Vereinigung der imperialistischen Spitzen überschätzt und die Gegensätze unterschätzt, die innerhalb dieses „Trusts“ bestehen. Diese

Gegensätze sind aber da, und auf sie stützt sich die Tätigkeit des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten.

Dann begeht Genosse Tschitscherin einen zweiten Fehler. Er unterschätzt die Gegensätze zwischen den herrschenden Großmächten und den unlängst entstandenen Nationalstaaten (der Tschechoslowakei, Polen, Finnland und anderen), die finanziell und militärisch von diesen Großmächten abhängig sind. Genosse Tschitscherin hat völlig außer acht gelassen, dass trotz oder, richtiger, infolge der Unterordnung dieser Nationalstaaten unter die Großmächte Gegensätze zwischen den Großmächten und diesen Staaten bestehen, die zum Beispiel bei den Verhandlungen mit Polen, Estland und anderen in Erscheinung getreten sind. Das Bestehen des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten hat ja gerade den Sinn, alle diese Gegensätze in Rechnung zu ziehen, sich auf sie zu stützen, im Rahmen dieser Gegensätze zu lavigieren. Es ist höchst erstaunlich, dass Genosse Tschitscherin dieses Moment unterschätzt hat.

Der dritte Fehler des Genossen Tschitscherin besteht darin, dass er allzuviel von der nationalen Selbstbestimmung redet, die tatsächlich zu einer leeren Losung geworden ist, zu einer bequemen Ausflucht für die Imperialisten. Genosse Tschitscherin hat seltsamerweise vergessen, dass wir diese Losung schon vor zwei Jahren haben fallenlassen. Diese Losung steht nicht mehr in unserem Programm. Wir sprechen in unserem Programm nicht von der nationalen Selbstbestimmung - die eine gänzlich verschwommene Losung ist -, sondern von einer schärfer geprägten und eindeutig definierten Losung - vom Recht der Völker auf staatliche Lostrennung. Das sind zwei verschiedene Dinge. Merkwürdigerweise lässt Genosse Tschitscherin dieses Moment in seinen Artikeln außer acht; daher gleichen alle seine Einwände gegen die Losung, die zu einer verschwommenen Losung geworden ist, einem blinden Schuss, denn weder in meinen Thesen noch im Programm der Partei wird auch nur mit einem Wort die „Selbstbestimmung“ erwähnt. Dort ist nur vom Recht der Völker auf staatliche Lostrennung die Rede. Diese Losung aber ist für uns im gegenwärtigen Moment, da die Befreiungsbewegung in den Kolonien um sich greift, eine revolutionäre Losung. Da die Sowjetstaaten sich nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit zu einer Föderation vereinigen, machen die zur RSFSR gehörenden Völker aus eigenem Willensentschluss vom Recht auf Lostrennung keinen Gebrauch. Wenn es sich aber um Kolonien handelt, die von England, Frankreich, Amerika, Japan unterjocht werden, wenn wir es mit unterworfenen Ländern zu tun haben wie Arabien, Mesopotamien, der Türkei, Hindostan, das heißt Ländern, die Kolonien oder Halbkolonien sind, dann ist das Recht der Völker auf Lostrennung eine revolutionäre Losung, und ein Verzicht auf sie würde bedeuten, den Imperialisten in die Hände zu arbeiten.

Das vierte Missverständnis besteht darin, dass die Artikel des Genossen Tschitscherin keinerlei praktische Fingerzeige enthalten. Es ist natürlich ein leichtes, Artikel zu schreiben; um sie aber betiteln zu können: „Gegen die Thesen des Genossen Stalin“, muss man etwas Ernsthaftes vorbringen, und seien es auch nur praktische Gegenvorschläge. Indessen habe ich in seinen Artikeln nicht einen einzigen praktischen Vorschlag gefunden, auf den es sich einzugehen verlohnte.

Ich komme zum Schluss, Genossen. Wir sind zu folgenden Ergebnissen gelangt. Die bürgerliche Gesellschaft hat sich nicht nur als unfähig erwiesen, die nationale Frage zu lösen, sondern hat, im Gegenteil, bei ihren Versuchen, sie „zu lösen“, die nationale Frage zur Kolonialfrage ausgeweitet und eine neue Front gegen sich geschaffen, die von Irland bis Hindostan reicht. Der einzige Staat, der die nationale Frage anzupacken und zu lösen vermag, ist der Staat, der auf dem Kollektiveigentum an den Produktionsmitteln und -instrumenten beruht - der Sowjetstaat. Im föderativen Sowjetstaat gibt es weder unterdrückte noch herrschende Nationen mehr, die nationale Unterdrückung ist beseitigt, aber infolge der von der alten bürgerlichen Ordnung ererbten faktischen (kulturellen, wirtschaftlichen, politischen)

Ungleichheit zwischen den kulturell höher- und den kulturell tieferstehenden Nationen nimmt die nationale Frage eine Form an, die besondere Maßnahmen erheischt, damit den arbeitenden Massen der rückständigen Nationen und Völkerschaften das wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorwärtskommen erleichtert, damit ihnen die Möglichkeit gegeben wird, das vorangeschrittene - proletarische - Zentralrußland einzuholen. Hieraus ergeben sich die praktischen Vorschläge, die der dritte Abschnitt der von mir vorgelegten Thesen zur nationalen Frage enthält. (Beifall.)

2. SCHLUSSWORT

10. März

Genossen! Am bezeichnendsten für die Diskussion dieses Parteitag über die nationale Frage ist, dass wir von Deklarationen in der nationalen Frage, auf dem Wege über die administrative Neueinteilung Rußlands, dazu übergegangen sind, die Frage praktisch anzupacken. Zu Beginn der Oktoberrevolution beschränkten wir uns darauf, die Rechte der Völker auf Losrennung zu deklarieren. In den Jahren 1918 und 1920 ging unsere Arbeit dahin, eine administrative Neueinteilung Rußlands nach den nationalen Merkmalen durchzuführen im Interesse der Annäherung der arbeitenden Massen der rückständigen Völker und des Proletariats Rußlands. Jetzt aber, auf diesem Parteitag, packen wir die Frage rein praktisch an: Welche Politik muss die Partei gegenüber den arbeitenden Massen und den kleinbürgerlichen Elementen in den autonomen Gebieten und unabhängigen Republiken, die mit Rußland verbunden sind, betreiben? Deshalb hat mich die Erklärung Satonskis, die Ihnen vorgelegten Thesen seien abstrakter Natur, überrascht. Ich habe seine eigenen Thesen in der Hand, die er aus irgendeinem Grunde nicht dem Parteitag zur Beachtung unterbreitet hat, in denen ich keinen einzigen Vorschlag praktischer Natur habe finden können, buchstäblich keinen einzigen, allerdings mit Ausnahme des einen Vorschlags, man solle die Bezeichnung „RSFSR“ durch das Wort „Osteuropäische“ und das Wort „Rußlands“ durch „Russische“ beziehungsweise „Großrussische“ ersetzen. Andere praktische Vorschläge habe ich in diesen Thesen nicht gefunden.

Nun zur nächsten Frage.

Ich muss sagen, dass ich von den Delegierten, die hier aufgetreten sind, mehr erwartet hätte. In Rußland gibt es zweiundzwanzig Randgebiete; einige dieser Randgebiete sind in hohem Grade von der industriellen Entwicklung erfasst und unterscheiden sich in industrieller Hinsicht nur wenig von Zentralrußland; andere haben das Stadium des Kapitalismus nicht durchgemacht und unterscheiden sich grundlegend von Zentralrußland, wieder andere sind völlig zurückgeblieben. Es ist unmöglich, diese ganze Verschiedenartigkeit der Randgebiete in allen ihren konkreten Formen in Thesen zu erfassen. Man kann nicht verlangen, dass Thesen, die für die ganze Partei in ihrer Gesamtheit von Bedeutung sind, nur auf Turkestan, nur auf Aserbaidshan oder nur auf die Ukraine zugeschnitten sein sollen. Es gilt, die allen Randgebieten gemeinsamen Charakterzüge zu erfassen, sie in die Thesen aufzunehmen und von Einzelheiten abzusehen. Andere Methoden zur Abfassung von Thesen gibt es nun einmal nicht.

Die nichtgroßrussischen Nationen müssen in mehrere Gruppen eingeteilt werden, wie das in den Thesen auch geschehen ist. Die nichtrussischen Nationen zählen etwa 65 Millionen Menschen. Der allen diesen nicht-russischen Nationen gemeinsame Zug besteht darin, dass sie in der Entwicklung ihres Staatswesens hinter Zentralrußland zurückgeblieben sind. Unsere Aufgabe ist es, alle Kräfte aufzubieten, um diesen Nationen, ihren proletarischen, ihren arbeitenden Elementen zu helfen, in ihrem Lande das sowjetische staatliche Leben in ihrer Muttersprache zu entwickeln. Dieses Gemeinsame ist in den Thesen, in ihrem praktischen Teil festgehalten.

Weiter, wollte man die Besonderheiten der Randgebiete näher konkretisieren, so müsste man aus der Gesamtsumme der etwa 65 Millionen Angehörigen nichtrussischer Nationalität ungefähr 25 Millionen Angehörige von Turkvölkern ausscheiden, die den Kapitalismus nicht durchgemacht haben. Genosse Mikojan hat Unrecht, wenn er sagt, Aserbaidshan stehe in mancher Hinsicht höher als die russischen Provinzen. Er verwechselt offenbar Baku mit Aserbaidshan. Baku ist nicht aus dem Schoße Aserbaidshans hervorgewachsen, sondern ihm durch die Nobel, Rothschild, Whishaw und andere von oben aufgepfropft worden. Was Aserbaidshan selbst betrifft, so ist es ein Land der rückständigsten patriarchalisch-feudalen

Verhältnisse. Deshalb rechne ich Aserbaidshan als Ganzes zur Gruppe derjenigen Randgebiete, die den Kapitalismus nicht durchgemacht haben und denen gegenüber Methoden angewendet werden müssen, die ihrer Eigenart entsprechen, damit diese Randgebiete auf die Bahnen der Sowjetwirtschaft gelenkt werden. Darüber wird in den Thesen gesprochen.

Ferner gibt es eine dritte Gruppe, die höchstens 6 Millionen Menschen umfasst - vorwiegend Viehzucht treibende Stämme, in denen die Gentilverfassung noch lebendig ist und die noch nicht zum Ackerbau übergegangen sind. Das sind in der Hauptsache die Kirgisen, der nördliche Teil Turkestans, die Baschkiren, Tschetschenen, Osseten und Inguschen. Dieser Gruppe von Nationalitäten muss vor allen Dingen Boden zugeteilt werden. Hier sind die Kirgisen und Baschkiren nicht zu Wort gekommen, die Diskussion wurde geschlossen. Sie hätten noch mehr davon erzählen können, welche Qualen das baschkirische Hochland, Kirgisien und die Bergvölker erdulden, die aussterben, weil sie keinen Boden haben. Was aber Safarow zu dieser Frage gesagt hat, betrifft nur eine Bevölkerungsgruppe von 6 Millionen. Deshalb ist es undenkbar, die praktischen Vorschläge Safarow auf alle Randgebiete auszudehnen, denn für den übrigen Teil der nichtrussischen Nationalitäten - und zu ihnen gehören etwa 60 Millionen Menschen - haben diese Abänderungsanträge keinerlei Bedeutung. Das ist der Grund, weshalb ich, ohne mich gegen die von Safarow beantragten und bestimmte Nationalitätengruppen betreffenden Konkretisierungen, Ergänzungen und Verbesserungen zu einzelnen Punkten zu wenden, betonen muss, dass diese Abänderungsanträge nicht verallgemeinert werden dürfen. Ferner muss ich zu einem Abänderungsantrag Safarows eine Bemerkung machen. In einem seiner Abänderungsanträge ist ihm ein Satz von der „national-kulturellen Selbstbestimmung“ unterlaufen:

„Vor der Oktoberrevolution“, heißt es dort, „waren die kolonialen und Halbkolonialen Völker der östlichen Randgebiete Rußlands infolge der imperialistischen Politik jedweder Möglichkeit beraubt, der kulturellen Errungenschaften der kapitalistischen Zivilisation auf dem Wege ihrer eigenen national-kulturellen Selbstbestimmung, der Bildungsarbeit in ihrer Muttersprache teilhaftig zu werden“ usw.

Ich muss sagen, dass ich diesen Abänderungsantrag nicht annehmen kann, denn er hat einen bundistischen Beigeschmack. National-kulturelle Selbstbestimmung ist eine bundistische Formulierung. Wir haben die nebelhaften Losungen der Selbstbestimmung längst fallenlassen, sie dürfen nicht wieder aufgenommen werden. Außerdem stellt dieser ganze Satz ein höchst unnatürliches Wortgefüge dar.

Ich habe hier ferner einen Zettel, auf dem es heißt, dass wir Kommunisten die bjelorussische Nationalität angeblich künstlich züchten. Das trifft nicht zu, denn die bjelorussische Nation existiert, sie besitzt ihre, sich von der russischen unterscheidende Sprache, so dass man die Kultur des bjelorussischen Volkes nur in dessen eigener Sprache heben kann. Die gleichen Reden konnte man vor etwa fünf Jahren über die Ukraine, über die ukrainische Nation hören. Und noch vor kurzem wurde behauptet, die ukrainische Republik und die ukrainische Nation seien eine Erfindung der Deutschen. Indessen ist es klar, dass die ukrainische Nation existiert, und es ist die Pflicht der Kommunisten, deren Kultur zu entwickeln. Man kann nicht gegen die Geschichte anrennen. Es ist klar: Wenn auch in den Städten der Ukraine bis jetzt noch die russischen Elemente überwiegen, so werden doch diese Städte im Laufe der Zeit unvermeidlich ukrainisiert werden. Vor etwa vierzig Jahren war Riga eine deutsche Stadt, da aber die Städte auf Kosten der Dörfer wachsen und das Dorf der Hort der Nationalität ist, so ist Riga jetzt eine rein lettische Stadt. Vor etwa fünfzig Jahren trugen alle Städte Ungarns deutschen Charakter, jetzt sind sie madjarisiert. Dasselbe wird mit Bjelorußland geschehen, in dessen Städten immer noch die Nichtbjelorusen überwiegen.

Am Ende meines Schlussworts schlage ich dem Parteitag vor, eine aus Vertretern der verschiedenen Gebiete bestehende Kommission zu wählen, um diejenigen praktischen

Vorschläge der Thesen, die alle unsere Randgebiete interessieren, weiter zu konkretisieren.
(Beifall.)

BRIEF AN W. I. LENIN

Genosse Lenin!

In den letzten 3 Tagen hatte ich die Möglichkeit, das Sammelwerk „Plan der Elektrifizierung Rußlands“^[8] durchzulesen. Die Krankheit kam mir dabei zustatten (alles Schlechte hat auch sein Gutes!). Ein ausgezeichnetes, gut zusammengestelltes Buch. Ein meisterhafter Entwurf für einen wirklich einheitlichen und wirklich staatlichen Wirtschaftsplan ohne Führungszeichen. Der in unserer Zeit einzige marxistische Versuch, den sowjetischen Überbau des wirtschaftlich rückständigen Rußlands durch eine wirklich reale und unter den heutigen Verhältnissen einzig mögliche technische Produktionsbasis zu untermauern.

Erinnern Sie sich des vorjährigen „Planes“ Trotzki's (seiner Thesen) „der wirtschaftlichen Wiedergeburt“ Rußlands auf der Grundlage eines Masseneinsatzes unqualifizierter Bauern- und Arbeitermassen (Arbeitsarmee) in den Trümmern der Vorkriegsindustrie. Welche Armseligkeit, welche Rückständigkeit im Vergleich zu dem GOELRO-Plan! (Staatlicher Elektrifizierungsplan Rußlands. Der Übers.) Ein mittelalterlicher Handwerker, der ein Ibsenscher Held zu sein vermeint und sich berufen fühlt, Rußland durch eine alttümliche Saga „zu retten“ ... Was sind allein die Dutzende von „Einheitsplänen“ wert, die zu unserer Schande immer wieder in unserer Presse erscheinen - ein kindliches Lallen von Abschützen... Oder aber: der spießbürgerliche „Realismus“ (in Wirklichkeit eine Manilowerei (Manilowerei - müßige Gefühlsduselei und leere Träumerei; Manilow - Gestalt aus Gogols „Toten Seelen“. Der Übers) Rykows, der immer noch den GOELRO-Plan „kritisiert“ und bis über die Ohren in Routine steckt...

Meine Meinung:

1. Es darf keine einzige Minute mehr mit Geschwätz über den Plan verloren werden;
2. wir müssen sofort mit der praktischen Inangriffnahme der Sache beginnen;
3. den Interessen dieser Inangriffnahme ist mindestens ein Drittel unserer Arbeit zu widmen (zwei Drittel werden die „laufenden“ Geschäfte beanspruchen), die der Heranbringung von Materialien und Menschen, der Wiederherstellung der Betriebe, der Verteilung der Arbeitskräfte, der Beschaffung von Lebensmitteln, der Organisierung von Versorgungsstützpunkten und der Versorgung selbst usw. gilt.
4. Da den GOELRO-Mitarbeitern bei all ihren guten Eigenschaften immerhin ein gesunder Praktizismus fehlt (man spürt in den Artikeln professorale Impotenz), ist es unerlässlich, ihnen in der Plankommission Männer der lebendigen Praxis beizugeben, die nach dem Prinzip arbeiten „die Durchführung melden“, „fristgemäß erfüllen“ usw.
5. Der „Prawda“, den „Iswestija“ und insbesondere der „Ekonomitscheskaja Shisn“^[9] muss die Popularisierung des „Planes der Elektrifizierung“ zur Pflicht gemacht werden, und zwar sowohl in den Grundzügen als auch in den konkreten Einzelheiten, die sich auf einzelne Gebiete beziehen, eingedenk dessen, dass es nur einen einzigen „einheitlichen Wirtschaftsplan“ gibt - den „Plan der Elektrifizierung“, und dass alle übrigen „Pläne“ ein leeres und schädliches Geschwätz sind.

Ihr Stalin

Geschrieben im März 1921.

Zuerst veröffentlicht in:

Stalin, Sammlung von Aufsätzen
zum 50. Geburtstag.

Moskau/Leningrad 1929.

ZUR BEHANDLUNG DER NATIONALEN FRAGE

Die Art und Weise, wie die Kommunisten die nationale Frage anpacken, unterscheidet sich wesentlich von der Fragestellung der Politiker der II. Internationale und der Internationale II^{1/2}^[10] sowie aller und jedweder „sozialistischen“, „sozialdemokratischen“, menschewistischen, sozialrevolutionären und ähnlichen Parteien.

Besonders wichtig sind vier grundlegende Momente, da sie die neue Art und Weise, die nationale Frage anzupacken, am besten charakterisieren und zwischen der alten und der neuen Auffassung der nationalen Frage einen Grenzstrich ziehen.

Das erste Moment ist die Verschmelzung der nationalen Frage als einer Teilfrage mit der allgemeinen Frage der Befreiung der Kolonien als Gesamtfrage. In der Epoche der II. Internationale beschränkte sich die nationale Frage gewöhnlich auf einen engen Kreis von Fragen, die ausschließlich die „zivilisierten“ Nationen betrafen. Die Iren, Tschechen, Polen, Finnen, Serben, Armenier, Juden und einige andere Nationalitäten Europas - das war der Kreis der nicht vollberechtigten Nationen, für deren Schicksal sich die II. Internationale interessierte. Die nach Dutzenden und Hunderten von Millionen zählenden asiatischen und afrikanischen Völker, die unter der nationalen Unterdrückung in ihrer brutalsten und grausamsten Form leiden, blieben gewöhnlich außerhalb des Gesichtsfeldes der „Sozialisten“. Weiße und Farbige, die „unzivilisierten“ Neger und die „zivilisierten“ Iren, die „rückständigen“ Inder und die „aufgeklärten“ Polen in eine Reihe zu stellen, getraute man sich nicht.

Es wurde stillschweigend vorausgesetzt, dass, wenn man schon für die Befreiung der nicht vollberechtigten europäischen Nationen kämpfen müsse, es sich für „anständige Sozialisten“ keineswegs gezieme, von der Befreiung der für die „Erhaltung“ der „Zivilisation“ „unentbehrlichen“ Kolonien ernstlich zu reden. Diese, mit Verlaub zu sagen, Sozialisten dachten nicht einmal daran, dass die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in Europa undenkbar ist ohne die Befreiung der Kolonialvölker Asiens und Afrikas vom Joch des Imperialismus, dass das eine mit dem andern organisch verbunden ist. Die Kommunisten haben als erste den Zusammenhang der nationalen Frage mit der Frage der Kolonien aufgedeckt, ihn theoretisch begründet und ihrer revolutionären Praxis zugrunde gelegt. Dadurch wurde die Scheidewand zwischen den Weißen und den Farbigen, zwischen den „zivilisierten“ und den „unzivilisierten“ Sklaven des Imperialismus niedergerissen. Dieser Umstand war eine erhebliche Erleichterung für die Koordinierung des Kampfes der rückständigen Kolonien mit dem Kampf des fortgeschrittenen Proletariats gegen den gemeinsamen Feind, gegen den Imperialismus.

Das zweite Moment ist die Ersetzung der verschwommenen Losung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung durch die klare revolutionäre Losung des Rechts der Nationen und der Kolonien auf staatliche Lostrennung, auf Bildung eines selbständigen Staates. Wenn die Politiker der II. Internationale von Selbstbestimmungsrecht sprachen, pflegten sie kein Sterbenswörtchen über das Recht auf staatliche Lostrennung zu verlieren; das Recht auf Selbstbestimmung wurde bestenfalls als das Recht auf Autonomie im allgemeinen ausgelegt. Die „Fachleute“ in der nationalen Frage, Springer und Bauer, gingen sogar so weit, dass sie aus dem Selbstbestimmungsrecht ein Recht der unterdrückten Nationen Europas auf kulturelle Autonomie machten, das heißt das Recht, ihre eigenen Kultureinrichtungen zu besitzen, unter Belassung der gesamten politischen (und ökonomischen) Macht in den Händen der herrschenden Nation. Mit anderen Worten, das Recht der nicht vollberechtigten Nationen auf Selbstbestimmung wurde in das Vorrecht der herrschenden Nationen auf den Besitz der politischen Macht verwandelt, wobei die Frage der staatlichen Lostrennung ausgeschaltet wurde. Der ideologische Führer der II. Internationale, Kautsky, schloss sich in der Hauptsache dieser im Grunde genommen imperialistischen Auslegung der Selbstbestimmung durch Springer und Bauer an. Kein Wunder, dass die Imperialisten, die diese ihnen so genehme

Eigenart der Selbstbestimmungslosigkeit erfassten, sie zu ihrer eigenen Losung erklärten. Bekanntlich wurde der imperialistische Krieg, der das Ziel verfolgte, die Völker zu versklaven, unter der Flagge der Selbstbestimmung geführt. So wurde die verschwommene Losung der Selbstbestimmung aus einem Werkzeug der Befreiung der Nationen, der Gleichberechtigung der Nationen, in ein Werkzeug der Gefügigmachung der Nationen verwandelt, in ein Werkzeug, mit dem die Nationen in der Botmäßigkeit des Imperialismus gehalten werden sollen. Der Gang der Dinge in der ganzen Welt während der letzten Jahre, die Logik der Revolution in Europa, schließlich das Anwachsen der Befreiungsbewegung in den Kolonien erheischten es, dass diese reaktionär gewordene Losung verworfen und durch eine andere, eine revolutionäre Losung ersetzt wurde, geeignet, die Atmosphäre des Misstrauens der werktätigen Massen der nicht vollberechtigten Nationen gegenüber den Proletariern der herrschenden Nationen zu zerstreuen, geeignet, den Weg zur Gleichberechtigung der Nationen und zur Einheit der Werktätigen dieser Nationen zu ebnet. Eine solche Losung ist die von den Kommunisten aufgestellte Losung des Rechts der Nationen und der Kolonien auf staatliche Losrennung.

Der Vorzug dieser Losung besteht darin, dass sie

1. jeden Anlass beseitigt, die Werktätigen der einen Nation irgendwelcher Eroberungsgelüste in bezug auf die Werktätigen einer anderen Nation zu verdächtigen, also den Boden für gegenseitiges Vertrauen und freiwillige Vereinigung vorbereitet;
2. den Imperialisten, die verlogen von Selbstbestimmung schwatzen, aber bestrebt sind, die nicht vollberechtigten Völker und die Kolonien in Botmäßigkeit zu halten, sie weiter im Rahmen ihres imperialistischen Staates festzuhalten, die Maske vom Gesicht reißt und somit den Befreiungskampf der nicht vollberechtigten Völker und der Kolonien gegen den Imperialismus verstärkt.

Es ist wohl kaum nötig nachzuweisen, dass die russischen Arbeiter nicht die Sympathien ihrer Genossen aus anderen Nationen des Westens und Ostens gewonnen hätten, wenn sie nicht nach der Machtergreifung das Recht der Völker auf staatliche Losrennung proklamiert, wenn sie nicht durch die Tat ihre Bereitschaft bewiesen hätten, dieses unveräußerliche Recht der Völker in die Wirklichkeit umzusetzen, wenn sie nicht ihrem „Recht“, sagen wir, auf Finnland entsagt (1917), wenn sie nicht die Truppen aus Nordpersien zurückgezogen (1917), wenn sie nicht die Ansprüche auf einen bestimmten Teil der Mongolei, Chinas usw. usf. aufgegeben hätten.

Ebenso unzweifelhaft ist es, dass, wenn die geschickt mit der Flagge der Selbstbestimmung verdeckte Politik der Imperialisten in letzter Zeit trotzdem einen Misserfolg nach dem andern im Osten erleidet, so unter anderem deshalb, weil sie dort auf eine immer stärker werdende Befreiungsbewegung gestoßen ist, die auf Grund der Agitation im Geiste der Losung des Rechts der Völker auf staatliche Losrennung erwachsen ist. Das begreifen die Helden der II. Internationale und der Internationale II½ nicht, die den Bakuer „Aktions- und Propagandarat“^[11] wegen einiger unwesentlicher Missgriffe, die er beging, eifrig befeuern; doch wird das ein jeder begreifen, der sich die Mühe nimmt, sich mit der Tätigkeit des erwähnten „Rates“ in dem einen Jahr seines Bestehens und mit der Befreiungsbewegung der asiatischen und afrikanischen Kolonien während der letzten zwei, drei Jahre vertraut zu machen.

Das dritte Moment ist die Aufdeckung des organischen Zusammenhangs zwischen der nationalen und kolonialen Frage und der Frage der Herrschaft des Kapitals, des Sturzes des Kapitalismus, der Diktatur des Proletariats. In der Epoche der II. Internationale pflegte man die auf einen minimalen Umfang eingeeengte nationale Frage an und für sich, außerhalb des Zusammenhangs mit der kommenden proletarischen Revolution, zu behandeln. Man setzte stillschweigend voraus, dass die nationale Frage „auf natürliche Weise“, noch vor der proletarischen Revolution, durch eine Reihe von Reformen im Rahmen des Kapitalismus gelöst werden würde, dass die proletarische Revolution ohne eine kardinale Lösung der

nationalen Frage durchgeführt und, umgekehrt, die nationale Frage ohne den Sturz der Macht des Kapitals, ohne den Sieg und vor dem Siege der proletarischen Revolution gelöst werden könnte. Diese im Grunde genommen imperialistische Auffassung der Dinge zieht sich wie ein roter Faden durch die bekannten Schriften Springers und Bauers über die nationale Frage. Das letzte Jahrzehnt hat jedoch den Beweis erbracht, wie falsch, wie faul eine solche Auffassung der nationalen Frage ist. Der imperialistische Krieg hat gezeigt, und die revolutionäre Praxis der letzten Jahre hat ein übriges Mal bestätigt, dass

1. die nationale und die koloniale Frage von der Frage der Befreiung von der Macht des Kapitals nicht zu trennen sind;
2. der Imperialismus (die höchste Form des Kapitalismus) ohne die politische und ökonomische Versklavung der nicht vollberechtigten Nationen und der Kolonien nicht bestehen kann;
3. die nicht vollberechtigten Nationen und die Kolonien ohne den Sturz der Macht des Kapitals nicht befreit werden können;
4. der Sieg des Proletariats ohne die Befreiung der nicht vollberechtigten Nationen und der Kolonien vom Joch des Imperialismus nicht von Dauer sein kann.

Wenn man Europa und Amerika als die Front, den Schauplatz der entscheidenden Kämpfe zwischen Sozialismus und Imperialismus bezeichnen kann, so muss man die nicht vollberechtigten Nationen und die Kolonien mit ihren Rohstoffen, Brennstoffen, Lebensmitteln, mit ihrem gewaltigen Bestand an Menschenmaterial als das Hinterland, die Reserve des Imperialismus bezeichnen. Um den Krieg zu gewinnen, muss man nicht nur an der Front siegen, sondern auch das Hinterland des Gegners, seine Reserven revolutionieren. Deshalb kann der Sieg der proletarischen Weltrevolution nur dann als gesichert betrachtet werden, wenn das Proletariat es versteht, seinen eigenen revolutionären Kampf mit der Befreiungsbewegung der werktätigen Massen der nicht vollberechtigten Nationen und der Kolonien gegen die Macht der Imperialisten, für die Diktatur des Proletariats zu verbinden. Diese „Kleinigkeit“ haben die Politiker der 11. Internationale und der Internationale II $\frac{1}{2}$ außer acht gelassen, als sie die nationale und koloniale Frage von der Frage der Macht in der Epoche der anwachsenden proletarischen Revolution im Westen trennten.

Das vierte Moment ist das Hineintragen eines neuen Elements in die nationale Frage, des Elements der faktischen (und nicht nur rechtlichen) Gleichstellung der Nationen (Hilfe, Beistand für die rückständigen Nationen, damit sie das kulturelle und wirtschaftliche Niveau der vorangeschrittenen Nationen erreichen können), als eine der Bedingungen für die Herstellung brüderlicher Zusammenarbeit zwischen den werktätigen Massen der verschiedenen Nationen. In der Epoche der II. Internationale pflegte man sich auf die Verkündung der „nationalen Gleichberechtigung“ zu beschränken. Auch im besten Fall ging man nicht über die Forderung nach Verwirklichung einer solchen Gleichberechtigung hinaus. Die nationale Gleichberechtigung, an und für sich eine sehr wichtige politische Errungenschaft, läuft jedoch Gefahr, leerer Schall zu bleiben, wenn nicht genügend Hilfsmittel und Möglichkeiten zur Ausnutzung dieses äußerst wichtigen Rechts vorhanden sind. Zweifellos sind die arbeitenden Massen der rückständigen Völker außerstande, von den ihnen durch die „nationale Gleichberechtigung“ zugebilligten Rechten in dem Maße Gebrauch zu machen, wie es die arbeitenden Massen der fortgeschrittenen Nationen tun können: die von der Vergangenheit ererbte (kulturelle und wirtschaftliche) Rückständigkeit einiger Nationen, die sich nicht in ein, zwei Jahren aus der Welt schaffen lässt, macht sich fühlbar. Dieser Umstand wird auch in Rußland fühlbar, wo eine ganze Reihe von Völkern nicht dazu gekommen war, den Kapitalismus durchzumachen, ja einige den Weg des Kapitalismus überhaupt nicht betreten hatten und kein oder fast kein eigenes Proletariat besitzen, wo die arbeitenden Massen dieser Nationalitäten, trotz der bereits verwirklichten vollen nationalen Gleichberechtigung, infolge ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Rückständigkeit nicht imstande sind, die von ihnen errungenen Rechte in genügendem Maße

auszunutzen. Noch stärker wird sich dieser Umstand „am Tage nach“ dem Siege des Proletariats im Westen fühlbar machen, wenn zahlreiche rückständige Kolonien und Halbkolonien, die auf den verschiedensten Entwicklungsstufen stehen, unausbleiblich auf den Plan treten. Gerade deshalb ist es notwendig, dass das siegreiche Proletariat der fortgeschrittenen Nationen ihm werktätigen Massen der rückständigen Nationen Hilfe, wirkliche und dauernde Hilfe bei ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung leistet, dass es ihnen hilft, auf eine höhere Entwicklungsstufe zu gelangen, die vorangeschrittenen Nationen einzuholen. Ohne diese Hilfe ist es unmöglich, jenes friedliche Zusammenleben und brüderliche Zusammenwirken der Werktätigen der verschiedenen Nationen und Völkerschaften in einer einheitlichen Weltwirtschaft zustande zu bringen, die für den endgültigen Triumph des Sozialismus so notwendig sind.

Daraus folgt aber, dass man sich nicht auf die bloße „nationale Gleichberechtigung“ beschränken darf, dass man von der „nationalen Gleichberechtigung“ zu Maßnahmen übergehen muss, die eine faktische Gleichstellung der Nationen bedeuten, dass man zur Ausarbeitung und Durchführung praktischer Maßnahmen schreiten muss, wie

1. Erforschung der wirtschaftlichen Verfassung, der Lebensweise, der Kultur der rückständigen Nationen und Völkerschaften;
2. Entfaltung ihrer Kultur;
3. ihre politische Aufklärung;
4. ihre allmähliche und schmerzlose Einordnung in höhere Wirtschaftsformen;
5. Herstellung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Werktätigen der rückständigen und denen der fortgeschrittenen Nationen.

Das sind die vier grundlegenden Momente, die die neue Art und Weise charakterisieren, wie die russischen Kommunisten die nationale Frage anpacken.

2. Mai 1921.

*„Prawda“ Nr. 98,
8. Mai 1921.
Unterschrift: J. Stalin.*

BEGRÜSSUNGSSCHREIBEN AN DEN ERSTEN KONGRESS DER FRAUEN DER BERGVÖLKER^[12]

Übermitteln Sie dem ersten Kongress der werktätigen Frauen der Bergrepublik^[13] meinen brüderlichen Gruß. Ich bedaure tief, dass ich krankheitshalber nicht in der Lage bin, an dem Kongress teilzunehmen.

Genossinnen! Frauen der Bergvölker! In der Geschichte der Menschheit hat es keine einzige ernst zu nehmende Befreiungsbewegung gegeben, an der nicht die Frauen stärksten Anteil genommen hätten, denn jeder Schritt der unterdrückten Klasse auf dem Wege der Befreiung bedeutet zugleich eine Erleichterung der Lage der Frauen. Die Befreiungsbewegung der Sklaven im Altertum ebenso wie die Befreiungsbewegung der Leibeigenen in neuerer Zeit sah in ihren Reihen nicht nur Männer, sondern auch Frauen - Kämpferinnen und Märtyrerinnen, die ihre Ergebenheit für die Sache der Werktätigen mit ihrem Blut besiegelt haben. Schließlich hat die jetzige Befreiungsbewegung des Proletariats - die tiefstgehende und mächtigste aller Befreiungsbewegungen der Menschheit - nicht nur Heldinnen und Märtyrerinnen hervorgebracht, sondern auch die sozialistische Massenbewegung von Millionen Arbeiterinnen, die siegreich unter dem gemeinsamen proletarischen Banner kämpfen.

Im Vergleich zu dieser mächtigen Bewegung der Arbeiterinnen ist die liberale Bewegung der bürgerlichen Intelligenzlerinnen ein Kinderspiel, das zum Zeitvertreib ausgedacht worden ist. Ich bin überzeugt, dass der Kongress der Frauen der Bergvölker seine Arbeit unter dem roten Banner durchführen wird.

Stalin

17. Juni 1921.

*Bulletin des 1. Kongresses
der werktätigen Frauen des Ostens
der Sozialistischen Sowjetischen Bergrepublik.
Wladikawkas 1921.*

ÜBER DIE POLITISCHE STRATEGIE UND TAKTIK DER RUSSISCHEN KOMMUNISTEN

Entwurf zu einer Broschüre

I

TERMINOLOGISCHE DEFINITIONEN UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

1. *Der Wirksamkeitsbereich der politischen Strategie und Taktik, ihr Anwendungsgebiet.* Erkennt man an, dass die Bewegung des Proletariats zwei Seiten hat, eine objektive und eine subjektive, so beschränkt sich der Wirksamkeitsbereich der Strategie und Taktik zweifellos auf die subjektive Seite der Bewegung. Die objektive Seite bilden diejenigen Entwicklungsprozesse, die außerhalb des Proletariats und rings um das Proletariat unabhängig von seinem Willen und dem Willen seiner Partei vor sich gehen, Prozesse, die in letzter Instanz die Entwicklung der ganzen Gesellschaft bestimmen. Die subjektive Seite bilden diejenigen Prozesse, die innerhalb des Proletariats als Widerspiegelung der objektiven Prozesse im Bewusstsein des Proletariats vor sich gehen, Prozesse, die den Gang der letzteren beschleunigen oder verlangsamen, sie aber keineswegs bestimmen.
2. Die *Theorie* des Marxismus, die vor allem die objektiven Prozesse in ihrer Entwicklung und in ihrem Absterben erforscht, bestimmt die Tendenz der Entwicklung, weist auf die Klasse oder die Klassen hin, die unausbleiblich zur Macht aufsteigen oder die unausbleiblich stürzen, stürzen müssen.
3. Das *Programm* des Marxismus, das auf den Schlussfolgerungen der Theorie beruht, bestimmt das Ziel der Bewegung der aufsteigenden Klasse, in diesem Fall des Proletariats, im Verlauf einer bestimmten Periode in der Entwicklung des Kapitalismus oder während der ganzen kapitalistischen Periode (Minimalprogramm und Maximalprogramm).
4. Die *Strategie*, die sich von den Programmdirektiven leiten lässt und sich auf die Einschätzung der inneren (nationalen) und internationalen kämpfenden Kräfte stützt, legt den *allgemeinen Weg*, die *allgemeine Richtung* fest, in die die revolutionäre Bewegung des Proletariats gelenkt werden muss, damit bei dem sich herausbildenden und entwickelnden Kräfteverhältnis die besten Resultate erzielt werden können. Dementsprechend stellt sie das Schema der Verteilung der Kräfte des Proletariats und seiner Verbündeten an der sozialen Front auf (*allgemeine Dislokation*). Die „Aufstellung des Schemas der Verteilung der Kräfte“ darf nicht verwechselt werden mit der eigentlichen (konkret-praktischen) Arbeit, die in der Verteilung - Bereitstellung - der Kräfte besteht und von Taktik und Strategie gemeinsam bewerkstelligt wird. Das bedeutet nicht, dass die Strategie sich auf die Festlegung des Weges und die Aufstellung des Schemas der Verteilung der Kampfkräfte im Lager des Proletariats beschränkt, im Gegenteil, die Strategie lenkt den Kampf und nimmt während der ganzen Periode der Wendung an der jeweiligen Taktik Korrekturen vor, wobei sie die ihr zur Verfügung stehenden Reserven geschickt ausnutzt und mit ihnen manövriert, um die Taktik zu unterstützen.
5. Die *Taktik*, die sich von den Direktiven der Strategie und den Erfahrungen der revolutionären Bewegung sowohl im eigenen Lande als auch in den benachbarten Ländern leiten lässt, die in jedem gegebenen Moment den Zustand der Kräfte sowohl innerhalb des Proletariats und seiner Verbündeten (ein höheres oder niedrigeres Kultur-niveau, ein höherer oder geringerer Grad der Organisiertheit und Bewusstheit, das Vorhandensein dieser oder jener Traditionen, das Vorhandensein dieser oder jener Formen der Bewegung, Formen der Organisation, Grund- *Grund-* und *Hilfsformen*) als auch im Lager des Gegners berücksichtigt und die Uneinigkeit und jede Verwirrung im Lager des Gegners ausnutzt - die Taktik umreißt

(zur Verwirklichung des auf Grund des strategischen Planes aufgestellten Schemas der Verteilung der Kräfte) die konkreten Wege, die beschritten werden müssen, um die breiten Massen für das revolutionäre Proletariat zu gewinnen und sie an die Kampfpositionen der sozialen Front heranzuführen, die Wege, die am sichersten die Erfolge der Strategie vorbereiten. Dementsprechend werden von ihr die Losungen und Direktiven der Partei ausgegeben beziehungsweise abgeändert.

6. Die *Strategie* ändert sich in Momenten historischer Wendungen, historischen Umschwungs, sie umfasst die Periode von einer Wendung (von einem Umschwung) bis zur andern; darum lenkt sie die Bewegung auf ein bestimmtes gemeinsames Ziel hin, das die Interessen des Proletariats während dieser ganzen Periode widerspiegelt, sie strebt danach, den *Krieg* zwischen den Klassen, der diese ganze Periode ausfüllt, zu *gewinnen*, und bleibt infolgedessen während dieser Periode unverändert.

Die *Taktik* hingegen wird durch die Flut und Ebbe auf Grund der gegebenen Wendung, der gegebenen strategischen Periode, durch das Wechselverhältnis der kämpfenden Kräfte, durch die Formen des Kampfes (der Bewegung), durch das Tempo der Bewegung, durch den Schauplatz des Kampfes in jedem gegebenen Moment, an jedem gegebenen Ort bestimmt, und da sich diese Faktoren je nach Ort und Zeit von einer Wendung zur andern ändern, so ändert sich im Verlauf der strategischen Periode mehrmals die Taktik (oder kann sich ändern); denn sie umfasst nicht den ganzen Krieg, sondern nur einzelne Schlachten, die zum Siege oder zur Niederlage im Kriege führen. Die strategische Periode ist länger als die taktische. Die Taktik ist den Interessen der Strategie untergeordnet. Die taktischen Erfolge bereiten, allgemein gesprochen, die Erfolge der Strategie vor. Die Aufgabe der Taktik besteht darin, die Masse so in den Kampf zu führen, solche Losungen auszugeben, die Massen so an die neuen Positionen heranzuführen, dass durch die Summe aller Kämpfe der Krieg gewonnen, das heißt ein strategischer Erfolg erzielt wird. Es kommt jedoch vor, dass ein taktischer Erfolg den strategischen Erfolg untergräbt oder hinausschiebt, so dass in solchen Fällen auf taktische Erfolge verzichtet werden muss.

Ein Beispiel. Unsere Antikriegsagitation unter den Arbeitern und Soldaten Anfang 1917 unter Kerenski ergab unzweifelhaft ein taktisches Minus, denn die Menge holte unsere Redner vom Rednerpult herunter, verprügelte sie, riss sie mitunter in Stücke, die Masse strömte nicht der Partei zu, sondern strömte von ihr weg. Doch bereitete diese Agitation, ungeachtet ihres taktischen Misserfolgs, einen großen strategischen Erfolg vor, denn die Massen sahen bald ein, dass unsere Agitation gegen den Krieg richtig war, und dies beschleunigte und erleichterte nachher ihren Übergang auf die Seite der Partei.

Oder weiter. Die Forderung der Komintern, sich in Erfüllung der 21 Bedingungen^[14] von den Reformisten und Zentristen abzugrenzen, eine Forderung, die unzweifelhaft ein gewisses taktisches Minus in sich birgt, denn sie vermindert bewusst die Zahl der „Anhänger“ der Komintern und schwächt die letztere zeitweilig, bringt dafür aber ein großes strategisches Plus ein, da sich die Komintern von unzuverlässigen Elementen säubert, was zweifellos zu einer Festigung der Komintern, zur Verstärkung ihres inneren Zusammenhalts, das heißt zur Verstärkung ihrer Macht überhaupt führen wird.

7. *Agitationslosung* und *Aktionslosung*. Sie beide zu verwechseln ist unzulässig, gefährlich. Die Losung „Alle Macht den Sowjets“ war eine Agitationslosung in dem Zeitabschnitt vom April bis zum Oktober 1917; im Oktober wurde sie zur Aktionslosung, nachdem das Zentralkomitee der Partei Anfang Oktober (am 10. X.) die „Machtergreifung“ beschlossen hatte. Die Gruppe Bagdatjew ließ sich in ihrem Auftreten in Petrograd im April eine derartige Verwechslung der Losungen zuschulden kommen.

8. Die (allgemeine) *Direktive* ist der direkte Appell zur Aktion zu *der und der Zeit*, an *dem und dem Ort*, verpflichtend für die Partei. Wenn die Losung „Alle Macht den Sowjets“ Anfang April („die Thesen“^[15]) eine Propagandalosung war, im Juni zur Agitationslosung und im Oktober (am 10. X.) zur Aktionslosung wurde, so wurde sie Ende

Oktober zur unmittelbaren Direktive. Ich spreche von einer allgemeinen Direktive für die gesamte Partei, wobei ich der Ansicht bin, dass es in Entfaltung der allgemeinen Direktive außerdem örtliche Direktiven geben muss.

9. *Die Schwankungen des Kleinbürgertums* insbesondere bei der Verschärfung der politischen Krisen (in Deutschland während der Reichstagswahlen, in Rußland unter Kerenski im April, im Juni, im August, und wiederum in Rußland zur Zeit von Kronstadt 1921^[16]), Schwankungen, die sorgfältig studiert, ausgenutzt und berücksichtigt werden müssen, denen nachzugeben aber für die Sache des Proletariats gefährlich, verderblich ist. Man darf nicht auf Grund dieser Schwankungen die Agitationslosungen ändern, man kann und muss mitunter diese oder jene *Direktive* und vielleicht auch (*Aktions-*)Losung ändern oder hinausschieben. Die Taktik „in 24 Stunden“ ändern heißt eben, die *Direktive* oder sogar die *Aktionslosung*, keineswegs aber die Agitationslosung ändern. (Siehe die Absage der Demonstration am 9. Juni 1917 und ähnliche Tatsachen.)

10. Die Kunst des *Strategen* und *Taktikers* besteht darin, geschickt und rechtzeitig aus der Agitationslosung eine Aktionslosung zu machen und die Aktionslosung ebenso rechtzeitig und geschickt zu bestimmten konkreten Direktiven zu formen.

II

DIE HISTORISCHEN WENDUNGEN IN DER ENTWICKLUNG RUSSLANDS

1. *Die Wendung in den Jahren 1904-1905* (der *Russisch-Japanische Krieg* deckte die ganze Brüchigkeit der Selbstherrschaft einerseits und die Macht der proletarischen und bäuerlichen Bewegung andererseits auf) und die „Zwei Taktiken“^[17] *Lenins* als der Wendung entsprechender strategischer Plan der Marxisten. Wendung zur bürgerlich-demokratischen Revolution (*darin lag das Wesen der Wendung*). Nicht bürgerlich-liberaler Kompromiss mit dem Zarismus unter der Hegemonie der Kadetten, sondern bürgerlich-demokratische Revolution unter der Hegemonie des Proletariats. (*Darin lag das Wesen des strategischen Planes*.) Dieser Plan ging davon aus, dass die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland der sozialistischen Bewegung im Westen einen Anstoß geben, dort die Revolution auslösen und den Übergang Rußlands von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution erleichtern werde (siehe auch die Protokolle des III. Parteitag, die Reden *Lenins* auf dem Parteitag^[18] sowie ferner die Analyse des Begriffs Diktatur sowohl auf dem Parteitag als auch in der Broschüre „Ein Sieg der Kadetten“^[19]). *Unbedingte Berücksichtigung der inneren und internationalen kämpfenden Kräfte und Analyse der Ökonomie und Politik der Wendeperiode überhaupt*. Die Februarrevolution brachte durch Verwirklichung von mindestens zwei Dritteln des strategischen Planes der „Zwei Taktiken“ diese Periode zum Abschluss.

2. *Die Wendung zur Sowjetrevolution im Februar und März 1917* (der imperialistische Krieg, der das absolutistische Regime aus den Angeln gehoben hatte, deckte die völlige Unhaltbarkeit des Kapitalismus auf und offenbarte die direkte Unvermeidlichkeit des sozialistischen Umsturzes als des einzigen Auswegs aus der Krise).

Unterschied zwischen der vom Volk, von der Bourgeoisie und vom englisch-französischen Kapital vollzogenen „glorreichen“ Februarrevolution (in internationaler Hinsicht hat diese Revolution, da sie die Macht den Kadetten übergab, zu keinen irgendwie nennenswerten Veränderungen in der Lage geführt, denn sie war eine Fortsetzung der Politik des englisch-französischen Kapitals) und der Oktoberrevolution, die alles umgewälzt hat.

Lenins „*Thesen*“ als der neuen Wendung entsprechender strategischer Plan. Diktatur des Proletariats als Ausweg. Dieser Plan geht davon aus, dass „*wir die sozialistische Revolution in Rußland beginnen, unsere eigene Bourgeoisie stürzen, auf diese Weise die Revolution im Westen auslösen werden, und dann werden die westlichen Genossen uns helfen, unsere Revolution zu Ende zu führen*“. Unumgängliche Analyse der inneren und internationalen

Ökonomie und Politik in dieser Wendeperiode (Periode der „Doppelherrschaft“, Koalitionskombinationen, der Kornilowputsch als Todessymptom des Kerenskiregimes, die Gärung in den Ländern des Westens auf Grund der Unzufriedenheit mit dem Kriege).

3. Die Wendung im Oktober 1917 (eine Wendung nicht nur in der russischen, sondern auch in der Weltgeschichte), Errichtung der Diktatur des Proletariats in Rußland (Oktober - November - Dezember 1917 und erstes Halbjahr 1918) *als Durchbruch der internationalen sozialen Front gegen den Weltimperialismus, der eine Wendung in Richtung auf die Liquidierung des Kapitalismus und auf die Errichtung der sozialistischen Ordnung im Weltmaßstab statuiert*, und als Ära, die den Bürgerkrieg einleitete, der an Stelle des Imperialistischen Krieges trat (Dekret über den Frieden, Dekret über den Grund und Boden, Dekret über die Nationalitäten, Veröffentlichung der Geheimverträge, das Programm der Aufbauarbeit, Lenins Reden auf dem 11. Sowjetkongress^[20], Lenins Schrift „Die Aufgabe der Sowjetmacht“^[21], der Wirtschaftsaufbau).

Notwendig ist eine allseitige Analyse des Unterschieds zwischen der Strategie und Taktik des Kommunismus, der nicht an der Macht, sondern in Opposition steht, und der Strategie und Taktik des Kommunismus, der an der Macht steht.

Internationale Lage: fortdauernder Krieg der beiden imperialistischen Cliques als günstige Bedingung (nach Abschluss des Brester Friedens) für das Bestehen und die Entwicklung der Sowjetmacht in Rußland.

4. *Der Kurs auf militärische Operationen gegen die Interventen (Sommer 1918 bis Ende 1920)*, der nach einer kurzen Periode des friedlichen Aufbaus, das heißt nach dem Brester Frieden, begann. Dieser Kurs begann nach dem Brester Frieden, der die militärische Schwäche Sowjetrußlands widerspiegelte und die Notwendigkeit unterstrich, in Rußland eine Rote Armee als wichtigste Stütze der Sowjetrevolution zu schaffen. Die Aktion der Tschechoslowaken, die Okkupation von Murmansk, Archangelsk, Wladiwostok und Baku durch Truppen der Entente, die Kriegserklärung der Entente an Sowjetrußland - das alles bedingte endgültig die *Wendung von dem begonnenen friedlichen Aufbau zu militärischen Operationen, zur Verteidigung des Herdes der Weltrevolution gegen Überfälle innerer und äußerer Feinde*. (Lenins Reden über den Brester Frieden und anderes.) Da die soziale Revolution lange auf sich warten lässt und wir, insbesondere nach der Okkupation der oben genannten Gebiete, die die Proletarier des Westens nicht zu ernstlichen Protesten veranlasst hat, uns selbst überlassen sind, sind wir gezwungen, den schändlichen Brester Frieden zu schließen, um eine Atempause zum Aufbau unserer eigenen Roten Armee zu erlangen und mit unseren eigenen Kräften die Sowjetrepublik behaupten zu können.

„Alles für die Front, alles für die Verteidigung der Republik.“ Daher die Schaffung des Verteidigungsrats usw. Das ist die Kriegsperiode, die dem ganzen inneren und äußeren Leben Rußlands den Stempel aufgedrückt hat.

5. *Der Kurs auf den friedlichen Aufbau seit Anfang 1921* nach der Zerschmetterung Wrangels, Friede mit einer Reihe bürgerlicher Staaten, Vertrag mit England und anderes.

Der Krieg ist zu Ende, da aber die Sozialisten des Westens einstweilen noch außerstande sind, uns bei der Wiederherstellung unserer Wirtschaft zu helfen, so sehen wir, die wir von industriell höher entwickelten bürgerlichen Staaten ökonomisch umringt sind, uns gezwungen, auf Konzessionen, auf Handelsverträge mit einzelnen bürgerlichen Staaten und Konzessionsverträge mit einzelnen kapitalistischen Gruppen einzugehen, sind wir auch auf diesem (wirtschaftlichem) Gebiet uns selbst überlassen, sind wir gezwungen zu laviieren. *Alles für die Wiederherstellung der Volkswirtschaft*. (Siehe Lenins bekannte Reden und Schriften.) Umwandlung des Verteidigungsrats in den Rat für Arbeit und Verteidigung.

6. Die Entwicklungsetappen der Partei vor 1917:

a) *Schaffung des Grundkerns, insbesondere der Gruppe „Iskra“* usw. Kampf gegen den Ökonomismus. Credo^[22].

b) *Herausbildung von Parteikadern* als Grundlage der zukünftigen Arbeiterpartei im gesamtrossischen Maßstab (1895-1903). II. Parteitag.

c) *Entwicklung der Kader zur Arbeiterpartei* und Auffüllung der Partei mit neu mobilisierten Parteiarbeitern im Verlauf der proletarischen Bewegung (1903-1904). III. Parteitag.

d) *Kampf der Menschewiki gegen die Parteikader, für deren Auflösung in einer parteilosen Masse* („Arbeiterkongress“) und Kampf der Bolschewiki für die Erhaltung der Parteikader als Grundlage der Partei. Londoner Parteitag und Niederlage der Anhänger des Arbeiterkongresses.

e) *Liquidatoren und Parteianhänger*. Niederlage der Liquidatoren (1908-1910).

f) 1908 bis einschließlich 1916. *Periode der Verbindung der illegalen und der legalen Formen* der Arbeit und Wachstum der Parteiorganisationen in allen Arbeitsbereichen.

7. Die Kommunistische Partei als eine Art *Schwerträgerorden* innerhalb des Sowjetstaates, der die Organe des letzteren lenkt und ihre Tätigkeit beseelt.

Bedeutung der *alten Garde* innerhalb dieses mächtigen Ordens. *Auffüllung der alten Garde* mit neuen, in den letzten drei bis vier Jahren gestählten Funktionären.

Hatte Lenin recht, wenn er einen *unversöhnlichen Kampf gegen die Versöhner* führte? Jawohl, denn sonst wäre die Partei verwässert worden und wäre nicht ein Organismus, sondern ein Konglomerat verschiedenartiger Elemente, sonst würde die Partei nicht über den inneren Zusammenhalt und die Geschlossenheit, die beispiellose Disziplin und die unübertroffene Elastizität verfügen, ohne die sie und die von ihr geleitete Sowjetmacht nicht imstande gewesen wären, sich gegen den Weltimperialismus zu behaupten. „*Eine Partei stärkt sich, indem sie sich purifiziert*“, sagt mit Recht Lassalle. Vor allem Qualität, und erst dann Quantität.

8. Die Frage nach der Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit der Partei des Proletariats und nach ihrer Rolle. Die Partei ist das Kommandeurkorps und der Stab des Proletariats, der alle Formen des Kampfes des Proletariats in ausnahmslos allen Zweigen des Kampfes leitet und den Kampf in seinen verschiedenartigsten Formen zu einem einheitlichen Ganzen zusammenfasst. Davon reden, die Kommunistische Partei sei nicht notwendig, heißt vom Kampf des Proletariats ohne Stab, ohne führenden Kern reden, der speziell die Kampfbedingungen studiert und die Kampfmethoden ausarbeitet, heißt behaupten, dass sich ohne Stab besser kämpfen lasse als mit einem Stab - was töricht ist.

III FRAGEN

1. *Die Rolle der Selbstherrschaft vor und nach dem Russisch-Japanischen Kriege*. Der Russisch-Japanische Krieg deckte die ganze Fäulnis und Schwäche der russischen Selbstherrschaft auf. Der erfolgreiche politische Generalstreik im Oktober 1905 zeigte diese Schwäche schon in völliger Klarheit (ein Koloss auf tönernen Füßen). Ferner deckte das Jahr 1905 nicht nur die Schwäche der Selbstherrschaft, die Kraftlosigkeit der liberalen Bourgeoisie und die Stärke des russischen Proletariats auf, sondern widerlegte auch die früher weit verbreitete Meinung, die russische Selbstherrschaft sei der Gendarm Europas, sie sei angeblich imstande, der Gendarm Europas zu sein. Die Tatsachen haben gezeigt, dass die russische Selbstherrschaft ohne Hilfe des europäischen Kapitals nicht einmal imstande war, mit der eigenen Arbeiterklasse fertig zu werden. Solange die Arbeiterklasse Rußlands schlief und die russische Bauernschaft sich nicht regte, da sie nach wie vor an Väterchen Zar glaubte, war die russische Selbstherrschaft tatsächlich in der Lage, der Gendarm Europas zu sein, aber das Jahr 1905 und vor allem die Schüsse vom 9. Januar 1905 weckten das russische Proletariat, und die Agrarbewegung des gleichen Jahres untergrub den Glauben des Bauern an den Zaren. Heute hat sich der Schwerpunkt der europäischen Konterrevolution von den russischen Gutsbesitzern zu den englisch-französischen imperialistischen Bankiers verlagert.

Die deutschen Sozialdemokraten, die ihren Verrat am Proletariat im Jahre 1914 durch die Ausrede zu rechtfertigen suchten, der Krieg gegen die russische Selbstherrschaft, als gegen den Gendarmen Europas, wäre fortschrittlich gewesen, spielten eigentlich einen Schatten der Vergangenheit als Trumpf aus, was natürlich ein Falschspiel war, denn die wahren Gendarmen Europas, die über genügend Kräfte und Mittel verfügten, um Gendarmen sein zu können, saßen nicht in Petrograd, sondern in Berlin, Paris und London.

Jetzt sind sich alle darüber klar geworden, dass Europa nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Konterrevolution in Gestalt von Anleihen ein den Zaren usw. nach Rußland ausführt, während Rußland außer den politischen Emigranten die Revolution nach Europa ausführt. (Rußland hat jedenfalls 1905 den Generalstreik als Kampfmittel des Proletariats nach Europa ausgeführt.)

2. Über die „Reife der Frucht“. Wie ist der Eintritt eines Moments revolutionärer Explosionen zu bestimmen?

Wann kann man sagen, dass „die Frucht reif geworden“, dass die Vorbereitungsperiode zu Ende sei und dass man zu handeln beginnen könne?

--a) Wenn die revolutionäre Stimmung der Massen anschwillt und überschäumt, während unsere *Aktionslosungen* und *Direktiven* hinter der Bewegung der Massen zurückbleiben (siehe Lenin „Für Beteiligung an der Duma“, die Periode vor dem Oktober 1905), wenn wir die Massen nur mit Mühe und nicht immer mit Erfolg zurückhalten, so zum Beispiel während der Juliaktion der Putilowarbeiter und der Maschinengewehrschützen 1917 (siehe auch Lenin „Der ‚linke Radikalismus‘...“^[23]).

--b) Wenn die Unsicherheit und die Verwirrung, die Zersetzung und der Zerfall im Lager des Gegners ihren Höhepunkt erreicht haben, wenn die Zahl der Überläufer und Abtrünnigen aus dem Lager des Gegners mit jedem Tag, ja mit jeder Stunde wächst, wenn die so genannten neutralen Elemente, diese ganze städtische und ländliche viele Millionen zählende kleinbürgerliche Masse beginnt, dem Gegner (der Selbstherrschaft oder der Bourgeoisie) eindeutig den Rücken zu kehren, und ein Bündnis mit dem Proletariat sucht, wenn infolge alles dessen die feindlichen Verwaltungsapparate mitsamt den Unterdrückungsapparaten außer Funktion geraten, gelähmt, unbrauchbar werden usw. und den Weg für das Eroberungsrecht des Proletariats öffnen.

--c) Wenn diese beiden Momente (Punkt a und b) zeitlich zusammenfallen, was gewöhnlich auch wirklich der Fall ist.

Es gibt Leute, die glauben, es genüge, den objektiven Prozess des Absterbens der an der Macht stehenden Klasse zu konstatieren, um den Angriff zu beginnen. Das ist aber falsch. Es ist außerdem notwendig, auch die für erfolgreiche Angriffe notwendigen subjektiven Bedingungen vorzubereiten. Die Aufgabe der Strategie und Taktik besteht ja eigentlich darin, geschickt, ohne Verspätung die Arbeit zur Vorbereitung der subjektiven Bedingungen für die Angriffe so voranzutreiben, dass sie mit den objektiven Prozessen des Absterbens der Macht der herrschenden Klasse Schritt hält.

3. *Die Wahl des Zeitpunkts.* Soweit der Zeitpunkt für den Schlag tatsächlich von der Partei gewählt und ihr nicht von den Ereignissen aufgezwungen wird, setzt die Wahl des Zeitpunkts zwei Bedingungen voraus, die einen günstigen Ausgang gewährleisten: a) die „Reife der Frucht“ und b) das Vorhandensein irgendeines augenfälligen Ereignisses, eines Regierungsakts oder irgendeiner spontanen Aktion lokalen Charakters, das einen passenden, für die breiten Massen verständlichen Anlass bietet, um zum Schlag auszuholen, den Schlag einzuleiten. Wenn diese beiden Bedingungen außer acht gelassen werden, kann es dahin kommen, dass der Schlag nicht nur nicht zum Ausgangspunkt anwachsender und sich steigernder allgemeiner Angriffe auf den Gegner wird, dass er sich nicht nur zu keinem wuchtigen vernichtenden Schlag entwickelt (darin besteht eigentlich gerade der Sinn und Zweck einer geschickten Wahl des Zeitpunkts), sondern im Gegenteil in einen lächerlichen Putsch ausarten kann, der der Regierung und allgemein dem Gegner erwünscht und vorteilhaft

ist, um sein Prestige zu heben und der zum Anlass und Ausgangspunkt für die Zerschlagung der Partei oder jedenfalls für ihre Demoralisierung werden kann. So war zum Beispiel der Antrag eines Teils des ZK, die Demokratische Beratung^[24] verhaften zu lassen, ein Antrag, der vom ZK abgelehnt wurde, da er die zweite Forderung (siehe oben) nicht erfüllte (absolut nicht erfüllte), unter dem Gesichtswinkel der Wahl des richtigen Zeitpunkts verfehlt.

Überhaupt muss man sich davor hüten, dass sich der erste Schlag (Wahl des Zeitpunkts) nicht in einen Putsch verwandelt, weshalb die zwei oben genannten Bedingungen streng eingehalten werden müssen.

4. Die „*Kraftprobe*“. Mitunter hält es die Partei, nachdem sie die Vorarbeit für die entscheidenden Aktionen geleistet und ihrer Meinung nach genügend starke Reserven angesammelt hat, für zweckmäßig, eine Probeaktion vorzunehmen, die Kräfte des Gegners zu sondieren, die Kampfbereitschaft ihrer Kräfte zu überprüfen, wobei eine solche Kraftprobe entweder von der Partei bewusst, aus eigener Wahl vorgenommen wird (die Demonstration, die für den 10. Juni 1917 angesetzt und dann abgesagt und durch die Demonstration vom 18. Juni des gleichen Jahres ersetzt wurde), oder ihr durch die Situation, durch eine verfrühte Aktion der Gegenseite und überhaupt durch irgendein unvorhergesehenes Ereignis aufgezwungen wird (die Kornilowaktion im August 1917 und als Antwort die Gegenaktion der Kommunistischen Partei, eine Aktion, die als glänzende Kraftprobe diente). Die „*Kraftprobe*“ darf nicht als einfache Demonstration betrachtet werden, etwa wie eine Maidemonstration, darum kann die Kraftprobe nicht als einfache Musterung der Kräfte angesehen werden, sie ist ihrem Gewicht und ihren eventuellen Resultaten nach zweifellos mehr als eine einfache Demonstration, wenn auch weniger als ein Aufstand, sie ist eine Art Mittelding zwischen Demonstration und Aufstand oder Generalstreik. Unter günstigen Bedingungen kann sie sich zum ersten Schlag (Wahl des Zeitpunkts), zum Aufstand entwickeln (die Aktion unserer Partei Ende Oktober), unter ungünstigen Bedingungen hingegen kann sie die Partei mit einer direkten Niederlage bedrohen (die Demonstration vom 3.-4. Juli 1917). Darum ist es am zweckmäßigsten, die Kraftprobe vorzunehmen, wenn „die Frucht reif geworden ist“, wenn das Lager des Gegners genügend demoralisiert ist, wenn die Partei gewisse Reserven angesammelt hat, kurzum: wenn die Partei zur Offensive bereit ist, wenn die Partei keine Angst davor zu haben braucht, dass die Kraftprobe vielleicht infolge der Situation zum ersten Schlag und dann zur allgemeinen Offensive gegen den Feind wird. Wenn die Partei eine Kraftprobe vornimmt, so muss sie zu allem bereit sein.

5. Die „*Musterung der Kräfte*“. Die Musterung der Kräfte ist eine einfache Demonstration, die fast in jeder beliebigen Situation vorgenommen werden kann (zum Beispiel eine Maidemonstration mit oder ohne Streik). Wird die Musterung der Kräfte nicht in einer Situation bevorstehender direkter Explosion, sondern in einer mehr oder weniger „friedlichen“ Zeit vorgenommen, so kann sie höchstens auf ein Scharmützel mit der durch die Polizei vertretenen Staatsmacht oder mit einigen Truppenteilen hinauslaufen ohne besonderen Verlust sowohl für die Partei als auch für den Gegner. Wird sie jedoch in der glühendheißen Atmosphäre bevorstehender Explosionen vorgenommen, so kann sie die Partei in einen verfrühten entscheidenden Zusammenstoß mit dem Gegner verwickeln, wobei der Gegner, wenn die Partei noch schwach und für derartige Zusammenstöße noch nicht gerüstet ist, sich eine solche „Musterung der Kräfte“ mit Erfolg zunutze machen und die Kräfte des Proletariats zerschmettern kann (daher die wiederholten Aufrufe der Partei im September 1917, „sich nicht provozieren lassen“). Darum muss man in einer Atmosphäre der bereits herangereiften revolutionären Krise mit der Anwendung der Methode der Kräftemusterung sehr vorsichtig sein und daran denken, dass sie, wenn die Partei Schwäche zeigt, vom Gegner in ein Werkzeug verwandelt werden kann, mit dem er das Proletariat zerschlägt oder doch jedenfalls ernstlich schwächt. Und umgekehrt, wenn die Partei kampfbereit ist und die Reihen des Gegners offenkundig demoralisiert sind, darf man die Gelegenheit nicht verpassen, mit einer „Musterung der Kräfte“ zu beginnen, um danach zur „*Kraftprobe*“ überzugehen

(vorausgesetzt, dass die Bedingungen dafür - „Reife der Frucht“ usw. - günstig sind) und dann den allgemeinen Sturmangriff zu eröffnen.

6. *Die Taktik der Offensive* (Taktik der Befreiungskriege, wenn das Proletariat die Macht bereits ergriffen hat).

7. *Die Taktik des geordneten Rückzugs*. Wie man sich bei offenkundiger Überlegenheit der Kräfte des Gegners geschickt ins Landesinnere zurückzieht, um, wenn nicht den größten Teil der Armee, so doch wenigstens ihre Kader zu retten (siehe Lenin „Der ‚linke Radikalismus‘...“). Wie wir uns als Letzte zurückziehen, zum Beispiel bei dem Boykott der Duma Witte-Dubassow. Unterschied zwischen der Taktik des Rückzugs und der „Taktik“ der Flucht (vergleiche die Menschewiki).

8. *Die Taktik der Verteidigung* als unumgängliches Mittel zur Erhaltung der Kader und Sammlung der Kräfte in Erwartung kommender Kämpfe. Sie verpflichtet die Partei, auf ausnahmslos allen Kampfgebieten die Positionen zu besetzen, alle Waffengattungen, das heißt alle Formen der Organisation in Bereitschaft zu versetzen, ohne auch nur eine von ihnen, selbst die scheinbar unbedeutendste, zu vernachlässigen, denn niemand weiß im voraus, welches Gebiet gerade die erste Kampfarena sein wird und welche Bewegungsform oder Organisationsform bei Einleitung der entscheidenden Schlachten gerade als Ausgangspunkt und wirksame Waffe in den Händen des Proletariats dienen wird. Mit anderen Worten: In Erwartung der entscheidenden Schlachten während der Periode der Verteidigung und Sammlung der Kräfte muss die Partei in jeder Hinsicht völlig gerüstet sein. In Erwartung der Schlachten... Das bedeutet aber nicht, dass die Partei mit verschränkten Armen abwarten und zu einem müßigen Zuschauer werden, aus einer Partei der Revolution (wenn sie in Opposition ist) zu einer Partei des Abwartens entarten soll - nein, in einer solchen Periode muss sie Schlachten vermeiden, darf sie diese nicht aufnehmen, falls sie noch nicht Zeit hatte, die nötigen Kräfte zu sammeln, oder falls die Situation für sie ungünstig ist; sie *darf aber*, natürlich bei günstigen Bedingungen, *keine Gelegenheit verpassen*, dem Gegner die Schlacht aufzuzwingen, wenn dies für ihn unvorteilhaft ist, den Gegner in ständiger Spannung zu halten, Schritt um Schritt dessen Kräfte zu desorganisieren und zu demoralisieren, Schritt um Schritt die Kräfte des Proletariats in den seine Tagesinteressen angehenden Kämpfen zu üben und dadurch die eigenen Kräfte zu mehren.

Nur in diesem Fall kann die Verteidigung eine wirklich *aktive* Verteidigung sein, wird die Partei imstande sein, alle Merkmale einer wirklichen *Aktionspartei* zu bewahren und nicht zu einer Partei beschaulichen Abwartens zu werden, nur in diesem Fall wird die Partei den Zeitpunkt der entscheidenden Aktionen nicht verpassen, nicht vorübergehen lassen, wird sie von den Ereignissen nicht überrumpelt werden. Der Fall Kautsky und Konsorten, die infolge ihrer Taktik eines „weisen“, beschaulichen Abwartens und der noch „weiseren“ Passivität den Zeitpunkt des Eintretens der proletarischen Revolution im Westen haben vorübergehen lassen, ist eine direkte Warnung. Oder weiter: Der Fall mit den Menschewiki und den Sozialrevolutionären, die infolge ihrer Taktik des endlosen Abwartens in der Frage des Friedens und des Grund und Bodens die Macht verpasst haben, sollte ebenfalls als Warnung dienen. Andererseits ist es gleichfalls klar, dass die Taktik der aktiven Verteidigung, die Taktik des Handelns (der Aktion) nicht missbraucht werden darf, denn in diesem Fall besteht die Gefahr, dass man die Taktik der revolutionären Aktionen der kommunistischen Partei in eine Taktik „revolutionärer“ Gymnastik verwandelt, das heißt in eine Taktik, die nicht zur Sammlung der Kräfte des Proletariats und zur Stärkung seiner Kampfbereitschaft, also nicht zur Beschleunigung der Revolution, sondern zur Zerstreung der Kräfte des Proletariats, zur Schwächung seiner Kampfbereitschaft und folglich zur Verzögerung der Sache der Revolution führt.

9. *Die allgemeinen Grundlagen der kommunistischen Strategie und Taktik*. Dieser Grundlagen gibt es drei:

a) Als Grundlage muss die durch die Theorie des Marxismus gewonnene und durch die revolutionäre Praxis bestätigte Schlussfolgerung angenommen werden, dass in den kapitalistischen Staaten das Proletariat die einzige konsequent revolutionäre Klasse ist, die an der völligen Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus interessiert und infolgedessen berufen ist, der Führer aller unterdrückten und ausgebeuteten Massen im Kampf für den Sturz des Kapitalismus zu sein, so dass die ganze Arbeit darauf eingestellt werden muss, die Errichtung der Diktatur des Proletariats sicherzustellen.

b) Als Grundlage muss die durch die Theorie des Marxismus gewonnene und durch die revolutionäre Praxis bestätigte Schlussfolgerung angenommen werden, dass die *Strategie und Taktik der kommunistischen Partei eines jeden beliebigen Landes* nur dann richtig sein können, wenn sie sich nicht im Interessenkreis „ihres“ Landes, „ihrer“ Heimat, „ihres“ Proletariats abschließen, sondern im Gegenteil, unter Berücksichtigung der Verhältnisse und der Lage ihres eigenen Landes, die Interessen des internationalen Proletariats, die Interessen der Revolution in den anderen Ländern zum Angelpunkt machen, das heißt, wenn sie ihrem Wesen, Ihrem Geiste nach internationalistisch sind, wenn sie „ein Höchstmaß des-heil durchführen, was in einem“ (dem eigenen) „Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist“ (siehe Lenin „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“^[25]).

c) Als Ausgangspunkt muss bei der Änderung der Strategie und Taktik, bei der Ausarbeitung neuer strategischer Pläne und taktischer Linien, jede Art von Doktrinarismus (der rechte und der linke) verworfen werden (Kautsky, Axelrod, Bogdanow, Bucharin), muss die beschauliche Methode und die Methode der Zitate und historischer Parallelen, ausgeklügelter Pläne und toter Formeln (Axelrod, Plechanow) verworfen werden, muss erkannt werden, dass es gilt, auf dem Standpunkt des Marxismus nicht „zu liegen“, sondern zu stehen, die „Welt nicht nur zu interpretieren“, sondern sie „zu verändern“, nicht „den Hintern des Proletariats zu betrachten“ und hinter den Ereignissen einher zutrotten, sondern das Proletariat zu führen und ein bewusster Ausdruck des unbewussten Prozesses zu sein (siehe „Spontaneität und Bewusstheit“^[26] von Lenin und die bekannte Stelle aus dem „Kommunistischen Manifest“^[27] von Marx darüber, dass die Kommunisten der weitblickendste, immer weiter treibende Teil des Proletariats sind).

Jede dieser Grundlagen, *insbesondere die zweite und die dritte*, ist durch Tatsachen aus der Erfahrung der revolutionären Bewegung in Rußland und im Westen zu illustrieren.

10. Die Aufgaben:

a) *Die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen* (das heißt Kader bilden, eine kommunistische Partei schaffen, Programm und Grundlagen der Taktik ausarbeiten). Propaganda als Grundform der Arbeit.

b) *Die breiten Massen der Arbeiter und der Werktätigen überhaupt für die Vorhut gewinnen* (Heranführung der Massen an die Kampfpositionen). Grundform der Arbeit sind die praktischen Aktionen der Massen als Vorspiel zu den entscheidenden Gefechten.

11. Regeln:

a) *Ausnahmslos alle Formen der Organisation des Proletariats und alle Formen (Gebiete) der Bewegung, des Kampfes müssen beherrscht werden.* (Formen der Bewegung: parlamentarische und außerparlamentarische, legale und illegale.)

b) *Man muss lernen, sich der schnellen Ablösung der einen Formen der Bewegung durch andere, oder der Ergänzung der einen Formen durch andere anzupassen, man muss lernen, die legalen Formen mit den illegalen, die parlamentarischen mit den außerparlamentarischen zu verbinden* (Beispiel: der schnelle Übergang der Bolschewiki im Juli 1917 von den legalen Formen zu den illegalen, die Verbindung der außer-parlamentarischen Bewegung in den Lena-Tagen mit dem Auftreten in der Duma).

12. *Die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei vor und nach der Machteroberung.* Vier Besonderheiten.

a) *Das Wichtigste* in der Situation, die nach dem Oktoberumsturz in Europa überhaupt und in Rußland im besonderen entstand, war der vom russischen Proletariat vollzogene *Durchbruch der internationalen sozialen Front* (als Ergebnis des Sieges über die russische Bourgeoisie) im Bereich Rußlands (*Bruch* mit dem Imperialismus, *Veröffentlichung* der Geheimverträge, Bürgerkrieg an Stelle des imperialistischen Krieges, Verbrüderungsappell an die Soldaten, Aufruf an die Arbeiter, sich gegen ihre Regierungen zu erheben). Dieser Durchbruch leitete eine *weltgeschichtliche Wende* ein, indem er den Bestand des ganzen Gefüges des internationalen Imperialismus unmittelbar bedrohte und das Wechselverhältnis zwischen den kämpfenden Kräften im Westen grundlegend zugunsten der Arbeiterklasse Europas veränderte. Das aber bedeutet, dass das russische Proletariat und seine Partei aus einer *nationalen* Kraft zu einer *internationalen* Kraft wurden, wobei die alte Aufgabe, die eigene nationale Bourgeoisie zu stürzen, durch die neue Aufgabe, die internationale Bourgeoisie zu stürzen, abgelöst wurde, und da die internationale Bourgeoisie in Erkenntnis der tödlichen Gefahr sich die *Liquidierung des russischen Durchbruchs* zur nächsten Aufgabe machte und alle ihre freien Kräfte (Reserven) gegen Sowjetrußland konzentrierte, musste das letztere seinerseits alle seine Kräfte zur Verteidigung konzentrieren und war gezwungen, den Hauptschlag der internationalen Bourgeoisie auf sich zu nehmen. Dies alles war eine bedeutende Erleichterung für den Kampf der westlichen Proletarier gegen ihre Bourgeoisie und verzehnfachte ihre Sympathien für das russische Proletariat als den *Vorkämpfer des internationalen Proletariats*.

Die Realisierung der Aufgabe, die Bourgeoisie in einem Lande zu stürzen, führte auf diese Weise zu der neuen Aufgabe des Kampfes im internationalen Maßstab, des Kampfes auf einer anderen Ebene, des Kampfes des proletarischen Staates gegen die ihm feindlichen kapitalistischen Staaten, wobei das russische Proletariat, das bis dahin einen Trupp des internationalen Proletariats gebildet hatte, von nun an zum Vortrupp, zur Vorhut des internationalen Proletariats wurde.

Die Aufgabe, die Revolution im Westen auszulösen, um uns selbst, das heißt Rußland, die Vollendung der eigenen Revolution zu erleichtern, hat sich somit aus einem Wunsch in eine rein praktische Tagesaufgabe verwandelt. Diese Umwälzung in den Beziehungen (besonders den internationalen) wurde durch die Oktoberrevolution herbeigeführt und ist *ganz und gar* der Oktoberrevolution zu verdanken. Durch die Februarrevolution sind die internationalen Beziehungen nicht einmal berührt worden.

b) *Der zweite wichtige Zug* in der nach dem Oktober in Rußland entstandenen Situation besteht in der veränderten Stellung sowohl des Proletariats als auch seiner Partei innerhalb Rußlands. Früher, vor dem Oktober, bestand die Hauptsorge des Proletariats in der Organisierung sämtlicher Kampfkräfte zum Sturz der Bourgeoisie, also in einer Aufgabe vornehmlich Kritik übenden und zerstörenden Charakters. Jetzt, nach dem Oktober, da die Bourgeoisie schon nicht mehr an der Macht ist und der Staat ein proletarischer geworden ist, ist die alte Aufgabe hinfällig geworden, und an ihrer Stelle steht die neue *Aufgabe der Organisierung sämtlicher Werktätigen* Rußlands (der Bauernschaft, Handwerker, Heimarbeiter, Intellektuellen, der rückständigen Völkerschaften, die zur RSFSR gehören) zum *Aufbau des neuen Sowjetrußlands*, seiner Wirtschafts- und Militärapparate einerseits und zur Niederhaltung des Widerstands der gestürzten, aber noch nicht restlos vernichteten Bourgeoisie andererseits. (Dementsprechend sind auch einige alte Formen der Bewegung hinfällig geworden, wie Streiks, Aufstände usw., und demnach änderten sich auch der Charakter und die Formen (Funktionen) der Organisation der Arbeiterklasse (Partei, Sowjets, Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur- und Aufklärungsinstitutionen)).

c) Entsprechend der veränderten Stellung des Proletariats innerhalb Rußlands und gemäß der neuen Aufgabe *hat sich auch die Politik des Proletariats in bezug auf die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Gruppen* und Schichten der Bevölkerung Rußlands geändert. Früher (am Vorabend des Sturzes der Bourgeoisie) lehnte das Proletariat einzelne Vereinbarungen mit bürgerlichen Gruppen ab, denn eine derartige Politik führte zur Stärkung der am Ruder

stehenden Bourgeoisie; jetzt ist das Proletariat im Gegenteil für einzelne Vereinbarungen, denn sie festigen seine Herrschaft, zersetzen die Bourgeoisie, erleichtern die Zählung ihrer einzelnen Gruppen durch das Proletariat, erleichtern deren Assimilation. Der Unterschied zwischen dem „*Reformismus*“ und der *Politik einzelner Vereinbarungen* (der erste lehnt unbedingt die Methode der revolutionären Aktionen ab, die zweite nicht, und wenn sie von Revolutionären angewandt wird, geht sie von der revolutionären Methode aus; der erste ist dem Umfang nach enger, die zweite weiter). (Siehe über „*Reformismus*“ und die „*Politik der Vereinbarungen*“.)

d) Entsprechend dem kolossalen Anwachsen der Kräfte und Mittel des Proletariats und der Kommunistischen Partei *hat die strategische Arbeit der Kommunistischen Partei stärkeren Schwung erhalten*. Früher beschränkte sich die Strategie der Kommunistischen Partei auf die Aufstellung des strategischen Planes, auf das Manövrieren zwischen den verschiedenen Formen der Bewegung und der Organisationen des Proletariats, ferner zwischen den verschiedenen Forderungen der Bewegung (Losungen), auf die Aufstellung dieser und die Zurückziehung jener Losungen, auf die Ausnutzung der kargen Reserven in Form von Widersprüchen zwischen den verschiedenen Klassen, wobei der Rahmen dieser Reserven eng und die Möglichkeit ihrer Ausnutzung infolge der Schwäche der Partei in der Regel stets sehr begrenzt waren; jetzt aber, nach dem Oktober, sind erstens *die Reserven gewachsen* (die Widersprüche zwischen den sozialen Gruppen in Rußland, die Widersprüche zwischen den Klassen und Nationalitäten in den benachbarten Staaten, die Widersprüche zwischen den benachbarten Staaten, die wachsende sozialistische Revolution im Westen, die wachsende revolutionäre Bewegung im Osten und in den Kolonien überhaupt usw.), zweitens haben sich *die Mittel und Möglichkeiten des Manövrierens vermehrt* (die alten Mittel wurden durch neue ergänzt, zum Beispiel die diplomatische Tätigkeit, die Anknüpfung von realeren Verbindungen sowohl mit der sozialistischen Bewegung des Westens als auch mit der revolutionären Bewegung des Ostens), drittens haben sich *neue, breitere Möglichkeiten zur Ausnutzung der Reserven ergeben* dank den gesteigerten Kräften und Mitteln des Proletariats, das in Rußland zur herrschenden *politischen Kraft* geworden ist und seine eigenen Streitkräfte besitzt, in der internationalen Welt aber zur Avantgarde der revolutionären Weltbewegung geworden ist.

13. *Speziell*: a) die Frage des *Tempos* der Bewegung und seiner Rolle bei der Festlegung der Strategie und Taktik, b) die Frage des *Reformismus*, der *Politik der Vereinbarungen* und ihrer Wechselbeziehungen.

14. „*Reformismus*“ („*Paktierertum*“), „*Politik der Vereinbarungen*“ und „*einzelne Vereinbarungen*“ - *drei verschiedene Dinge* (jedes von ihnen ist besonders zu behandeln). Die menschewistischen *Vereinbarungen* sind unannehmbar, denn sie gehen vom *Reformismus*, das heißt von der *Negierung der revolutionären Aktionen* aus, während die bolschewistischen *Vereinbarungen* von den Erfordernissen der revolutionären Aktionen ausgehen. Eben darum verwandeln sich die Vereinbarungen bei den Menschewiki in ein System, in eine *Politik der Vereinbarungen*, während die Bolschewiki bloß für einzelne, konkrete Vereinbarungen sind, ohne daraus eine besondere Politik der Vereinbarungen zu machen.

15. *Drei Perioden in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Rußlands*:

a) *die Periode der Formierung der Vorhut (d. h. der Partei) des Proletariats, die Periode des Zusammenschlusses der Parteikader* (in dieser Periode ist die Partei schwach, verfügt über ein Programm und allgemeine Grundlagen der Taktik, ist aber als Partei der Massenaktionen schwach) ;

b) *die Periode des revolutionären Massenkampfs* unter Führung der Kommunistischen Partei. In dieser Periode verwandelt sich die Partei *aus einer Organisation der Massenagitation* in eine Organisation der Massenaktionen, die Periode der Vorbereitung wird von der Periode der *revolutionären Aktionen* abgelöst;

c) *die Periode nach der Machtergreifung, nach der Verwandlung der Kommunistischen Partei in eine Regierungspartei.*

16. Die politische *Kraft der russischen proletarischen Revolution* besteht darin, dass sich die Agrarrevolution der Bauernschaft (Sturz des Feudalismus) dort unter *Führung des Proletariats* (und nicht der Bourgeoisie) vollzog, dass *infolgedessen* die bürgerlich-demokratische Revolution als Prolog der proletarischen Revolution diente, dass die *Verbindung* der werktätigen Elemente der Bauernschaft mit dem Proletariat und die *Unterstützung* der ersteren durch das letztere nicht nur politisch gewährleistet, sondern auch organisatorisch in den Sowjets verankert war, was dem Proletariat die Sympathie der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung verschaffte (eben deshalb *ist es nicht schlimm*, wenn das Proletariat selbst nicht die Mehrheit im Lande ausmacht).

Die Schwäche der proletarischen Revolutionen in Europa (auf dem Kontinent) besteht darin, dass dort das Proletariat weder *diese* Verbindung mit dem Dorf hat, noch *diese* Unterstützung von ihm erhält, *dort* vollzog sich die *Befreiung* der Bauernschaft vom Feudalismus unter Führung der Bourgeoisie (und nicht des Proletariats, das damals schwach war), was angesichts der gleichgültigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den Interessen des Dorfes für lange Zeit der Bourgeoisie die Sympathien der Mehrheit der Bauern sicherte.

Juli 1921.

Zum erstenmal veröffentlicht.

(Der vorliegende Entwurf zu einer Broschüre wurde vom Verfasser für die Schrift „Über die Grundlagen des Leninismus“ benutzt, die 1924 erschien und in Band 6 der Werke J.W. Stalins enthalten ist. Der erste Teil des Entwurfs wurde für den Aufsatz „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ verwendet, der 1923 veröffentlicht wurde und in Band 5 der Werke J. W. Stalins enthalten ist, während einige seiner Thesen vom Verfasser für den Artikel „Die Partei vor und nach der Machtergreifung“ verwendet wurden, der im August 1921 veröffentlicht wurde und in Band 5 der Werke J. W. Stalins enthalten ist. Die Red.)

ÜBER DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DES KOMMUNISMUS IN GEORGIEN UND TRANSKAUKASIEN

Bericht in der Mitgliederversammlung der
Tifliser Organisation der Kommunistischen Partei Georgiens^[28]
6. Juli 1921

Genossen! Das Komitee Ihrer Organisation hat mich beauftragt, Ihnen einen Bericht über die nächsten Aufgaben des Kommunismus in Georgien zu erstatten.

Die nächsten Aufgaben des Kommunismus liegen auf dem Gebiet der Taktik. Um aber die Taktik einer Partei, und zwar einer Regierungspartei, festzulegen, muss man vor allem der allgemeinen Situation Rechnung tragen, in der die Partei lebt und die unbedingt berücksichtigt sein will. Wie sieht diese Situation aus?

Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass sich die Welt mit Beginn des Bürgerkriegs in zwei entgegengesetzte Lager gespalten hat, das Lager des Imperialismus mit der Entente an der Spitze und das Lager des Sozialismus mit Sowjetrußland an der Spitze, dass im ersten Lager sich alle möglichen kapitalistischen, „demokratischen“ und menschowistischen Staaten befinden, während zu dem zweiten Lager die Sowjetstaaten, darunter auch Georgien, gehören. Der Grundzug der Situation, in der die Sowjetländer heute leben, besteht darin, dass die Periode des bewaffneten Kampfes zwischen den oben genannten beiden Lagern mit einem mehr oder weniger lang andauernden Waffenstillstand zwischen ihnen geendet hat, dass die Periode des Krieges von einer Periode des friedlichen wirtschaftlichen Aufbaus der Sowjetrepubliken abgelöst worden ist. Früher, sozusagen in der Kriegsperiode, handelten die Sowjetrepubliken nach der all-gemeinen Losung „Alles für den Krieg“, denn die Sowjetrepubliken waren ein von den imperialistischen Staaten umzingeltes blockiertes Lager. Damals, in der erwähnten Periode, wurde die ganze Energie der Kommunistischen Partei darauf verwandt, alle lebendigen Kräfte für den Aufbau der Roten Armee, für die Verstärkung der Front zum bewaffneten Kampf gegen den Imperialismus einzusetzen. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Partei in dieser Periode ihr Augenmerk nicht auf den wirtschaftlichen Aufbau konzentrieren konnte. Man darf ohne Übertreibung sagen, dass die Ökonomik der Sowjetländer sich in dieser Periode darauf beschränkte, die Kriegsindustrie zu entwickeln und einige Zweige der Volkswirtschaft, die wiederum mit dem Kriege zu tun hatten, schlecht und recht aufrechtzuerhalten. Hieraus ist eigentlich auch die wirtschaftliche Zerrüttung zu erklären, die wir von der Kriegsperiode der Sowjetstaaten geerbt haben.

Heute, da wir in eine neue Periode des wirtschaftlichen Aufbaus eingetreten, da wir vom Krieg zu friedlicher Arbeit übergegangen sind, wird die alte Losung „Alles für den Krieg“ natürlicherweise von der neuen Losung „Alles für die Volkswirtschaft“ abgelöst. Diese neue Periode verpflichtet die Kommunisten, alle Kräfte an die Wirtschaftsfront, in die Industrie, die Landwirtschaft, das Ernährungswesen, die Genossenschaften, das Verkehrswesen usw. zu werfen. Denn sonst ist es unmöglich, der wirtschaftlichen Zerrüttung Herr zu werden.

Hat uns die Kriegsperiode den Typus von Kommunisten geliefert, die auf militärischem Gebiet, auf dem Gebiet der Versorgung, der Truppenformierung und der operativen Arbeit erfahren sind, so muss die Kommunistische Partei dafür Sorge tragen, dass in der neuen Periode, der Periode des wirtschaftlichen Aufbaus, durch Gewinnung der breiten Massen für die wirtschaftliche Wiederherstellung ein neuer Typus, der des kommunistischen Wirtschaftsfunktionärs - in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen, in den Genossenschaften usw. -, entwickelt wird.

Aber bei der Entfaltung der wirtschaftlichen Aufbauarbeit können die Kommunisten nicht umhin, zwei sehr wichtigen Umständen Rechnung zu tragen, die als Erbe der Vergangenheit zurückgeblieben sind. Diese Umstände sind: erstens das Bestehen von industriell hochentwickelten bürgerlichen Staaten rings um die Sowjetländer und zweitens das Vorhandensein einer zahlenmäßig starken bäuerlichen Kleinbourgeoisie innerhalb der Sowjetstaaten.

Die Sache ist die, dass durch den Willen der Geschichte die Sowjetmacht nicht in den höher entwickelten Ländern den Sieg davongetragen hat, sondern in Ländern, die in kapitalistischer Hinsicht relativ weniger entwickelt waren. Die Geschichte hat gezeigt, dass in solchen Ländern wie Rußland mit einem verhältnismäßig jungen Kapitalismus, einem starken, konzentrierten Proletariat und einer schwachen nationalen Bourgeoisie es viel leichter ist, die Bourgeoisie zu stürzen als in den klassischen Ländern des Kapitalismus, wie Deutschland, England und Frankreich, wo der Kapitalismus seit einigen Jahrhunderten besteht und die Bourgeoisie Zeit hatte, zu einer bedeutsamen führenden Kraft des ganzen gesellschaftlichen Lebens zu werden.

Wenn die Diktatur des Proletariats auch in solchen Ländern wie Deutschland und England errichtet sein wird, so wird es dort zweifellos leichter sein, die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu Ende zu führen, das heißt, dort wird es leichter sein, die sozialistische Wirtschaft zu organisieren, denn dort ist die Industrie höher entwickelt, die Technik reicher und das Proletariat verhältnismäßig zahlreicher als in den heutigen Sowjetländern. Einstweilen jedoch stehen wir vor der Tatsache, dass auf der einen Seite in Ländern mit weniger entwickelter Industrie und einer zahlreichen Klasse kleiner Warenproduzenten (Bauern) die Diktatur des Proletariats und auf der anderen Seite in den Ländern mit höher entwickelter Industrie und einer zahlreichen proletarischen Klasse die Diktatur der Bourgeoisie besteht. Diese Tatsache zu ignorieren, wäre unvernünftig, leichtsinnig.

Da die Sowjetländer Roh- und Brennstoffressourcen in Hülle und Fülle haben, während die industriell entwickelten bürgerlichen Länder Mangel daran leiden, steht es außer Zweifel, dass einzelne kapitalistische Gruppen aus den bürgerlichen Staaten daran interessiert sind, mit den Sowjetstaaten Abkommen zu schließen, um die Roh- und Brennstoffvorräte unter bestimmten Bedingungen auszunutzen. Da andererseits die Klasse der Kleinproduzenten in den Sowjetstaaten (die Bauernschaft) Industrieerzeugnisse (Textilien, landwirtschaftliche Maschinen) braucht, steht es außer Zweifel, dass auch sie an einem Abkommen mit der proletarischen Macht ihres Landes interessiert ist, um diese Erzeugnisse auf dem Wege des Warenaustauschs (im Austausch gegen landwirtschaftliche Produkte) zu erhalten.

Die Sowjetmacht ist ihrerseits ebenfalls daran interessiert, ein zeitweiliges Abkommen sowohl mit einzelnen kapitalistischen Gruppen fremder Länder als auch mit der Klasse der kleinen Warenproduzenten ihres eigenen Landes zu treffen, denn ein solches Abkommen wird zweifellos die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte und die Durchführung der Elektrifizierung, dieser technisch-industriellen Basis der künftigen sozialistischen Wirtschaft, beschleunigen und erleichtern.

Diese Umstände diktieren den Kommunisten der Sowjetstaaten eine Politik zeitweiliger Vereinbarungen sowohl mit einzelnen kapitalistischen Gruppen des Westens (im Interesse der Ausnutzung ihrer Kapitalien und technischen Kräfte) als auch mit der Kleinbourgeoisie ihres eigenen Landes (um die nötigen Rohstoffe und Lebensmittel zu erhalten).

Manch einer könnte bemerken, diese Taktik der Vereinbarungen mit der Bourgeoisie rieche nach Menschewismus, denn die Menschewiki praktizieren in ihrer Tätigkeit eine Taktik der Vereinbarungen mit der Bourgeoisie. Aber das stimmt nicht. Zwischen der Taktik der Vereinbarungen mit einzelnen bürgerlichen Gruppen, wie sie heute von den Kommunisten vorgeschlagen wird, und der menschewistischen Taktik der Vereinbarungen mit der Bourgeoisie liegt ein ganzer Abgrund. Die Menschewiki pflegen eine Verständigung mit der Bourgeoisie vorzuschlagen, wenn die Kapitalisten an der Macht stehen, wenn die an der

Macht stehenden Kapitalisten, um ihre Herrschaft zu festigen und das Proletariat zu korrumpieren, nicht abgeneigt sind, von oben herab einzelnen Gruppen des Proletariats gewisse „Reformen“ zu gewähren, kleine Zugeständnisse zu machen. Eine solche Verständigung ist für das Proletariat schädlich und für die Bourgeoisie vorteilhaft, denn es schwächt nicht die Macht der Bourgeoisie, sondern stärkt sie und erzeugt unter dem Proletariat Uneinigkeit, spaltet es. Eben darum waren die Bolschewiki stets gegen die menschewistische Taktik der Verständigung mit der an der Macht stehenden Bourgeoisie und werden stets gegen diese Taktik sein. Eben darum betrachten die Bolschewiki die Menschewiki als Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.

Die von den Bolschewiki vorgeschlagene Taktik der Vereinbarungen hat aber, im Gegensatz zur Taktik der Menschewiki, einen ganz anderen Charakter, denn sie setzt eine ganz andere Situation voraus, in der nicht die Bourgeoisie, sondern das Proletariat an der Macht steht, wobei eine Verständigung einzelner bürgerlicher Gruppen mit der proletarischen Macht unvermeidlich zur Festigung der proletarischen Macht auf der einen, zur Zersetzung der Bourgeoisie und zur Unterwerfung einzelner ihrer Gruppen auf der anderen Seite führen muss. Es ist nur notwendig, dass das Proletariat die von ihm eroberte Macht fest in Händen hält und die Mittel und Kenntnisse dieser bürgerlichen Gruppen geschickt für die wirtschaftliche Wiederherstellung des Landes ausnutzt.

Sie sehen, dass diese Taktik von der Taktik der Menschewiki himmelweit verschieden ist.

Also alle lebendigen Kräfte an die Wirtschaftsfront werfen und dabei durch Vereinbarungen einzelne bürgerliche Gruppen, ihre Mittel, ihre Kenntnisse, ihre organisatorischen Erfahrungen im Interesse der wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes ausnutzen - das ist die erste nächstliegende Aufgabe der Kommunisten in den Sowjetländern, darunter auch der Kommunisten Georgiens, eine Aufgabe, die durch die gesamte Lage diktiert wird.

Es genügt jedoch nicht, die allgemeine Situation zu berücksichtigen, wenn es gilt, die Taktik der einzelnen Sowjetländer, in diesem Fall Sowjetgeorgiens, festzulegen. Um die Taktik der Kommunisten in jedem einzelnen Sowjetland festzulegen, muss man noch die besonderen, konkreten Existenzbedingungen dieser Länder in Rechnung stellen. Welches sind nun die besonderen, konkreten Existenzbedingungen Sowjetgeorgiens, unter denen die Kommunistische Partei Georgiens zu wirken hat?

Mit aller Eindeutigkeit lassen sich einige Tatsachen feststellen, die diese Bedingungen charakterisieren.

Erstens gibt es keinen Zweifel, dass eine völlig isolierte Existenz Sowjetgeorgiens wie auch eines jeden anderen Sowjetlandes angesichts der entschieden feindlichen Haltung der kapitalistischen Staaten gegenüber den Sowjetländern sowohl vom militärischen Standpunkt als auch vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung aus undenkbar ist. Die gegenseitige sowohl militärische als auch wirtschaftliche Unterstützung der Sowjetstaaten ist eine Voraussetzung, ohne die die Entwicklung dieser Staaten undenkbar ist.

Zweitens ist es klar, dass Georgien, das Mangel an Lebensmitteln leidet, russisches Getreide braucht, ohne dieses Getreide nicht auskommen kann.

Drittens braucht Georgien, das über keinen flüssigen Brennstoff verfügt, offenkundig zur Aufrechterhaltung seines Verkehrs und seiner Industrie die Erdölerzeugnisse Aserbaidschans, ohne die es nicht auskommen kann.

Viertens gibt es gleichfalls keinen Zweifel, dass Georgien, das Mangel an Exportmitteln leidet, auf Goldunterstützung aus Rußland angewiesen ist, wenn es sein Defizit im Warenbudget decken will.

Schließlich muss den eigentümlichen Verhältnissen der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung Georgiens Rechnung getragen werden, dass nämlich ein beträchtlicher Prozentsatz dieser Bevölkerung, und in Tiflis, der Hauptstadt Georgiens, sogar rund die Hälfte der Gesamtbevölkerung, aus Armeniern besteht, so dass Georgien bei jeder Regierungsform überhaupt und unter dem Sowjetregime im besonderen zweifellos verpflichtet ist, sowohl mit

den Armeniern in Georgien als auch mit Armenien unbedingt Frieden und brüderliche Zusammenarbeit zu pflegen.

Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass diese und viele ähnliche konkrete Verhältnisse es Sowjetgeorgien genauso wie Sowjetarmenien und Aserbaidshan zur Pflicht machen, untereinander eine gewisse Einheit in Ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit, eine gewisse Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen herbeizuführen, sagen wir, zur Verstärkung des Verkehrswesens, zum gemeinsamen Auftreten auf den Außenmärkten, zur Durchführung von Meliorationsarbeiten (Bewässerung, Drainage) usw. Ich spreche schon gar nicht von der Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung und Verbindung sowohl zwischen den transkaukasischen unabhängigen Sowjetrepubliken als auch zwischen diesen Republiken und Sowjetrußland, falls eine Verteidigung gegen Überfälle von außen notwendig wird. All das ist klar und unbestreitbar. Wenn ich nun diese Binsenwahrheiten dennoch erwähnt habe, so nur darum, weil es gewisse Umstände gibt, die in den letzten zwei, drei Jahren entstanden sind und diese Vereinigung behindern, diese Vereinigungsversuche gefährden. Ich spreche von dem Nationalismus - dem georgischen, armenischen, aserbaidshanischen Nationalismus -, der sich in den letzten Jahren in den Republiken Transkaukasiens gewaltig verstärkt hat und die Vereinigung hemmt.

Ich erinnere mich der Jahre 1905 bis 1917, als unter den Arbeitern und den Werkträgern der Nationalitäten Transkaukasiens überhaupt eine vollkommene brüderliche Solidarität zu beobachten war, als Bande der Brüderlichkeit die armenischen, georgischen, aserbaidshanischen und russischen Arbeiter zu einer einzigen sozialistischen Familie verbanden. Als ich jetzt nach Tiflis kam, war ich sehr darüber erstaunt, dass zwischen den Arbeitern der Nationalitäten Transkaukasiens nicht mehr die frühere Solidarität besteht. Unter den Arbeitern und Bauern hat sich ein Nationalismus herausgebildet, das Gefühl des Argwohns gegenüber den Genossen anderer Nationalitäten ist stärker geworden: man findet jetzt antiarmenischen, antitatarischen, antigeorgischen, antirussischen oder irgendeinen anderen Nationalismus, soviel wie man will. Die alten Bande brüderlichen Vertrauens sind zerrissen oder zumindest bedeutend geschwächt. Offensichtlich sind die drei Jahre, in denen es nationalistische Regierungen in Georgien (die Menschewiki), in Aserbaidshan (die Mussawatisten^[29]), in Armenien (die Daschnaken^[30]) gab, nicht spurlos vorübergegangen. Diese nationalistischen Regierungen, die mit ihrer nationalistischen Politik unter den Werkträgern im Geiste eines aggressiven Nationalismus wirkten, haben es schließlich dahin gebracht, dass jedes dieser kleinen Länder sich von einer feindlichen nationalistischen Atmosphäre umringt sah, wodurch Georgien und Armenien des russischen Getreides und des aserbaidshanischen Erdöls verlustig gingen, während Aserbaidshan und Rußland die Waren verloren, die über Batum kamen. Ich spreche schon gar nicht von den bewaffneten Zusammenstößen (dem georgisch-armenischen Krieg) und dem Gemetzel (dem armenisch-tatarischen), als den natürlichen Folgen nationalistischer Politik. Es ist nicht verwunderlich, dass in dieser vergifteten nationalistischen Atmosphäre die alten internationalen Bande zerrissen sind und das Bewusstsein der Arbeiter vom Gift des Nationalismus verseucht wurde. Da nun die Überreste dieses Nationalismus unter den Arbeitern noch nicht überwunden sind, steht dieser Umstand (der Nationalismus) der Vereinigung der wirtschaftlichen (und militärischen) Bemühungen der transkaukasischen Sowjetrepubliken als größtes Hindernis entgegen. Nun, ich habe ja schon davon gesprochen, dass die transkaukasischen Sowjetrepubliken, insbesondere Sowjetgeorgien, ohne diese Vereinigung unmöglich wirtschaftlich gedeihen können. Darum ist die nächste Aufgabe der Kommunisten Georgiens der schonungslose Kampf gegen den Nationalismus, die Wiederherstellung der alten internationalen Bruderbande, die vor dem Aufkommen der nationalistischen menschewistischen Regierung bestanden haben, und somit die Schaffung einer gesunden Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens, wie sie notwendig ist, um die wirtschaftlichen

Bemühungen der transkaukasischen Sowjetrepubliken vereinigen und die wirtschaftliche Wiedergeburt Georgiens erzielen zu können.

Das bedeutet natürlich nicht, dass es ein unabhängiges Georgien oder ein unabhängiges Aserbaidshan usw. nicht mehr geben dürfe. Das unter gewissen Genossen zirkulierende Projekt, das die Wiederherstellung der alten Gouvernements (Tiflis, Baku, Eriwan) mit einer einheitlichen transkaukasischen Regierung an der Spitze bezweckt, ist meiner Auffassung nach eine Utopie, und zwar eine reaktionäre Utopie, denn ein solches Projekt geht zweifellos von dem Wunsch aus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Die alten Gouvernements wiederherstellen und die nationalen Regierungen in Georgien, in Aserbaidshan, in Armenien liquidieren wäre genau dasselbe wie das Grundeigentum der Gutsbesitzer wiederherstellen und die Errungenschaften der Revolution liquidieren. Das hat mit Kommunismus nichts gemein. Gerade um die Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens zu zerstreuen und die Bande der Brüderlichkeit zwischen den Arbeitern der Nationalitäten Transkaukasiens und Rußlands wiederherzustellen - gerade dazu muss man die Unabhängigkeit sowohl Georgiens als auch Aserbaidshans und Armeniens aufrechterhalten. Das schließt die Notwendigkeit einer gegenseitigen wirtschaftlichen und sonstigen Unterstützung sowie die Notwendigkeit einer Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen der unabhängigen Sowjetrepubliken auf der Grundlage eines freiwilligen Übereinkommens, auf der Grundlage einer Konvention nicht aus, sondern setzt diese im Gegenteil voraus.

Nachrichten zufolge, die ich erhalten habe, wurde dieser Tage in Moskau beschlossen, Georgien, Armenien und Aserbaidshan eine kleine Unterstützung in Form einer Anleihe von 6½ Millionen Goldrubel zu gewähren. Außerdem habe ich erfahren, dass Georgien und Armenien, wie sich herausstellt, Erdölzeugnisse aus Aserbaidshan kostenlos erhalten - ein Fall, der im Leben bürgerlicher Staaten undenkbar ist, selbst wenn diese durch das berüchtigte „herzliche Einvernehmen“ (Entente cordiale³¹¹) miteinander verbunden sind. Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass diese und ähnliche Akte die Unabhängigkeit dieser Staaten nicht schwächen, sondern stärken.

Also die nationalistischen Überreste liquidieren, sie mit glühendem Eisen ausbrennen und eine gesunde Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens unter den Werktätigen der Nationalitäten Transkaukasiens schaffen, um die Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen der transkaukasischen Sowjetrepubliken (ohne die die wirtschaftliche Wiedergeburt Sowjetgeorgiens undenkbar ist) zu erleichtern und zu beschleunigen unter Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Sowjetgeorgiens - das ist die zweite dringliche Aufgabe der Kommunisten Georgiens, die sich gebieterisch aus den konkreten Existenzbedingungen dieses Landes ergibt.

Schließlich besteht die dritte dringliche Aufgabe, eine ebenso wichtige und ebenso unumgängliche Aufgabe, darin, die Reinheit, Festigkeit und Elastizität der Kommunistischen Partei Georgiens zu erhalten.

Genossen! Sie müssen daran denken, dass unsere Partei eine Regierungspartei ist, dass ihr mitunter in ganzen Gruppen unzuverlässige, dem proletarischen Geist fremde, karrieristische Elemente beitreten oder beizutreten trachten, Leute, die den Geist der Zersetzung und des Konservatismus in die Partei hineinbringen. Es ist die ureigene Aufgabe der Kommunisten, dafür zu sorgen, dass die Partei von solchen Elementen verschont bleibt. Es gilt, sich ein für allemal einzuprägen, dass die Kraft und das Gewicht einer Partei, besonders der kommunistischen Partei, nicht so sehr von der Menge der Mitglieder als vielmehr von ihrer Qualität, von ihrer Standhaftigkeit und Treue für die Sache des Proletariats abhängen. Die Kommunistische Partei Rußlands hat alles in allem 700000 Mitglieder. Ich kann Ihnen versichern, Genossen, dass sie die Zahl ihrer Mitglieder auf 7 Millionen bringen könnte, wenn sie es wollte und wenn sie nicht wüsste, dass 700000 standhafte Kommunisten eine ernster zu nehmende Kraft darstellen als 7 Millionen Mitläufer, die niemand braucht und die zu nichts nütze sind. Wenn Rußland dem Ansturm des Weltimperialismus standgehalten hat, wenn es

an den Außenfronten eine Reihe von bedeutsamen Erfolgen zu verzeichnen hat, wenn es im Laufe von zwei, drei Jahren aus sich heraus die Kraft aufgebracht hat, die die Grundlagen des Weltimperialismus erschüttert, so hat es dies unter anderem der fest gefügten, kampferprobten und aus hartem Stahl geschmiedeten Kommunistischen Partei zu verdanken, die niemals nach einer großen Mitgliederzahl gejagt, sondern als ihre erste Sorge die Verbesserung ihrer qualitativen Zusammensetzung betrachtet hat. Lassalle hatte recht, als er sagte, dass die Partei sich festigt, indem sie sich von Unrat säubert. Andererseits steht außer Zweifel, dass, wenn zum Beispiel die größte der sozialdemokratischen Parteien der Welt, die deutsche Sozialdemokratie, sich während des imperialistischen Krieges als Spielzeug in den Händen des Imperialismus erwies und nach dem Kriege wie ein Koloss auf tönernen Füßen in den Abgrund stürzte, dies deshalb geschehen konnte, weil sie sich jahrelang für eine Erweiterung ihrer Organisationen durch Aufnahme von allerhand kleinbürgerlichem Gesindel begeisterte, das denn auch den lebendigen Geist in ihr tötete.

Also die Standhaftigkeit und Reinheit der Partei bewahren, nicht nach einer großen Parteimitgliederzahl jagen, die qualitative Zusammensetzung der Partei systematisch verbessern, die Partei vor dem Zustrom von kleinbürgerlich-nationalistischen Intellektuellelementen bewahren - das ist die dritte und letzte dringliche Aufgabe der Kommunistischen Partei Georgiens.

Ich schließe meinen Bericht, Genossen. Jetzt zu den Schlussfolgerungen:

1. Die wirtschaftliche Aufbauarbeit allseitig entfalten, für diese Arbeit alle Kräfte einsetzen und dabei die Kräfte und Mittel sowohl der kapitalistischen Gruppen des Westens als auch der kleinbürgerlichen Gruppen des eigenen Landes ausnutzen;
2. die Hydra des Nationalismus zertreten und eine gesunde Atmosphäre des Internationalismus schaffen, um die Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen der Sowjetrepubliken Transkaukasiens unter Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit dieser Republiken zu erleichtern;
3. die Partei vor dem Zustrom kleinbürgerlicher Elemente bewahren und ihre Standhaftigkeit, ihre Elastizität unter systematischer Verbesserung ihrer qualitativen Zusammensetzung erhalten.

Das sind die drei grundlegenden nächstliegenden Aufgaben der Kommunistischen Partei Georgiens.

Nur wenn die Kommunistische Partei Georgiens diese Aufgaben erfüllt, wird sie das Steuer in ihren Händen behalten und die wirtschaftliche Zerrüttung besiegen können. (Beifall.)

*„Prawda Grusii“ (Prawda Georgiens)
(Tiflis) Nr. 108,
13. Juli 1921.*

DIE PARTEI VOR UND NACH DER MACHTERGREIFUNG

In der Entwicklung unserer Partei sind drei Perioden hervorzuheben.

Die erste Periode ist die Periode der Formierung, der Schaffung unserer Partei. Sie umfasst, ungefähr, die Zeitspanne von der Gründung der „Iskra“^[32] bis zum III. Parteitag einschließlich (Ende 1900 bis Anfang 1905).

In dieser Periode ist die Partei als treibende Kraft schwach. Ihre Schwäche ist nicht nur aus ihrer Jugend zu erklären, sondern auch aus der Jugend der Arbeiterbewegung im ganzen und aus dem Fehlen beziehungsweise der schwachen Entwicklung der revolutionären Situation, der revolutionären Bewegung, was besonders für die Anfangsstadien dieser Periode gilt (die Bauern schweigen oder gehen nicht über ein dumpfes Murren hinaus; die Arbeiter kennen lediglich den wirtschaftlichen Streik um Teilforderungen oder den politischen Streik im Rahmen einer Stadt; die Formen der Bewegung tragen illegalen oder halblegalen Charakter; auch die Organisationsformen der Arbeiterklasse tragen vorwiegend illegalen Charakter).

Die Strategie der Partei ist, da die Strategie das Vorhandensein von Reserven und die Möglichkeit des Manövrierens mit ihnen voraussetzt, notwendigerweise eng begrenzt, recht arm. Die Partei beschränkt sich darauf, den strategischen Plan der Bewegung zu umreißen, das heißt den Weg festzulegen, den die Bewegung gehen muss, während die Reserven der Partei - die Widersprüche im Lager der Gegner sowohl innerhalb als auch außerhalb Rußlands - infolge der Schwäche der Partei unausgenutzt oder fast unausgenutzt bleiben.

Die Taktik der Partei ist, da die Taktik die Ausnutzung aller und jeglicher Formen der Bewegung, der Organisationsformen des Proletariats, ihre Kombinierung, gegenseitige Ergänzung usw. im Interesse der Gewinnung der Massen und der Sicherung des strategischen Erfolgs voraussetzt, notwendigerweise ebenfalls eng begrenzt, entbehrt des Schwunges.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Sorgen der Partei steht in dieser Periode die Partei selbst, ihre Existenz, ihre Erhaltung. Die Partei wird in dieser Zeit als eine gewisse sich selbst genügende Kraft betrachtet. Das ist auch begreiflich: Die wütenden Angriffe des Zarismus auf die Partei sowie die Versuche der Menschewiki, die Partei von innen heraus zu sprengen und die Parteikader durch ein formloses, parteiloses Gebilde zu ersetzen (man erinnere sich der Kampagne der Menschewiki für den Arbeiterkongress, die anlässlich der berüchtigten Broschüre Axelrods „Die Volksduma und der Arbeiterkongress“ 1905 begonnen wurde), bedrohen die ganze Existenz der Partei, so dass die Frage der Erhaltung der Partei in dieser Periode erstrangige Bedeutung gewinnt.

Die grundlegende Aufgabe des Kommunismus in Rußland besteht in dieser Periode darin, die besten, aktivsten und der Sache des Proletariats ergebensten Kräfte der Arbeiterklasse für die Partei zu werben, die Partei des Proletariats zu formieren und auf die Beine zu stellen. Genosse Lenin formuliert diese Aufgabe dahin, „die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen“ (siehe „Der ‚linke Radikalismus‘...“^[33]).

Die zweite Periode ist die Periode der Gewinnung der breiten Arbeiter- und Bauernmassen für die Partei, für die Vorhut des Proletariats. Sie umfasst, ungefähr, die Zeitspanne vom Oktober 1905 bis zum Oktober 1917.

In dieser Periode ist die Situation viel komplizierter und ereignisreicher als in der vorhergegangenen. Das Fiasko des Zarismus auf den Feldern der Mandschurei und die Oktoberrevolution von 1905 einerseits, die Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges, der Sieg der Konterrevolution und die Beseitigung der revolutionären Errungenschaften andererseits, schließlich der imperialistische Krieg, die Februarrevolution 1917 und die berühmte „Doppelherrschaft“ - alle diese Ereignisse haben sämtliche Klassen Rußlands aufgewühlt und eine nach der andern in die politische Arena gedrängt, haben die Partei der Kommunisten gefestigt und die breiten Bauernmassen zum politischen Leben erweckt.

Die Bewegung des Proletariats wurde um so mächtige Formen bereichert wie der politische Generalstreik und der bewaffnete Aufstand.

Die Bewegung der Bauern wurde um den Boykott des Gutsbesitzers („Ausräucherung“ des Gutsherrn aus dem Gutshof) bereichert, wobei der Boykott in Aufstand überging.

Die Tätigkeit der Partei und anderer revolutionärer Organisationen wurde durch die Erkämpfung solcher Arbeitsformen belebt wie die außer-parlamentarische, legale, offene Form.

Die Organisation der Arbeiterklasse wurde nicht nur um eine so bewährte und wichtige Form wie die Gewerkschaften bereichert, sondern auch um eine so mächtige, in der Geschichte noch nie dagewesene Organisationsform der Arbeiterklasse wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten.

Die Bauernschaft trat in die Fußtapfen der Arbeiterklasse und schuf Sowjets der Bauerndeputierten.

Auch die Reserven der Partei wurden reicher. Im Laufe des Kampfes wurde klar ersichtlich, dass die Bauernschaft einen unerschöpflichen Vorhut an Reserven für das Proletariat und seine Partei darstellen kann und darstellen wird. Klar ersichtlich wurde ferner die führende Rolle des Proletariats und seiner Partei beim Sturz der Macht des Kapitals.

In dieser Periode ist die Partei bei weitem nicht mehr so schwach wie in der vorangegangenen; sie verwandelt sich als treibende Kraft in einen sehr ernst zu nehmenden Faktor. Jetzt kann sie nicht mehr bloß eine sich selbst genügende Kraft sein, denn für ihre Existenz und ihre Entwicklung bestehen bereits sichere Garantien, jetzt verwandelt sie sich aus einer sich selbst genügenden Kraft in ein Werkzeug zur Gewinnung der Arbeiter- und Bauernmassen, in ein Werkzeug zur Führung des Kampfes der Massen für den Sturz der Macht des Kapitals.

Die Strategie der Partei erhält in dieser Periode Schwung, sie ist in erster Linie darauf gerichtet, sich eine Reserve wie die Bauernschaft zu sichern und sie auszunutzen, wobei diese Arbeit von bedeutsamen Erfolgen begleitet wird.

Die Taktik der Partei erhält ebenfalls Schwung: die Bewegung der Massen, ihre Organisation, die Tätigkeit der Partei und anderer revolutionärer Organisationen bereichern sich um neue Formen, die früher fehlten.

Die grundlegende Aufgabe der Partei besteht in dieser Periode darin, die Millionenmassen für die proletarische Vorhut, für die Partei zu gewinnen, zum Sturz der Diktatur der Bourgeoisie, zur Eroberung der Macht. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei steht nicht mehr die Partei selbst, sondern stehen die Millionenmassen der Bevölkerung. Genosse Lenin formuliert diese Aufgabe dahin, die „Millionenmassen“ an der sozialen Front so „zu verteilen“, dass der Sieg „in den bevorstehenden entscheidenden Kämpfen“ gesichert ist (siehe die erwähnte Broschüre des Genossen Lenin).

Das sind die charakteristischen Züge der ersten beiden Entwicklungsperioden unserer Partei. Der Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Periode ist zweifellos groß. Sie haben aber auch Gemeinsames. Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Periode ist die Partei zu neun Zehnteln, wenn nicht ausschließlich, eine nationale Kraft, die nur für Rußland und innerhalb Rußlands wirkt (einer der Trupps des internationalen organisierten Proletariats). Dies als erstes. Zweitens ist die KPR sowohl in der ersten als auch in der zweiten Periode eine Partei des Umsturzes, eine Partei der Revolution innerhalb Rußlands, weswegen in diesen Perioden die Elemente der Kritik und der Zerstörung des Alten in ihrer Arbeit überwiegen.

Ein völlig anderes Bild bietet die dritte Periode, die wir jetzt durchmachen.

Die dritte Periode ist die Periode der Ergreifung und Behauptung der Macht mit dem Ziel, einerseits alle Werktätigen Rußlands zum Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und der Roten Armee heranzuziehen und andererseits alle Kräfte und alle Mittel aufzubieten, um dem internationalen Proletariat in seinem Kampf für den Sturz des Kapitals Hilfe zu erweisen. Diese Periode umfasst die Zeitspanne vom Oktober 1917 bis zum heutigen Tage.

Mit der Ergreifung der Macht durch das Proletariat in Rußland wurde eine durchaus eigenartige, in der Welt noch nie dagewesene Situation sowohl in internationaler Beziehung als auch innerhalb Rußlands geschaffen.

Zunächst einmal die Tatsache, dass der Oktober 1917 einen Durchbruch der internationalen sozialen Front bedeutet und eine Wende in der gesamten Weltgeschichte herbeiführt. Man stelle sich die unermessliche soziale Front von den rückständigen Kolonien bis zum fortgeschrittenen Amerika vor und dann den machtvollen Durchbruch dieser Front durch den russischen Trupp des internationalen Proletariats, einen Durchbruch, der die Existenz des Imperialismus bedroht, alle Karten und Pläne der imperialistischen Haie durcheinander geworfen und den Kampf des internationalen Proletariats gegen das Kapital erleichtert, von Grund aus erleichtert hat - darin liegt die historische Bedeutung des Oktober 1917. Seit diesem Augenblick ist unsere Partei aus einer nationalen Kraft zu einer vornehmlich internationalen Kraft, und das russische Proletariat aus einem zurückgebliebenen Trupp des internationalen Proletariats zu dessen Vorhut geworden. Die Aufgaben des internationalen Proletariats laufen von nun an darauf hinaus, den russischen Durchbruch zu erweitern, der vorausmarschierten Vorhut zu Hilfe zu kommen und nicht zuzulassen, dass die kühne Vorhut von den Feinden umzingelt und von ihrer Basis mitgeschnitten wird. Die Aufgaben des internationalen Imperialismus laufen, im Gegenteil, darauf hinaus, den russischen Durchbruch zu liquidieren, unter allen Umständen zu liquidieren. Eben darum muss unsere Partei, will sie die Macht behaupten, sich verpflichten, „ein Höchstmaß dessen durchzuführen, was in einem“ (dem eigenen. - J.St.) „Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist“ (siehe Lenin „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“^[34]). Eben darum ist unsere Partei seit Oktober 1917 aus einer nationalen zu einer internationalen Kraft, zur Partei des Umsturzes im internationalen Maßstab geworden.

Eine ebenso radikale Veränderung hat sich infolge des Oktober 1917 auch in der Lage der Partei innerhalb des Landes vollzogen. In den vorhergehenden Perioden bildete die Partei einen Hebel zur Zerstörung des Alten, zum Sturz des Kapitals in Rußland. Jetzt, in der dritten Periode, ist sie, im Gegenteil, aus einer Partei des Umsturzes innerhalb Rußlands zu einer Partei des Aufbaus, zur Partei der Schaffung neuer Wirtschaftsformen geworden. Früher gewann sie die besten Kräfte der Arbeiter für den Sturmangriff auf die alte Ordnung, heute gewinnt sie sie dafür, das Ernährungswesen, das Verkehrswesen, die wichtigsten Industriezweige in Gang zu bringen. Früher zog sie die revolutionären Elemente der Bauernschaft zum Sturz der Gutsbesitzer heran, jetzt gewinnt sie sie für die Verbesserung der Landwirtschaft, für die Festigung des Bündnisses zwischen den werktätigen Elementen der Bauernschaft und dem an der Macht stehenden Proletariat. Früher gewann sie die besten Elemente der zurückgebliebenen Nationalitäten für den Kampf gegen das Kapital, heute gewinnt sie sie für den Aufbau des Lebens der werktätigen Elemente dieser Nationalitäten nach dem Grundsatz des Zusammenwirkens mit dem russischen Proletariat. Früher zerstörte sie die Armee, die alte Generalsarmee, jetzt muss sie eine neue Armee, eine Arbeiter- und Bauernarmee, schaffen, die notwendig ist, um die Errungenschaften der Revolution gegen die äußeren Feinde zu verteidigen.

Aus der Partei des Umsturzes innerhalb Rußlands ist die KPR zur Partei des friedlichen Aufbaus geworden. Eben darum hat sie solche jetzt in Rußland bereits überflüssig gewordene Kampfformen wie Streik und Aufstand aus dem Arsenal des Proletariats verbannt.

Früher konnte man ohne Militär- und Wirtschaftsfachleute auskommen, denn die Arbeit der Partei war vornehmlich kritisierender Natur, kritisieren aber ist leicht... Jetzt kann die Partei nicht ohne Fachleute auskommen; neben der Ausnutzung der alten Spezialisten muss sie ihre eigenen Fachleute heranbilden: Fachleute für Truppenformierung, Versorgung, operative Arbeit (auf militärischem Gebiet), Fachleute für Nahrungswesen, Landwirtschaft,

Eisenbahnwesen, Genossenschaften, Fachleute für Industrie, Außenhandel (auf wirtschaftlichem Gebiet). Ohne das kann nicht gebaut werden.

Die Lage der Partei hat sich auch in dem Sinne verändert, dass sich Ihre Kräfte und Mittel, ihre Reserven kolossal vergrößert und vermehrt haben.

Die Reserven der Partei sind:

1. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen Innerhalb Rußlands,
2. die Gegensätze und Konflikte zwischen den Rußland umgebenden kapitalistischen Staaten, die sich manchmal zu militärischen Zusammenstößen steigern,
3. die sozialistische Bewegung in den kapitalistischen Ländern,
4. die nationale Befreiungsbewegung in den rückständigen und kolonialen Ländern,
5. die Bauernschaft und die Rote Armee in Rußland,
6. die Apparate der Diplomatie und des Außenhandels,
7. die gesamte Macht der Staatsgewalt.

Das sind all die Kräfte und Möglichkeiten, in deren Rahmen - und diese Rahmen sind weit genug - die Partei strategisch manövrieren kann und auf die sich die Partei in ihrer tagtäglichen Arbeit zur Mobilisierung der Kräfte taktisch stützen kann.

Das alles sind die positiven Seiten des Oktober 1917.

Doch hat der Oktober auch eine Schattenseite. Es handelt sich darum, dass die Machtergreifung durch das Proletariat in Rußland unter eigenartigen äußeren und inneren Bedingungen vor sich gegangen ist, die der gesamten Arbeit der Partei nach der Machtergreifung ihren Stempel aufgedrückt haben.

Erstens ist Rußland in wirtschaftlicher Hinsicht ein rückständiges Land, es fällt ihm sehr schwer, aus eigener Kraft das Verkehrswesen in Gang zu bringen, die Industrie zu entwickeln und die städtische und ländliche Industrie zu elektrifizieren, ohne seine Rohstoffe gegen Maschinen und Ausrüstungen der westlichen Länder auszutauschen. Zweitens bildet Rußland bis jetzt eine sozialistische Insel, die von industriell höherentwickelten, ihm feindlichen kapitalistischen Staaten umgeben ist. Hätte Sowjetrußland einen oder mehrere große industriell entwickelte Sowjetstaaten in seiner Nachbarschaft, so würde es leicht zu einem Zusammenwirken mit diesen Staaten auf der Grundlage des Austauschs von Rohstoffen gegen Maschinen und Ausrüstungen gelangen können. Solange dies aber nicht der Fall ist, sind Sowjetrußland und unsere Partei, die seine Regierung führt, gezwungen, Formen und Mittel der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den feindlichen kapitalistischen Gruppen des Westens zu suchen, um die notwendige technische Ausrüstung schon vor dem Siege der proletarischen Revolution in einem oder einigen der kapitalistischen Industrieländer zu erhalten. Die Konzessionen als Formen der Beziehungen und der Außenhandel - das sind die Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Ohne das kann schwerlich auf entscheidende Erfolge beim Wirtschaftsaufbau, bei der Elektrifizierung des Landes gerechnet werden. Dies wird zweifellos ein langsamer und schmerzhafter Prozess sein, aber er ist unvermeidlich und unabwendbar, und wenn einige ungeduldige Genossen die Nerven verlieren und rasche Ergebnisse und wirksame Operationen fordern, so hört deshalb die Unvermeidlichkeit noch nicht auf, eine Unvermeidlichkeit zu sein.

Vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen, liegt den gegenwärtigen Konflikten und militärischen Zusammenstößen der kapitalistischen Gruppen untereinander, wie auch dem Kampf des Proletariats gegen die Klasse der Kapitalisten, der Konflikt der heutigen Produktivkräfte mit dem imperialistischen nationalen Rahmen ihrer Entwicklung und mit den kapitalistischen Aneignungsformen zugrunde. Der imperialistische Rahmen und die kapitalistische Form drosseln die Produktivkräfte, lassen sie nicht zur Entwicklung kommen. Der einzige Ausweg ist die Organisation der Weltwirtschaft auf der Grundlage des wirtschaftlichen Zusammenwirkens zwischen den fortgeschrittenen (industriellen) und den rückständigen (Roh- und Brennstoffe besitzenden) Ländern (nicht aber auf der Grundlage der Ausplünderung der letzteren durch die ersteren). Dazu bedarf es eben der internationalen

proletarischen Revolution. Ohne sie ist an die Organisierung und normale Entwicklung der Weltwirtschaft gar nicht zu denken. Um aber die Organisierung einer richtigen Weltwirtschaft in Angriff nehmen zu können (wenigstens in Angriff zu nehmen), muss das Proletariat wenigstens in einigen fortgeschrittenen Ländern gesiegt haben. Solange das nicht der Fall ist, ist unsere Partei gezwungen, Umwege zu buchen, Umwege einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Gruppen.

Das ist der Grund, weshalb die Partei, die ihre Bourgeoisie gestürzt und das Banner der proletarischen Revolution erhoben hat, es zugleich hie zweckmäßig hält, den Kleinbetrieb und die Kleinindustrie in unserem Lande „zu entfesseln“, eine partielle Wiedergeburt des Kapitalismus zuzulassen, wobei dieser jedoch von der Staatsmacht abhängig bleibt, Pächter und Aktionäre heranzuziehen usw. usf., bis zu dem Augenblick, da die Politik der Partei - „ein Höchstmaß dessen durchzuführen, was in einem Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist“ - reale Ergebnisse zeitigt.

Das sind die durch den Oktober 1917 geschaffenen eigenartigen Bedingungen, die positiven Bedingungen und die Schattenseiten, unter denen unsere Partei in der dritten Periode ihres Bestehens handelt und sich entwickelt.

Diese Bedingungen bestimmen jene kolossale Macht, über die heute unsere Partei sowohl innerhalb als auch außerhalb Rußlands verfügt. Sie bestimmen auch die unglaublichen Schwierigkeiten und Gefahren, vor denen die Partei steht und die sie um jeden Preis überwinden muss.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik werden die Aufgaben der Partei in dieser Periode bestimmt durch die Stellung unserer Partei als der Partei der internationalen Revolution. Diese Aufgaben sind:

1. Alle und jegliche Gegensätze und Konflikte zwischen den unser Land umgebenden kapitalistischen Gruppen und Regierungen dazu auszunutzen, um den Imperialismus zu zersetzen;
2. keine Kräfte und Mittel zu schonen, um der proletarischen Revolution im Westen Hilfe angedeihen zu lassen;
3. alle Maßnahmen zu treffen, um die nationale Befreiungsbewegung im Osten zu verstärken;
4. die Rote Armee zu festigen.

Auf dem Gebiet der Innenpolitik werden die Aufgaben der Partei in dieser Periode bestimmt durch die Stellung unserer Partei innerhalb Rußlands als der Partei der friedlichen Aufbauarbeit. Diese Aufgaben sind:

1. Die Festigung des Bündnisses zwischen dem Proletariat und der werktätigen Bauernschaft durch
 - a) Heranziehung derjenigen Elemente unter den Bauern zur staatlichen Aufbauarbeit, die die meiste Initiative entfalten und am besten zu wirtschaften verstehen;
 - b) Hilfeleistung für die Bauernwirtschaft durch Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse, durch Maschinenreparaturen usw.;
 - c) Entwicklung eines normalen Güteraustauschs zwischen Stadt und Land;
 - d) allmähliche Elektrifizierung der Landwirtschaft.

Ein wichtiger Umstand muss im Auge behalten werden. Eine äußerst günstige Besonderheit unserer Revolution und ein ungeheurer Vorteil unserer Partei besteht zum Unterschied von den Revolutionen und den proletarischen Parteien des Westens in der Tatsache, dass die breitesten und mächtigsten Schichten des Kleinbürgertums, die Bauernschaft, sich in Rußland aus möglichen Reserven der Bourgeoisie in wirkliche Reserven des Proletariats verwandelt haben. Dieser Umstand bedingte die Schwäche der russischen Bourgeoisie, zum Vorteil des russischen Proletariats. Dies erklärt sich hauptsächlich daraus, dass die Befreiung der Bauern vom Joch der Gutsbesitzer in Rußland zum Unterschied vom Westen unter der Führung des Proletariats vor sich gegangen ist. Auf dieser Grundlage ist auch das Bündnis zwischen dem

Proletariat und der werktätigen Bauernschaft in Rußland zustande gekommen. Es ist Pflicht der Kommunisten, dieses Bündnis zu hüten und zu festigen.

2. Die Entwicklung der Industrie durch

- a) Konzentrierung eines Maximums an Kräften auf die Beherrschung der wichtigsten Industriezweige und auf die Verbesserung der Versorgung der darin beschäftigten Arbeiter;
- b) Entwicklung des Außenhandels in der Richtung auf Einfuhr von Maschinen und Ausrüstungen;
- c) Hinzuziehung von Aktionären und Pächtern;
- d) Schaffung eines, sei es auch nur minimalen, Lebensmittelfonds, mit dem sich manövrieren lässt;
- e) Elektrifizierung des Verkehrswesens und der Großindustrie.

Das sind in allgemeinen Zügen die Aufgaben der Partei in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsperiode.

*„Prawda“ Nr. 190,
28. August 1921.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE NATIONALE POLITIK DER RUSSISCHEN KOMMUNISTEN

Die Kraft der Oktoberrevolution besteht unter anderem darin, dass sie, zum Unterschied von den Revolutionen des Westens, das vielmillionenköpfige Kleinbürgertum und vor allem seine mächtigsten und zahlreichsten Schichten, die Bauernschaft, um das russische Proletariat zusammengeschlossen hat. Dadurch wurde die russische Bourgeoisie isoliert, ohne Armeegelassen, und das russische Proletariat wurde zum Gebieter über die Geschicke des Landes. Ohne das hätten die russischen Arbeiter die Macht nicht behaupten können.

Frieden, Agrarumwälzung und Freiheit der Nationalitäten - das sind die drei grundlegenden Momente, die die Bauern von mehr als zwanzig Nationalitäten des unermesslichen Rußlands um das rote Banner des russischen Proletariats gesammelt haben.

Es liegt keine Notwendigkeit vor, hier über die ersten zwei Momente zu sprechen; in der Literatur ist über sie schon zur Genüge gesprochen worden, und außerdem sprechen sie ja für sich selbst. Was das dritte Moment betrifft, die nationale Politik der russischen Kommunisten, so scheint seine Wichtigkeit noch nicht völlig erkannt zu sein. Es wird deshalb nicht überflüssig sein, mit einigen Worten darauf einzugehen.

Zunächst sei festgestellt, dass von der 140-Millionen-Bevölkerung der RSFSR (ohne Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen) die Großrussen nicht mehr als 75 Millionen ausmachen, die übrigen 65 Millionen aber nichtgroßrussischen Nationen angehören.

Ferner bevölkern diese Nationen hauptsächlich die Randgebiete, Gegenden, die in militärischer Hinsicht am leichtesten verwundbar sind; dabei sind diese Randgebiete überreich an Rohstoffen, Brennstoffen und Lebensmitteln.

Schließlich sind diese Randgebiete in industrieller und militärischer Hinsicht weniger entwickelt als Zentralrußland (oder überhaupt nicht entwickelt), so dass sie außerstande sind, ihre selbständige Existenz ohne die militärische und wirtschaftliche Hilfe Zentralrußlands zu behaupten, ebenso wie Zentralrußland außerstande ist, ohne die Unterstützung mit Brennstoffen, Rohstoffen und Lebensmitteln durch die Randgebiete seine militärische und wirtschaftliche Macht aufrechtzuerhalten.

Diese Umstände nebst den bekannten Grundsätzen des nationalen Programms des Kommunismus haben den Charakter der nationalen Politik der russischen Kommunisten bestimmt.

Das Wesen dieser Politik lässt sich in wenigen Worten ausdrücken: Aufgabe aller und jedweder „Ansprüche“ und „Rechte“ auf Gebiete, die von nichtrussischen Nationen bevölkert sind; Anerkennung (nicht in Worten, sondern in der Tat) des Rechts dieser Nationen auf selbständige staatliche Existenz; freiwilliges militärisch-wirtschaftliches Bündnis dieser Nationen mit Zentralrußland; Unterstützung der rückständigen Nationen in ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, da sonst die so genannte „nationale Gleichberechtigung“ zu leerem Schall wird; all das auf der Grundlage einer völligen Befreiung der Bauern und der Konzentrierung der gesamten Staatsmacht in den Händen der arbeitenden Elemente der Nationen der Randgebiete - das ist die nationale Politik der russischen Kommunisten.

Man braucht kein Wort darüber zu verlieren, dass die zur Macht gelangten russischen Arbeiter die Sympathien und das Vertrauen ihrer Genossen aus anderen Nationen und vor allem der unterdrückten Massen der nicht vollberechtigten Nationen nicht gewonnen hätten, wenn sie nicht durch die Tat bewiesen hätten, dass sie bereit sind, diese nationale Politik durchzuführen, wenn sie nicht ihrem „Recht“ auf Finnland entsagt, wenn sie nicht ihre Truppen aus Nordpersien zurückgezogen, wenn sie nicht die Ansprüche der russischen Imperialisten auf bestimmte Gebiete der Mongolei und Chinas für null und nichtig erklärt, wenn sie nicht den zurückgebliebenen Nationen des ehemaligen Russischen Reichs geholfen hätten, eine eigene Kultur und ein eigenes Staatswesen in ihrer Muttersprache zu entwickeln.

Nur auf der Grundlage dieses Vertrauens konnte denn auch jenes unlösbare Bündnis der Völker der RSFSR entstehen, gegen das sich alle und jegliche „diplomatischen“ Ränke und sorgfältig durchgeführten „Blockaden“ als ohnmächtig erwiesen haben.

Noch mehr. Ohne diese Sympathie und dieses Vertrauen der unterdrückten Massen der Randgebiete des ehemaligen Rußlands hätten die russischen Arbeiter Koltschak, Denikin, Wrangel nicht besiegen können. Es darf nicht vergessen werden, dass sich das Aktionsgebiet dieser aufrührerischen Generale auf die Randgebiete beschränkte, die vornehmlich von nichtrussischen Nationen bevölkert sind, und dass diese Nationen Koltschak, Denikin, Wrangel wegen ihrer imperialistischen, ihrer Russifizierungspolitik hassen mussten. Die Entente, die sich in die Sache eingemischt hatte und diesen Generalen Beistand leistete, konnte sich nur auf die die Russifizierung betreibenden Elemente der Randgebiete stützen. Dadurch entfachte sie in den Randgebieten nur den Hass der Bevölkerung gegen die aufrührerischen Generale und vertiefte ihre Sympathie für die Sowjetmacht.

Dieser Umstand bedingte die innere Schwäche des Hinterlands Koltschaks, Denikins und Wrangels, folglich auch die Schwäche ihrer Fronten, also in letzter Instanz ihre Niederlage.

Doch beschränken sich die wohltuenden Auswirkungen der nationalen Politik der russischen Kommunisten nicht auf die Grenzen der RSFSR und der mit ihr verbundenen Sowjetrepubliken. Sie wirken sich, allerdings indirekt, auch auf die Beziehungen der Nachbarländer zur RSFSR aus. Die grundlegende Verbesserung der Beziehungen der Türkei, Persiens, Afghanistans, Indiens und anderer östlicher Länder zu Rußland, das früher der Schrecken dieser Länder war, ist eine Tatsache, die sogar ein so forscher Politiker wie Lord Curzon heute nicht mehr zu bestreiten wagt. Es erübrigt sich wohl, den Nachweis zu führen, dass ohne die systematische Verwirklichung der oben umrissenen nationalen Politik innerhalb der RSFSR während der vier Jahre des Bestehens der Sowjetmacht die erwähnte grundlegende Wandlung in den Beziehungen der Nachbarländer zu Rußland undenkbar gewesen wäre.

Das sind im großen und ganzen die Ergebnisse der nationalen Politik der russischen Kommunisten. Diese Ergebnisse treten gerade heute, am vierten Jahrestag der Sowjetmacht, besonders deutlich in Erscheinung, wo der schwere Krieg beendet ist und eine großzügige Aufbauarbeit begonnen hat, und wo man unwillkürlich auf den Weg zurückschaut, der hinter uns liegt, um ihn mit einem Blick zu erfassen.

*„Prawda“ Nr. 251,
6.-7. November 1921.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE PERSPEKTIVEN

Die internationale Situation hat für das Leben Rußlands erstrangige Bedeutung. Nicht nur darum, weil Rußland, wie jedes andere Land in Europa auch, durch unzählige Fäden mit den kapitalistischen Nachbarländern verbunden ist, sondern vor allem auch darum, weil es sich als Sowjetland, das als solches für die bürgerliche Welt eine „Bedrohung“ darstellt, durch den Gang der Dinge von einem feindlichen Lager bürgerlicher Staaten eingekreist sieht. Dabei ist begreiflich, dass die Situation in diesem Lager, das Verhältnis der einander bekämpfenden Kräfte in diesem Lager, für Rußland von erstrangiger Bedeutung sein muss.

Als das grundlegende Moment, das die internationale Situation charakterisiert, ist die Tatsache zu betrachten, dass die Periode des offenen Krieges von einer Periode des „friedlichen“ Kampfes abgelöst worden ist, dass eine gewisse gegenseitige Anerkennung der kämpfenden Kräfte und ein Waffenstillstand zwischen ihnen, zwischen der Entente auf der einen Seite, als dem Haupt der bürgerlichen Konterrevolution, und Rußland auf der anderen Seite, als dem Vortrupp der proletarischen Revolution, eingetreten sind. Der Kampf hat gezeigt, dass wir (die Arbeiter) noch nicht so stark sind, um jetzt schon mit dem Imperialismus Schluss machen zu können. Der Kampf hat aber auch gezeigt, dass sie (die Bourgeois) schon nicht mehr so stark sind, um Sowjetrußland erdrosseln zu können.

Infolgedessen verging, verflüchtigte sich der „Schrecken“ oder das „Entsetzen“ der Weltbourgeoisie vor der proletarischen Revolution, von dem sie zum Beispiel in den Tagen des Vormarschs der Roten Armee auf Warschau erfasst wurde. Zugleich geht auch der grenzenlose Enthusiasmus vorüber, mit dem die Arbeiter Europas schier jede kleine Meldung über Sowjetrußland aufnahmen.

Es ist eine Periode nüchterner Abwägung der Kräfte angebrochen, eine Periode molekularer Arbeit zwecks Vorbereitung und Sammlung der Kräfte für die kommenden Kämpfe.

Das bedeutet nicht, dass das gewisse Kräftegleichgewicht, das schon zu Beginn des Jahres 1921 eingetreten war, ohne Veränderung geblieben ist. Bei weitem nicht.

Nachdem die Weltbourgeoisie sich von den Schlägen der Revolution erholt hatte, die sie infolge des imperialistischen Krieges erhalten hatte, und wieder zu sich gekommen war, ging sie von der Verteidigung zum Angriff auf „ihre eigenen“ Arbeiter über, nutzte geschickt die Industriekrise aus und stieß die Arbeiter in schlechtere Existenzbedingungen (Herabsetzung des Arbeitslohns, Verlängerung des Arbeitstags, Massenarbeitslosigkeit) zurück. Besonders schlimme Resultate zeitigte diese Offensive in Deutschland, wo (abgesehen von allem anderen) der rapide Kurssturz der Mark die Lage der Arbeiterschaft noch mehr verschlechterte.

Auf diesem Boden entstand in der Arbeiterklasse eine machtvolle Bewegung (besonders in Deutschland) für die Schaffung einer Einheitsfront der Arbeiter und für die Erkämpfung einer Arbeiterregierung, eine Bewegung, die die Verständigung und den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind aller mehr oder weniger revolutionären Fraktionen der Arbeiterklasse, von den „gemäßigten“ bis zu den „radikalen“, fordert. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, dass die Kommunisten im Kampf um die Arbeiterregierung in den ersten Reihen stehen werden, denn dieser Kampf muss zu einer weiteren Zersetzung der Bourgeoisie und zur Verwandlung der heutigen kommunistischen Parteien in wirkliche proletarische Massenparteien führen.

Aber die Sache beschränkt sich bei weitem nicht auf die Offensive der Bourgeoisie gegen „ihre eigenen“ Arbeiter. Die Bourgeoisie weiß, dass sie „ihre“ Arbeiter nicht niederzwingen kann, ohne Rußland gezügelt zu haben. Hieraus entspringen die immer eifriger werdenden Bemühungen der Bourgeoisie um die Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Rußland, einer komplizierteren und gründlicheren als alle vorhergegangenen Offensiven.

Freilich werden Handelsverträge und sonstige Verträge mit Rußland abgeschlossen und auch in Zukunft abgeschlossen werden, und das ist für Rußland von größter Bedeutung. Es darf

aber nicht vergessen werden, dass die Handelsmissionen und alle sonstigen Missionen und Gesellschaften, die Rußland überschwemmen, die mit Rußland Handel treiben und ihm helfen, zugleich die besten Kundschafter der Weltbourgeoisie sind, dass die Weltbourgeoisie infolgedessen Sowjetrußland, seine schwachen und starken Seiten, jetzt besser kennt als je zuvor - Umstände, die im Falle neuer interventionistischer Aktionen ernste Gefahren in sich bergen.

Freilich sind gewisse Reibungen in der Ostfrage auf „Missverständnisse“ zurückgeführt worden. Man darf aber nicht vergessen, dass die Türkei, Persien, Afghanistan und der Ferne Osten mit Agenten des Imperialismus, mit Gold und sonstigen „Segnungen“ überschwemmt werden, um einen wirtschaftlichen (und nicht nur einen wirtschaftlichen) Ring um Sowjetrußland herum zu schaffen. Es bedarf wohl kaum des Beweises, dass die so genannte „Friedens“konferenz in Washington^[35] uns nichts wahrhaft Friedliches verheißt.

Freilich haben wir die „besten“ Beziehungen sowohl zu Polen als auch zu Rumänien und zu Finnland. Man darf aber nicht vergessen, dass diese Länder, besonders Polen und Rumänien, intensiv auf Rechnung der Entente aufrüsten und sich zum Kriege vorbereiten (gegen wen denn anders als gegen Rußland?), dass sie nach wie vor die nächsten Reserven des Imperialismus bilden, dass gerade sie erst kürzlich die weißgardistischen Trupps der Sawinkow- und Petljurabanditen auf russisches Territorium (zwecks Spionage?) gebracht haben.

All dies und viele ähnliche Erscheinungen sind, allem Anschein nach, einzelne Kettenglieder in der allgemeinen Vorbereitung einer neuen Offensive gegen Rußland.

Verbindung des wirtschaftlichen Kampfes mit dem militärischen Kampf, Kombinierung des Sturmangriffs von innen mit dem Sturmangriff von außen - das ist die wahrscheinlichste Form dieser Offensive.

Von der Wachsamkeit der Kommunisten im Hinterland und in der Armee, von den Erfolgen unserer Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, schließlich von der Standhaftigkeit der Roten Armee hängt es ab, ob es uns gelingen wird, diese Offensive zu verhindern oder - falls sie demnächst losbricht - sie in eine tödliche Waffe gegen die Weltbourgeoisie zu verwandeln.

So sieht im allgemeinen die äußere Lage aus.

Nicht weniger kompliziert und, wenn man will, nicht weniger „originell“ ist die innere Lage Sowjetrußlands. Sie lässt sich mit den Worten charakterisieren: Kampf um die Festigung des Bündnisses der Arbeiter und Bauern auf einer neuen, wirtschaftlichen Grundlage zwecks Entwicklung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verkehrswesens, oder mit anderen Worten: Kampf um die Erhaltung und Festigung der Diktatur des Proletariats unter den Verhältnissen der wirtschaftlichen Zerrüttung.

Im Westen ist eine Theorie im Umlauf, nach der die Arbeiter die Macht nur in dem Lande ergreifen und behaupten können, in dem sie die Mehrheit bilden, oder wo auf jeden Fall die in der Industrie beschäftigte Bevölkerung die Mehrheit bildet. Aus diesem Grunde stellen denn auch die Herren Kautsky die „Rechtmäßigkeit“ der proletarischen Revolution in Rußland, wo das Proletariat eine Minderheit bildet, in Abrede. Diese Theorie geht stillschweigend von der Voraussetzung aus, das Kleinbürgertum, vor allem die Bauernschaft, könne den Kampf der Arbeiter um die Macht nicht unterstützen, die Bauernschaft in ihrer Masse bilde eine Reserve der Bourgeoisie, nicht aber des Proletariats. Die historische Grundlage dieser Voraussetzung besteht darin, dass das Kleinbürgertum (die Bauernschaft) im Westen (Frankreich, Deutschland) in den kritischen Augenblicken gewöhnlich auf der Seite der Bourgeoisie zu finden war (1848 und 1871 in Frankreich, die Versuche der proletarischen Revolution in Deutschland nach 1918).

Die Ursachen dieser Erscheinung sind:

1. Die bürgerliche Revolution im Westen stand unter der Führung der Bourgeoisie (das Proletariat war damals nur der Sturmbock der Revolution), die Bauernschaft erhielt dort den

Boden und die Befreiung vom feudalen Joch sozusagen aus den Händen der Bourgeoisie, so dass der Einfluss der Bourgeoisie auf die Bauernschaft schon damals als gesichert galt.

2. Vom Beginn der bürgerlichen Revolution im Westen bis zu den ersten Versuchen der proletarischen Revolution verging mehr als ein halbes Jahrhundert, in dessen Verlauf die Bauernschaft eine mächtige und auf dem Lande einflussreiche Dorfbourgeoisie ausschied, die als Verbindungsbrücke zwischen der Bauernschaft und dem städtischen Großkapital diente und damit die Hegemonie der Bourgeoisie über die Bauernschaft festigte.

In dieser historischen Situation wurde auch die oben erwähnte Theorie geboren.

Ein ganz anderes Bild bietet sich in Rußland.

Erstens stand die bürgerliche Revolution in Rußland (Februar bis März 1917), im Gegensatz zum Westen, unter der Führung des Proletariats, wurde in harten Kämpfen gegen die Bourgeoisie durchgefochten, in deren Verlauf sich die Bauernschaft um das Proletariat als um ihren Führer scharte.

Zweitens begann der (erfolgreiche) Versuch der proletarischen Revolution in Rußland (Oktober 1917), ebenfalls im Gegensatz zum Westen, nicht ein halbes Jahrhundert nach der bürgerlichen Revolution, sondern unmittelbar darauf, nach etwa 6 bis 8 Monaten, in deren Verlauf die Bauernschaft selbstverständlich keine mächtige und organisierte Dorfbourgeoisie ausscheiden konnte, wobei die im Oktober 1917 gestürzte Großbourgeoisie in der Folge nicht mehr hochzukommen vermochte.

Dieser letzterwähnte Umstand festigte das Bündnis der Arbeiter und Bauern noch mehr.

Das ist die Ursache, weshalb die russischen Arbeiter, die in der Bevölkerung Rußlands die Minderheit bilden, nichtsdestoweniger zu Herren des Landes geworden sind, sich die Sympathie und die Unterstützung der ungeheuren Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der Bauernschaft erobert, die Macht ergriffen und behauptet haben, während die Bourgeoisie sich entgegen allen Theorien als isoliert erwies und ohne Bauernreserven dastand.

Daraus folgt:

1. Die oben umrissene Theorie der „unbedingten Mehrheit“ der proletarischen Bevölkerungsschicht ist vom Standpunkt der russischen Wirklichkeit mangelhaft, falsch oder wird jedenfalls von den Herren Kautsky viel zu simpel und vulgär ausgelegt.

2. Das im Laufe der Revolution entstandene faktische Bündnis des Proletariats mit der werktätigen Bauernschaft bildet unter den gegebenen historischen Bedingungen die Grundtage der Sowjetmacht in Rußland.

3. Es ist die Pflicht der Kommunisten, dieses faktische Bündnis zu erhalten und zu festigen.

Das ganze Problem besteht im gegebenen Fall darin, dass die Formen dieses Bündnisses nicht immer die gleichen sind.

Früher, während des Krieges, hatten wir es mit einem vorwiegend militärisch-politischen Bündnis zu tun, das heißt, wir verjagten die Gutsbesitzer aus Rußland und übergaben den Bauern den Boden zur Nutzung; als die Gutsbesitzer uns aber mit Krieg überzogen, um „ihr Hab und Gut“ wiederzuerlangen, kämpften wir gegen sie und behaupteten die Errungenschaften der Revolution; dafür gab uns der Bauer Lebensmittel für die Arbeiter und Menschen für die Armee. Dies war die eine Form des Bündnisses.

Jetzt, da der Krieg beendet und der Boden nicht mehr gefährdet ist, genügt die alte Form des Bündnisses nicht mehr. Es bedarf jetzt einer anderen Form des Bündnisses. Jetzt geht es nicht mehr darum, dem Bauern den Boden zu sichern, sondern darum, dem Bauern das Recht zu gewährleisten, über den Ertrag dieses Bodens frei zu verfügen. Hat er dieses Recht nicht, so sind nicht zu vermeiden: weitere Verringerung der Aussaatfläche, fortschreitendes Absinken der Landwirtschaft, Lähmung des Verkehrswesens und der Industrie (wegen Brotmangels), Zersetzung der Armee (wegen Brotmangels) und als Ergebnis all dessen - unausbleiblicher Zerfall des faktischen Bündnisses zwischen den Arbeitern und Bauern. Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass ein gewisses Minimum an Getreidevorräten in den Händen des Staates die Triebfeder aller Triebfedern ist, wenn es gilt, die Industrie zu neuem Leben zu erwecken

und den Sowjetstaat zu erhalten. Kronstadt (Frühjahr 1921) war eine Warnung, die darauf hindeutete, dass die alte Form des Bündnisses überlebt ist und dass eine neue, eine wirtschaftliche Form des Bündnisses notwendig ist, die sowohl den Arbeitern als auch den Bauern wirtschaftliche Vorteile gewährt.

Darin liegt der Schlüssel zum Verständnis der Neuen Ökonomischen Politik.

Die Aufhebung der Ablieferungspflicht und anderer ähnlicher Hemmnisse ist der erste Schritt auf dem neuen Wege, der dem Kleinproduzenten die Hände frei gemacht und den Anstoß zur verstärkten Produktion von Lebensmitteln, Rohstoffen und anderen Erzeugnissen gegeben hat. Es fällt nicht schwer, sich die kolossale Bedeutung dieses Schrittes klarzumachen, wenn man in Betracht zieht, dass Rußland jetzt einen ähnlichen Massenaufschwung in der Entwicklung der Produktivkräfte erlebt, wie ihn Nordamerika nach dem Bürgerkrieg erlebte. Es besteht kein Zweifel, dass dieser Schritt, der die Produktionsenergie des Kleinproduzenten freisetzt und ihm einen gewissen Vorteil sichert, ihn aber, wenn man berücksichtigt, dass der Staat das Verkehrswesen und die Industrie in seiner Hand behält, in eine Lage bringen wird, die ihn zwingt, Wasser auf die Mühle des Sowjetstaates zu leiten.

Es genügt aber nicht, die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen zu vergrößern. Außerdem muss noch ein bestimmtes Minimum dieser Erzeugnisse beschafft und bereitgehalten werden, das für den Unterhalt des Verkehrswesens, der Industrie, der Armee usw. notwendig ist. Darum ist als zweiter Schritt - wenn man von der Naturalsteuer absieht, die nur eine Ergänzung zur Aufhebung der Ablieferungspflicht ist - die Übergabe der Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen an den Zentralverband der Konsumgenossenschaften (Zentrosojus) zu betrachten. Zwar machten die mangelnde Diszipliniertheit der lokalen Organe des Zentrosojus, ihre mangelhafte Anpassung an die Bedingungen des sich schnell entwickelnden Warenmarkts, die Unzweckmäßigkeit der Naturalform des Warenaustauschs und die schnelle Entwicklung seiner Geldform, der Mangel an Geldmitteln usw. es dem Zentrosojus nicht möglich, die ihm übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Doch besteht kein Anlass, daran zu zweifeln, dass der Zentrosojus als Hauptapparat für die Beschaffung großer Mengen der wichtigsten Lebensmittel und Rohstoffe eine von Tag zu Tag größer werdende Rolle spielen wird. Notwendig ist bloß, dass der Staat

a) ihn zum Zentrum der Finanzierung der (nichtstaatlichen) Handelsoperationen innerhalb des Landes macht;

h) ihm die anderen Arten von Genossenschaften, die dem Staat gegenüber immer noch feindselig eingestellt sind, finanziell unterstellt;

c) ihm in dieser oder jener Form den Zugang zum Außenhandel ermöglicht.

Als dritter Schritt ist die Eröffnung der Staatsbank als des Organs zur Regulierung des Geldumlaufs im Lande zu betrachten. Die Entwicklung des Warenmarkts und des Geldumlaufs führt zu zwei grundlegenden Ergebnissen:

1. Sie macht sowohl die Handelsoperationen (die privaten und die staatlichen) als auch die Operationen in der Produktion (Tarife u. a.) ganz und gar von den Schwankungen des Rubels abhängig;

2. sie verwandelt die Volkswirtschaft Rußlands aus einer abgeschlossenen, sich selbst genügenden Wirtschaft, die sie während der Blockade war, in eine Tauschwirtschaft, die mit der Außenwelt Handel treibt, das heißt von den Wechselfällen der Rubelkursschwankungen abhängt.

Aus alledem folgt jedoch, dass unsere Wirtschaftsoperationen - im Innern sowohl wie im Ausland - auf beiden Füßen hinken werden, wenn wir nicht den Geldumlauf in Ordnung bringen und eine Kursverbesserung des Rubels erzielen. Die Staatsbank als Regulator des Geldumlaufs, die nicht nur Gläubiger, sondern auch eine Pumpe sein kann, die die kolossalen privaten Ersparnisse an sich zieht, mit deren Hilfe man operieren könnte, ohne zu neuen Emissionen greifen zu müssen - diese Staatsbank ist einstweilen noch „Zukunftsmusik“, wengleich alles dafür spricht, dass ihr eine große Zukunft bevorsteht.

Ein weiteres Mittel zur Hebung des Rubelkurses muss die Ausweitung unseres Exports und die Verbesserung unserer erschreckend passiven Handelsbilanz sein. Es ist anzunehmen, dass die Heranziehung des Zentrosojus zum Außenhandel dieser Sache nur förderlich sein kann.

Des weiteren ist eine ausländische Anleihe nötig, nicht nur als Zahlungsmittel, sondern auch als Faktor zur Hebung des Auslandskredits Rußlands und somit auch des Vertrauens zu unserem Rubel.

Weiter würden gemischte Handels- und Transitgesellschaften sowie andere Gesellschaften, über die Sokolnikow vor kurzem in der „Prawda“ geschrieben hat, die Sache erleichtern. Dabei muss aber gleich bemerkt werden, dass die Einführung von Konzessionen in der Industrie und die Entwicklung eines normalen Austauschs unserer Rohstoffe gegen ausländische Maschinen und Ausrüstungen, über die eine Zeitlang in der Presse so viel geschrieben wurde, als Faktoren für die Entwicklung der Geldwirtschaft selbst ganz und gar von der vorhergehenden Kursverbesserung unseres Rubels abhängig sind.

Als vierter Schritt ist schließlich die Umstellung unserer Betriebe nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu betrachten, die Schließung beziehungsweise Verpachtung kleiner unrentabler Betriebe, die Heraushebung der lebensfähigsten Großbetriebe, die verstärkte Verminderung des Personals unserer maßlos angeschwollenen Behörden, die Schaffung eines stabilen staatlichen Güter- und Geldbudgets und als Ergebnis aller dieser Maßnahmen die Ausmerzung des Rentnergeistes in den Betrieben und Behörden sowie die allgemeine Hebung der Disziplin der Arbeiter und Angestellten, die Verbesserung und Intensivierung ihrer Arbeit. Das sind im allgemeinen die Maßnahmen, die durchgeführt werden beziehungsweise durchgeführt werden müssen und die in ihrer Gesamtheit die so genannte Neue Ökonomische Politik ausmachen.

Es erübrigt sich zu sagen, dass wir, wie auch zu erwarten war, bei der Durchführung dieser Maßnahmen eine Menge Fehler gemacht und ihren wirklichen Charakter entstellt haben. Nichtsdestoweniger darf als bewiesen gelten, dass gerade diese Maßnahmen den Weg frei machen, auf dem wir die wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes voranbringen, Landwirtschaft und Industrie heben und das wirtschaftliche Bündnis zwischen den Proletariern und den werktätigen Bauern festigen können, ungeachtet aller Hindernisse, ungeachtet der Drohungen von außen und des Hungers Innerhalb Rußlands.

Die ersten Ergebnisse der Neuen Ökonomischen Politik, die beginnende Erweiterung der Anbauflächen, die Hebung der Arbeitsproduktivität in den Betrieben und die Besserung der Stimmung der Bauern (der Massenbanditismus hat aufgehört) bieten zweifellos eine Bestätigung dieser Schlussfolgerung.

*„Prawda“ Nr. 286,
18. Dezember 1921.
Unterschrift: J. Stalin.*

1922

AN DIE „PRAWDA“

Die „Prawda“ wurde in den berühmten „Lena-Tagen“ geboren, in den Wogen des revolutionären Aufschwungs. Die Gründung der proletarischen Massenzeitung „Prawda“ gerade in diesen Tagen kennzeichnete

1. die Beendigung der Periode allgemeiner Müdigkeit im Lande nach der Stolypinschen „Ruhe und Ordnung“,
2. das machtvolle Erwachen der russischen Arbeiterklasse zu einer neuen Revolution, der nächsten nach 1905,
3. den Beginn der Gewinnung breiter Massen der Arbeiterklasse für die Bolschewiki.

Die „Prawda“ von 1912 - das war die Grundsteinlegung für den Sieg des Bolschewismus im Jahre 1917.

J. Stalin

*„Prawda“ Nr.98,
5. Mai 1922.*

ZUM ZEHNTEN JAHRESTAG DER „PRAWDA“ (Erinnerungen)

1. DIE LENA-TAGE

Die Lena-Tage waren das Resultat des Stolypinschen Regimes der „Befriedung“. Die jungen Parteimitglieder haben natürlich die Herrlichkeiten dieses Regimes nicht erlebt und erinnern sich ihrer nicht. Was die Alten betrifft, so erinnern sie sich wohl der Strafexpeditionen verfluchten Angedenkens, der räuberischen Überfälle auf die Arbeiterorganisationen, der Massenauspeitschung der Bauern und - als Deckmantel für all das - der Puma der Schwarzhunderter und Kadetten. Knebelung des gesellschaftlichen Denkens, allgemeine Ermüdung und Apathie, Not und Verzweiflung unter den Arbeitern, geduckte und eingeschüchterte Bauern und allgemeines Wüten der polizeilich-gutsherrlich-kapitalistischen Meute - dies waren die charakteristischen Züge der Stolypinschen „Befriedung“.

Einem oberflächlichen Beobachter hätte es scheinen können, die Epoche der Revolutionen sei endgültig vorbei, eine Periode „konstitutioneller“ Entwicklung Rußlands nach preußischer Manier sei angebrochen. Die menschwistische Liquidatoren schrien das offen aus und predigten, es sei notwendig, eine Stolypinsche legale Arbeiterpartei zu organisieren. Ja, einige alte „Bolschewiki“, deren Herz dieser Predigt aufgetan war, verließen beizeiten die Reihen unserer Partei. Der Triumph der Knute und des Obskurantismus war vollständig. „Grauenhafte Verödung“ - so wurde damals das politische Leben Rußlands charakterisiert.

Die Lena-Tage brachen wie ein Gewittersturm in diese „grauenhafte Verödung“ ein und entrollten für alle ein neues Bild. Es stellte sich heraus, dass das Stolypinregime gar nicht so stabil war, dass die Duma bei den Massen auf Verachtung stieß und die Arbeiterklasse genügend Energie in sich angesammelt hatte, um sich in den Kampf um eine neue Revolution stürzen zu können. Die Niederschießung von Arbeitern in einem entlegenen Winkel Sibiriens (Bodaibo an der Lena) genügte, damit Rußland von einer Streikwelle erfasst wurde, das Petersburger Proletariat auf die Straße ging und mit einem Streich den prahlerischen Minister Makarow mit seiner frechen Losung „So war es und so wird's bleiben“ hinwegfegte. Das waren die ersten Vorboten der einsetzenden machtvollen Bewegung. Die „Swesda“^[36] hatte recht, als sie damals rief: „Wir leben, unser rotes Blut kocht vom Feuer unverbrauchter Kräfte...“ Der Aufschwung einer neuen revolutionären Bewegung war da.

In den Wogen dieser Bewegung wurde auch die proletarische Massenzeitung „Prawda“ geboren.

2. DIE GRÜNDUNG DER „PRAWDA“

Es war Mitte April 1912, abends, in der Wohnung des Genossen Poletajew, wo zwei Dumaabgeordnete (Pokrowski und Poletajew), zwei Literaten (Olminski und Baturin) und ich, Mitglied des ZK (ich, als Illegaler, saß bei dem „immunen“ Poletajew im „Asyl“), uns über die Plattform der „Prawda“ verständigten und die erste Nummer der Zeitung zusammenstellten. Ich erinnere mich nicht mehr, ob Demjan Bjedny und Danilow, engste Mitarbeiter der „Prawda“, an dieser Beratung teilnahmen.

Die technischen und materiellen Voraussetzungen für die Zeitung waren bereits gegeben, dank der Agitation der „Swesda“, den Sympathien der breiten Massen der Arbeiter und den freiwilligen Massenspenden für die „Prawda“ in den Werken und Fabriken. Die „Prawda“ war wahrlich das Resultat der Anstrengungen der Arbeiterklasse Rußlands und vor allem Petersburgs. Ohne diese Anstrengungen hätte sie nicht existieren können.

Die Physiognomie der „Prawda“ war klar: Die „Prawda“ war berufen, die Plattform der „Swesda“ unter den Massen zu popularisieren. „Wer die ‚Swesda‘ liest“, schrieb die „Prawda“ gleich in der ersten Nummer, „und ihre Mitarbeiter kennt, die auch die Mitarbeiter

der ‚Prawda‘ sind, der begreift unschwer, in welcher Richtung die ‚Prawda‘ arbeiten wird.“^[37] Der Unterschied zwischen der „Swesda“ und der „Prawda“ bestand bloß darin, dass den Leserkreis der „Prawda“ zum Unterschied vom dem der „Swesda“ nicht nur die fortgeschrittenen Arbeiter, sondern die breiten Massen der Arbeiterklasse bildeten. Die „Prawda“ sollte den fortgeschrittenen Arbeitern helfen, die zu neuem Kampf erwachten, aber politisch zurückgebliebenen breiten Schichten der russischen Arbeiterklasse um das Banner der Partei zu scharen. Gerade darum betrachtete die „Prawda“ es damals als eine ihrer Aufgaben, Literaten aus der Mitte der Arbeiter selbst heranzubilden und sie in die Leitung der Zeitung einzubeziehen.

„Wir möchten“, schrieb die „Prawda“ gleich in der ersten Nummer, „dass sich die Arbeiter nicht auf die Sympathie beschränken, sondern an der Leitung unserer Zeitung aktiv mitarbeiten. Mögen die Arbeiter nicht sagen, Schriftstellerei sei für sie eine ‚ungewohnte‘ Arbeit: Die Arbeiterliteraten fallen nicht fertig vom Himmel, sie werden nur nach und nach, im Laufe der literarischen Arbeit herangebildet. Man muss nur mutig ans Werk gehen: ein paar Mal wird man stolpern, und dann lernt man schreiben ...“^[38]

3. DIE ORGANISATORISCHE BEDEUTUNG DER „PRAWDA“

Die „Prawda“ erblickte das Licht der Welt in einer Entwicklungsperiode unserer Partei, in der die illegalen Organisationen ganz in den Händen der Bolschewiki waren (die Menschewiki waren daraus geflüchtet), während die Organisationen in ihren legalen Formen - Dumafraktion, Presse, Krankenkassen, Versicherungskassen, Gewerkschaften - noch nicht ganz den Menschewiki abgerungen waren. Es war die Periode des entschlossenen Kampfes der Bolschewiki für die Vertreibung der Liquidatoren (Menschewiki) aus den legalen Organisationen der Arbeiterklasse. Die Losung, die Menschewiki „von ihren Posten abzusetzen“, war damals die populärste Losung der Arbeiterbewegung. Auf den Seiten der „Prawda“ wimmelte es von Meldungen darüber, dass Liquidatoren, die sich eine Zeitlang in den Versicherungsorganisationen, Krankenkassen und Gewerkschaften eingenistet hatten, daraus vertrieben wurden. Alle sechs Abgeordnetensitze der Arbeiterkurie wurden den Menschewiki abgerungen. In dem gleichen oder fast in dem gleichen hoffnungslosen Zustand befand sich auch die menschewistische Presse. Es war ein wahrhaft heroischer Kampf der bolschewistisch gestimmten Arbeiter um die Partei, denn die Agenten des Zarismus schloffen nicht, sie verfolgten die Bolschewiki und trachteten, sie zu vernichten; ohne legale Deckung war die in die Illegalität getriebene Partei nicht imstande, sich weiter zu entwickeln. Mehr noch, ohne Eroberung der legalen Organisationen hätte die Partei unter den damaligen politischen Verhältnissen nicht ihre Fühler nach den breiten Massen ausstrecken und diese um ihr Banner scharen können, wäre sie den Massen entfremdet worden und hätte sich in einen abgekapselten Zirkel verwandelt, der im eigenen Saft schmort.

Im Mittelpunkt dieses Kampfes für das Parteiprinzip, für die Schaffung einer Massenpartei der Arbeiter stand die „Prawda“. Sie war nicht bloß eine Zeitung, die die Erfolge der Bolschewiki bei der Eroberung der legalen Arbeiterorganisationen zusammenfassend beleuchtete - sie war zugleich auch das organisierende Zentrum, das diese Organisationen um die illegalen Stützpunkte der Partei zusammenschloss und die Arbeiterbewegung auf ein bestimmtes Ziel hinlenkte. Genosse Lenin hatte schon in „Was tun?“ (1902) geschrieben, dass eine richtig geführte gesamt-russische Kampf Zeitung nicht nur ein kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator sein muss. Eben zu einer solchen Zeitung wurde die „Prawda“ in der Periode des Kampfes gegen die Liquidatoren, für die Erhaltung der illegalen Parteiorganisationen und die Eroberung der legalen Arbeiterorganisationen. Wenn es wahr ist, dass wir ohne den Sieg: über die Liquidatoren nicht die Partei besäßen, die stark durch ihre Geschlossenheit und unbesiegbar durch ihre Treue gegenüber dem Proletariat ist, die Partei,

die den Oktober 1917 organisiert hat - so ist es ebenso wahr, dass die beharrliche und selbstlose Arbeit der alten „Prawda“ diesen Sieg über die Liquidatoren in hohem Grade vorbereitet und beschleunigt hat. In diesem Sinne war die alte „Prawda“ zweifellos der Vorbote der künftigen ruhmreichen Siege des russischen Proletariats.

*„Prawda“ Nr.98,
5. Mai 1922.
Unterschrift: J. Stalin.*

GENOSSE LENIN IN ERHOLUNG NOTIZEN

Mir scheint, man sollte jetzt nicht über das Thema „Genosse Lenin in Erholung“ schreiben, zu einer Zeit, da diese Erholung zu Ende geht und Genosse Lenin bald wieder zur Arbeit zurückkehrt. Außerdem habe ich so viele und so wertvolle Eindrücke, dass es nicht ganz zweckmäßig ist, über sie in Form einer kurzen Notiz zu schreiben, wie dies die Redaktion der „Prawda“ verlangt. Dennoch muss darüber geschrieben werden, denn die Redaktion besteht darauf.

Ich begegnete gelegentlich an der Front alten Kämpfern, die einige Tage und Nächte „in einer Tour“ ohne Rast und Schlaf in ununterbrochenen Kämpfen gestanden hatten, dann wie Schatten aus dem Kampf zurückkehrten, hinsanken wie umgemäht, „volle achtzehn Stunden“ durchschliefen und sich dann nach der Rast erfrischt zu neuen Kämpfen erhoben, ohne die sie „nicht leben können“. Als ich im Juli, nach anderthalb Monaten, Genossen Lenin zum erstenmal wiedersah, machte er auf mich eben den Eindruck eines alten Kämpfers, der sich nach aufreibenden ununterbrochenen Kämpfen hat erholen können und nach der Erholung frischer geworden ist. Frisch und wiederhergestellt, aber mit Spuren der Ermüdung, der Überanstrengung.

„Ich darf keine Zeitungen lesen“, bemerkt Genosse Lenin ironisch, „ich darf nicht über Politik sprechen, ich mache sorgfältig einen Bogen um jedes Stück Papier, das auf dem Tisch herumliegt, aus Furcht, es könnte eine Zeitung sein und es könnte zu einem Disziplinbruch kommen.“

Ich muss lachen und spende der Diszipliniertheit des Genossen Lenin höchstes Lob. Zugleich aber machen wir uns über die Ärzte lustig, die nicht verstehen können, dass es Berufspolitikern, denen eine Zusammenkunft gewährt ist, unmöglich ist, nicht über Politik zu sprechen.

Der Heißhunger, mit dem Genosse Lenin Fragen stellt, und sein Arbeitsdrang, sein unüberwindlicher Arbeitsdrang sind erstaunlich. Man sieht, dass er ausgehungert ist. Der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre^[39], Genua und Haag^[40], die Ernteaussichten, die Industrie und die Finanzen - alle diese Fragen kommen der Reihe nach zur Sprache. Er beeilt sich nicht, seine Meinung zu sagen, und klagt, er sei hinter den Ereignissen zurückgeblieben. Er stellt hauptsächlich Fragen und lässt sich kein Wort entgehen. Sehr lebendig wurde er, als er erfuhr, dass die Ernteaussichten gut sind.

Ein ganz anderes Bild bot sich mir nach einem Monat. Dieses Mal fand ich Genossen Lenin von einem Berg von Büchern und Zeitungen umgeben (man hatte ihm erlaubt, unbeschränkt zu lesen und über Politik zu sprechen). Von Ermüdung und Überanstrengung keine Spur mehr. Die Anzeichen nervösen Arbeitsdranges sind verschwunden, der Heißhunger ist gestillt. Ruhe und Sicherheit sind völlig zurückgekehrt. Es ist unser alter Lenin, der, ein Auge zugekniffen, den Gesprächspartner verschmitzt anblickt...

Daher ist auch unser Gespräch diesmal lebhafter.

Die innere Lage... Die Ernte... Der Zustand der Industrie... Der Rubelkurs ... Der Staatshaushalt...

„Die Lage ist schwer. Aber die schwersten Tage liegen hinter uns. Die Ernte macht die Sache von Grund aus leichter. Nach der guten Ernte muss eine Besserung in Industrie und Finanzen eintreten. Es handelt sich jetzt darum, den Staat von unnützen Ausgaben zu befreien, und zwar durch Einschränkung und qualitative Verbesserung unserer Institutionen und Betriebe. Dabei ist besondere Festigkeit notwendig, und dann kommen wir durch, kommen wir sicher durch.“

Die außenpolitische Lage... Die Entente... Die Haltung Frankreichs... England und Deutschland... Die Rolle Amerikas... „Gierig sind sie, und sie hassen einander tief. Sie werden sich in die Haare geraten. Wir brauchen uns nicht zu beeilen. Unser Weg ist richtig: Wir sind

für Frieden und Verständigung, aber wir sind gegen Knechtschaft und knechtende Bedingungen der Verständigung. Wir müssen das Steuer fest in der Hand halten und unseren Kurs verfolgen, wir dürfen uns weder durch Schmeicheleien noch durch Einschüchterungen beeinflussen lassen.“

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ihre wütende Agitation gegen Sowjetrußland...

„Ja, sie haben sich zum Ziel gesetzt, Sowjetrußland zu diskreditieren. Sie erleichtern den Imperialisten den Kampf gegen Sowjetrußland. Sie sind in den Sumpf des Kapitalismus geraten und gleiten in den Abgrund. Mögen sie nur zappeln. Für die Arbeiterklasse sind sie schon lange tot.“

Die weiße Presse... Die Emigration... Die unglaublichen Legenden, dass Lenin gestorben sei, mit Beschreibung von Einzelheiten...

Genosse Lenin lächelt und bemerkt: „Mögen sie nur lügen und sich trösten, man soll Sterbenden nicht den letzten Trost nehmen.“

15. September 1922.

*Genosse Lenin in Erholung.
Illustrierte Beilage der „Prawda“ Nr. 215,
24. September 1922.
Unterschrift: J. Stalin.*

GRUSS AN PETROGRAD AN DEN DEPUTIERTENSOWJET

Am fünften Jahrestag der Geburt der proletarischen Diktatur begrüße ich das rote Petrograd, die Wiege dieser Diktatur.

J. Stalin

*„Petrogradskaja Prawda“
(Petrograder Prawda) Nr. 251,
5. November 1922.*

DIE FRAGE DER VEREINIGUNG DER UNABHÄNGIGEN NATIONALEN REPUBLIKEN

Unterredung mit einem Korrespondenten der „Prawda“

Auf Fragen unseres Korrespondenten, die der Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken galten, gab Genosse Stalin folgende Erläuterungen:^[41]

Auf wessen Initiative begann die Bewegung für die Vereinigung der unabhängigen Republiken?

Die Initiative der Bewegung liegt bei den Republiken selbst. Schon vor drei Monaten wurde von leitenden Kreisen der transkaukasischen Republiken die Schaffung einer einheitlichen Wirtschaftsfront der sozialistischen Sowjetrepubliken und ihre Vereinigung zu einem Bundesstaat angeregt. Schon damals wurde die Frage in einigen Bezirken Aserbaidschans, Georgiens und Armeniens breiten Parteiversammlungen vorgelegt und, wie aus den betreffenden Resolutionen zu ersehen ist, mit unerhörtem Enthusiasmus aufgenommen. Fast gleichzeitig damit wurde in der Ukraine und in Bjelorußland die Frage der Vereinigung angeregt und fand auch hier in breiten Parteikreisen, ebenso wie in Transkaukasien, einen ausgesprochen begeisterten Anklang.

Diese Umstände zeugen zweifellos von der Lebenskraft der Bewegung und davon, dass die Vereinigung der Republiken eine unbedingt spruchreife Frage ist.

Wodurch wurde diese Bewegung ausgelöst, welches sind ihre Grundmotive?

Diese Motive sind hauptsächlich wirtschaftlicher Natur. Hilfe für die bäuerliche Wirtschaft, Hebung der Industrie, Verbesserung des Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesens, Finanzfragen, Fragen der Konzessionen und sonstiger Wirtschaftsverträge, gemeinsames Auftreten als Warenkäufer oder -verkäufer auf den Auslandsmärkten - das sind die Fragen, die die Bewegung zugunsten einer Union der Republiken hervorriefen. Die Erschöpfung der inneren Wirtschaftsressourcen unserer Republiken infolge des Bürgerkriegs einerseits, das Fehlen eines einigermaßen bedeutsamen Zustroms ausländischen Kapitals andererseits haben eine Situation geschaffen, die es keiner unserer Sowjetrepubliken möglich macht, ihre Wirtschaft aus eigener Kraft wiederherzustellen. Dieser Umstand macht sich besonders jetzt fühlbar, da die Sowjetrepubliken zum erstenmal nach Beendigung des Bürgerkriegs die Lösung der Wirtschaftsfragen ernstlich in Angriff genommen und dabei im Verlauf der Arbeit zum erstenmal voll empfunden haben, wie unzulänglich die isolierten Bemühungen einzelner Republiken sind, dass die Vereinigung dieser Bemühungen und der wirtschaftliche Zusammenschluss der Republiken als einziger Weg zu einer wirklichen Wiederherstellung von Industrie und Landwirtschaft absolut unvermeidlich sind.

Um aber die wirtschaftlichen Bemühungen der einzelnen Republiken tatsächlich zu vereinigen, ja die letzteren zu einem einheitlichen Wirtschaftsverband zusammenzuschließen, muss man dementsprechende ständig funktionierende Unionsorgane schaffen, die fähig sind, das Wirtschaftsleben dieser Republiken auf einen bestimmten Weg zu lenken. Das ist der Grund, warum die alten Wirtschafts- und Handelsverträge, die diese Republiken untereinander geschlossen hatten, sich nunmehr als unzureichend erwiesen haben. Das ist der Grund, warum die Bewegung für eine Union der Republiken über diese Verträge hinausgewachsen ist und die Vereinigung der Republiken auf die Tagesordnung gesetzt hat.

Halten Sie diese Vereinigungstendenz für eine völlig neue Erscheinung, oder hat sie ihre Geschichte?

Die Vereinigungsbewegung der unabhängigen Republiken ist nichts Unerwartetes und „Niedagewesenes“. Sie hat ihre Geschichte. Diese Vereinigungsbewegung hat bereits zwei Entwicklungsphasen hinter sich und ist jetzt in die dritte Phase eingetreten.

Die erste Phase - die Jahre 1918 bis 1921 - war die Etappe der Intervention und des Bürgerkriegs, in der die Existenz der Republiken von einer tödlichen Gefahr bedroht war und diese Republiken gezwungen waren, sich auf militärischem Gebiet zu vereinigen, um ihre Existenz zu behaupten. Diese Phase endete mit der militärischen Vereinigung, dem militärischen Bündnis der Sowjetrepubliken.

Die zweite Phase - Ende 1921 und Anfang 1922 - war die Etappe von Genua und Haag, in der die kapitalistischen Westmächte, enttäuscht von der Unwirksamkeit der Intervention, den Versuch machten, die Wiederherstellung des kapitalistischen Eigentums in den Sowjetrepubliken nun nicht mehr auf militärischem, sondern auf diplomatischem Wege zu erreichen, als die diplomatische Einheitsfront der Sowjetrepubliken das unumgängliche Mittel bildete, ohne das es unmöglich war, dem Druck der Westmächte standzuhalten. Auf dieser Grundlage entstand das bekannte Abkommen der acht unabhängigen befreundeten Republiken mit der RSFSR^[42], das vor Eröffnung der Genueser Konferenz abgeschlossen wurde und nicht anders als eine diplomatische Vereinigung der Sowjetrepubliken genannt werden kann. So endete die zweite Phase, die Phase des diplomatischen Bündnisses unserer Republiken.

Jetzt ist die Vereinigungsbewegung der nationalen Republiken in die dritte Phase eingetreten, in die Phase der wirtschaftlichen Vereinigung. Es ist leicht zu begreifen, dass die dritte Phase die zwei vorangegangenen Phasen der Vereinigungsbewegung zum Abschluss bringt.

Aber folgt daraus nicht, dass die Vereinigung der Republiken in eine Wiedervereinigung mit Rußland, in eine Verschmelzung mit Rußland ausmünden wird, etwa so, wie das mit der Fernöstlichen Republik der Fall ist?

Nein, das bedeutet es nicht! Zwischen der Fernöstlichen Republik^[43] und den oben genannten nationalen Republiken besteht ein prinzipieller Unterschied:

a) Während die erstere künstlich gebildet wurde (als Pufferstaat), aus taktischen Rücksichten (man glaubte, die bürgerlich-demokratische Form würde eine zuverlässige Garantie gegen die imperialistischen Gelüste Japans und anderer Mächte bieten) und keineswegs nach dem nationalen Merkmal - entstanden die letzteren, im Gegenteil, als natürliches Ergebnis der Entwicklung der entsprechenden Nationalitäten, wobei ihnen hauptsächlich das nationale Merkmal zugrunde lag.

b) Während die Fernöstliche Republik abgeschafft werden kann, ohne dass die nationalen Interessen des überwiegenden Teils ihrer Bevölkerung auch nur im geringsten verletzt werden (denn sie besteht genauso aus Russen wie die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands auch), würde eine Abschaffung der nationalen Republiken ein reaktionäres Absurdum bedeuten, das die Abschaffung der nichtrussischen Nationalitäten, ihre Russifizierung erfordern würde, das heißt eine reaktionäre Donquichotterie, gegen die selbst solche Dunkelmänner des russischen Chauvinismus wie der Schwarzhunderter Schulgin Einwände erheben würden.

Daraus ist es auch zu erklären, dass sich die Fernöstliche Republik selbst auflösen konnte, sobald sie sich davon überzeugt hatte, dass die bürgerlich-demokratische Form als Garantie gegen die Imperialisten unbrauchbar ist, und zu einem Bestandteil Rußlands wurde, zu einem Gebiet, ähnlich wie der Ural oder Sibirien, ohne eigenen Rat der Volkskommissare und ohne eigenes ZEK, die nationalen Republiken hingegen, die auf einer ganz anderen Basis aufgebaut sind, können nicht aufgelöst werden, man kann ihnen ihr ZEK und ihren Rat der Volkskommissare, ihre nationalen Grundlagen nicht nehmen, solange die Nationalitäten bestehen, die sie ins Leben gerufen haben, solange es nationale Sprache, nationale Kultur, nationale Lebensformen, Sitten und Gebräuche gibt. Das ist der Grund, warum die Vereinigung der nationalen Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat nicht in ihre Wiedervereinigung mit Rußland, in ihre Verschmelzung mit Rußland, ausmünden kann.

Welches sind Ihrer Meinung nach der Charakter und die Form der Vereinigung der Republiken zu einer einheitlichen Union?

Der Charakter der Vereinigung muss freiwillig, ausschließlich freiwillig sein, wobei jeder nationalen Republik das Recht zugesprochen wird, aus der Union auszutreten. Das Prinzip der Freiwilligkeit muss somit zur Grundlage eines Vertrags über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gemacht werden.

Der Vertrag über die Vereinigung umfasst: die RSFSR (als ungeteiltes föderales Gebilde), die Transkaukasische Föderation^[44] (ebenfalls als ungeteiltes föderales Gebilde), die Ukraine und Bjelorußland. Buchara und Choresm^[45] als nicht sozialistische Republiken, sondern als lediglich sowjetische Volksrepubliken werden womöglich so lange außerhalb dieser Vereinigung bleiben, bis die natürliche Entwicklung sie zu sozialistischen Republiken gemacht hat.

Die höchsten Organe der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind: das ZEK der Union, das von den zur Union gehörenden Republiken proportional der von ihnen vertretenen Bevölkerung gewählt wird, und der Rat der Volkskommissare der Union, der vom ZEK der Union als sein Vollzugsorgan gewählt wird.

Die Funktionen des ZEK der Union sind: Ausarbeitung der grundlegenden Prinzipien für das politische und wirtschaftliche Leben der Republiken und Föderationen, die zur Union gehören. Die Funktionen des Rates der Volkskommissare der Union sind:

a) die unmittelbare und ungeteilte Leitung des Militärwesens, der auswärtigen Angelegenheiten, des Außenhandels, des Eisenbahnwesens, des Post- und Fernmeldewesens der Union;

b) die Leitung der Tätigkeit der Kommissariate der zur Union gehörenden Republiken und Föderationen, der Kommissariate für Finanzen, für Ernährung, der Volkswirtschaftsräte, der Kommissariate für Arbeit und für Inspektion, wobei die Republiken und Föderationen uneingeschränkt und unmittelbar für die Kommissariate für Innere Angelegenheiten, für Landwirtschaft, Bildung, Justiz, soziale Fürsorge und Volksgesundheit dieser Republiken und Föderationen zuständig bleiben werden.

Das ist meiner Meinung nach die allgemeine Form der Vereinigung zu einer Union der Republiken, soweit sie sich auf Grund der Vereinigungsbewegung der nationalen Republiken umreißen lässt.

Es besteht die Auffassung, dass außer den beiden Unionsorganen (dem ZEK und dem Rat der Volkskommissare) noch ein drittes Unionsorgan geschaffen werden müsse, als Zwischenglied zwischen ihnen, sozusagen, als obere Kammer, in der jede Nationalität mit einer gleichen Anzahl von Deputierten vertreten sein soll, doch wird diese Auffassung zweifellos keine Sympathie in den nationalen Republiken finden, schon allein deshalb nicht, weil ein Zweikammersystem mit einer oberen Kammer unvereinbar ist mit dem Sowjetaufbau, wenigstens im gegebenen Stadium seiner Entwicklung.

Wie schnell kann Ihrer Meinung nach die Union der Republiken zustande kommen und welches ist ihre internationale Bedeutung?

Ich glaube, dass der Tag, an dem eine Union der Republiken gebildet werden wird, nicht mehr fern ist. Es ist durchaus möglich, dass die Bildung der Union mit der bevorstehenden Einberufung des X. Sowjetkongresses der RSFSR zusammenfallen wird.

Was die internationale Bedeutung dieser Union betrifft, so bedarf sie wohl kaum besonderer Erläuterungen. Wenn das militärische Bündnis der Sowjetrepubliken in der Periode des Bürgerkriegs uns die Möglichkeit geboten hat, die militärische Einmischung unserer Feinde abzuwehren, und das diplomatische Bündnis dieser Republiken in der Periode von Genua und Haag uns den Kampf gegen den diplomatischen Druck der Entente erleichtert hat, so wird die Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat zweifellos eine Form allseitiger militärisch-wirtschaftlicher Zusammenarbeit schaffen, die das wirtschaftliche Gedeihen der

Sowjetrepubliken von Grund aus erleichtern und sie in eine Feste gegen die Anschläge des internationalen Kapitals verwandeln wird.

*„Prawda“ Nr.261,
18. November 1922.*

ÜBER DIE VEREINIGUNG DER SOWJETREPUBLIKEN

Referat auf dem X. Allrussischen Sowjetkongress^[46]
26. Dezember 1922

Genossen! Vor einigen Tagen, noch vor Eröffnung dieses Kongresses, erhielt das Präsidium des Allrussischen ZEK eine Reihe von Entschlüssen der Sowjetkongresse der transkaukasischen Republiken, der Ukraine und Bjelorußlands, in denen die Vereinigung dieser Republiken zu einem Bundesstaat als erwünscht und notwendig bezeichnet wird. Das Präsidium des Allrussischen ZEK hat zu dieser Frage Stellung genommen und sich dahingehend ausgesprochen, dass die Vereinigung zeitgemäß ist. Entsprechend diesem Beschluss ist die Vereinigung der Republiken auf die Tagesordnung des gegenwärtigen Kongresses gesetzt worden.

Die Kampagne für die Vereinigung der sozialistischen Sowjetrepubliken hat bereits vor drei, vier Monaten eingesetzt. Die Initiative ging von der Aserbaidshanischen, der Armenischen und der Georgischen Republik aus; ihnen schlossen sich dann die Ukrainische und die Bjelorussische Republik an. Der Sinn der Kampagne ist darin zu suchen, dass sich das alte Vertragsverhältnis - das Verhältnis einer Konvention zwischen der RSFSR und den übrigen Sowjetrepubliken - überlebt hat, als unzureichend erwiesen hat. Der Sinn der Kampagne ist der, dass wir von dem alten Vertragsverhältnis unweigerlich zu einem engeren Zusammenschluss übergehen müssen, zu Beziehungen also, die die Schaffung eines einheitlichen Bundesstaates mit entsprechenden Unionsorganen vollziehenden und gesetzgebenden Charakters, mit einem ZEK und einem Rat der Volkskommissare der Union voraussetzen. Kurzum: Was früher episodisch, im Rahmen von Konventionsbeziehungen, entschieden wurde soll jetzt, wie in der Kampagne vorgeschlagen wird, zu einer ständigen Einrichtung gemacht werden.

Welches sind die Ursachen, die die Republiken auf den Weg der Vereinigung drängen?
Welches sind die Umstände, die die Vereinigung notwendig gemacht haben?

Es gibt drei Gruppen von Umständen, die die Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat unerlässlich machen.

Die erste Gruppe von Umständen betrifft unseren inneren Wirtschaftszustand.

Erstens ist es die Kärghlichkeit unserer wirtschaftlichen Hilfsquellen, die den Republiken nach einem siebenjährigen Krieg noch zur Verfügung stehen, eine Kärghlichkeit, die uns zwingt, diese kärghlichen Mittel zusammenzufassen, um sie rationeller auszunutzen und die wichtigsten Wirtschaftszweige zu entwickeln, die das Rückgrat der Sowjetmacht in allen Republiken bilden.

Zweitens die geschichtlich entstandene natürliche Arbeitsteilung, die wirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Bezirken und Republiken unserer Föderation. Der Norden zum Beispiel versorgt den Süden und den Osten mit Textilien; der Süden und der Osten versorgen den Norden mit Baumwolle, Brennstoffen usw. Diese Arbeitsteilung nun, wie sie sich zwischen den einzelnen Gebieten herausgebildet hat, kann nicht mit einem Federstrich aufgehoben werden; der ganze Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der Föderation hat sie historisch hervorgebracht. Und diese Arbeitsteilung, die, wenn die Republiken gesondert bestehen, die volle Entwicklung der einzelnen Bezirke unmöglich macht, gebietet den Republiken, sich zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen zusammenzuschließen.

Drittens die Einheit der wichtigsten Verkehrsmittel in der gesamten Föderation, die den Nerv und das Fundament jeder möglichen Vereinigung bilden. Selbstverständlich kann es nicht zugelassen werden, dass die Verkehrsmittel von den einzelnen Republiken getrennt verwaltet werden und nur den Interessen dieser Republiken dienen, denn das würde den Hauptnerv des Wirtschaftslebens - das Verkehrswesen - in einen Haufen planlos verwendeter Einzelteilchen

verwandeln. Dieser Umstand macht die Republiken ebenfalls geneigt, sich zu einem Staat zu vereinigen.

Schließlich die Kärghlichkeit unserer finanziellen Mittel. Es sei offen ausgesprochen, Genossen, dass unsere finanzielle Lage jetzt, im sechsten Jahr nach der Errichtung der Sowjetmacht, bedeutend weniger Möglichkeiten einer großzügigen Entwicklung bietet, als sie zum Beispiel das alte Regime hatte mit seinem Branntwein - was wir nicht haben werden -, er warf jährlich 500 Millionen Rubel ab, und seinen ausländischen Krediten in Höhe von einigen Hundert Millionen, die wir gleichfalls nicht haben. All das zeugt davon, dass es uns bei so kärglichen finanziellen Entwicklungsmöglichkeiten ohne Zusammenschluss der Kräfte, ohne Zusammenfassung der finanziellen Kräfte der einzelnen Republiken zu einem Ganzen nicht gelingen wird, die Grund- und Tagesaufgaben der Finanzwirtschaft unserer Republiken zu bewältigen.

Das ist die erste Gruppe von Umständen, die unsere Republiken auf den Weg der Vereinigung drängen.

Die zweite Gruppe von Umständen, die die Vereinigung der Republiken gebieten, hängt mit unserer äußeren Lage zusammen. Ich meine unsere militärische Lage. Ich meine unsere vom Außenhandelskommissariat unterhaltenen Beziehungen zum ausländischen Kapital. Ich meine schließlich unsere diplomatischen Beziehungen zu den bürgerlichen Staaten. Wir dürfen nicht vergessen, Genossen, dass, obwohl unsere Republiken aus dem Zustand des Bürgerkriegs glücklich herausgekommen sind, die Gefahr eines Überfalls von außen bei weitem nicht gebannt ist. Diese Gefahr erfordert, dass unsere militärische Front absolut einheitlich ist, dass unsere Armee unbedingt einheitlich ist, besonders jetzt, da wir den Weg der Abrüstung, natürlich nicht der moralischen Abrüstung, sondern der faktischen materiellen Einschränkung der Rüstungen beschritten haben. Gerade jetzt, da wir die Stärke unserer Truppen auf 600000 Mann herabgesetzt haben, brauchen wir eine einheitliche unzerreißbare militärische Front, die die äußere Sicherheit der Republik zu garantieren vermag.

Außer einer militärischen Gefahr besteht noch die Gefahr einer wirtschaftlichen Isolierung unserer Föderation. Sie wissen, dass es nach Genua und Haag und nach dem Fall Urquhart^[47] zwar nicht gelungen ist, unsere Republik zu boykottieren, aber ein großer Zustrom von Kapitalien für die Bedürfnisse unserer Wirtschaft ist nicht zu spüren. Es besteht die Gefahr, dass unsere Republiken wirtschaftlich isoliert werden. Diese neue Form der Intervention, die nicht weniger gefährlich ist als die militärische Intervention, kann angesichts der kapitalistischen Umkreisung nur dadurch beseitigt werden, dass unsere Sowjetrepubliken eine einheitliche Wirtschaftsfront herstellen.

Schließlich unsere diplomatische Lage. Sie waren Zeugen, wie sich die Ententestaaten kürzlich, unmittelbar vor Eröffnung der Lausanner Konferenz^[48], auf jede Art bemühten, unsere Föderation zu isolieren. Auf diplomatischem Wege ist ihnen das nicht gelungen. Der gegen unsere Föderation gerichtete organisierte diplomatische Boykott wurde durchbrochen. Die Entente sah sich gezwungen, mit unserer Föderation zu rechnen und zurückzuweichen, sich etwas zurückzuziehen. Es besteht kein Grund, darauf zu hoffen, dass sich diese und ähnliche Versuche, unsere Föderation diplomatisch zu isolieren, nicht wiederholen werden. Daher die Notwendigkeit einer vereinigten Front, und zwar diesmal auf diplomatischem Gebiet.

Das ist die zweite Gruppe von Umständen, die die sozialistischen Sowjetrepubliken auf den Weg der Vereinigung drängen.

Sowohl die erste als auch die zweite Gruppe von Umständen wirkten und galten bis zum heutigen Tage, ununterbrochen seit der Errichtung der Sowjetmacht. Sowohl unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse, von denen ich soeben sprach, als auch unsere militärisch-diplomatischen Erfordernisse auf außenpolitischem Gebiet haben zweifellos auch schon früher bestanden. Aber erst jetzt, nach Beendigung des Bürgerkriegs, haben diese Umstände außerordentliche Bedeutung gewonnen, seitdem die Republiken zum erstenmal die

Möglichkeit erhalten haben, zum wirtschaftlichen Aufbau zu schreiten, seit sie zum erstenmal die ganze Kärglichkeit ihrer Wirtschaftlichen Mittel und die ganze Notwendigkeit der Vereinigung sowohl im Innern, auf wirtschaftlichem Gebiet, als auch nach außen hin gewahr geworden sind. Das ist der Grund, warum jetzt, im sechsten Jahr seit Errichtung der Sowjetmacht, die Vereinigung der unabhängigen sozialistischen Sowjetrepubliken zu einer aktuellen Frage geworden ist.

Schließlich eine dritte Gruppe von Tatsachen, die ebenfalls die Vereinigung erforderlich machen und mit dem Charakter der Struktur der Sowjetmacht, mit der Klassennatur der Sowjetmacht zusammenhängen. Die Sowjetmacht ist so aufgebaut, dass sie, die ihrem inneren Wesen nach international ist, in den Massen auf jede Weise die Idee der Vereinigung fördert, sie selbst auf den Weg der Vereinigung drängt. Wenn Kapital Privateigentum und Ausbeutung die Menschen trennen, sie in einander feindlich gegenüberstehende Lager spalten - als Beispiel dafür können Großbritannien, Frankreich und sogar solche kleinen Nationalitätenstaaten wie Polen und Jugoslawien mit ihren unversöhnlichen inneren nationalen Gegensätzen dienen, die die Grundlage dieser Staaten selbst zerfressen -, wenn, sage ich, dort, im Westen, wo die kapitalistische Demokratie herrscht und wo die Staaten auf dem Privateigentum beruhen, die ganze Grundlage des Staates nationalen Hader, Konflikte und Kampf stimuliert, so ist es hier, in der Welt der Sowjets, wo die Macht nicht auf dem Kapital, sondern auf der Arbeit beruht, wo die Macht nicht auf dem Privateigentum, sondern auf dem Kollektiveigentum beruht, wo die Macht nicht auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern auf dem Kampf gegen diese Ausbeutung beruht, so ist es hier im Gegenteil die Natur der Staatsmacht selbst, die die werktätigen Massen natürlicherweise anregt, die Vereinigung in einer sozialistischen Familie anzustreben.

Ist es denn nicht kennzeichnend, dass wir dort, im Westen, in der Welt der bürgerlichen Demokratie, beobachten, wie die Nationalitätenstaaten allmählich verfallen, wie sie in ihre Bestandteile zerfallen (zu Beispiel in Großbritannien, von dem ich nicht weiß, wie es mit Indien, Ägypten, Irland zurecht kommen wird, oder wie zum Beispiel in Polen von dem ich ebenfalls nicht weiß, wie es mit den eigenen Bjelorusen und Ukrainern zurecht kommen wird), dass wir dagegen hier, in unserer Föderation, die nicht weniger als 30 Nationalitäten vereinigt, umgekehrt einen Prozess des Erstarkens der staatlichen Bindungen zwischen den unabhängigen Republiken sehen, einen Prozess, der zu einer immer engeren Annäherung der unabhängigen Nationalitäten in einem unabhängigen Staat führt! Da haben Sie zwei Typen staatlicher Vereinigung, von denen der erste, der kapitalistische Typus, zum Zerfall des Staates führt, während der zweite, der Sowjettypus, umgekehrt zur allmählichen, aber dauerhaften Annäherung der früher unabhängigen Nationalitäten in einem unabhängigen Staat führt.

Das ist die dritte Gruppe von Tatsachen, die die einzelnen Republiken auf den Weg der Vereinigung drängen.

Welches muss nun die Form der Vereinigung der Republiken sein? Die Grundlagen der Vereinigung sind in den Resolutionen umrissen, die dem Präsidium des Allrussischen ZEK von den Sowjetrepubliken der Ukraine, Bjelorußlands und Transkaukasiens zugehen.

Es vereinigen sich vier Republiken: die RSFSR als ungeteiltes föderales Gebilde, die Transkaukasische Republik, gleichfalls als ungeteiltes föderales Gebilde, die Ukraine und Bjelorußland. Zwei unabhängige Sowjetrepubliken, Choresm und Buchara, die nicht sozialistische Republiken, sondern sowjetische Volksrepubliken sind, bleiben einstweilen außerhalb dieser Vereinigung, und zwar deshalb und ausschließlich deshalb, weil diese Republiken noch keine sozialistischen Republiken sind. Ich zweifle nicht daran und hoffe, Genossen, auch Sie zweifeln nicht daran, dass diese Republiken in dem Maße, wie sie sich innerlich zum Sozialismus hin entwickeln, ebenfalls in den Bundesstaat eintreten werden, der jetzt gebildet wird.

Man könnte meinen, es wäre zweckmäßiger, nicht die RSFSR als ungeteiltes föderales Gebilde, sondern die einzelnen der RSFSR angehörenden Republiken in die Union der Republiken eintreten zu lassen, wobei die RSFSR offenbar vorher in ihre Bestandteile aufgelöst werden müsste. Ich glaube, dass dieser Weg unrationell, unzweckmäßig ist und durch den ganzen Verlauf der Kampagne ausgeschlossen wird. Erstens würde er dazu führen, dass wir zugleich mit dem Prozess, der zur Vereinigung der Republiken führt, einen Prozess der Auflösung der bereits bestehenden föderalen Gebilde hätten, einen Prozess, der den begonnenen revolutionären Prozess der Vereinigung der Republiken in sein Gegenteil verkehren würde. Zweitens würden wir auf diesem verfehlten Wege dahin gelangen, dass wir, abgesehen von den acht autonomen Republiken, aus der RSFSR auch noch ein besonderes russisches ZEK und einen russischen Rat der Volkskommissare hervorgehen lassen müssten. Das würde zu einer beträchtlichen organisatorischen Umstellung führen, die jetzt durchaus unangebracht und von Schaden wäre und weder durch die innere noch durch die äußere Lage irgendwie erheischt wird. Deshalb bin ich der Ansicht, dass die Einheiten, die sich zu einer Union vereinigen, die vier Republiken sein müssen: die RSFSR, die Transkaukasische Föderation, die Ukraine und Bjelorußland.

Die Grundlagen, die dem Vereinigungsvertrag zugrunde gelegt werden sollen, müssen folgende sein: Kommissariate für Außenhandel, für Heer und Marine, für Auswärtige Angelegenheiten, für Verkehrswesen, für Post- und Fernmeldewesen werden nur im Rate der Volkskommissare der Union gebildet. Die Volkskommissariate für Finanzen, Wirtschaft, Ernährungswesen, Arbeit und Inspektion verbleiben in den vertragsschließenden Republiken, jedoch unter der Bedingung, dass sie nach den Direktiven der entsprechenden zentralen Unionskommissariate arbeiten. Das ist notwendig, damit die Kräfte der arbeitenden Massen der Republiken auf der Linie des Ernährungswesens, des Obersten Volkswirtschaftsrats und des Volkskommissariats für Finanzen oder für Arbeit unter der Führung des Unionszentrums zusammengefaßt werden. Schließlich sollen die übrigen Kommissariate: für Innere Angelegenheiten, Justiz, Bildung, Landwirtschaft usw. - es gibt ihrer insgesamt sechs -, die unmittelbar mit der Lebensweise, den Sitten, den besonderen Formen der Agrarverfassung, den besonderen Formen der Rechtspflege, mit der Sprache und der Kultur der zu den betreffenden Republiken gehörenden Völker zu tun haben, als selbständige Kommissariate erhalten bleiben, die von den Zentralexecutivkomitees und den Räten der Volkskommissare der vertragsschließenden Republiken geleitet werden. Das ist notwendig als reale Vorbedingung für die Sicherung der Freiheit der nationalen Entwicklung der zu den Sowjetrepubliken gehörenden Völker.

Diese Grundlagen müssen, meiner Meinung nach, zum Fundament des Vertrags gemacht werden, der in den nächsten Tagen zwischen unseren Republiken abgeschlossen werden wird. Dementsprechend bringe ich folgenden, vom Präsidium des Allrussischen ZEK gebilligten Resolutionsentwurf ein:

1. Die Vereinigung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist als zeitgemäß zu erachten.
2. Der Vereinigung ist das Prinzip der Freiwilligkeit und der Gleichberechtigung der Republiken zugrunde zu legen, unter Beibehaltung des Rechts einer jeden von ihnen auf freien Austritt aus der Union der Republiken.
3. Eine Delegation der RSFSR wird beauftragt, gemeinsam mit den Delegationen der Ukraine, der Transkaukasischen Republik und Bjelorußlands den Entwurf einer Deklaration über die Gründung der Union der Republiken auszuarbeiten und die Umstände darzulegen, die die Vereinigung der Republiken zu einem Bundesstaat notwendig machen.

4. Die Delegation wird beauftragt, die Bedingungen für den Eintritt der RSFSR in die Union der Republiken auszuarbeiten, und wird verpflichtet, bei der Beratung über den Bundesvertrag folgende Grundsätze zu vertreten:

- a) Bildung entsprechender gesetzgebender und vollziehender Unionsorgane;
- b) Verschmelzung der Kommissariate: für Heer und Marine, Verkehrswesen, Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel sowie Post- und Fernmeldewesen;
- c) Unterordnung der Kommissariate der vertragsschließenden Republiken für Finanzen, Ernährungswesen, Volkswirtschaft, Arbeit sowie Arbeiter- und Bauerninspektion unter die Direktiven der entsprechenden Kommissariate der Union der Republiken;
- d) volle Sicherung der Interessen der nationalen Entwicklung der Völker der vertragsschließenden Republiken.

5. Bevor der Vertragsentwurf dem ersten Kongress der Union der Republiken unterbreitet wird, ist er dem Allrussischen ZEK, vertreten durch sein Präsidium, zur Genehmigung vorzulegen.

6. Die Delegation ist zu bevollmächtigen, auf Grund der vom Allrussischen ZEK gebilligten Vereinigungsbedingungen den Vertrag der RSFSR mit den sozialistischen Sowjetrepubliken der Ukraine, Transkaukasiens und Bjelorußlands über die Bildung einer Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abzuschließen.

7. Der Vertrag ist dem I. Kongress der Union der Republiken zur Bestätigung vorzulegen.

Das ist der Resolutionsentwurf, den ich Ihnen zur Beratung unterbreite.

Genossen! Seit der Bildung der Sowjetrepubliken haben sich die Staaten der Welt in zwei Lager gespalten: in das Lager des Sozialismus und in das Lager des Kapitalismus. Im Lager des Kapitalismus sehen wir imperialistische Kriege, nationale Zwietracht, Unterdrückung, Kolonialsklaverei und Chauvinismus. Im Lager der Sowjets, im Lager des Sozialismus dagegen, haben wir gegenseitiges Vertrauen, nationale Gleichberechtigung, friedliches Zusammenleben und brüderliche Zusammenarbeit der Völker. Seit Jahrzehnten bemüht sich die kapitalistische Demokratie, die nationalen Widersprüche so zu lösen, dass sie die Interessen einer freien Entwicklung der Nationalitäten mit dem System der Ausbeutung zu vereinbaren sucht. Das ist aber bisher nicht gelungen und wird auch nicht gelingen. Im Gegenteil, der Knäuel der nationalen Widersprüche verwirrt sich immer mehr und wird zu einer tödlichen Gefahr für den Kapitalismus. Nur hier, in der Welt der Sowjets, im Lager des Sozialismus, ist es gelungen, die nationale Unterdrückung mit Stumpf und Stiel auszurotten, zwischen den Völkern gegenseitiges Vertrauen zu schaffen und eine brüderliche Zusammenarbeit zuwege zu bringen. Und erst nachdem dies den Sowjets gelungen war, wurde es uns möglich, unsere Föderation aufzubauen und sie gegen den Überfall innerer wie äußerer Feinde zu behaupten.

Vor fünf Jahren ist es der Sowjetmacht gelungen, die Grundlagen für das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Zusammenarbeit der Völker zu schaffen. Jetzt, da wir hier über die Vereinigung, die wünschenswert und notwendig ist, Beschluss fassen, stehen wir vor der Aufgabe, das Werk durch ein neues Gebäude, durch die Gründung eines neuen mächtigen Bundesstaats der Arbeit zu krönen. Der Wille der Völker unserer Republiken, die kürzlich zu ihren Kongressen zusammengetreten sind und einmütig die Bildung der Union der Republiken beschlossen haben, zeugt unzweifelhaft davon, dass die Sache der Vereinigung auf dem richtigen Wege ist, dass sie auf dem großen Prinzip der Freiwilligkeit und Gleichberechtigung der Völker beruht. Hoffen wir, Genossen, dass wir durch die Bildung unserer Bundesrepublik ein sicheres Bollwerk gegen den internationalen Kapitalismus errichten werden, dass der neue Bundesstaat ein neuer entscheidender Schritt auf dem Wege zur Vereinigung der Werktätigen der ganzen Welt zur Sozialistischen Weltrepublik der Sowjets rein wird. (Lang anhaltender Beifall. Gesang der „Internationale“.)

ÜBER DIE BILDUNG DER UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

Referat auf dem I. Sowjetkongress der UdSSR^[49]
30. Dezember 1922

Genossen! Der heutige Tag bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der Sowjetmacht. Dieser Tag setzt einen Markstein zwischen der alten, nunmehr hinter uns liegenden Periode, da die Sowjetrepubliken zwar gemeinsam handelten, aber, vor allem mit der Frage ihrer Existenz in Anspruch genommen, getrennt marschierten, und der neuen, bereits begonnenen Periode, da dem gesonderten Bestehen der Sowjetrepubliken ein Ende gemacht wird, da die Republiken sich zu einem einheitlichen Bundesstaat vereinigen, um die wirtschaftliche Zerrüttung erfolgreich bekämpfen zu können, da die Sowjetmacht bereits nicht mehr bloß auf ihre Existenz bedacht ist, sondern auch darauf, sich zu einer bedeutsamen internationalen Kraft zu entwickeln, die imstande ist, auf die internationale Lage einzuwirken, sie im Interesse der Werktätigen zu verändern.

Was war die Sowjetmacht vor fünf Jahren? Eine geringfügige, kaum bemerkbare Größe, von allen ihren Feinden verspottet und von viele ihrer Freunde bedauert. Das war die Periode der militärischen Zerrüttung da die Sowjetmacht sich nicht so sehr auf ihre eigenen Kräfte als auf die Ohnmacht ihrer Gegner stützte, da die Feinde der Sowjetmacht, in zwei Koalitionen - die österreichisch-deutsche Koalition und die englisch-französische Koalition - gespalten, durch den Krieg gegeneinander in Anspruch genommen waren und nicht die Möglichkeit hatten, ihre Waffe gegen die Sowjetmacht zu kehren. Es war die Periode der militärischen Zerrüttung in der Geschichte der Sowjetmacht. Aber im Kampf gegen Koltschak und Denikin schuf die Sowjetmacht die Rote Armee und überwand erfolgreich die Periode der militärischen Zerrüttung.

Dann setzte die zweite Periode in der Geschichte der Sowjetmacht ein, die Periode des Kampfes gegen die wirtschaftliche Zerrüttung. Diese Periode ist bei weitem noch nicht zu Ende, sie hat aber bereits ihre Resultate gezeitigt, denn wir haben in dieser Periode den erfolgreichen Kampf der Sowjetmacht gegen die Hungersnot, die das Land im vergangenen Jahr heimgesucht hat, zu verzeichnen. Wir haben in dieser Periode einen bedeutenden Aufschwung der Landwirtschaft, eine bedeutende Belebung der Leichtindustrie zu verzeichnen. Es haben sich bereits Kader führender Kräfte in der Industrie herausgebildet, die unsere Hoffnung, unsere Zuversicht sind. Das alles reicht aber zur Überwindung der wirtschaftlichen Zerrüttung bei weitem noch nicht aus. Um der Zerrüttung zu Leibe gehen und sie überwinden zu können, müssen alle Sowjetrepubliken ihre Kräfte zusammenfassen, alle finanziellen und ökonomischen Möglichkeiten der Republiken in den Dienst der Wiederherstellung der Hauptzweige unserer Industrie gestellt werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat zu vereinigen. Der heutige Tag ist der Tag der Vereinigung unserer Republiken zu einem Staat zwecks Zusammenfassung der Kräfte zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft.

Die Periode des Kampfes gegen die militärische Zerrüttung hat uns die Rote Armee gegeben, eine der Existenzgrundlagen der Sowjetmacht. Die darauf folgende Periode, die Periode des Kampfes gegen die wirtschaftliche Zerrüttung, liefert uns einen neuen Rahmen für unsere staatliche Existenz - die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die die Wiederherstellung der Sowjetwirtschaft ohne Zweifel vorwärts bringen wird.

Was ist die Sowjetmacht jetzt? Eine Großmacht der Arbeit, die bei den Feinden nicht mehr Spott, sondern Zähneknirschen hervorruft.

Das ist die Entwicklungsbilanz der Sowjetmacht nach ihrer fünfjährigen Existenz.

Aber der heutige Tag, Genossen, ist nicht nur ein Tag der Bilanz, er ist zugleich ein Tag des Triumphs des neuen Rußlands über das alte Rußland, über jenes Rußland, das der Gendarm

Europas und der Henker Asiens war. Der heutige Tag ist ein Tag des Triumphs des neuen Rußlands, das die Ketten der nationalen Unterdrückung gesprengt, den Sieg über das Kapital organisiert, die Diktatur des Proletariats geschaffen, die Völker des Ostens erweckt hat, das die Arbeiter des Westens begeistert, das das rote Banner aus einer Parteifahne zur Fahne eines Staates gemacht und um diese Fahne die Völker der Sowjetrepubliken geschart hat, um sie zu einem Staat, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vorbild der kommenden Sozialistischen Weltrepublik der Sowjets zu vereinigen.

Wir Kommunisten werden oft gescholten, wir seien unfähig aufzubauen. Möge die fünfjährige Geschichte der Sowjetmacht als Beweis dafür dienen, dass die Kommunisten auch aufzubauen verstehen. Möge der heutige Sowjetkongress, der berufen ist, die Deklaration und den Vertrag über die Union der Republiken zu bestätigen - die gestern von der Konferenz der bevollmächtigten Delegationen beschlossen wurden -, möge dieser Unionskongress all denen, die das Erkenntnisvermögen noch nicht eingebüßt haben, den Beweis liefern, dass die Kommunisten ebensogut Neues aufzubauen verstehen, wie sie das Alte zu zerstören verstehen. Genossen, hier ist die Deklaration, die gestern von der Konferenz der bevollmächtigten Delegationen^[50] beschlossen wurde. Ich verlese sie (siehe Beilage Nr. 1).

Ich lasse nun den Wortlaut des auf der gleichen Konferenz beschlossenen Vertrags folgen. Ich verlese ihn (siehe Beilage Nr. 2).

Genossen! Im Auftrage der Konferenz der bevollmächtigten Delegationen der Sowjetrepubliken habe ich Ihnen die Bestätigung der soeben verlesenen Texte der Deklaration und des Vertrags über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorzuschlagen.

Ich schlage vor, Genossen, sie mit der Kommunisten eigenen Einmütigkeit anzunehmen und damit in die Geschichte der Menschheit ein neues Kapitel einzutragen. (Beifall.)

*„Prawda“ Nr. 298,
31. Dezember 1922.*

1923

ZUR FRAGE DER STRATEGIE UND TAKTIK DER RUSSISCHEN KOMMUNISTEN^[51]

Dem vorliegenden Artikel liegen Vorträge „Über die Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ zugrunde, die ich zu verschiedenen Zeiten im Arbeiterklub des Stadtbezirks Presnja und vor der Fraktion der Kommunisten in der Swerdlow-Universität^[52] gehalten habe. Wenn ich mich entschlossen habe, ihn zu veröffentlichen, so nicht nur, weil ich verpflichtet zu sein glaube, den Wünschen der Presnjaer Genossen und der Swerdlowstudenten entgegenzukommen, sondern auch, weil mir der Artikel selbst für die junge Generation unserer Parteiarbeiter nicht ohne Nutzen zu sein scheint. Ich halte es jedoch für notwendig, den Vorbehalt zu machen, dass der Artikel keinen Anspruch erhebt, irgendetwas wesentlich Neues im Vergleich zu dem zu bringen, was von unseren führenden Genossen schon einige Male in der russischen Parteipresse gesagt worden ist. Der vorliegende Artikel muss als eine gedrängte und schematische Darlegung der Grundansichten des Genossen Lenin betrachtet werden.

I

EINLEITENDE BEGRIFFE

1. Zwei Seiten der Arbeiterbewegung

Die politische Strategie befasst sich, ebenso wie die Taktik auch, mit der Arbeiterbewegung. Aber die Arbeiterbewegung selbst besteht aus zwei Elementen: dem objektiven oder spontanen Element und dem subjektiven oder bewussten Element. Das objektive, spontane Element bildet diejenige Gruppe von Prozessen, die unabhängig vom bewussten und regulierenden Willen des Proletariats vor sich gehen. Die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung des Kapitalismus, der Zerfall der alten Staatsmacht, die spontanen Bewegungen des Proletariats und der Klassen, die es umgeben, die Zusammenstöße der Klassen und anderes - das alles sind Erscheinungen, deren Entwicklung nicht vom Willen des Proletariats abhängt, das bildet die objektive Seite der Bewegung. Die Strategie hat mit diesen Prozessen nichts zu tun, denn sie kann sie weder aufheben noch ändern, sie kann nur mit ihnen rechnen und von ihnen ausgehen. Dies ist ein Gebiet, das durch die Theorie des Marxismus und das Programm des Marxismus erforscht wird.

Aber die Bewegung hat noch eine subjektive, bewusste Seite. Die subjektive Seite der Bewegung bildet die Widerspiegelung der spontanen Prozesse der Bewegung in den Köpfen der Arbeiter, bildet die bewusste und planmäßige Bewegung des Proletariats auf ein bestimmtes Ziel hin. Diese Seite der Bewegung ist eigentlich gerade dadurch von Interesse für uns, dass sie, zum Unterschied von der objektiven Seite der Bewegung, vollständig der lenkenden Einwirkung der Strategie und Taktik unterliegt. Ist die Strategie nicht imstande, irgend etwas am Verlauf der objektiven Prozesse der Bewegung zu ändern, so ist umgekehrt hier, auf der subjektiven, bewussten Seite der Bewegung der Anwendungsbereich der Strategie breit und mannigfaltig, denn die Strategie kann die Bewegung beschleunigen oder verzögern, kann sie auf den kürzesten Weg leiten oder auf einen schwierigeren und schmerzhafteren Weg ablenken, je nach der Vollkommenheit oder den Mängeln der Strategie selbst.

Beschleunigung oder Verzögerung der Bewegung, ihre Erleichterung oder Hemmung - das sind die Sphäre und der Anwendungsbereich der politischen Strategie und Taktik.

2. Die Theorie und das Programm des Marxismus

Die Strategie selbst befasst sich nicht mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung. Nichtsdestoweniger ist sie verpflichtet, diese Prozesse zu kennen und sie richtig einzuschätzen, wenn sie bei der Leitung der Bewegung nicht grösste und verderbliche Fehler begehen will. Mit der Erforschung der objektiven Prozesse der Bewegung befasst sich vor allem die Theorie des Marxismus und dann auch das Programm des Marxismus. Darum muss sich die Strategie voll und ganz auf die Ergebnisse der Theorie und des Programms des Marxismus Mützen.

Die Theorie des Marxismus, die die objektiven Prozesse des Kapitalismus in ihrer Entwicklung und ihrem Absterben erforscht, gelangt zu dem Schluss, dass der Sturz der Bourgeoisie und die Ergreifung der Macht durch das Proletariat unvermeidlich sind, dass der Kapitalismus unweigerlich durch den Sozialismus abgelöst wird. Die proletarische Strategie kann nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden, wenn diese wichtigste Schlussfolgerung der Theorie des Marxismus ihrer Arbeit zugrunde gelegt wird.

Das Programm des Marxismus legt, ausgehend von den Ergebnissen der Theorie, die Ziele der proletarischen Bewegung fest, die in den Programmpunkten wissenschaftlich formuliert sind. Das Programm kann entweder auf die ganze Periode der kapitalistischen Entwicklung berechnet sein, wobei es den Sturz des Kapitalismus und die Organisierung der sozialistischen Produktion im Auge hat, oder auf eine bestimmte Phase in der Entwicklung des Kapitalismus, zum Beispiel auf die Beseitigung der Überreste des feudal-absolutistischen Regimes und die Schaffung von Bedingungen für eine freie Entwicklung des Kapitalismus. Dementsprechend kann das Programm aus zwei Teilen bestehen: einem Maximal- und einem Minimalprogramm. Es versteht sich von selbst, dass eine Strategie, die auf den Minimalteil des Programms berechnet ist, sich unbedingt von der Strategie unterscheiden muss, die auf seinen Maximalteil berechnet ist, wobei die Strategie nur dann als wirklich marxistisch bezeichnet werden kann, wenn sie sich in ihrem Wirken von den im Programm des Marxismus formulierten Zielen der Bewegung leiten lässt.

3. Die Strategie

Die wichtigste Aufgabe der Strategie ist die Festlegung der Grundrichtung, in der die Bewegung der Arbeiterklasse verlaufen soll und in der es für das Proletariat am vorteilhaftesten ist, zur Erreichung der im Programm gestellten Ziele den Hauptschlag gegen den Gegner zu führe. Der Plan der Strategie ist der Plan der Organisierung des entscheidenden Schlages in der Richtung, in der dieser Schlag am schnellsten ein Höchstmaß von Resultaten ergeben kann.

Die Grundzüge der politischen Strategie ließen sich ohne besondere Mühe umreißen, wenn man zu einer Analogie mit der militärischen Strategie griffe, zum Beispiel in der Periode des Bürgerkriegs zur Zeit des Kampfes gegen Denikin. Alle erinnern sich an das Ende des Jahres 1919, als Denikin vor Tula stand. Zu jener Zeit kam es unter den Militärs zu interessanten Diskussionen darüber, von wo aus der entscheidende Stoß gegen die Armeen Denikins geführt werden sollte. Ein Teil der Militärs schlug vor, als Hauptrichtung des Stoßes die Linie Zarizyn-Noworosijsk zu wählen. Der andere Teil dagegen schlug vor, den entscheidend Stoß auf der Linie Woronesh-Rostow zu führen, um durch den Vormarsch auf dieser Linie die Armee Denikins in zwei Teile zu spalten und dann jeden dieser Teile einzeln zusammenzuschlagen. Der erste Plan hatte zweifellos seine positive Seite in dem Sinne, dass durch die Einnahme von Noworossijsk, worauf der Plan berechnet war, den Armeen Denikins der Rückzugsweg abgeschnitten worden wäre. Er war jedoch einerseits unvorteilhaft, weil er unsern Vormarsch durch Bezirke (das Dongebiet) vorsah, die der Sowjetmacht feindlich gesinnt waren, und somit große Opfer erforderte; andererseits war er gefährlich, weil er den

Armeen Denikins den Weg über Tula, Serpuchow nach Moskau geöffnet hätte. Der zweite Plan des Hauptstoßes war der einzig richtige, denn er sah einerseits den Vormarsch unserer Hauptgruppe durch Gebiete (Gouvernement Woronesh-Donzbecken) vor, die mit der Sowjetmacht sympathisierten, und erforderte infolgedessen keine besonderen Opfer; andererseits durchkreuzte er die Operationen der Hauptgruppe der Denikintruppen, die auf Moskau marschierten. Die meisten Militärs sprachen sich für den zweiten Plan aus, und dadurch wurde der Ausgang des Krieges gegen Denikin entschieden.

Mit anderen Worten: Die Richtung des Hauptschlags festlegen bedeutet, den Charakter der Operationen für die ganze Periode des Krieges vorausbestimmen, somit also zu neun Zehnteln den Ausgang des ganzen Krieges vorausbestimmen. Darin besteht die Aufgabe der Strategie.

Das gleiche ist über die politische Strategie zu sagen. Der erste ernsthafte Zusammenstoß zwischen den politischen Führern des Proletariats Rußlands in der Frage der Hauptrichtung der proletarischen Bewegung Land zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts, zur Zeit des Russisch-japanischen Krieges, statt. Bekanntlich vertrat ein Teil unserer Partei (die Menschewiki) damals die Ansicht, dass die Hauptrichtung der Bewegung des Proletariats in seinem Kampf gegen den Zarismus auf der Linie des Blocks zwischen dem Proletariat und der liberalen Bourgeoisie verlaufen müsse, so dass die Bauernschaft als ein höchst wichtiger revolutionärer Faktor aus dem Plan ausgeschlossen oder fast ausgeschlossen wurde, während die führende Rolle in der revolutionären Gesamtbewegung der liberalen Bourgeoisie eingeräumt wurde. Der andere Teil der Partei (die Bolschewiki) behauptete dagegen, dass der Hauptschlag auf der Linie des Blocks des Proletariats mit der Bauernschaft erfolgen müsse, wobei die Rolle des Führers der revolutionären Gesamtbewegung dem Proletariat eingeräumt, die liberale Bourgeoisie aber neutralisiert werden müsse.

Betrachtet man in Analogie zu dem Krieg gegen Denikin unsere gesamte revolutionäre Bewegung vom ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts bis zur Februarrevolution 1917 als einen Krieg der Arbeiter und Bauern gegen den Zarismus und die Gutsbesitzer, so ist es klar, dass das Schicksal des Zarismus und der Gutsbesitzer in vieler Hinsicht von der Annahme des einen oder des anderen strategischen Plans (des menschewistischen oder des bolschewistischen), von der Festlegung der einen oder der anderen Hauptrichtung der revolutionären Bewegung abhing.

Wie während des Krieges gegen Denikin die militärische Strategie durch die Festlegung der Hauptrichtung des Stoßes zu neun Zehnteln den Charakter aller weiteren Operationen, bis zur Erledigung Denikins, bestimmte, so hat auch hier, auf dem Gebiet des revolutionären Kampfes gegen den Zarismus, unsere politische Strategie durch die Festlegung der Hauptrichtung der revolutionären Bewegung im Geiste des bolschewistischen Plans den Charakter der Arbeit unserer Partei für die ganze Periode des offenen Kampfes gegen den Zarismus von der Zeit des Russisch-Japanischen Krieges bis zur Februarrevolution von 1917 bestimmt.

Die Aufgabe der politischen Strategie besteht vor allem darin, ausgehend von der Theorie und dem Programm des Marxismus und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder, die Hauptrichtung der proletarischen Bewegung des gegebenen Landes für die gegebene historische Periode richtig festzulegen.

4. Die Taktik

Die Taktik ist ein Teil der Strategie, ihr untergeordnet und in ihrem Dienst stehend. Die Taktik befasst sich nicht mit dem Kriege als Ganzem, sondern mit seinen einzelnen Episoden, mit den Kämpfen, mit den Schlachten. Will die Strategie den Krieg gewinnen oder, sagen wir, den Kampf, gegen den Zarismus zu Ende führen, so will dagegen die Taktik diese oder jene Schlachten, diese oder jene Kämpfe gewinnen, diese oder jene Kampagnen, diese oder jene

Aktionen erfolgreich durchführen, die mehr oder minder der konkreten Kampfplage in jedem gegebenen Moment entsprechen.

Die wichtigste Aufgabe der Taktik ist die Festlegung der Mittel und Wege, der Formen und Methoden des Kampfes, die der konkreten Situation im gegebenen Augenblick am besten entsprechen und den strategischen Erfolg am sichersten vorbereiten. Deshalb dürfen die taktischen Aktionen, ihre Resultate nicht an und für sich, nicht vom Standpunkt des unmittelbaren Effekts gewertet werden, sondern vom Standpunkt der Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie.

Es gibt Augenblicke, da taktische Erfolge die Durchführung der strategischen Aufgaben erleichtern. So lagen die Dinge zum Beispiel an der Denikinfront Ende 1919 bei der Befreiung von Orel und Woronesh durch unsere Truppen, als die Erfolge unserer Kavallerie vor Woronesh und unserer Infanterie vor Orel eine günstige Situation für einen Vorstoß auf Rostow schufen. So lagen die Dinge im August 1917 in Rußland, als der Übergang des Petrograder und des Moskauer Sowjets auf die Seite der Menschewiki eine neue politische Situation schuf, die in der Folge den Oktobervorstoß unserer Partei erleichterte.

Es gibt auch Augenblicke, da taktische Erfolge, die ihrem unmittelbaren Effekt nach glänzend sind, aber den strategischen Möglichkeiten nicht entsprechen, eine „unerwartete“ Situation schaffen, die für den ganzen Feldzug verhängnisvoll wird. So lagen die Dinge mit Denikin Ende 1919, als er, hingerissen durch den leichten Erfolg des raschen und effektvollen Vormarschs auf Moskau, seine Front von der Wolga bis zum Dnjepr ausdehnte und dadurch den Untergang seiner Armeen einleitete. So lagen die Dinge 1920 während des Krieges gegen die Polen, als wir, die Kraft des nationalen Moments in Polen unterschätzend und durch den leichten Erfolg eines effektvollen Vormarschs hingerissen, die unsere Kräfte übersteigende Aufgabe auf uns nahmen, über Warschau nach Europa durchzubrechen, die gewaltige Mehrheit der polnischen Bevölkerung gegen die Sowjettruppen aufbrachten und dadurch eine Situation schufen, die die Erfolge der Sowjettruppen vor Minsk und Shitomir zunichte machte und dem Prestige der Sowjetmacht im Westen Abbruch tat.

Schließlich gibt es noch Augenblicke, da man auf den taktischen Erfolg verzichten, taktische Nachteile und Verluste bewusst in Kauf nehmen muss, um sich strategische Vorteile für die Zukunft zu sichern. Das kommt des Öfteren im Kriege vor, wenn die eine Seite, um die Kader ihrer Truppen zu retten und sie dem Schlag überlegener Kräfte des Gegners zu entziehen, einen planmäßigen Rückzug beginnt und kampfflos ganze Städte und Gebiete aufgibt, um Zeit zu gewinnen und Kräfte für neue entscheidende Kämpfe in der Zukunft zu sammeln. So lagen die Dinge in Rußland 1918 während der deutschen Offensive, als unsere Partei gezwungen war, auf den Brester Frieden, der vom Standpunkt des unmittelbaren politischen Effekts damals ein gewaltiger Nachteil war, einzugehen, um das Bündnis mit der nach Frieden lechzenden Bauernschaft zu bewahren, eine Atempause zu erhalten, eine neue Armee zu schaffen und sich dadurch strategische Vorteile für die Zukunft zu sichern.

Mit anderen Worten: Die Taktik kann sich nicht Augenblicksinteressen unterwerfen, sie darf sich nicht von Erwägungen des unmittelbaren politischen Effekts leiten lassen, noch viel weniger darf sie sich von der festen Erde lösen und Luftschlösser bauen - die Taktik muss entsprechend den Aufgaben und Möglichkeiten der Strategie aufgebaut werden.

Die Aufgabe der Taktik besteht vor allem darin, geleitet von den Weisungen der Strategie und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des revolutionären Kampfes der Arbeiter aller Länder, diejenigen Formen und Methoden des Kampfes festzulegen, die der konkreten Kampfplage in jedem gegebenen Augenblick am besten entsprechen.

5. Die Kampfformen

Die Methoden der Kriegführung, die Formen des Krieges sind nicht immer gleich. Sie ändern sich je nach den Entwicklungsbedingungen, vor allem je nach der Entwicklung der Produktion. Unter Dschingis Chan wurde der Krieg anders geführt als unter Napoleon III., im 20. Jahrhundert wird er anders geführt als im 19. Jahrhundert.

Die Kunst der Kriegführung besteht unter den heutigen Verhältnisse darin, alle Formen des Krieges zu meistern und sich alle Errungenschaften der Wissenschaft auf diesem Gebiet anzueignen, sie sachkundig auszunutzen, sie geschickt zu kombinieren oder je nach der Situation rechtzeitig die eine oder andere dieser Formen anzuwenden.

Das gleiche ist über die Kampfformen auf politischem Gebiet zu sage Die politischen Kampfformen sind noch mannigfaltiger als die Form der Kriegführung. Sie wechseln je nach der Entwicklung der Wirtschaft der gesellschaftlichen Zustände, der Kultur, je nach dem Zustand d Klassen, dem Wechselverhältnis der kämpfenden Kräfte, dem Charakter der Staatsmacht und schließlich je nach den internationalen Beziehung usw. Die illegale Kampfform unter dein Absolutismus, verbunden mit Teilstreiks und Arbeiterdemonstrationen; die offene Kampfform unter „legalen Möglichkeiten“ und politische Massenstreiks der Arbeiter; die parlamentarische Kampfform, sagen wir, in der Duma und die außerparlamentarische Massenaktion, die sich zuweilen bis zu bewaffneten Aufständen steigert; schließlich die staatlichen Kampfformen nach der Machtergreifung durch das Proletariat, wenn dieses die Möglichkeit gewinnt, sich sämtliche staatlichen Mittel und Kräfte einschließlich der Armee zu sichern - das sind im großen und ganzen die Kampfformen, die durch die Praxis des revolutionären Kampfes des Proletariats hervorgebracht wurden.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle Kampfformen zu meistern, sie auf dem Schlachtfeld sachkundig zu kombinieren und den Kampf geschickt auf die Formen zuzuspitzen, die in der gegebenen Situation besonders zweckmäßig sind.

6. Die Organisationsformen

Die Organisationsformen der Armeen, die Truppenarten und Waffengattungen werden gewöhnlich den Formen und Methoden der Kriegführung angepasst. Mit der Veränderung der letzteren ändern sich auch die ersteren. Im Bewegungskrieg wird der Erfolg häufig durch den Masseneinsatz von Kavallerie entschieden. Im Stellungskrieg dagegen spielt die Kavallerie entweder überhaupt keine oder nur eine untergeordnete Rolle: schwere Artillerie und Flieger, Giftgase und Tanks entscheiden alles.

Die Aufgabe der Kriegskunst besteht darin, sich alle Waffengattungen zu sichern, sie bis zur Vollkommenheit zu entwickeln und ihre Operationen sachkundig zu kombinieren.

Das gleiche ist über die Organisationsformen auf politischem Gebiet zuzagen. Hier werden, ebenso wie auf militärischem Gebiet, die Organisationsformen den Kampfformen angepasst. Konspirative Organisationen von Berufsrevolutionären in der Epoche des Absolutismus; Bildungs-, Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Parlamentsorganisationen (die Dumafraktion und andere) in der Epoche der Duma; Betriebskomitees, Bauernkomitees, Streikkomitees, Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, revolutionäre Militärkomitees und eine starke proletarische Partei, die alle diese Organisationsformen in der Periode der Massenaktionen und -aufstände miteinander verknüpft; schließlich die staatliche Form der Organisation des Proletariats in der Periode, in der die Macht in den Händen der Arbeiterklasse konzentriert ist - das sind im allgemeinen die Organisationsformen, auf die sich das Proletariat in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie unter bestimmten Bedingungen stützen kann und stützen muss.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle diese Organisationsformen zu meistern, sie bis zur Vollkommenheit zu entwickeln und die Arbeit dieser Organisationen in jedem gegebenen Moment geschickt zu kombinieren.

7. Die Losung. Die Direktive

Treffend formulierte Beschlüsse, die die Ziele des Krieges oder einer einzelnen Schlacht wiedergeben und bei den Truppen populär sind, sind an der Front mitunter von entscheidender Bedeutung als ein Mittel, die Armee zum Handeln zu begeistern, ihre Moral aufrechtzuerhalten usw. Entsprechende Befehle, Losungen oder Aufrufe an die Truppen sind für den ganzen Verlauf des Krieges von ebenso großer Bedeutung wie eine erstklassige schwere Artillerie oder erstklassige Schnelltanks.

Von noch größerer Bedeutung sind die Losungen auf politischem Gebiet, wo man es mit einer Dutzende und Hunderte Millionen zählenden Bevölkerung, mit ihren mannigfaltigen Forderungen und Bedürfnissen zu tun hat.

Eine Losung ist die knappe und klare Formulierung der näheren oder der ferneren Ziele des Kampfes, die von der führenden Gruppe, sagen wir, des Proletariats, seiner Partei, ausgegeben wird. Es gibt verschiedene Losungen, entsprechend den verschiedenartigen Zielen des Kampfes, die entweder eine ganze historische Periode oder einzelne Stadien und Episoden der gegebenen historischen Periode umfassen. Die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“, die zuerst in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der Gruppe „Befreiung der Arbeit“^[53] aufgestellt wurde, war eine Propagandalosung, denn sie zielte darauf ab, die standhaftesten und beharrlichsten Kämpfer einzeln und in Gruppen für die Partei zu gewinnen. In der Periode des Russisch-Japanischen Krieges, in der die Brüchigkeit der Selbstherrschaft für die breiten Schichten der Arbeiterklasse mehr oder weniger sichtbar wurde, wurde diese Losung zu einer Agitationslosung, denn nunmehr zielte sie bereits auf die Gewinnung der Millionenmassen der Werktätigen ab. In der Periode vor der Februarrevolution von 1917, als der Zarismus in den Augen der Massen bereits endgültig Bankrott gemacht hatte, wurde die Losung „Nieder mit der Selbstherrschaft“ bereits aus einer Agitationslosung zu einer Aktionslosung, denn sie war darauf berechnet, die Millionenmassen zum Sturmangriff gegen den Zarismus in Bewegung zu setzen. In den Tagen der Februarrevolution wurde diese Losung dann zu einer Direktive der Partei, das heißt zu der direkten Aufforderung, in einem bestimmten Zeitpunkt sich bestimmter Institutionen und bestimmter Stellungen im System des Zarismus zu bemächtigen, denn nun handelte es sich bereits darum, den Zarismus zu stürzen, ihn zu vernichten. Eine Direktive ist der direkte Appell der Partei, zu einem bestimmten Zeitpunkt und an einem bestimmten Ort in Aktion zu treten, der bindend für alle Parteimitglieder ist und gewöhnlich von breiten Massen der Werktätigen aufgegriffen wird, wenn der Appell die Forderungen der Massen richtig und treffend formuliert, wenn die Zeit für ihn wirklich reif ist.

Losungen mit Direktiven oder eine Agitationslosung mit einer Aktionslosung zu verwechseln ist ebenso gefährlich, wie vorzeitige oder verspätete Aktionen gefährlich, ja manchmal verhängnisvoll sind. Im April 1917 war die Losung „Alle Macht den Sowjets“ eine Agitationslosung. Die bekannte im April 1917 in Petrograd unter der Losung „Alle Macht den Sowjets“ veranstaltete Demonstration, als die Demonstranten den Winterpalast umstellten, war ein Versuch, ein vorzeitiger und deshalb verderblicher Versuch, diese Losung in eine Aktionslosung^[54] zu verwandeln. Es war ein höchst gefährliches Beispiel für die Verwechslung einer Agitationslosung mit einer Aktionslosung. Die Partei hatte recht, als sie die Initiatoren dieser Demonstration verurteilte, denn sie wusste, dass die zur Umwandlung dieser Losung in eine Aktionslosung erforderlichen Bedingungen noch nicht eingetreten waren, dass eine vorzeitige Aktion des Proletariats zur Zerschlagung seiner Kräfte führen kann.

Andererseits gibt es Fälle, wo die Partei vor die Notwendigkeit gestellt wird, „in 24 Stunden“ eine bereits beschlossene und akut gewordene Losung (oder Direktive) aufzuheben oder abzuändern, um ihre Reihen vor einer vom Gegner gestellten Falle zu schützen, oder die Durchführung der Direktive vorübergehend auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Einen solchen Fall gab es in Petrograd im Juni 1917, als eine sorgfältig vorbereitete und auf den 9. Juni angesetzte Demonstration der Arbeiter und Soldaten durch das ZK unserer Partei angesichts der veränderten Situation „plötzlich“ abgesagt wurde.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, geschickt und rechtzeitig die Agitationslosungen in Aktionslosungen oder die Aktionslosungen in bestimmte konkrete Direktiven zu verwandeln oder, wenn dies die Situation erfordert, die nötige Elastizität und Entschlossenheit an den Tag zu legen, um rechtzeitig von der Durchführung dieser oder jener Losungen Abstand zu nehmen, auch wenn sie populär, auch wenn sie akut geworden sind.

II DER STRATEGISCHE PLAN

1. Historische Wendungen. Strategische Pläne

Die Strategie der Partei ist nichts Konstantes, ein für allemal Gegebenes. Sie verändert sich je nach den historischen Wendungen, den historischen Verlagerungen. Diese Veränderungen finden ihren Ausdruck darin, dass für jede einzelne historische Wendung ein besonderer, ihr entsprechender strategischer Plan ausgearbeitet wird, der während der ganzen Periode von der einen Wendung bis zur andern in Kraft bleibt. Im strategischen Plan ist die Richtung des Hauptschlags der revolutionären Kräfte festgelegt und das Schema für die entsprechende Verteilung der Millionenmassen an der sozialen Front enthalten. Natürlich kann ein strategischer Plan, der für eine bestimmte historische Periode mit ihren Besonderheiten tauglich ist, nicht für eine andere historische Periode mit ganz anderen Besonderheiten taugen. Jeder historischen Wendung entspricht ein für sie notwendiger und ihren Aufgaben angepasster strategischer Plan.

Dasselbe lässt sich auch in bezug auf das Kriegswesen feststellen. Der für den Krieg gegen Koltshak ausgearbeitete strategische Plan konnte nicht für den Krieg gegen Denikin taugen, für den ein neuer strategischer Plan nötig war. Dieser Plan aber taugte seinerseits nicht für den Krieg, sagen wir, gegen die Polen im Jahre 1920, denn sowohl die Richtungen der Hauptstöße als auch die Schemata für die Verteilung der wichtigsten Kampfkräfte mussten notwendigerweise in allen diesen drei Fällen verschieden sein.

Rußlands neuere Geschichte kennt drei grundlegende historische Wendungen, die in der Geschichte unserer Partei zu drei verschiedenen strategischen Plänen geführt haben. Wir halten es für notwendig, sie in kurzen Umrissen darzustellen, um zu illustrieren, wie sich die strategischen Pläne der Partei überhaupt, je nach den neuen historischen Verlagerungen, verändern.

2. Die erste historische Wendung und der Kurs auf die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland

Diese Wendung setzte zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts ein, in der Periode des Russisch-Japanischen Krieges, als die Niederlage der Zarenarmeen und die grandiosen politischen Streiks der russischen Arbeiter alle Bevölkerungsklassen aufrüttelten und in die Arena des politischen Kampfes drängten. Diese Wendung kam in den Tagen der Februarrevolution von 1917 zum Abschluss.

In dieser Periode lagen in unserer Partei zwei strategische Pläne gegeneinander im Kampf: der Plan der Menschewiki (Plechanow-Martow 1905) und der Plan der Bolschewiki (Genosse Lenin 1905).

Die menschewistische Strategie plante den Hauptschlag gegen den Zarismus auf der Linie einer Koalition der liberalen Bourgeoisie mit dem Proletariat. Davon ausgehend, dass die Revolution damals als eine bürgerliche Revolution galt, überließ dieser Plan der liberalen Bourgeoisie die Rolle des Hegemons (Führers) der Bewegung und verurteilte das Proletariat zur Rolle der „äußersten linken Opposition“, zur Rolle eines „Antreibers“ der Bourgeoisie, wobei die Bauernschaft als eine der wichtigsten revolutionären Kräfte aus dem Gesichtsfeld ausgeschlossen oder fast ausgeschlossen wurde. Es ist nicht schwer zu verstehen, dass dieser Plan, da er in einem Lande wie Rußland die vielen Millionen Bauern aus dem Spiel ausschloss, hoffnungslos utopisch war; da er aber das Schicksal der Revolution in die Hände der liberalen Bourgeoisie legte (Hegemonie der Bourgeoisie), war er reaktionär, denn die liberale Bourgeoisie war nicht an einem vollständigen Siege der Revolution interessiert und stets bereit, die Bewegung durch einen Kompromiss mit dem Zarismus zu beenden.

Die bolschewistische Strategie (siehe die „Zwei Taktiken“^[55] des Genossen Lenin) plante den Hauptschlag der Revolution gegen den Zarismus auf der Linie einer Koalition des Proletariats mit der Bauernschaft unter Neutralisierung der liberalen Bourgeoisie. Davon ausgehend, dass die liberale Bourgeoisie an einem vollständigen Siege der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht interessiert ist, dass sie dem Siege der Revolution einen Kompromiss mit dem Zarismus auf Kosten der Arbeiter und Bauern vorzieht, wies dieser Plan dem Proletariat, als der einzige konsequent revolutionären Klasse in Rußland, die Rolle des Hegemon der revolutionären Bewegung zu. Dieser Plan ist nicht nur in der Hinsicht bemerkenswert, dass er die Triebkräfte der Revolution richtig in Rechnung stellte, sondern auch weil er im Keime die Idee der Diktatur d Proletariats (Hegemonie des Proletariats) in sich barg, weil er die nächst folgende, höhere Phase der Revolution in Rußland genial voraussah und den Übergang zu ihr erleichterte.

Die darauf folgende Entwicklung der Revolution bis zum Februar 1917 hat die Richtigkeit dieses strategischen Planes voll und ganz bestätigt.

3. Die zweite historische Wendung und der Kurs auf die Diktatur des Proletariats in Rußland

Die zweite Wendung begann mit der Februarrevolution 1917, nach dem Sturz des Zarismus, als der imperialistische Krieg die tödlichen Gebrechen des Kapitalismus in der ganzen Welt bloßgelegt hatte; als die liberale Bourgeoisie, unfähig, die faktische Verwaltung des Landes in ihre Hände zu nehmen, gezwungen war, sich auf die Behauptung der formalen Macht zu beschränken (Provisorische Regierung); als die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die die faktische Macht erhalten hatten, weder Erfahrung besaßen noch gewillt waren, von ihr den notwendigen Gebrauch zu machen; als die Soldaten an der Front und die Arbeiter und Bauern im Hinterland unter der Last des Krieges und der wirtschaftlichen Zerrüttung stöhnten; als das Regime der „Doppelherrschaft“ und der „Kontaktkommission“^[56], von inneren Widersprüchen zerrissen und weder zum Kriege noch zum Frieden fähig, nicht nur keinen „Ausweg aus der Sackgasse“ fand, sondern die Situation nur noch mehr verwirrte. Diese Periode endete mit der Oktoberrevolution 1917.

In dieser Periode lagen innerhalb der Sowjets zwei strategische Pläne gegeneinander im Kampf: der Plan der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und der Plan der Bolschewiki.

Die Strategie der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die in der ersten Zeit zwischen den Sowjets und der Provisorischen Regierung, zwischen Revolution und Konterrevolution hin und her pendelte, gewann endgültig Gestalt zur Zeit der Eröffnung der Demokratischen Beratung (September 1917). Sie war darauf eingestellt, die Sowjets allmählich, aber

beharrlich von der Macht abzudrängen und die ganze Macht im Lande in den Händen eines „Vorparlaments“, des Vorbilds eines künftigen bürgerlichen Parlaments, zu konzentrieren. Die Fragen von Krieg und Frieden, die Agrarfrage, die Arbeiterfrage und die nationale Frage vertagte man bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung, die ihrerseits auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung“ - so formulierten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ihren strategischen Plan. Es war ein Plan zur Vorbereitung der bürgerlichen Diktatur, einer zwar geschniegelten und gebügelten, einer „völlig demokratischen“, aber doch einer bürgerlichen Diktatur.

Die bolschewistische Strategie (siehe die im April 1917 veröffentlichten „Thesen“^[57] des Genossen Lenin) plante den Hauptschlag auf der Linie der Beseitigung der Macht der Bourgeoisie durch die vereinten Kräfte des Proletariats und der armen Bauernschaft, auf der Linie der Organisierung der Diktatur des Proletariats in Gestalt der Sowjetrepublik. Bruch mit dem Imperialismus und Ausscheiden aus dem Kriege; Befreiung der unterjochten Nationalitäten des ehemaligen Russischen Reichs; Expropriation der Gutsbesitzer und der Kapitalisten; Vorbereitung der Bedingungen für die Organisierung einer sozialistischen Wirtschaft - das waren die Elemente des strategischen Planes der Bolschewiki in dieser Periode. „Alle Macht den Sowjets“ - so formulierten damals die Bolschewiki ihren strategischen Plan. Er war nicht nur in der Hinsicht wichtig, dass er die Triebkräfte der neuen, proletarischen Revolution in Rußland richtig in Rechnung stellte, sondern auch in der Hinsicht, dass er die Auslösung der revolutionären Bewegung im Westen erleichterte und beschleunigte.

Die darauf folgende Entwicklung der Ereignisse bis zum Oktoberumsturz hat die Richtigkeit dieses strategischen Planes voll und ganz bestätigt.

4. Die dritte historische „Wendung und der Kurs auf die proletarische Revolution in Europa

Die dritte Wendung begann mit dem Oktoberumsturz, als der auf Leben und Tod geführte Kampf der beiden imperialistischen Gruppen des Westens seinen Höhepunkt erreicht hatte; als im Westen offensichtlich eine revolutionäre Krise heranreifte; als die bankrott gewordene und in Widersprüchen verstrickte bürgerliche Staatsmacht in Rußland unter den Schlägen der proletarischen Revolution zusammengebrochen war; als sich die siegreiche proletarische Revolution durch ihren Bruch mit dem Imperialismus und ihr Ausscheiden aus dem Kriege geschworene Feinde in Gestalt der imperialistischen Koalitionen des Westens zugezogen hatte; als die gesetzgeberischen Akte der neuen Regierung, der Sowjetregierung, über den Frieden, die Konfiskation des gutsherrlichen Bodens, die Expropriation der Kapitalisten und die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten ihr das Vertrauen von Millionen Werktätigen der ganzen Welt eintrugen. Es war eine Wendung im internationalen Maßstab, denn zum erstenmal wurde die internationale Front des Kapitals durchbrochen, zum erstenmal wurde der Sturz des Kapitalismus praktisch auf die Tagesordnung gesetzt. Eben dadurch wurde die Oktoberrevolution aus einer nationalen, einer russischen Kraft zu einer internationalen Kraft, und die russischen Arbeiter wurden aus einem zurückgebliebenen Trupp des internationalen Proletariats zu seiner Vorhut, die durch ihren selbstlosen Kampf die Arbeiter des Westens und die unterdrückten Länder des Ostens weckt. Diese Wendung ist in ihrer Entwicklung noch nicht abgeschlossen, denn sie hat sich noch nicht im internationalen Maßstab entfaltet, aber ihr Inhalt und ihre allgemeine Richtung sind schon hinlänglich klar in Erscheinung getreten.

Zwei strategische Pläne lagen damals in den politischen Kreisen Rußlands gegeneinander im Kampf: der Plan der Konterrevolutionäre, die den aktiven Teil der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in ihre Organisationen hineingezogen hatten, und der Plan der Bolschewiki.

Die Konterrevolutionäre und die aktiven Sozialrevolutionäre und Menschewiki stellten ihren Plan ein auf die Zusammenfassung aller unzufriedenen Elemente zu einem Lager: des alten Offizierkorps im Hinterland und an der Front, der bürgerlich-nationalistischen Regierungen in den Randgebieten, der durch die Revolution enteigneten Kapitalisten und Gutsbesitzer, der Agenten der Entente, die die Intervention vorbereiteten, usw. Sie hielten darauf Kurs, durch Aufstände oder durch eine ausländische Intervention die Sowjetregierung zu stürzen und das kapitalistische Regime in Rußland wieder aufzurichten.

Die Bolschewiki stellten im Gegenteil ihren Plan ein auf die innere Festigung der Diktatur des Proletariats in Rußland und auf die Ausdehnung des Wirkungsbereichs der proletarischen Revolution auf alle Länder der Welt durch Vereinigung der Anstrengungen der Proletarier Rußlands mit den Anstrengungen der Proletarier Europas und der unterdrückten Länder des Ostens gegen den Weltimperialismus. Eine überaus bemerkenswerte präzise und knappe Formulierung dieses strategischen Planes hat Genosse Lenin in seiner Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ gegeben: „ein Höchstmaß dessen durchzuführen, was in einem“ (dem eigenen. - J. St.) „Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution in allen Ländern durchführbar ist“. Der Wert dieses strategischen Planes besteht nicht nur darin, dass er die Triebkräfte der Weltrevolution richtig in Rechnung stellte, sondern auch darin, dass er den erst später zutage getretenen Prozess voraussah und erleichterte, durch den Sowjetrußland zum Mittelpunkt der Aufmerksamkeit für die revolutionäre Bewegung der ganzen Welt wurde, zum Befreiungsbanner der Arbeiter des Westens und der Kolonien des Ostens.

Die darauf folgende Entwicklung der Revolution in der ganzen Welt sowie die fünf Jahre Sowjetmacht in Rußland haben die Richtigkeit dieses strategischen Planes voll und ganz bestätigt. Tatsachen wie die, dass die Konterrevolutionäre und die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die einige Male versucht haben, die Sowjetmacht zu stürzen, sich jetzt in der Emigration befinden, während die Sowjetmacht und die internationale proletarische Organisation zur wichtigsten Waffe für die Politik des Weltproletariats werden - diese Tatsachen sprechen anschaulich zugunsten des strategischen Planes der Bolschewiki.

*„Prawda“ Nr. 56,
14. März 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

DIE NATIONALEN MOMENTE IM PARTEI- UND STAATSAUFBAU

Thesen zum XII. Parteitag der KPR(B),
gebilligt vom ZK der Partei^[58]

I

1. Die Entwicklung des Kapitalismus zeigte bereits im vorigen Jahrhundert die Tendenz, die Produktions- und Austauschweise zu internationalisieren, die nationale Abkapselung aufzuheben, die Völker einander wirtschaftlich näher zubringen und gewaltige Territorien allmählich zu einem zusammenhängenden Ganzen zu vereinigen. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus, die Entwicklung des Weltmarkts, der Ausbau der großen Seewege und Eisenbahnlinien, die Kapitalausfuhr und anderes verstärkten diese Tendenz noch mehr, indem sie die verschiedenartigsten Völker miteinander verknüpften durch die Bande internationaler Arbeitsteilung und allseitiger Abhängigkeit voneinander. Soweit dieser Prozess die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte widerspiegelte, soweit er die Aufhebung der nationalen Isolierung und der Interessengegensätze der verschiedenen Völker erleichterte, war und bleibt er ein progressiver Prozess, denn er bereitet die materiellen Voraussetzungen für die zukünftige sozialistische Weltwirtschaft vor.

2. Aber diese Tendenz entwickelte sich in eigenartigen Formen, die ihrem inneren historischen Sinn absolut nicht entsprechen. Die Abhängigkeit der Völker voneinander und die wirtschaftliche Vereinigung der Gebiete setzten sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung nicht in Form einer Zusammenarbeit der Völker als gleichberechtigter Einheiten durch, sondern in Form der Unterwerfung der einen Völker durch die anderen, in Form der Unterdrückung und Ausbeutung der weniger entwickelten durch die stärker entwickelten Völker. Koloniale Raubzüge und Annexionen, nationale Unterdrückung und Ungleichheit, imperialistische Willkür und Gewaltherrschaft, Kolonialsklaverei und nationale Entrechtung, endlich der Kampf der „zivilisierten“ Nationen gegeneinander um die Herrschaft über die „unzivilisierten“ Völker - das sind die Formen, in deren Rahmen sich der Prozess wirtschaftlicher Annäherung der Völker vollzog. Deshalb erstarkte, gleichzeitig mit der Tendenz zur Vereinigung, die Tendenz, die gewaltsamen Formen dieser Vereinigung zu vernichten, der Kampf um die Befreiung der unterdrückten Kolonien und der abhängigen Nationalitäten vom imperialistischen Joch. Soweit diese zweite Tendenz die Empörung der unterdrückten Massen gegen die imperialistischen Formen der Vereinigung bedeutete, soweit sie die Vereinigung der Völker auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des freiwilligen Bündnisses verlangte, war und bleibt sie eine progressive Tendenz, denn sie bereitet die geistigen Voraussetzungen für die zukünftige sozialistische Weltwirtschaft vor.

3. Der Kampf zwischen diesen beiden Grundtendenzen, die sich in Formen äußern, wie sie dem Kapitalismus eigen sind, füllt die Geschichte der bürgerlichen Nationalitätenstaaten des letzten halben Jahrhunderts aus. Der unversöhnliche Widerspruch, der im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung zwischen diesen Tendenzen besteht, bedingte die innere Unzulänglichkeit und die organische Labilität der bürgerlichen Kolonialstaaten. Unvermeidliche Konflikte innerhalb dieser Staaten und unvermeidliche Kriege zwischen diesen Staaten; Zerfall der alten Kolonialstaaten und Bildung neuer; erneute Jagd nach Kolonien und erneuter Zerfall von Nationalitätenstaaten, der zu erneuter Ummodellung der politischen Karte der Welt führt - das sind die Resultate dieses grundlegenden Widerspruchs. Der Zerfall des alten Rußlands, Österreich-Ungarns und der Türkei einerseits, die Geschichte solcher Kolonialstaaten wie Großbritanniens und des alten Deutschlands andererseits, schließlich der „große“ imperialistische Krieg und das Anwachsen der revolutionären

Bewegung der kolonialen und der nicht vollberechtigten Völker - alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen anschaulich von der Labilität und Unbeständigkeit der bürgerlichen Nationalitätenstaaten.

Somit bedingt der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem Prozess der wirtschaftlichen Vereinigung der Völker und den imperialistischen Methoden dieser Vereinigung die Hilflosigkeit, Ohnmacht, Unfähigkeit der Bourgeoisie, den richtigen Weg zur Lösung der nationalen Frage zu finden.

4. Unsere Partei trug diesen Umständen Rechnung, als sie das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, das Recht der Völker auf selbständige staatliche Existenz zur Grundlage ihrer Politik in der nationalen Frage machte. Schon in den ersten Tagen ihres Bestehens, auf ihrem ersten Parteitag (im Jahre 1898), als sich die Widersprüche des Kapitalismus in der nationalen Frage noch nicht mit erschöpfender Klarheit herausgebildet hatten, erkannte die Partei dieses unveräußerliche Recht der Nationalitäten an. In der Folge bekräftigte sie immer wieder ihr nationales Programm in besonderen Entschlüssen und Resolutionen ihrer Parteitage und Konferenzen bis zum Oktoberumsturz. Der imperialistische Krieg und die mit ihm zusammenhängende machtvolle revolutionäre Bewegung in den Kolonien lieferten lediglich eine neue Bestätigung für die Richtigkeit der Beschlüsse der Partei in der nationalen Frage. Der Sinn dieser Beschlüsse besteht

- a) in der entschiedenen Ablehnung aller und jedweder Formen des Zwanges gegenüber den Nationalitäten;
- b) in der Anerkennung der Gleichheit und Souveränität der Völker bei der Gestaltung ihres Schicksals;
- c) in der Anerkennung des Grundsatzes, dass eine dauerhafte Vereinigung der Völker nur auf der Grundlage der Zusammenarbeit und Freiwilligkeit durchgeführt werden kann;
- d) in der Verkündung der Wahrheit, dass eine solche Vereinigung nur verwirklicht werden kann, wenn die Macht des Kapitals gestürzt ist.

Unsere Partei wurde nicht müde, in ihrer Arbeit dieses nationale Befreiungsprogramm sowohl der offenen Unterjochungspolitik des Zarismus als auch der kompromißlerischen, halbimperialistischen Politik der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre entgegenzustellen. Riss die Russifizierungspolitik des Zarismus einen Abgrund zwischen dem Zarismus und den Nationalitäten des alten Rußlands auf und führte die halbimperialistische Politik der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zur Abkehr der besten Elemente dieser Nationalitäten von der Politik Kerenskis, so eroberte die Befreiungspolitik unserer Partei ihr die Sympathie und Unterstützung breiter Massen dieser Nationalitäten in ihrem Kampf gegen den Zarismus und die imperialistische russische Bourgeoisie. Es ist kaum ein Zweifel darüber möglich, dass diese Sympathie und diese Unterstützung eines der entscheidenden Momente bildeten, die den Sieg unserer Partei in den Oktobertagen bedingt haben.

5. Die Oktoberrevolution hat die praktischen Schlussfolgerungen aus den Beschlüssen unserer Partei zur nationalen Frage gezogen. Dadurch, dass die Oktoberrevolution die Herrschaft der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, dieser Hauptträger der nationalen Unterdrückung, stürzte und das Proletariat an die Macht brachte, sprengte sie mit einem Schlage die Ketten der nationalen Unterjochung, wälzte die alten Beziehungen zwischen den Völkern um, grub der alten nationalen Feindschaft das Wasser ab, ebnete den Boden für die Zusammenarbeit der Völker und eroberte dem russischen Proletariat das Vertrauen seiner Brüder aus den anderen Nationen nicht allein in Rußland, sondern auch in Europa und Asien. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, dass das russische Proletariat ohne dieses Vertrauen nicht imstande gewesen wäre, Koltschak und Denikin, Judenitsch und Wrangel zu besiegen. Andererseits ist es unzweifelhaft, dass die unterdrückten Nationalitäten ohne die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats im Zentrum Rußlands ihre Befreiung nicht hätten erlangen können. Nationale Feindschaft und nationale Konflikte sind unvermeidlich, unabwendbar, solange das Kapital an der Macht ist, solange das Kleinbürgertum und vor allem die Bauernschaft der ehemaligen

„Herrscher“nation, von nationalistischen Vorurteilen erfüllt, mit den Kapitalisten gehen; und umgekehrt können nationale Eintracht und nationale Freiheit als gesichert gelten, wenn die Bauernschaft und die anderen klein-bürgerlichen Schichten mit dem Proletariat gehen, das heißt, wenn die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Deshalb stellen der Sieg der Sowjets und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats die Basis, das Fundament dar, auf dem die brüderliche Zusammenarbeit der Völker in einem einheitlichen Staatsverband hergestellt werden kann.

6. Aber die Ergebnisse der Oktoberrevolution erschöpfen sich nicht in der Beseitigung der nationalen Unterdrückung, in der Schaffung einer Basis für die Vereinigung der Völker. Die Oktoberrevolution hat im Laufe ihrer Entwicklung auch die Formen dieser Vereinigung herausgearbeitet und die Grundlinien umrissen, nach denen sich die Vereinigung der Völker zu einem Bundesstaat vollziehen muss. In der ersten Periode der Revolution, als sich die arbeitenden Massen der verschiedenen Nationalitäten zum erstenmal als selbständige nationale Größen zu fühlen begannen, während die ausländische Intervention noch nicht eine reale Gefahr war, gewann die Zusammenarbeit der Völker noch keine klar umrissene, streng ausgebildete Form. In der Periode des Bürgerkriegs und der Intervention, als die Interessen der militärischen Selbstverteidigung der nationalen Republiken in den Vordergrund traten, während die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus noch nicht auf der Tagesordnung standen, nahm die Zusammenarbeit die Form eines militärischen Bündnisses an. In der Nachkriegsperiode schließlich, als die Fragen der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte in den Vordergrund rückten, wurde das militärische Bündnis durch ein wirtschaftliches Bündnis ergänzt. Die Vereinigung der nationalen Republiken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die abschließende Etappe in der Entwicklung der Formen der Zusammenarbeit, eine Etappe, die diesmal den Charakter einer militärischen und wirtschaftlichen sowie politischen Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen sowjetischen Nationalitätenstaat angenommen hat.

So hat das Proletariat in der Sowjetordnung den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage gefunden, hat es in ihr den Weg zur Organisierung eines stabilen Nationalitätenstaates auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung und der Freiwilligkeit gefunden.

7. Den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage finden bedeutet aber noch nicht, sie vollständig und endgültig lösen, diese Lösung in der konkreten Praxis erschöpfend realisieren. Um das von der Oktoberrevolution aufgestellte nationale Programm richtig in die Tat umsetzen zu können, muss man noch die Hindernisse überwinden, die uns von der hinter uns liegenden Periode der nationalen Unterdrückung als Erbe hinterblieben sind und die nicht in kurzer Frist, nicht mit einem Schlag überwunden werden können.

Dieses Erbe besteht erstens in den Überresten des Großmachtchauvinismus, der eine Widerspiegelung der ehemals privilegierten Stellung der Großrussen ist. Mit diesen Überresten ist noch das Bewusstsein unserer Sowjetfunktionäre, der zentralen wie der lokalen, behaftet; sie nisten in unseren staatlichen Institutionen, den zentralen wie den lokalen; sie erhalten Verstärkung in Form der „neuen“ großrussisch-chauvinistische Smena-Wech-Strömungen^[59], die im Zusammenhang mit der NÖP immer mehr erstarken. Praktisch finden sie ihren Ausdruck in der hochnäsigen, geringschätzigen und seelenlos-bürokratischen Einstellung russisch sowjetischer Beamtentypen gegenüber den Nöten und Bedürfnissen der nationalen Republiken. Der sowjetische Nationalitätenstaat kann nur dann als wahrhaft gefestigt und die Zusammenarbeit der Völker in seinem Rahmen nur dann als wahrhaft brüderlich gelten, wenn diese Überreste in der Praxis unserer staatlichen Institutionen entschlossen und unwiderruflich ausgeremert sind. Deshalb ist die entschlossene Bekämpfung der Überreste des großrussischen Chauvinismus die erste Tagesaufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht zweitens in der faktischen, das heißt wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheit der Nationalitäten in der Union der Republiken. Die nationale Rechtsgleichheit,

die durch die Oktoberrevolution erkämpft wurde, ist eine gewaltige Errungenschaft der Völker, sie löst aber an und für sich noch nicht die gesamte nationale Frage. Eine Reihe von Republiken und Völkern, die den Kapitalismus nicht oder fast nicht durchgemacht haben, die gar kein oder fast kein eigenes Proletariat haben, die infolgedessen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zurückgeblieben sind, sind nicht imstande, die ihnen durch die nationale Gleichberechtigung gebotenen Rechte und Möglichkeiten vollständig auszunutzen, sind ohne wirkliche und andauernde Hilfe von außen nicht imstande, auf eine höhere Entwicklungsstufe zu gelangen und dadurch die vorangeschrittenen Nationalitäten einzuholen. Die Ursachen dieser faktischen Ungleichheit liegen nicht nur in der Geschichte dieser Völker, sondern auch in der Politik des Zarismus und der russischen Bourgeoisie, die bestrebt waren, die Randgebiete ausschließlich in von den industriell entwickelten Zentralgebieten ausgebeutete Rohstoffgebiete zu verwandeln. Es ist unmöglich, diese Ungleichheit in kurzer Frist zu überwinden, dieses Erbe in ein, zwei Jahren zu liquidieren. Der X. Parteitag unserer Partei hat bereits festgestellt, dass „die Ausmerzung der faktischen nationalen Ungleichheit ein langwährender Prozess ist, der einen hartnäckigen und beharrlichen Kampf gegen alle Überreste der nationalen Unterdrückung und der kolonialen Sklaverei erfordert“^[60]. Überwinden muss man sie aber unbedingt. Und überwinden kann man sie nur, wenn das russische Proletariat den rückständigen Völkern der Union wirklich und dauernd hilft, damit sie wirtschaftlich und kulturell gedeihen können. Andernfalls besteht kein Grund, auf Herstellung einer richtigen und festen Zusammenarbeit der Völker im Rahmen eines einheitlichen Bundesstaates zu rechnen. Deshalb ist der Kampf für die Liquidierung der faktischen Ungleichheit der Nationalitäten, der Kampf für die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus der rückständigen Völker die zweite Tagesaufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht schließlich in den Überresten des Nationalismus bei einer ganzen Reihe von Völkern, auf denen das schwere Joch der nationalen Unterdrückung gelastet hat und die noch nicht vermocht haben, sich von Erinnerungen an die alten nationalen Kränkungen frei zu machen. Praktisch kommen diese Überreste zum Ausdruck in einer gewissen nationalen Entfremdung, in der Tatsache, dass den ehemals unterdrückten Völkern das volle Vertrauen zu den von Russen ausgehenden Maßnahmen fehlt. Dieser defensive Nationalismus verwandelt sich jedoch in einigen Republiken, die aus mehreren Nationalitäten bestehen, mitunter in einen offensiven Nationalismus, in einen ausgeprägten Chauvinismus der stärkeren Nationalität gegenüber den schwachen Nationalitäten dieser Republiken. Der georgische Chauvinismus (in Georgien), der sich gegen die Armenier, Osseten, Adsharen und Abchasen richtet; der aserbaidshanische Chauvinismus (in Aserbaidshan), der sich gegen die Armenier richtet; der usbekische Chauvinismus (in Buchara und Choresm), der sich gegen die Turkmenen und Kirgisen richtet - alle diese Arten des Chauvinismus, überdies noch durch die Verhältnisse der NÖP und der Konkurrenz gefördert, sind das größte Übel, das einige nationale Republiken in einen Schauplatz des Haders und der Intrigen zu verwandeln droht. Es erübrigt sich zu sagen, dass alle diese Erscheinungen die tatsächliche Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen Staatsverband hemmen. So weit die Überreste des Nationalismus eine eigentümliche Form der Verteidigung gegen den großrussischen Chauvinismus sind, ist der entschlossene Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus das sicherste Mittel zur Überwindung der nationalistischen Überreste. Soweit sich diese Überreste jedoch in einen lokalen, gegen die schwachen nationalen Gruppen der einzelnen Republiken gerichteten Chauvinismus verwandeln, ist es Pflicht der Parteimitglieder, sie direkt zu bekämpfen. Deshalb ist der Kampf gegen die nationalistischen Überreste und vor allem gegen die chauvinistischen Formen dieser Überreste die dritte Tagesaufgabe unserer Partei.

8. Als ein krasses Beispiel für das Erbe der Vergangenheit muss die Tatsache gelten, dass ein erheblicher Teil von Sowjetbürokraten im Zentrum und draußen im Lande die Union der Republiken nicht als eine Bund gleichberechtigter staatlicher Einheiten ansieht, der berufen ist, die freie Entwicklung der nationalen Republiken zu sichern, sondern als eine Schritt zur

Liquidierung dieser Republiken, als den Auftakt zur Bildung des so genannten „Einheitlichen-Unteilbaren“. Der Parteitag verurteilt eine solche Auffassung als antiproletarisch und reaktionär und fordert die Parteimitglieder auf, scharf darauf zu achten, dass die Vereinigung der Republiken und die Verschmelzung der Kommissariate nicht von chauvinistisch gesinnten Sowjetbürokraten als Deckmantel für ihre Versuche ausgenutzt werden, die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der nationalen Republiken zu ignorieren. Die Verschmelzung der Kommissariate ist ein Examen für den Sowjetapparat: sollte dieser Versuch in der Praxis auf eine Großmacht tendenz hinauslaufen, so würde die Partei gezwungen sein, gegen eine solche Entstellung die entschlossensten Maßnahmen zu ergreifen, ja, sie müsste sogar die Frage aufwerfen, ob die beschlossene Verschmelzung einiger Kommissariate nicht wieder rückgängig gemacht werden soll, bis der Sowjetapparat gehörig im Geiste einer wirklich proletarischen und wirklich brüderlichen Rücksichtnahme auf die Nöte und Bedürfnisse der kleinen und rückständigen Nationalitäten umerzogen worden ist.

9. Da die Union der Republiken eine neue Form des Zusammenlebens der Völker, eine neue Form ihrer Zusammenarbeit in einem einheitlichen Bundesstaat ist, in dessen Rahmen die oben geschilderten Überreste im Prozess der gemeinsamen Arbeit der Völker überwunden werden müssen, sind die obersten Organe der Union so aufzubauen, dass sie nicht nur den gemeinsamen Nöten und Bedürfnissen aller Nationalitäten der Union, sondern auch den speziellen Nöten und Bedürfnissen der einzelnen Nationalitäten voll gerecht werden. Deshalb muss neben den bestehenden zentralen Organen der Union, in denen die werktätigen Massen der gesamten Union, unabhängig von ihrer Nationalität, vertreten sind, ein besonderes Organ geschaffen werden, in dem die einzelnen Nationalitäten auf der Grundlage der Gleichheit vertreten sind. Eine solche Struktur der zentralen Organe der Union gäbe die volle Möglichkeit, den Nöten und Bedürfnissen der Völker aufmerksam Gehör zu schenken, ihnen rechtzeitig die notwendige Hilfe angedeihen zu lassen, eine Atmosphäre vollen gegenseitigen Vertrauens zu schaffen und damit das oben erwähnte Erbe auf dem schmerzlosesten Wege zu beseitigen.

10. Ausgehend von dem oben Gesagten, empfiehlt der Parteitag den Parteimitgliedern, die folgenden praktischen Maßnahmen zu erwirken:

- a) Im System der höchsten Organe der Union wird ein spezielles Organ geschaffen, in dem ausnahmslos alle nationalen Republiken und nationalen Gebiete nach dem Grundsatz der Gleichheit vertreten sind;
- b) die Kommissariate der Union werden nach Grundsätzen aufgebaut, die die Befriedigung der Nöte und Bedürfnisse der Völker der Union gewährleisten;
- c) die Organe der nationalen Republiken und Gebiete werden vorwiegend aus Einheimischen gebildet, denen die Sprache, die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche der betreffenden Völker vertraut sind.

II

1. Unsere Parteiorganisationen entwickeln sich in den meisten nationalen Republiken unter Bedingungen, die für ihr Wachstum und ihre Festigung nicht sehr günstig sind. Die ökonomische Rückständigkeit der Republiken, die zahlenmäßige Schwäche des nationalen Proletariats, die Tatsache, dass Kader alter Parteiarbeiter aus der Mitte der einheimischen Bevölkerung in ungenügender Stärke oder überhaupt nicht vorhanden sind, das Fehlen einer nennenswerten marxistischen Literatur in den Muttersprachen, die schwache Erziehungsarbeit der Partei, schließlich die Überreste radikal-nationalistischer Traditionen, die sich noch immer nicht verflüchtigt haben, haben unter den einheimischen Kommunisten eine bestimmte Abweichung in der Richtung zur Überschätzung der nationalen Besonderheiten, in der Richtung zur Unterschätzung der Klasseninteressen des Proletariats, eine Abweichung zum Nationalismus hervorgebracht. Diese Erscheinung wird besonders gefährlich in den

Republiken mit mehreren Nationalitäten; hier nimmt sie unter den Kommunisten der stärkeren Nationalität zuweilen die Form einer Abweichung zum Chauvinismus an, deren Spitze sich gegen die Kommunisten der schwachen Nationalitäten richtet (Georgien, Aserbaidshan, Buchara, Choresm). Die Abweichung zum Nationalismus ist darum schädlich, weil sie den Prozess der Befreiung des nationalen Proletariats vom ideologischen Einfluss der nationalen Bourgeoisie hemmt und dadurch den Zusammenschluss der Proletarier der verschiedenen Nationalitäten zu einer einheitlichen internationalistischen Organisation erschwert.

2. Andererseits hat die Tatsache, dass es sowohl in den zentralen Institutionen der Partei als auch in den Organisationen der kommunistischen Parteien der nationalen Republiken einen zahlenmäßig starken Stamm alter Parteiarbeiter russischer Herkunft gibt, die mit den Sitten und Gebräuchen sowie mit der Sprache der arbeitenden Massen dieser Republiken nicht vertraut sind und deshalb nicht immer das nötige Verständnis für deren Bedürfnisse haben, in unserer Partei eine Abweichung zur Unterschätzung der nationalen Eigentümlichkeiten und der nationalen Sprache in der Parteiarbeit, eine hochmütige Geringschätzung dieser Eigentümlichkeiten, eine Abweichung zum großrussischen Chauvinismus hervorgebracht. Diese Abweichung ist nicht nur deshalb schädlich, weil sie die Herausbildung kommunistischer Kader aus der einheimischen Bevölkerung, die der nationalen Sprache mächtig sind, hemmt und dadurch die Gefahr einer Isolierung der Partei von den proletarischen Massen der nationalen Republiken heraufbeschwört, sondern vor allem auch deshalb, weil sie die oben geschilderte Abweichung zum Nationalismus nährt und fördert sowie ihre Bekämpfung erschwert.

3. Der Parteitag verurteilt diese beiden Abweichungen als für die Sache des Kommunismus schädlich und gefährlich, lenkt die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf die besondere Schädlichkeit und besondere Gefährlichkeit der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus und fordert die Partei auf, diese Überreste der Vergangenheit in unserem Parteaufbau aufs schnellste zu überwinden.

Der Parteitag beauftragt das ZK, folgende praktische Maßnahmen durchzuführen:

- a) Bildung marxistischer Zirkel höheren Typus aus einheimischen Parteiarbeitern der nationalen Republiken;
- b) Schaffung einer auf den Prinzipien des Marxismus fußenden Literatur in den Muttersprachen;
- c) Verstärkung der Universität der Völker des Ostens und ihrer lokalen Sektionen;
- d) Schaffung von Instrukteurgruppen aus einheimischen Parteiarbeitern bei den Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien;
- e) Entwicklung einer für die Massen bestimmten Parteiliteratur in den Muttersprachen;
- f) Verstärkung der Erziehungsarbeit der Partei in den einzelnen Republiken;
- g) Verstärkung der Arbeit unter der Jugend in den einzelnen Republiken.

*„Prawda“ Nr. 65,
24. März 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

DER XII. PARTEITAG DER KPR(B)^[61]

17.-25. April 1923

*Der zwölfte Parteitag der
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki).
Stenographischer Bericht.
Moskau 1923.*

1. ORGANISATORISCHER BERICHT DES ZENTRAKKOMITEES DER KPR(B)

17. April

Genossen! Ich denke, der in den „Iswestija ZK“^[62] veröffentlichte Bericht des ZK ist, was die Einzelheiten betrifft, durchaus hinreichend, und es lohnt sich nicht, ihn hier im organisatorischen Bericht des ZK zu wiederholen.

Ich denke, der organisatorische Bericht des ZK muss aus drei Teilen bestehen.

Der erste Teil muss die organisatorischen Verbindungen der Partei mit der Arbeiterklasse behandeln - jene Verbindungen und jene die Massen erfassenden Apparate, die die Partei umgeben und mit deren Hilfe die Partei die Führung der Arbeiterklasse ausübt, während die Arbeiterklasse zur Armee der Partei wird.

Der zweite Teil des Berichts muss meiner Meinung nach jene organisatorischen Verbindungen und jene die Massen erfassenden Apparate behandeln, mit deren Hilfe sich die Arbeiterklasse mit der Bauernschaft verbindet. Das ist der Staatsapparat. Mit Hilfe des Staatsapparats übt die Arbeiterklasse, geführt von der Partei, die Führung der Bauernschaft aus.

Der dritte und letzte Teil muss die Partei selbst betreffen als Organismus, der sein besonderes Leben führt, und als Apparat, der Losungen ausgibt und ihre Durchführung kontrolliert.

Ich gehe zum ersten Teil des Berichts über. Ich spreche von der Partei als Vorhut und von der Arbeiterklasse als Armee unserer Partei. Diese Analogie könnte den Schein erwecken, als ob die Beziehungen hier dieselben sind wie auf militärischem Gebiet, das heißt, die Partei erteilt Befehle, die Losungen werden telegrafisch übermittelt, und die Armee, das heißt die Arbeiterklasse, setzt diese Befehle in die Tat um. Eine solche Vorstellung ist von Grund aus falsch. Auf politischem Gebiet liegen die Dinge viel komplizierter. Die Sache ist die, dass auf militärischem Gebiet das Kommandeurkorps selbst die Armee schafft, sie selbst formiert. Hier aber, auf politischem Gebiet, schafft die Partei ihre Armee nicht, sondern findet sie vor - es ist die Arbeiterklasse. Der zweite Unterschied besteht darin, dass auf militärischem Gebiet das Kommandeurkorps die Armee nicht nur schafft, sondern auch für ihre Verpflegung, ihre Bekleidung und ihr Schuhwerk sorgt. Auf politischem Gebiet kennen wir derartige Erscheinungen nicht. Die Partei sorgt nicht für die Verpflegung, das Schuhwerk und die Bekleidung ihrer Armee, der Arbeiterklasse. Eben darum liegen die Dinge in der Politik viel komplizierter. Eben darum hängt in der Politik nicht die Klasse von der Partei ab, sondern umgekehrt. Eben aus diesem Grunde muss die Partei auf politischem Gebiet, um als Vorhut der Klasse, das heißt als Partei, die Führung zu verwirklichen, sich mit einem breiten Netz parteiloser die Massen erfassender Apparate umgeben, die Fühler in den Händen der Partei sind, mit deren Hilfe sie ihren Willen auf die Arbeiterklasse überträgt und mit deren Hilfe die Arbeiterklasse aus einer zersplitterten Masse zur Armee der Partei wird.

Ich will nun untersuchen, wie diese Apparate, diese Transmissionsriemen, die die Partei mit der Klasse verbinden, beschaffen sind, welcher Art diese Apparate sind, und was die Partei in einem Jahr zu tun vermocht hat, um diese Apparate zu festigen.

Der erste, der wichtigste Transmissionsriemen, der erste, wichtigste Übertragungsapparat, mit dessen Hilfe sich die Partei mit der Arbeiterklasse verbindet, sind die Gewerkschaften. Betrachtet man die Zahlen, die davon zeugen, wie dieser wichtigste Transmissionsriemen, der von der Partei zur Klasse führt, gefestigt worden ist, so hat die Partei während dieses Tätigkeitsjahres ihren Einfluss in den leitenden Organen der Gewerkschaften verstärkt und gefestigt. Ich will nicht von dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften sprechen. Seine Zusammensetzung ist allbekannt. Ich will auch nicht von den Zentralkomitees der Gewerkschaften sprechen. Ich habe hauptsächlich die Gouvernementsräte der Gewerkschaften im Auge. Im vorigen Jahr, zur Zeit unseres XI. Parteitags, betrug die Zahl der Vorsitzenden

der Gouvernementsräte der Gewerkschaften, die schon vor der Oktoberrevolution der Partei angehörten, 27 Prozent, während sie in diesem Jahr mehr als 57 Prozent beträgt. Der Erfolg ist nicht sehr groß, aber immerhin ist es ein Erfolg. Er zeugt davon, dass die führenden Elemente unserer Partei, die schon vor dem Oktober der Partei angehörten, in den Gewerkschaften die Hauptfäden in ihrer Hand haben und durch sie die Partei mit der Arbeiterklasse verbinden.

Ich will nicht auf die Zusammensetzung der Arbeitergewerkschaften im ganzen eingehen. Die Zahlen besagen, dass es zur Zeit des vorigen Parteitags etwa 6 Millionen Gewerkschaftsmitglieder gab. In diesem Jahr, zur Zeit dieses Parteitags, sind es 4800000. Man könnte glauben, ein Schritt zurück, aber das scheint nur so. Im vorigen Jahr - es sei mir erlaubt, hier kein Blatt vor den Mund zu nehmen! - legten die Gewerkschaften aufgebauschte Zahlen vor. Die angegebenen Zahlen widerspiegelten nicht genau die Wirklichkeit. Die Zahlen, die wir vor diesem Parteitag bekommen haben, sind zwar kleiner als die vom vorigen Jahr, dafür aber sind sie realer und wirklichkeitsnäher. Darin erblicke ich einen Schritt vorwärts, auch wenn die Mitgliederzahl der Gewerkschaften kleiner geworden ist. Also einerseits Verwandlung der Gewerkschaften aus aufgebauschten und halbbürokratischen Verbänden in wirklich lebendige Verbände, die am gesamten Leben ihrer leitenden Organe teilnehmen, und andererseits Erhöhung des Prozentsatzes der führenden Elemente der Partei in den Gouvernementsorganen der Gewerkschaften von 27 Prozent auf 57 Prozent - das ist der Erfolg, den wir in diesem Jahr in den Bemühungen unserer Partei um die Festigung der Gewerkschaften zu verzeichnen haben.

Man darf aber nicht sagen, dass auf diesem Gebiet alles zum besten bestellt sei. Die unteren Zellen der Gewerkschaften - die Betriebskomitees - sind noch nicht überall in unseren Händen. So findet man in den 146 Betriebskomitees, die im Gouvernement Charkow bestehen, 70, in denen es keinen einzigen Kommunisten gibt. Das sind jedoch Einzelercheinungen. Im großen und ganzen muss man zugeben, dass sich die Gewerkschaften, was die Festigung des Einflusses der Partei sowohl in den Gouvernementsorganen als auch in den untersten Zellen betrifft, unbedingt entwickelt haben. Diese Front lässt sich als für die Partei gesichert betrachten. Auf dem Gebiet der Gewerkschaften haben wir keine starken Gegner.

Der zweite Transmissionsriemen, der zweite die Massen erfassende Übertragungsapparat, mit dessen Hilfe sich die Partei mit der Klasse verbindet, sind die Genossenschaften. Ich habe vor allem die Konsumgenossenschaften im Auge, ihren Arbeitersektor, dann die landwirtschaftlichen Genossenschaften, insofern sie die Dorfarmut erfassen. Zur Zeit des XI. Parteitags hatten die Arbeitersektionen des Zentrosojus etwa 3 Millionen Mitglieder. In diesem Jahr, zur Zeit dieses Parteitags, ist ein gewisser Zuwachs zu verzeichnen: 3300000. Das ist sehr wenig. Aber unter unseren Verhältnissen, unter den Verhältnissen der NDP, ist das immerhin ein Schritt vorwärts. Rechnet man auf jede Arbeiterfamilie 3 Esser, so ergibt sich, dass die Genossenschaften etwa 9 Millionen Menschen aus der Arbeiterbevölkerung erfassen, die als Konsumenten in den Konsumgenossenschaften vereinigt sind, wo der Einfluss der Partei von Tag zu Tag wächst...

Zur Zeit des vorigen Parteitags hatten wir keine Angaben darüber, wie stark die Kräfte der Partei in den Konsumgenossenschaften waren, vielleicht 2, 3 oder 5 Prozent, nicht mehr. Zur Zeit dieses Parteitags haben wir in den Gouvernementsorganen des Zentrosojus schon nicht weniger als 50 Prozent Kommunisten. Das ist wiederum ein Schritt vorwärts.

Etwas schlechter ist es um die landwirtschaftlichen Genossenschaften bestellt. Sie wachsen wohl, das steht außer Zweifel. Im vorigen Jahr, zur Zeit des Parteitags, vereinigten die landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht weniger als 1700000 Bauernwirtschaften. In diesem Jahr, zur Zeit dieses Parteitags, vereinigen sie nicht weniger als 4000000 Bauernwirtschaften. Darunter gibt es einen bestimmten Teil armer Bauern, der zum Proletariat hinneigt. Eben darum ist es interessant, festzustellen, wie der Einfluss der Partei in den landwirtschaftlichen Genossenschaften gewachsen ist. Über Zahlen für das vorige Jahr

verfügen wir nicht. In diesem Jahr soll es (wenngleich mir diese Zahlen zweifelhaft erscheinen) in den Gouvernementsorganen der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht weniger als 50 Prozent Kommunisten geben. Wenn das stimmt, so ist es ein kolossaler Schritt vorwärts. Schlechter bestellt ist es in den unteren Zellen, wo wir immer noch nicht imstande sind, die lokalen Genossenschaftsorganisationen dem Einfluss uns feindlich gesinnter Kräfte zu entreißen.

Der dritte Transmissionsriemen, der die Klasse mit der Partei verbindet, ist der Jugendverband. Es bedarf wohl kaum eines Beweises, welche kolossale Bedeutung der Jugendverband und die Jugend überhaupt für die Entwicklung unserer Partei haben. Die Zahlen, über die wir verfügen, besagen, dass wir im vorigen Jahr, zur Zeit des XI. Parteitags, nicht weniger als 400000 Mitglieder des Jugendverbands hatten. Dann, Mitte 1922, als der Abbau der aufgeblähten Apparate einsetzte, als die Bestimmung über die Sicherung des Arbeitsplatzes für Jugendliche noch ungenügend durchgeführt wurde, als der Jugendverband noch nicht imstande war, sich den neuen Verhältnissen anzupassen, sank seine Mitgliederzahl auf 200000. Jetzt, besonders seit Herbst vorigen Jahres, haben wir ein kolossales Wachstum des Jugendverbands zu verzeichnen. Der Verband zählt nicht weniger als 400000 Mitglieder. Das Erfreulichste dabei ist, dass der Zuwachs des Jugendverbands in erster Linie aus der Arbeiterjugend kommt. Der Jugendverband wächst vor allem in den Gebieten, wo unsere Industrie im Aufstieg begriffen ist.

Sie wissen, dass das Haupttätigkeitsfeld des Jugendverbands unter den Arbeitern die Betriebsschulen sind. Die diesbezüglichen Zahlen besagen, dass wir im vorigen Jahr, zur Zeit des XI. Parteitags, etwa 500 Betriebsschulen mit 44000 Mitgliedern hatten. Im Januar dieses Jahres haben wir über 700 Schulen mit 50000 Mitgliedern. Die Hauptsache ist aber, dass der Zuwachs aus Arbeitermitgliedern des Jugendverbands besteht.

Ebenso wie die vorher erwähnte Front - die Front der landwirtschaftlichen Genossenschaften - muss auch die Jugendfront als besonders gefährdet betrachtet werden, da die Attacken der Gegner unserer Partei auf diesem Gebiet besonders hartnäckig sind. Gerade hier, auf diesen beiden Gebieten, ist es notwendig, dass die Partei und ihre Organisationen alle Kräfte anspannen, um sich den vorherrschenden Einfluss zu sichern.

Ich komme weiter zu den Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen. Auch sie sind ein, für unsere Organisationen vielleicht unscheinbarer, aber sehr wichtiger und wesentlicher Transmissionsmechanismus, der unsere Partei mit dem weiblichen Teil der Arbeiterklasse verbindet. Die Zahlen, über die wir verfügen, besagen folgendes: In 57 Gouvernements und 3 Gebieten hatten wir im vorigen Jahr, zur Zeit des XI. Parteitags, etwa 16000 Frauendelegierte, vorwiegend Arbeiterinnen. In diesem Jahr, zur Zeit dieses Parteitags, haben wir in denselben Gouvernements und Gebieten nicht weniger als 52000 Frauendelegierte, darunter 33000 Arbeiterinnen. Das ist ein kolossaler Schritt vorwärts. Es ist zu berücksichtigen, dass das eine Front ist, die wir bisher wenig beachtet haben, die aber von kolossaler Bedeutung für uns ist. Da nun die Sache vorwärts geht, da nun der Boden vorhanden ist, um auch diesen Apparat zu festigen, zu erweitern und die Fühler der Partei auszustrecken, damit der Einfluss der Popen auf die von den Frauen erzogene Jugend untergraben wird, so ist es nur natürlich, dass eine der nächstliegenden Aufgaben der Partei darin bestehen muss, auch an dieser, zweifellos gefährdeten Front ein Maximum an Tatkraft zu entfalten.

Ich gehe zur Schule über. Ich spreche von den politischen Schulen, von den Schulen zur Heranbildung von Sowjet- und Parteifunktionären sowie von den kommunistischen Universitäten. Das ist ebenfalls ein Apparat, mit dessen Hilfe die Partei die kommunistische Schulung entfaltet, einen Funktionärkörper für Schulungswesen heranbildet, der unter der Arbeiterbevölkerung die Saat des Sozialismus, die Saat des Kommunismus austreut und so die Partei durch geistige Bande mit der Arbeiterklasse verbindet. Die Ziffern besagen, dass die Zahl der Hörer an den Schulen zur Heranbildung von Sowjet- und Parteifunktionären im vergangenen Jahr etwa 22000 betrug. In diesem Jahr sind es nicht weniger als 33000, wenn

man auch die städtischen Schulen für politisches Grundwissen mitzählt, die von der Hauptverwaltung für politische Aufklärung finanziert werden. Was die kommunistischen Universitäten betrifft, die für die kommunistische Schulung von gewaltiger Bedeutung sind, so ist hier der Zuwachs gering: Es gab etwa 6000 Hörer, jetzt sind es 6400. Die Aufgabe der Partei besteht darin, alle Kräfte an dieser Front anzuspannen und die Arbeit zu verstärken, die die Heranbildung und Ausbildung eines Funktionärkörpers für die kommunistische Schulung bezweckt.

Ich gehe zur Presse über. Die Presse ist kein Massenapparat, keine Massenorganisation, aber ungeachtet dessen stellt sie eine unsichtbare Verbindung zwischen der Partei und der Arbeiterklasse her - eine Verbindung, die ihrer Kraft nach jedem beliebigen, die Massen erfassenden Übertragungsapparat gleichkommt. Man sagt, die Presse sei die sechste Großmacht. Ich weiß nicht, was für eine Großmacht sie ist, dass sie aber Kraft und großes Gewicht besitzt, ist unbestreitbar. Die Presse ist die stärkste Waffe, durch sie spricht die Partei täglich, stündlich zur Arbeiterklasse in ihrer eigenen, ihr vertrauten Sprache. Andere Mittel, geistige Fäden zwischen der Partei und der Klasse zu ziehen, einen anderen so elastischen Apparat gibt es nun einmal nicht. Das ist der Grund, warum die Partei diesem Gebiet besondere Beachtung schenken muss, und da muss gesagt werden, dass wir hier schon einen gewissen Erfolg zu verzeichnen haben. Nehmen wir die Zeitungen. Nach den vorliegenden Zahlen hatten wir im vorigen Jahr 380 Zeitungen, in diesem Jahr nicht weniger als 528. Die Auflage erreichte im vorigen Jahr 2500000, aber diese Auflage ging zum großen Teil an amtliche Stellen, war künstlich. Im Sommer, als die Subventionen für die Presse gekürzt wurden, als die Presse gezwungen war, sich auf eigene Füße zu stellen, sank die Auflageziffer auf 900000. Zur Zeit dieses Parteitags haben wir eine Auflage von etwa 2 Millionen. Die Presse wird also weniger Amtspresse, lebt von ihren eigenen Mitteln und ist eine scharfe Waffe in den Händen der Partei, da sie ihr die Verbindung mit den Massen ermöglicht, denn sonst hätte die Auflageziffer nicht wachsen, nicht auf dieser Höhe bleiben können.

Ich gehe zum nächsten Übertragungsapparat, zur Armee, über. Man ist gewöhnt, in der Armee einen Apparat der Verteidigung oder des Angriffs zu sehen. Ich dagegen betrachte die Armee als Sammelbecken von Arbeitern und Bauern. Die Geschichte aller Revolutionen besagt, dass die Armee das einzige Sammelbecken ist, wo Arbeiter und Bauern der verschiedenen Gouvernements, die sonst voneinander isoliert sind, zusammenkommen und dabei ihre politischen Anschauungen herausbilden. Es ist kein Zufall, dass große Mobilmachungen und ernstliche Kriege stets diesen oder jenen sozialen Konflikt, diese oder jene revolutionäre Massenbewegung hervorrufen. Das geschieht deshalb, weil in der Armee zum erstenmal Arbeiter und Bauern aus den entlegensten Winkeln zusammentreffen. Gewöhnlich begegnet ja der Woronesher Bauer keinem Petrograder, der Pskower sieht keinen Sibirier, in der Armee aber treffen sie zusammen. Die Armee ist eine Schule, ist ein Sammelbecken von Arbeitern und Bauern, und von diesem Standpunkt aus gesehen, sind die Kraft und der Einfluss der Partei auf die Armee von kolossaler Bedeutung, und in diesem Sinne ist die Armee ein gewaltiger Apparat, der die Partei mit den Arbeitern und der armen Bauernschaft verbindet. Die Armee ist das einzige Sammelbecken ganz Rußlands, der ganzen Föderation, wo Menschen der verschiedenen Gouvernements und Gebiete zusammenkommen, lernen und sich an das politische Leben gewöhnen. Und in diesem, im höchsten Grade maßgebenden, die Massen erfassenden Übertragungsapparat haben wir folgende Veränderungen zu verzeichnen: Der Prozentsatz der Kommunisten betrug während des vorigen Parteitags 7,5, in diesem Jahr erreicht er 10,5. Die Armee ist in dieser Zeit zahlenmäßig reduziert worden, aber die Qualität der Armee hat sich verbessert. Der Einfluss der Partei ist gestiegen, und in diesem wichtigen Sammelbecken haben wir einen Sieg in dem Sinne errungen, dass der kommunistische Einfluss gewachsen ist.

Nimmt man das gesamte Kommandeurkorps, einschließlich der Zugführer, so gab es im vorigen Jahr 10 Prozent Kommunisten unter den Kommandeuren, in diesem Jahr aber gibt es

13 Prozent. Nimmt man das Kommandeurkorps ohne die Zugführer, so waren es im vorigen Jahr 16 Prozent, in diesem Jahr aber sind es 24 Prozent.

Das sind die Transmissionsriemen, die die Massen erfassenden Apparate, die unsere Partei umgeben, die die Partei mit der Arbeiterklasse verbinden und es ihr möglich machen, zur Vorhut zu werden und die Arbeiterklasse in eine Armee zu verwandeln.

So sieht das Verbindungsnetz und das Netz der Übertragungspunkte aus, mit deren Hilfe die Partei, zum Unterschied vom militärischen Kommandeurkorps, zur Vorhut, die Arbeiterklasse aber aus einer zersplitterten Masse zu einer wirklichen politischen Armee wird.

Die von unserer Partei auf diesen Gebieten bei der Festigung dieser Verbindungen gezeitigten Erfolge erklären sich nicht nur daraus, dass die Partei in dieser Hinsicht größere Erfahrungen gewonnen hat, nicht nur daraus, dass die Mittel der Einwirkung auf diese Übertragungsapparate als solche sich vervollkommen haben, sondern auch daraus, dass der all-gemeine politische Zustand des Landes dies gefördert, dazu beigetragen hat.

Im vorigen Jahr hatten wir eine Hungersnot und als Folgen dieser Hungersnot eine Depression in der Industrie, eine Zerbröckelung der Arbeiterklasse usw. In diesem Jahr dagegen hatten wir eine gute Ernte, teilweise einen Aufstieg der Industrie, einen einsetzenden Prozess der Sammlung des Proletariats, eine Verbesserung der Lage der Arbeiter. Die alten Arbeiter, die sich früher gezwungen sahen, sich auf die Dörfer zu zerstreuen, strömen wieder in die Fabriken und Werke zurück, und all das schafft eine politisch günstige Situation, so dass die Partei ihre Arbeit zur Festigung der oben erwähnten Verbindungsapparate breit entfalten kann. Ich gehe zum zweiten Teil des Berichts über: die Partei und der Staatsapparat. Der Staatsapparat ist der grundlegende, die Massen erfassende Apparat, der die an der Macht befindliche Arbeiterklasse, vertreten durch ihre Partei, mit der Bauernschaft verbindet und der Arbeiterklasse, vertreten durch ihre Partei, die Möglichkeit gibt, die Bauernschaft zu führen. Diesen Teil meines Berichts verbinde ich unmittelbar mit den beiden bekannten Artikeln des Genossen Lenin^[63].

Vielen erschien der von Genossen Lenin in den beiden Artikeln entwickelte Gedanke völlig neu. Meiner Meinung nach ließ der Gedanke, der in diesen Artikeln entwickelt wird, Wladimir Iljitsch schon im vorigen Jahr keine Ruhe. Sie erinnern sich wohl seines politischen Berichts im vorigen Jahr. Er sprach davon, dass unsere Politik richtig ist, der Staatsapparat aber schlecht funktioniert, dass der Wagen darum nicht dorthin fährt, wohin er soll, sondern vom Wege abbiegt. Darauf hatte, wie erinnerlich, Schljapnikow eingeworfen, dass die Chauffeure nichts taugen. Das ist natürlich falsch. Völlig falsch. Die Politik ist richtig, der Chauffeur ist ausgezeichnet, der Wagentypus ist gut, er ist sowjetisch, aber die Bestandteile der Staatsmaschine, das heißt diese oder jene Mitarbeiter im Staatsapparat sind schlecht, sind nicht unsere Leute. Darum schlittert der Wagen, und im ganzen kommt es zu einer Entstellung der richtigen politischen Linie. Es kommt dazu, dass diese Linie nicht durchgeführt, sondern entstellt wird. Der Staatsapparat ist, wie gesagt, vom richtigen Typus, aber seine Bestandteile sind noch fremde, bürokratische, halbzaristisch-bürgerliche Elemente. Wir wollen einen Staatsapparat haben, der im Dienste der Volksmassen steht, während manche Leute dieses Staatsapparats ihn zu einer Futterkrippe machen wollen. Eben darum funktioniert der Apparat als Ganzes schlecht. Wenn wir ihn nicht in Ordnung bringen, werden wir mit der richtigen politischen Linie allein nicht weit kommen: sie wird entstellt werden, es wird zu einem Bruch zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft kommen. Es wird dazu kommen, dass wir zwar das Steuer in der Hand haben, der Wagen uns aber nicht gehorcht. Das würde zum Zusammenbruch führen. Das sind die Gedanken, die Genosse Lenin schon im vorigen Jahr entwickelte und die er erst in diesem Jahr zu einem einheitlichen System zusammenfasste, nach dem die ZKK und die Arbeiter- und Bauerninspektion zu reorganisieren wären, und zwar so, dass der reorganisierte Revisionsapparat der Hebel würde, mittels dessen alle Bestandteile des Wagens umgebaut und die alten unbrauchbaren Teile

durch neue ersetzt werden, wenn wir tatsächlich wollen, dass der Wagen dahin fährt, wohin er fahren soll.

Das ist der Kern des Vorschlags des Genossen Lenin.

Ich könnte mich auf eine Tatsache berufen wie die Revision des Trusts von Orechowo-Sujewo, der, nach sowjetischem Typus organisiert, dazu berufen ist, ein Maximum von Erzeugnissen zu produzieren und die Bauernschaft zu versorgen; indes hat dieser sowjetisch organisierte Trust die produzierten Erzeugnisse zum Schaden der Staatsinteressen in private Taschen fließen lassen. Der Wagen ist nicht dahin gefahren, wohin er fahren sollte.

Ich könnte mich auf eine Tatsache berufen, die mir dieser Tage Genosse Woroschilow erzählte. Wir haben eine Institution, die sich Industriebüro nennt. Eine solche Institution gab es im Südosten. In diesem Apparat waren etwa 2000 Personen beschäftigt. Dieser Apparat sollte die Industrie des Südostens leiten. Genosse Woroschilow erzählte mir voller Verzweiflung, dass es nicht leicht war, mit diesem Apparat fertig zu werden, und dass zur Leitung dieses Apparats, das heißt zur Leitung des Leitungsapparats, noch ein besonderer kleiner Apparat geschaffen werden musste. Es fanden sich gute Menschen: Woroschilow, Eismont und Mikojan, die die Sache richtig anpackten. Da stellte sich heraus, dass statt der 2000 Angestellten im Apparat 170 genügten. Und nun? Jetzt, so stellt sich heraus, gehen die Dinge viel besser als früher. Früher fraß der Apparat alles auf, was er produzierte. Jetzt dient der Apparat der Industrie. Solcher Tatsachen gibt es eine Menge, es gibt ihrer viele, mehr, als ich Haare auf dem Kopf habe.

Alle diese Tatsachen besagen bloß das eine, dass unsere Sowjetapparate, die ihrem Typus nach richtig sind, häufig aus solchen Leuten bestehen, mit solchen Gepflogenheiten und Traditionen behaftet sind, die die richtige politische Linie im Grunde genommen zunichte machen. Deshalb schlittert der Wagen, und es entsteht ein riesiges politisches Minus, die Gefahr eines Bruchs zwischen Proletariat und Bauernschaft.

Die Frage ist die: Entweder verbessern wir die Wirtschaftsapparate, schränken sie ein, vereinfachen, verbilligen sie, ergänzen sie mit Menschen, die unserer Partei geistig nahestehen, und dann werden wir das erreichen, wozu wir die sogenannte NÖP eingeführt haben, das heißt, die Industrie wird ein Maximum von Erzeugnissen herstellen, um das Dorf zu versorgen, um die nötigen Produkte zu erhalten, und auf diese Weise werden wir den Zusammenschluss der bäuerlichen Wirtschaft mit der Industrie herstellen. Oder wir erreichen das nicht, und dann kommt es zum Zusammenbruch.

Oder weiter: Entweder wird der Staatsapparat selbst, das Steuerwesen vereinfacht, abgebaut, werden Diebe und Gauner aus ihm vertrieben, und dann wird es uns auch möglich sein, von den Bauern weniger einzuziehen als jetzt, und dann wird die Volkswirtschaft standhalten. Oder aber dieser Apparat wird zum Selbstzweck, wie es im Südosten der Fall war, und alles, was von der Bauernschaft eingezogen wird, wird für den Unterhalt des Apparats selbst draufgehen, und dann kommt es zum politischen Zusammenbruch.

Das sind, meiner Überzeugung nach, die Erwägungen, von denen sich Wladimir Iljitsch leiten ließ, als er diese Artikel schrieb.

Die Vorschläge des Genossen Lenin haben noch eine andere Seite. Er will nicht nur erreichen, dass der Apparat verbessert und die führende Rolle der Partei maximal verstärkt wird - denn die Partei hat den Staat erbaut, sie muss ihn auch verbessern -, sondern er hat offenbar auch die moralische Seite der Frage im Auge. Er will erreichen, dass im Lande kein einziger, noch so hochstehender Würdenträger bleibt, von dem der einfache Mann sagen könnte: Dem ist nicht beizukommen! Eben diese moralische Seite bildet die dritte Seite des Vorschlags von Iljitsch, eben dieser Vorschlag stellt die Aufgabe, nicht nur den Staatsapparat, sondern auch die Partei von den Würdenträgertraditionen und -gepflogenheiten zu reinigen, die unsere Partei kompromittieren.

Ich komme zur Frage der Auslese der Mitarbeiter, das heißt zu einer Frage, über die Iljitsch schon auf dem XI. Parteitag gesprochen hat. Wenn es für uns klar ist, dass unser Staatsapparat

seiner Zusammensetzung, seinen Gepflogenheiten und Traditionen nach unbrauchbar ist, so dass die Gefahr eines Bruchs zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft droht, dann ist klar, dass die führende Rolle der Partei nicht nur darin zum Ausdruck kommen muss, Direktiven zu erteilen, sondern auch darin, bestimmte Posten mit Menschen zu besetzen, die fähig sind, unsere Direktiven zu verstehen und sie ehrlich durchzuführen. Es bedarf keines Beweises, dass zwischen der politischen Arbeit des ZK und der organisatorischen Arbeit keine unüberbrückbare Grenze gezogen werden darf.

Es wird wohl niemand von Ihnen behaupten wollen, dass es genüge, eine gute politische Linie festzulegen, und damit sei die Sache erledigt. Nein, das ist nur die Hälfte der Arbeit. Nachdem die richtige politische Linie festgelegt ist, gilt es, die Funktionäre so auszuwählen, dass die Posten von Menschen bekleidet werden, die es verstehen, die Direktiven zu verwirklichen, die Direktiven zu begreifen, diese Direktiven als ihre ureigenen anzusehen und sie in die Wirklichkeit umzusetzen. Andernfalls verliert die Politik ihren Sinn und verwandelt sich in leeres Geschwätz. Das ist der Grund, warum die Abteilung für Registrierung und Verteilung, das heißt das Organ des ZK, das berufen ist, unsere wichtigsten Funktionäre sowohl unten wie oben zu registrieren und zu verteilen, gewaltige Bedeutung gewinnt. Bisher wurde die Sache so gehandhabt, dass sich die Registrierung und Verteilung darauf beschränkte, die Genossen nach Kreis-, Gouvernements- und Gebietskomitees zu registrieren und zu verteilen. Tiefer hat die Abteilung für Registrierung und Verteilung, schlicht gesagt, ihre Nase nicht in die Sache hineingesteckt. Jetzt, da der Krieg zu Ende ist, da wahllose Massenmobilmachungen nicht mehr stattfinden, da sie jeden Sinn verloren haben, wie die Mobilisierung der Eintausend bewiesen hat, die im vorigen Jahr dem Zentralkomitee aufgebürdet wurde und Fiasko erlitt, denn in der jetzigen Situation, da unsere Arbeit vielfältiger geworden ist, da wir auf eine Spezialisierung hinsteuern, da man sich mit jedem Funktionär gründlich bekannt machen muss, tun wahllose Mobilmachungen der Sache nur Schaden, ohne den lokalen Organisationen irgendeinen Nutzen zu bringen - jetzt kann sich die Abteilung für Registrierung und Verteilung nicht mehr im Rahmen der Gouvernements- und Kreiskomitees abkapseln.

Ich könnte mich auf einige Zahlen berufen. Der XI. Parteitag hatte dem Zentralkomitee den Auftrag erteilt, nicht weniger als eintausend Moskauer Funktionäre zu mobilisieren. Das Zentralkomitee merkte etwa 1500 für die Mobilisierung vor. Aus Krankheitsgründen und wegen verschiedener anderer Ursachen konnten nur 700 der Vorgemerkten mobilisiert werden; davon erwiesen sich laut Gutachten der lokalen Organisationen 300 Mann als einigermaßen brauchbar. Da haben Sie eine Tatsache, die besagt, dass die wahllosen Mobilmachungen alten Schlags, die früher vorgenommen wurden, heute nichts mehr taugen, denn unsere Parteiarbeit ist vielfältiger geworden, hat sich nach verschiedenen Wirtschaftszweigen differenziert, und wahllos Menschen zu verschieben heißt erstens, sie zur Untätigkeit verurteilen, und zweitens, nicht einmal die minimalsten Bedürfnisse dieser Organisationen befriedigen, die neue Funktionäre anfordern.

Ich möchte einige Zahlen aus der bekannten Broschüre^[64] Sorokins, der in der Abteilung für Registrierung und Verteilung arbeitet, über den Funktionärkörper in der Industrie anführen. Doch bevor ich zu diesen Zahlen übergehe, muss ich etwas über die Reform sagen, die das Zentralkomitee im Prozess seiner Arbeit an der statistischen Erfassung der Parteifunktionäre in der Abteilung für Registrierung und Verteilung durchgeführt hat. Früher beschränkte sich diese Abteilung, wie ich schon sagte, auf den Rahmen der Gouvernements- und Kreiskomitees; jetzt aber, da unsere Arbeit vielfältiger geworden ist, da die Aufbauarbeit allerorts entfaltet worden ist, darf man sich nicht im Rahmen der Kreis- und Gouvernementskomitees abkapseln. Es ist notwendig, ausnahmslos alle Verwaltungszweige und den gesamten Funktionärkörper der Industrie zu erfassen, mit dessen Hilfe die Partei unseren Wirtschaftsapparat handhabt und die Führung ausübt. In diesem Sinne ist vom Zentralkomitee auch beschlossen worden, den Apparat für Registrierung und Verteilung

sowohl im Zentrum als auch draußen im Lande dahingehend zu erweitern, dass der Abteilungsleiter je einen Stellvertreter für Fragen der Wirtschaft und der Sowjets erhält und diese wiederum Gehilfen für die Erfassung des Funktionärkörpers in den Betrieben und Trusten, in den Wirtschaftsorganen im Lande und im Zentrum, in den Sowjets und in der Partei erhalten.

Die Resultate dieser Reform blieben nicht aus. In kurzer Zeit gelang es, etwa 1300 Direktoren des Funktionärkörpers der Industrie zu erfassen. Danach sind 29 Prozent von ihnen Parteimitglieder und 70 Prozent Parteilose. Man könnte meinen, dass die Parteilosen in den wichtigsten Betrieben zahlenmäßig überwiegen, aber das trifft nicht zu. Es zeigt sich, dass die 29 Prozent Kommunisten die größten Betriebe mit insgesamt mehr als 300000 Arbeitern leiten, während die 70 Prozent parteilose Direktoren Betriebe leiten, die nicht mehr als insgesamt 250000 Industriearbeiter beschäftigen. Die kleineren Betriebe werden von Parteilosen, die großen Betriebe von Parteigenossen geleitet. Ferner finden wir unter den Direktoren, die Parteimitglieder sind, dreimal soviel frühere Arbeiter wie Nichtarbeiter. Das besagt, dass beim industriellen Aufbau unten, in den Grundzellen, im Gegensatz zu den Spitzen, zum Obersten Volkswirtschaftsrat und seinen Abteilungen, wo es wenig Kommunisten gibt, die Beherrschung der Betriebe durch kommunistische Kräfte und vor allem durch die Arbeiter bereits begonnen hat. Was die Qualität, die Tauglichkeit betrifft, so ist es von Interesse, dass unter den Kommunisten mehr brauchbare Direktoren sind als unter den Parteilosen. Hieraus folgt, dass die Partei sich bei der Verteilung der Kommunisten auf die Betriebe nicht nur von rein parteimäßigen Erwägungen leiten lässt, nicht nur darauf bedacht ist, ihren Einfluss in den Betrieben zu verstärken, sondern sich auch von fachlichen Erwägungen leiten lässt. Dadurch gewinnt nicht nur die Partei als Partei, sondern auch der Aufbau der gesamten Wirtschaft, denn unter den Kommunisten gibt es viel mehr brauchbare Direktoren als unter den Parteilosen.

Das ist der erste Versuch, unseren Funktionärkörper in der Industrie zu erfassen - ein neuer Versuch, der, wie gesagt, sich lange nicht auf alle Betriebe erstreckt, denn die in dieser Broschüre berücksichtigten 1300 Direktoren leiten bloß etwa die Hälfte all derjenigen Betriebe, die noch erfasst werden müssen. Die Erfahrung aber zeigt, dass das Feld hier unerschöpflich reich ist und die Abteilung für Registrierung und Verteilung ihre Arbeit mit aller Kraft entfalten muss, damit die Partei die Möglichkeit erhält, die leitenden Organe unserer wichtigsten Betriebe mit Kommunisten zu besetzen und dadurch sicherzustellen, dass der Staatsapparat durch die Partei geleitet wird.

Die Genossen dürften die Vorschläge kennen, die das ZK dem Parteitag in der Organisationsfrage sowohl hinsichtlich der Partei als auch hinsichtlich des Sowjetapparats eingebracht hat. Was die Frage des Sowjetapparats anbelangt, von der ich soeben im zweiten Teil meines Berichts sprach, so beabsichtigte das ZK, diese Frage einer speziellen Sektion zur eingehenden Behandlung vorzulegen, die diese Frage sowohl hinsichtlich der Partei als auch des Sowjetapparats prüfen und dann dem Parteitag ihre Erwägungen unterbreiten sollte.

Ich gehe zum dritten Teil des Berichts über: die Partei als Organismus und die Partei als Apparat.

Vor allem sind ein paar Worte über die zahlenmäßige Zusammensetzung unserer Partei zu sagen. Die Zahlen besagen, dass die Partei im vorigen Jahr, zur Zeit des XI. Parteitags, einige Zehntausend Mitglieder mehr als 400000 zählte. In diesem Jahr ist die Mitgliederzahl der Partei weiter zurückgegangen, da sich die Partei in einer ganzen Reihe von Gebieten von nichtproletarischen Elementen befreit hat - sie zählt jetzt etwas weniger als 400000 Mitglieder. Das ist kein Minus, das ist ein Plus, denn die soziale Zusammensetzung der Partei hat sich verbessert. Das Interessanteste an der Entwicklung unserer Partei im Sinne der Verbesserung ihrer sozialen Zusammensetzung ist, dass die früher vorhandene Tendenz des Wachstums der nichtproletarischen Elemente in der Partei auf Kosten des proletarischen Elements im Berichtsjahr nicht mehr zu verzeichnen ist, dass ein Umschwung eingetreten ist, dass eine

bestimmte Tendenz zur Vergrößerung des Prozentsatzes der Arbeiter in unserer Partei auf Kosten der nichtproletarischen Elemente festzustellen ist. Das ist eben der Erfolg, den wir vor der Reinigung erreichen wollten und den wir jetzt erreicht haben. Ich will nicht sagen, dass auf diesem Gebiet alles getan worden ist - bei weitem noch nicht alles. Aber wir haben einen Umschwung erzielt, ein bestimmtes Minimum von Homogenität erzielt, die proletarische Zusammensetzung der Partei gesichert, und wir werden offenbar auch fernerhin diesen Weg gehen müssen, der zu einer weiteren Verringerung der nichtproletarischen Elemente der Partei und zu einem weiteren Wachstum der proletarischen Elemente führt. Die Maßnahmen, die das ZK empfiehlt, um die Zusammensetzung unserer Partei weiter zu verbessern, sind in den Vorschlägen des ZK niedergelegt, ich will sie nicht wiederholen. Offenbar wird man die Schranken gegen den Zustrom nichtproletarischer Elemente verstärken müssen, denn im gegenwärtigen Augenblick, unter den Verhältnissen der NÖP, da die Partei zweifellos dem verderblichen Einfluss der NÖP-Elemente ausgesetzt ist, gilt es, unserer Partei ein Maximum an Homogenität zu sichern und jedenfalls ein entschiedenes Überwiegen der Arbeiter innerhalb der Partei auf Kosten der Nichtarbeiter zu erreichen. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit der Partei, dies zu tun, wenn sie sich als Partei der Arbeiterklasse erhalten will.

Ich komme zur Frage des Lebens der Gouvernementskomitees und ihrer Tätigkeit. Häufig finden sich in gewissen Presseartikeln ironische Bemerkungen über die Gouvernementskomitees, häufig werden die Gouvernementskomitees verspottet, man unterschätzt ihre Tätigkeit. Ich aber muss sagen, Genossen, dass die Gouvernementskomitees die Hauptstütze unserer Partei sind und dass die Partei ohne sie, ohne die Gouvernementskomitees, ohne ihre Arbeit, was die Leitung sowohl der Sowjet- als auch der Parteiarbeit betrifft, keinen Boden unter den Füßen hätte. Ungeachtet aller Mängel der Gouvernementskomitees, ungeachtet der bis jetzt noch vorhandenen Unzulänglichkeiten, ungeachtet der so genannten Stänkereien, der Streitigkeiten in den Gouvernementskomitees, bilden die Gouvernementskomitees, als Ganzes gesehen, die Hauptstütze unserer Partei.

Wie leben und wie entwickeln sich die Gouvernementskomitees? Ich habe Briefe der Gouvernementskomitees vor etwa 10 Monaten gelesen, als die Sekretäre unserer Gouvernementskomitees sich noch in Wirtschaftsangelegenheiten verhedderten, da sie sich noch nicht den neuen Verhältnissen angepasst hatten. Zehn Monate später habe ich dann neue Briefe gelesen, und zwar mit Vergnügen, mit Freude, denn aus ihnen ist zu ersehen, dass die Gouvernementskomitees gewachsen sind, dass sie das Arbeitsgebiet nunmehr kennen, dass sie die Aufbauarbeit angepackt und das lokale Budget in Ordnung gebracht haben, die Wirtschaft im lokalen Maßstab beherrschen und es tatsächlich verstanden haben, die Leitung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens in ihrem Gouvernement in die Hand zu nehmen. Genossen, das ist eine große Errungenschaft. Zweifellos gibt es in den Gouvernementskomitees auch Unzulänglichkeiten, ich muss aber sagen, wenn wir dieses Wachsen der Partei- und Wirtschaftserfahrungen der Gouvernementskomitees nicht hätten, wenn wir diesen gewaltigen Schritt vorwärts, diese wachsende Reife der Gouvernementskomitees bei der Leitung des lokalen wirtschaftlichen und politischen Lebens nicht hätten, dann könnten wir nicht einmal davon träumen, dass die Partei jemals ernstlich den Staatsapparat zu leiten beginnt.

Man spricht von Streitigkeiten und Reibungen in den Gouvernementskomitees. Ich muss sagen, dass Streitigkeiten und Reibungen außer negativen Seiten auch gute Seiten haben. Die Hauptquelle der Streitigkeiten und Zwistigkeiten bildet das Bestreben der Gouvernementskomitees, einen zusammengeschweißten Kern zu schaffen, einen fest gefügten Kern, der imstande wäre, ohne Stockungen die Leitung auszuüben. Dies ist ein durchaus gesundes und berechtigtes Ziel und Bestreben, wenn auch dabei oft Wege beschritten werden, die den Zielen nicht entsprechen. Das erklärt sich daraus, dass unsere Partei ihrer Zusammensetzung nach ungleichartig ist, dass die Partei alte und junge Mitglieder hat, Proletarier und Intellektuelle, aus dem Zentrum und aus den Randgebieten, Angehörige

verschiedener Nationalitäten, wobei alle diese ungleichartigen Elemente, die den Gouvernementskomitees angehören, verschiedene Sitten und Traditionen mitbringen, so dass Reibungen und Streitigkeiten entstehen. Dennoch beinhalten neun Zehntel der Streitigkeiten und Reibungen, ungeachtet der Unzulässigkeit ihrer Formen, das gesunde Bestreben, einen Kern zusammenzuschmieden, der die Arbeit leiten kann. Es bedarf keines Beweises, wenn es derartige leitende Gruppen in den Gouvernementskomitees nicht gäbe, wenn alles so zusammengezimmert wäre, dass die „Guten“ und die „Schlechten“ einander die Waage hielten, gäbe es keine Leitung im Gouvernement, hätten wir keine Naturalsteuer einziehen und keine Kampagnen durchführen können. Das ist die gesunde Seite der Streitigkeiten, die nicht dadurch überschattet werden darf, dass sie mitunter abstoßende Formen annimmt. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Partei gegen Streitigkeiten nicht ankämpfen soll, insbesondere wenn sie aus persönlichen Motiven entstehen.

So verhält es sich mit den Gouvernementskomitees.

Aber unsere Partei ist auf der niedrigeren, den Gouvernementskomitees folgenden Stufe leider noch nicht so stark, wie es scheinen könnte. Die Hauptschwäche unseres Parteiapparats besteht eben in der Schwäche unserer Kreiskomitees, im Fehlen von Reserven an Kreissekretären. Ich glaube, wenn wir die grundlegenden Apparate, die unsere Partei mit der Arbeiterklasse verbinden, die Apparate, von denen ich im ersten Teil meines Berichts gesprochen habe, noch nicht ganz in unsere Hände bekommen haben (ich meine die untersten Zellen, die Genossenschaften, die Frauendelegiertenversammlungen, die Organisationen des Jugendverbands usw.), wenn die Gouvernementsorgane diese Apparate noch nicht ganz beherrschen, dann liegt der Grund eben gerade darin, dass wir in den Kreisen zu schwach sind. Ich halte das für eine grundlegende Frage.

Ich glaube, eine der Hauptaufgaben unserer Partei besteht darin, beim ZK eine Schule für Kreissekretäre zu schaffen, bestehend aus den ergebensten und befähigsten Genossen, die aus der Mitte der Bauern und Arbeiter kommen. Könnte die Partei im nächsten Jahr erreichen, eine Reserve von 200 oder 300 Kreissekretären zu bilden, die man dann den Gouvernementskomitees zur Unterstützung begeben könnte, um ihnen die Leitung der Arbeit in den Kreisen zu erleichtern, so hätte die Partei damit die Leitung aller die Massen erfassenden Übertragungsapparate gesichert. Wir hätten dann keine einzige Konsumgenossenschaft, keine einzige landwirtschaftliche Genossenschaft, kein einziges Betriebskomitee, keine einzige Frauendelegiertenversammlung, keine einzige Zelle des Jugendverbands, keine einzige Massenorganisation, in denen die Partei nicht den vorherrschenden Einfluss besäße.

Und nun über die Gebietsorgane. Das verflossene Jahr hat gezeigt, dass die Partei und das ZK Recht hatten, als sie Gebietsorgane schufen, die zum Teil gewählt, zum Teil eingesetzt wurden. Bei der Beratung des ganzen Fragenkomplexes der Rayonierung gelangte das ZK zudem Schluss, dass die Partei beim Aufbau der Gebietsorgane allmählich vom Prinzip der Ernennung zum Prinzip der Wählbarkeit übergehen muss, denn dies würde zweifellos eine günstige moralische Atmosphäre rings um die Gebietskomitees der Partei schaffen und dem ZK die Führung der Partei erleichtern.

Ich komme zur Frage der Verbesserung der zentralen Organe der Partei. Sie haben wohl die Vorschläge des ZK gelesen, die Funktionen des Sekretariats des ZK klar und deutlich von den Funktionen des Orgbüros und des Politbüros abzugrenzen. Diese Frage bedarf wohl kaum einer besonderen Behandlung, denn sie ist an sich klar. Es gibt aber eine Frage - die Frage der Erweiterung des ZK selbst -, die bei uns im ZK mehrmals beraten wurde und die eine Zeitlang ernstliche Diskussionen hervorrief. Manche Mitglieder des ZK glauben, man sollte die Mitgliederzahl des ZK nicht erweitern, sondern sogar verringern. Ich will ihre Motive nicht anführen. Mögen die Genossen selber das Wort ergreifen. Ich will kurz die Motive darlegen, die zugunsten der Erweiterung des ZK sprechen.

Heute stehen die Dinge im zentralen Apparat unserer Partei so: Wir haben 27 ZK-Mitglieder. Das ZK tritt einmal in 2 Monaten zusammen, innerhalb des ZK aber gibt es einen Kern von 10 bis 15 Personen, die sich in Sachen der Führung der politischen und wirtschaftlichen Arbeit unserer Organe dermaßen eingefuchst haben, dass sie Gefahr laufen, sich in eine Art Hohepriester der Führung zu verwandeln. Das ist vielleicht ganz gut, aber es hat auch eine sehr gefährliche Seite: Diese Genossen, die große Erfahrungen in Fragen der Leitung gesammelt haben, können von Dünkel angesteckt werden, sich abkapseln und sich der Arbeit unter den Massen entfremden. Wenn manche Mitglieder des ZK oder, sagen wir, ein Kern etwa von 15 Personen, über so viele Erfahrungen verfügen und solch eine Fertigkeit erreicht haben, dass sie bei der Ausarbeitung von Direktiven in 9 Fällen von 10 keine Fehler begehen, so ist das sehr gut. Wenn sie aber neben sich keine neue Generation künftiger Führer haben, die mit der Arbeit in den lokalen Organisationen eng verbunden sind, so haben diese hochqualifizierten Leute alle Chancen, zu verknöchern und sich den Massen zu entfremden. Zweitens: Der Kern innerhalb des ZK, der in der Führungsarbeit sehr gewachsen ist, wird alt und braucht Ablösung. Sie kennen den Gesundheitszustand Wladimir Iljitschs. Sie wissen, dass auch die übrigen Mitglieder des Grundkerns des ZK hinreichend verbraucht sind. Aber eine Ablösung haben wir noch nicht, das ist das Schlimme. Parteiführer heranzubilden ist sehr schwer, dazu braucht man Jahre, 5 bis 10 Jahre, mehr als 10 Jahre. Es ist viel leichter, mit Hilfe der Kavallerie des Genossen Budjonny dieses oder jenes Land zu erobern, als zwei, drei Führer von unten herauf heranzubilden, Menschen, die in Zukunft wahre Führer des Landes werden können. Es ist aber an der Zeit, daran zu denken, eine Ablösung heranzubilden. Dazu gibt es nur ein einziges Mittel - neue, frische Funktionäre in die Arbeit des ZK einzubeziehen und sie im Laufe der Arbeit emporzuheben - die begabtesten und unabhängigsten, die einen Kopf auf den Schultern haben, aufsteigen zu lassen. Mit Büchern allein kann man keine Führer heranbilden. Das Buch hilft uns vorwärts, aber allein bildet es noch keinen Führer heran. Führende Funktionäre wachsen nur im Laufe der Arbeit heran. Nur wenn wir neue Genossen in das ZK wählen und sie die ganze Schwere der Leitung spüren lassen, können wir erreichen, dass eine Ablösung herangebildet wird, die wir beim jetzigen Stand der Dinge so sehr nötig haben. Das ist der Grund, warum ich glaube, dass es der größte Fehler des Parteitag wäre, wenn er dem Vorschlag des ZK, es mindestens bis auf 40 Mann zu erweitern, nicht zustimmte.

Zum Schluss meines Berichts möchte ich eine Tatsache hervorheben, die - vielleicht weil sie allzu bekannt ist - nicht ins Auge springt, die man aber als Tatsache von größter Wichtigkeit hervorheben muss. Das ist jene Festigkeit unserer Partei, jene beispiellose Geschlossenheit, die unserer Partei die Möglichkeit gab, bei einer Wendung, wie es die NÖP war, eine Spaltung zu vermeiden. Keine Partei der Welt, keine einzige politische Partei, hätte eine solche schroffe Wendung ohne Verwirrung, ohne Spaltung ausgehalten und ohne dass diese oder jene Gruppe aus dem Parteiwagen hinausgekippt wäre. Bekanntlich haben derartige Wendungen zur Folge, dass eine bestimmte Gruppe aus dem Wagen fällt und dass es in der Partei, wenn nicht zu einer Spaltung, so doch zu einer Verwirrung kommt. Wir hatten eine derartige Wendung in der Geschichte unserer Partei in den Jahren 1907 und 1908, als wir nach 1905 und 1906, an den Revolutionskampf gewöhnt, nicht willens waren, zur alltäglichen legalen Arbeit überzugehen, als wir nicht in die Duma gehen wollten, die legalen Institutionen nicht ausnutzen wollten, unsere Positionen in den legalen Organen nicht verstärken wollten und uns überhaupt gegen neue Wege verwahrten. Diese Wendung war nicht so schroff wie die NÖP, als Partei aber waren wir offenbar damals noch jung, wir verfügten nicht über Erfahrungen im Manövrieren, und die Sache endete damit, dass damals gleich zwei Gruppen aus unserem Wagen kippten. Die heutige Wendung zur NÖP ist nach unserer Offensivpolitik eine schroffe Wendung. Und bei dieser Wendung nun, da das Proletariat sich auf die alten Positionen zurückziehen und vorübergehend auf eine Offensive verzichten musste, da das Proletariat sich dem bäuerlichen Hinterland zuwenden musste, um die Verbindung mit ihm

nicht zu verlieren, da das Proletariat daran denken musste, seine Reserven im Osten und im Westen zu verstärken und zu festigen - bei einer derart schroffen Wendung vermochte die Partei, nicht nur die Spaltung zu vermeiden, sondern auch die Wendung ohne Verwirrung zu vollziehen.

Das zeugt von der beispiellosen Elastizität, Festigkeit und Geschlossenheit der Partei.

Darin liegt die Gewähr dafür, dass unsere Partei siegen wird.

Im vorigen Jahr, ja noch in diesem Jahr, unkten und unken unsere Feinde, in unserer Partei herrsche Zersetzung. Wir haben jedoch mit dem Übergang zur NÖP unsere Positionen behauptet, haben die Fäden der Volkswirtschaft in unseren Händen behalten, und die Partei schreitet nach wie vor, fest gefügt, wie ein Mann, vorwärts, während unsere Gegner tatsächlich in Zersetzung und Auflösung begriffen sind. Sie haben sicherlich gehört, Genossen, dass neulich in Moskau ein Kongress der Sozialrevolutionäre^[65] stattgefunden hat. Dieser Kongress beschloss, an unseren Parteitag die Bitte zu richten, ihnen die Türen unserer Partei zu öffnen. Sie haben wohl ferner gehört, dass die frühere Hochburg des Menschewismus, Georgien, wo die Partei der Menschewiki nicht weniger als 10000 Mitglieder hat, dass diese Festung des Menschewismus schon einstürzt und etwa 2000 Parteimitglieder die Reihen der Menschewiki verlassen haben. Das sieht offenbar nicht danach aus, dass unsere Partei sich zersetzt, sondern dass sie, unsere Gegner, sich zersetzen. Sie wissen schließlich sicherlich, dass einer der ehrlichsten und gescheitesten Funktionäre des Menschewismus, Genosse Martynow, die Reihen der Menschewiki verlassen hat, dass das ZK ihn in die Partei aufgenommen hat und beim Parteitag beantragt, diese Aufnahme zu bestätigen. (Teilweiser Beifall.) Alle diese Tatsachen, Genossen, besagen nicht, dass es um unsere Partei schlecht bestellt ist, sondern, dass bei ihnen, bei unseren Gegnern, eine Zersetzung auf der ganzen Linie begonnen hat, während unsere Partei eine fest geschlossene, zusammengeschweißte Partei geblieben ist, die bei einer der größten Wendungen die Probe bestanden hat und mit breit entrolltem Banner vorwärts schreitet. (Lauter, lang anhaltender Beifall.)

2. SCHLUSSWORT ZUM ORGANISATORISCHEN BERICHT DES ZK

19. April

Genossen! Das Schlusswort wird aus zwei Teilen bestehen: Im ersten Teil wird von der organisatorischen Praxis des ZK die Rede sein, soweit sie von den Rednern kritisiert wurde, im zweiten Teil will ich über die organisatorischen Vorschläge des ZK sprechen, die von den Rednern nicht kritisiert wurden und mit denen der Parteitag sich offenbar solidarisch erklärt.

Zuerst ein paar Worte über die Kritiker des ZK-Berichts.

Über Lutowinow. Er ist mit dem Regime unserer Partei nicht zufrieden: Es gebe keine Redefreiheit in unserer Partei, keine Legalität, keinen Demokratismus. Er weiß natürlich, dass das ZK in den letzten sechs Jahren niemals einen Parteitag so demokratisch vorbereitet hat wie im gegenwärtigen Augenblick. Er weiß, dass die Mitglieder des ZK und die Kandidaten des ZK unmittelbar nach dem Februarplenium in alle Winkel unserer Föderation hinausgefahren sind und über die Arbeit des ZK berichtet haben. Er, Lutowinow, muss wissen, dass wir nun schon vier Nummern des Diskussionsblatts^[66] haben, in dem an der Tätigkeit des ZK ausgiebig gedeutelt und getüfelt wird, jawohl, gedeutelt und getüfelt wird. Aber das genügt ihm, Lutowinow, nicht. Er will den „wahren“ Demokratismus, damit alle, mindestens aber die wichtigsten Fragen in allen Zellen von unten bis oben beraten werden, damit die ganze Partei in jeder Frage in Bewegung gerate und an der Besprechung der Frage teilnehme. Aber, Genossen, jetzt, da wir an der Macht sind, da wir nicht weniger als 400000 Parteimitglieder haben, da wir nicht weniger als 20000 Zellen haben, weiß ich nicht, wohin ein derartiges Regime führen würde. Bei einem derartigen Regime würde sich unsere Partei in einen Diskussionsklub von Menschen verwandeln, in dem ewig geschwätzt und nichts entschieden wird. Indessen muss unsere Partei vor allem eine handelnde Partei sein, denn wir sind an der Macht.

Lutowinow vergisst außerdem, dass wir zwar innerhalb der Föderation an der Macht sind und alle Vorzüge der Legalität genießen, aber vom internationalen Standpunkt aus gesehen eine Periode durchmachen, die derjenigen von 1912 analog ist, als die Partei halblegal, eher noch illegal war, als die Partei über gewisse legale Anknüpfungspunkte in Gestalt der Dumafraktion, in Gestalt der legalen Zeitungen, in Gestalt der Klubs verfügte, als die Partei zugleich von Feinden umringt war und als sie bemüht war, Kräfte zu sammeln, um vorwärts zukommen und den legalen Rahmen zu erweitern. Eine ähnliche Periode erleben wir jetzt im internationalen Maßstab. Wir sind von Feinden umringt - das ist allen klar. Die uns umringenden imperialistischen Wölfe schlummern nicht. Es gibt keinen Augenblick, da unsere Feinde nicht bemüht wären, sich irgendeines Spältchens zu bemächtigen, durch das sie hindurchschlüpfen könnten, um uns zu schaden. Es liegt kein Grund für die Behauptung vor, dass die uns umringenden Feinde nicht eine Blockade oder Intervention vorbereiten. So ist die Lage. Dürfen wir denn bei einer derartigen Lage der Dinge alle Fragen von Krieg und Frieden an die große Glocke hängen? Die Frage in Versammlungen von 20000 Zellen beraten heißt doch, sie an die große Glocke hängen. Was wäre aus uns geworden, wenn wir unsere ganze Vorarbeit zur Konferenz von Genua vorher an die große Glocke gehängt hätten? Wir hätten ein eklatantes Fiasko erlitten. Wir müssen daran denken, dass inmitten einer feindlichen Umzingelung ein plötzlicher Schlag von unserer Seite, ein unerwartetes Manöver, schnelles Handeln alles entscheiden. Was wäre aus uns geworden, wenn wir, anstatt unsere politische Kampagne auf der Konferenz von Lausanne im engen Kreis von Vertrauensleuten der Partei zu beraten, diese ganze Arbeit an die große Glocke gehängt, unsere Karten aufgedeckt hätten? Die Feinde hätten alle Nach- und Vorteile in Rechnung gestellt, sie hätten unsere Kampagne vereitelt, und wir hätten Lausanne mit Schmach und Schande verlassen. Was wäre aus uns geworden, wenn wir die Fragen von Krieg und Frieden, die wichtigsten aller wichtigen

Fragen, vorher an die große Glocke gehängt hätten, denn, wie gesagt, diese Fragen von 20000 Zellen beraten lassen heißt, die Fragen an die große Glocke hängen. Man hätte uns im Nu fertiggemacht. Es ist klar, Genossen, dass der sogenannte Demokratismus Lutowinows sowohl aus organisatorischen als auch aus politischen Gründen eine Phantasie, eine demokratische Manilowerei ist. Er ist falsch und gefährlich. Lutowinows Weg ist nicht unser Weg.

Ich gehe zu Ossinski über. Er hat sich an meinen Satz geklammert, dass wir das ZK durch die Aufnahme unabhängiger Menschen erweitern sollten. Jawohl, Sorin, unabhängiger, und nicht selbständiger. Ossinski glaubt, ich wäre in dieser Frage zu einer gewissen Übereinstimmung mit Ossinski, mit dem demokratischen Zentralismus^[67] gelangt. Ich sprach tatsächlich davon, man sollte das ZK durch Genossen ergänzen, die unabhängig sind. Unabhängig wovon - das habe ich nicht gesagt, denn ich wusste im voraus, dass es unvorteilhaft ist, alle Fragen in der Hauptrede zu erschöpfen, man muss auch etwas für das Schlusswort übriglassen. (Heiterkeit. Beifall.) Wir brauchen im ZK unabhängige Menschen, aber nicht vom Leninismus unabhängige - nein, Genossen, gottbewahre! Wir brauchen unabhängige Menschen, frei von persönlichen Einflüssen, von den Gepflogenheiten und Traditionen des Kampfes innerhalb des ZK, die sich bei uns herausgebildet haben und die mitunter im ZK Unruhe schaffen. Sie erinnern sich an den Artikel des Genossen Lenin. Dort ist die Rede davon, dass wir vor der Perspektive einer Spaltung stehen. Da die Organisationen auf Grund dieser Stelle des Artikels des Genossen Lenin den Eindruck gewinnen konnten, dass bei uns bereits eine Spaltung heranreift, haben die Mitglieder des ZK einstimmig beschlossen, Zweifel, die auftauchen könnten, zu zerstreuen, und erklärt, dass es im ZK keine Spaltung gibt, was der Wirklichkeit durchaus entspricht. Das ZK hat aber auch erklärt, dass die Perspektive einer Spaltung nicht ausgeschlossen ist. Und das ist absolut richtig. Im Verlauf der Arbeit sind in den letzten 6 Jahren gewisse Gepflogenheiten und gewisse Traditionen des Kampfes innerhalb des ZK entstanden (und mussten entstehen), die mitunter eine nicht ganz gute Atmosphäre erzeugen. Ich habe diese Atmosphäre auf einer der letzten Plenartagungen des ZK im Februar beobachtet und dort auch gleich bemerkt, dass das Eingreifen von Genossen aus den lokalen Organisationen häufig alles entscheidet. Wir brauchen von diesen Traditionen und von diesen persönlichen Einflüssen unabhängige Menschen, die ins ZK Erfahrungen aus der positiven Arbeit sowie Verbindungen mit den lokalen Organisationen mitbringen und den Zement bilden, mit dem das ZK zu einem einheitlichen und untrennbaren, unsere Partei führenden Kollektiv fest zusammengefügt werden kann. Wir brauchen solche unabhängigen Genossen, die von den alten innerhalb des ZK entstandenen Traditionen frei sind, wir brauchen sie eben als Menschen, die ein neues, auffrischendes Element hereintragen, das ZK zementieren und allen und jeglichen Möglichkeiten der Spaltung innerhalb des ZK vorbeugen. In diesem Sinne habe ich von unabhängig gesprochen.

Ich kann, Genossen, nicht an dem Ausfall vorübergehen, den Ossinski sich in bezug auf Sinowjew erlaubt hat. Er hat Genossen Stalin gelobt, hat Kamenew gelobt und Sinowjew einen Fußtritt versetzt, da er glaubte, einstweilen genüge es, den einen zu beseitigen, dann würden auch die andern an die Reihe kommen. Er hat Kurs genommen auf die Zersetzung des Kerns, der sich in Jahren der Arbeit innerhalb des ZK gebildet hat, um nach und nach, Schritt für Schritt, das Ganze zu zersetzen. Wenn Ossinski allen Ernstes ein solches Ziel verfolgen will, wenn er allen Ernstes beabsichtigt, solche Attacken gegen dieses oder jenes Mitglied des Kerns unseres ZK zu unternehmen, so muss ich ihm warnend erklären, dass er auf eine Mauer stoßen wird, an der er sich, fürchte ich, den Schädel einrennen wird.

Schließlich über Mdiwani. Es sei mir gestattet, ein paar Worte zu dieser Frage zu sagen, die der ganze Parteitag satt hat. Er sprach von Schwankungen im ZK: Heute beschließe man eine Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen der drei Republiken Transkaukasiens, morgen komme der Beschluss, diese Republiken zu einer Föderation zu vereinigen, übermorgen komme ein dritter Beschluss, wonach sich alle Sowjetrepubliken zu einer Union der

Republiken vereinigen sollen. Das bezeichnet er als Schwankungen des ZK. Stimmt das? Nein, Genossen. Das sind keine Schwankungen, das ist ein System. Unabhängige Republiken nähern sich einander zunächst auf wirtschaftlicher Grundlage. Dieser Schritt wurde bereits 1921 unternommen. Nachdem sich herausgestellt hat, dass der Versuch, die Republiken einander näher zu bringen, günstige Resultate zeitigt, wird der nächste Schritt getan - die Vereinigung zu einer Föderation. Besonders in einer Gegend wie Transkaukasien, wo ohne ein spezielles Organ des nationalen Friedens nicht auszukommen ist. Transkaukasien ist, wie Sie wissen, ein Land, wo schon unter dem Zaren tatarisch-armenische Gemetzel stattfanden und unter dem Regime der Mussawatisten, Daschnaken und Menschewiki der Krieg wütete. Um diesem Hader ein Ende zu machen, braucht man ein Organ des nationalen Friedens, das heißt ein höheres Machtorgan, das ein gewichtiges Wort zu sagen vermag. Die Schaffung eines solchen Organs des nationalen Friedens ohne Beteiligung von Vertretern der georgischen Nation ist absolut unmöglich. Nun, einige Monate nach der Vereinigung der wirtschaftlichen Bemühungen wird der nächste Schritt getan - die Föderation der Republiken -, und ein Jahr später noch ein weiterer Schritt als Endetappe auf dem Wege der Vereinigung der Republiken - die Schaffung der Union der Republiken. Wo sind hier Schwankungen? Es ist das System unserer nationalen Politik. Mdiwani hat einfach das Wesen unserer Sowjetpolitik nicht erfasst, obwohl er sich ein alter Bolschewik zu sein dünkt.

Er hat eine Reihe von Fragen gestellt und durchblicken lassen, die wichtigsten Fragen, die die nationalen Angelegenheiten Transkaukasiens, insbesondere Georgiens, betreffen, würden, man wisse nicht, ob vom ZK oder von einzelnen Personen, entschieden. Die Hauptfrage in Transkaukasien ist die Frage der Föderation Transkaukasiens. Gestatten Sie mir, ein kleines Dokument zu verlesen, das die Geschichte der Direktive des ZK der KPR über die Transkaukasische Föderation behandelt.

Am 28. November 1921 sendet mir Genosse Lenin einen Entwurf seines Vorschlags über die Bildung einer Föderation der transkaukasischen Republiken. Dort heißt es:

„1. Die Föderation der transkaukasischen Republiken ist prinzipiell als absolut richtige und unbedingt zu verwirklichende Maßnahme anzuerkennen; was jedoch die unverzügliche praktische Verwirklichung betrifft, so ist sie als verfrüht zu betrachten, das heißt, sie erfordert einige Wochen, damit sie von unten herauf beraten, propagiert und durchgeführt werden kann; 2. die Zentralkomitees Georgiens, Armeniens und Aserbaidshans sind anzuweisen, diesen Beschluss in die Tat umzusetzen.“

Ich setze mich mit Genossen Lenin schriftlich in Verbindung und schlage vor, sich damit nicht zu beeilen, abzuwarten, den lokalen Funktionären eine gewisse Spanne Zeit zu geben, damit sie die Föderation durchführen können. Ich schreibe ihm:

„Genosse Lenin. Gegen Ihre Resolution habe ich nichts einzuwenden, wenn Sie damit einverstanden sind, folgenden Abänderungsvorschlag anzunehmen: Anstatt der Worte: ‚erfordert einige Wochen, damit sie beraten‘, in Punkt 1 zu sagen: ‚erfordert eine gewisse Zeitspanne, damit sie beraten‘ usw. entsprechend Ihrer Resolution. Die Sache ist nämlich die, dass sich die Föderation in Georgien ‚von unten herauf‘, ‚durch die Sowjets‘, in ‚einigen Wochen‘ nicht ‚durchführen‘ lässt, da die Sowjets in Georgien erst im Aufbau begriffen sind. Ihr Aufbau ist noch nicht abgeschlossen. Vor einem Monat bestanden sie überhaupt noch nicht, und es ist undenkbar, dort in ‚einigen Wochen‘ einen Sowjetkongress einzuberufen - nun, eine Transkaukasische Föderation ohne Georgien würde aber eine Föderation auf dem Papier sein. Ich glaube, wir müssen 2 bis 3 Monate darauf verwenden, damit die Idee der Föderation in den breiten Massen Georgiens den Sieg davontrage. Stalin.“

Genosse Lenin antwortet: „Ich nehme diesen Abänderungsvorschlag an.“

Am Tage darauf wird dieser Vorschlag mit den Stimmen Lenins, Trotzki's, Kamenews, Molotows und Stalins angenommen. Sinowjew war nicht anwesend, er wurde von Molotow vertreten. Dieser Beschluss wurde Ende 1921 vom Politbüro, wie Sie sehen, einstimmig angenommen. Seit eben dieser Zeit kämpft eine Gruppe georgischer Kommunisten, mit

Mdiwani an der Spitze, gegen die Direktive des ZK über die Föderation. Sie sehen, Genossen, die Sache verhält sich nicht so, wie es Mdiwani hier geschildert hat. Ich führe dieses Dokument gegen die unanständigen Anspielungen an, die Mdiwani hier in Umlauf gesetzt hat. Die zweite Frage: Wodurch ist eigentlich die Tatsache zu erklären, dass eine Gruppe von Genossen, mit Mdiwani an der Spitze, vom Zentralkomitee der Partei abberufen wurde, welche Ursache liegt dem zugrunde? Hier gibt es zwei grundsätzliche und zugleich formale Ursachen. Ich bin verpflichtet, dies zu sagen, da Vorwürfe gegen das ZK und insbesondere gegen mich erhoben wurden.

Die erste Ursache besteht darin, dass die Gruppe Mdiwani keinen Einfluss in der eigenen georgischen Kommunistischen Partei genießt, dass sie von der Kommunistischen Partei Georgiens selbst abgelehnt wird. Diese Partei hatte zwei Parteitage: Anfang 1922 war der erste Parteitag, und Anfang 1923 war der zweite Parteitag. Auf beiden Parteitagen erhielt die Gruppe Mdiwani mit ihrer Idee, die Föderation abzulehnen, von ihrer eigenen Partei eine entschiedene Abfuhr. Auf dem ersten Parteitag hatte er von 122 Stimmen, glaube ich, etwa 18 Stimmen bekommen; auf dem zweiten Parteitag bekam er von 144 Stimmen etwa 20 Stimmen; er wurde beharrlich nicht in das ZK gewählt, sein Standpunkt wurde systematisch abgelehnt. Zum erstenmal übten wir im ZK Anfang 1922 einen Druck auf die Kommunistische Partei Georgiens aus und zwangen sie, entgegen dem Willen der Kommunistischen Partei Georgiens, die alten Genossen aufzunehmen (zweifelloso ist Mdiwani ein alter Genosse, auch Macharadse ist ein alter Genosse), da wir glaubten, dass beide Gruppen, die Mehrheit und die Minderheit, sich miteinander einarbeiten würden. In der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Parteitag fand jedoch eine Reihe von Konferenzen statt. Stadtkonferenzen und georgische Landeskonferenzen, wo die Gruppe Mdiwani jedesmal von ihrer Partei Nackenschläge bekam, und schließlich erhielt Mdiwani auf dem letzten Parteitag mit Mühe und Not 18 von 140 Stimmen.

Die Transkaukasische Föderation ist eine Organisation, die nicht nur Georgien, sondern Transkaukasien überhaupt angeht. Gewöhnlich tritt gleich nach dem georgischen Parteitag ein Parteitag ganz Transkaukasiens zusammen. Dort sehen wir dasselbe Bild. Auf dem letzten Parteitag ganz Transkaukasiens erhielt Mdiwani von 244 Stimmen, glaube ich, mit Mühe und Not etwa 10 Stimmen. Das sind die Tatsachen. Wie soll sich nun das Zentralkomitee der Partei angesichts einer solchen Sachlage verhalten, wenn die Partei, wenn die georgische Organisation selbst die Gruppe Mdiwani nicht ausstehen kann? Ich fasse unsere Politik in der nationalen Frage als Politik der Zugeständnisse an die nationalen Minderheiten und die nationalen Vorurteile auf. Diese Politik ist zweifellos richtig. Aber darf man denn dem Willen der Partei, in deren Rahmen die Gruppe Mdiwani zu arbeiten hat, endlos Gewalt antun? Meiner Meinung nach nicht. Im Gegenteil, man muss möglichst die eigenen Handlungen mit dem Willen der Partei in Georgien in Einklang bringen. So hat das ZK auch gehandelt, als es bestimmte Mitglieder dieser Gruppe abberief.

Die zweite Ursache, die das ZK zur Abberufung einiger Genossen dieser Gruppe veranlasst hat, besteht darin, dass sie durchweg gegen die Beschlüsse des ZK der KPR verstießen. Ich habe Ihnen bereits die Geschichte des Beschlusses über die Föderation dargelegt; ich habe bereits davon gesprochen, dass ohne dieses Organ der nationale Frieden unmöglich ist, dass es erst der Sowjetmacht in Transkaukasien, nach der Schaffung der Föderation, gelungen ist, den nationalen Frieden zu sichern. Darum waren wir im ZK der Meinung, dass dieser Beschluss unbedingt bindend ist. Was sehen wir indes? Die Gruppe Mdiwani fügt sich diesem Beschluss nicht, mehr noch: Sie kämpft gegen ihn. Das wurde sowohl durch die Kommission des Genossen Dzierzynski als auch durch die Kommission Kamenew-Kujbyschew festgestellt. Sogar jetzt, nach dem Beschluss des Märzplenums über Georgien, setzt Mdiwani den Kampf gegen die Föderation fort. Was ist das, wenn nicht eine Verhöhnung der Beschlüsse des ZK? Das sind die Umstände, die das ZK der Partei gezwungen haben, Mdiwani abberufen.

Mdiwani stellt die Sache so hin, als habe er, ungeachtet seiner Abberufung, dennoch gesiegt. Ich weiß nicht, was man dann als Niederlage bezeichnen soll. Übrigens ist bekannt, dass Don Quichotte seligen Angedenkens sich ebenfalls Sieger dünkte, als er von den Windmühlen arg zugerichtet wurde. Ich glaube, bei einigen Genossen, die auf einem gewissen Fleck des Sowjetterritoriums, genannt Georgien, arbeiten, ist im Oberstübchen offenbar nicht alles in Ordnung.

Ich gehe zu Genossen Macharadse über. Er hat hier erklärt, in der nationalen Frage ein alter Bolschewik aus Lenins Schule zu sein. Das stimmt nicht, Genossen. Im April 1917 kämpfte ich auf der Konferenz^[68] zusammen mit Genossen Lenin gegen Genossen Macharadse. Er war damals gegen die Selbstbestimmung der Nationen, gegen die Grundlage unseres Programms, gegen das Recht der Völker auf selbständige staatliche Existenz. Er verfocht diesen Standpunkt und kämpfte gegen die Partei. Dann hat er seine Auffassung geändert (was ihm natürlich Ehre macht), aber dennoch sollte er das nicht vergessen! Er ist gar kein alter Bolschewik in der nationalen Frage, sondern ein mehr oder weniger junger.

Genosse Macharadse richtete an mich die parlamentarische Anfrage, ob ich oder ob das ZK die Organisation der georgischen Kommunisten als wirkliche Organisation, der man Vertrauen entgegen bringen muss, anerkenne, und wenn das der Fall sei, ob das ZK dieser Organisation das Recht zuerkenne, Fragen aufzuwerfen und Vorschläge einzubringen. Wenn all das anerkannt werde, sei das ZK dann nicht der Meinung, dass das dort, in Georgien, aufgerichtete Regime unerträglich sei?

Ich will auf diese parlamentarische Anfrage antworten.

Natürlich bringt das ZK der Kommunistischen Partei Georgiens Vertrauen entgegen - wem sollte es sonst vertrauen?! Die Kommunistische Partei Georgiens - das ist das Mark, das sind die besten Elemente des georgischen Volkes, ohne die man Georgien nicht verwalten kann. Aber jede Organisation besteht aus einer Mehrheit und einer Minderheit. Wir haben keine einzige Organisation, in der es nicht eine Mehrheit und eine Minderheit gäbe. Und in der Praxis sehen wir, dass das ZK der Kommunistischen Partei Georgiens aus einer Mehrheit besteht, die die Parteilinie durchführt, und einer Minderheit, die nicht immer diese Linie durchführt. Es handelt sich offenbar um das Vertrauen zu einer Organisation, vertreten durch ihre Mehrheit.

Die zweite Frage ist: Haben die nationalen Zentralkomitees das Recht auf Initiative, das Recht, Fragen auf zuwerfen und Vorschläge einzubringen?

Selbstverständlich haben sie es - das ist klar. Es ist nur unbegreiflich, warum Genosse Macharadse uns nicht Tatsachen angeführt hat, die bewiesen hätten, dass das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Georgiens verhindert wird, Fragen aufzuwerfen, verhindert wird, Vorschläge einzubringen und über sie zu beraten? Ich kenne solche Tatsachen nicht. Ich denke, Genosse Macharadse wird dem ZK solche Materialien vorlegen, falls er überhaupt über sie verfügt.

Die dritte Frage: Dürfen wir das Regime zulassen, das in Georgien entstanden ist?

Leider wurde die Frage nicht konkretisiert - was für ein Regime? Wenn das Regime gemeint ist, unter dem die Sowjetregierung Georgiens in letzter Zeit die Adligen aus ihren Nestern, wie auch die Menschewiki und Konterrevolutionäre, hinauszuerwerfen begonnen hat, wenn dieses Regime gemeint ist, so stellt dieses Regime meiner Meinung nach nichts Schlechtes dar. Das ist unser Sowjetregime. Wenn gemeint ist, das Transkaukasische Regionalkomitee habe Bedingungen geschaffen, die für die Entwicklung der Kommunistischen Partei Georgiens unmöglich sind, so sind mir derartige Tatsachen nicht bekannt. Das ZK Georgiens, das auf dem letzten Parteitag der Kommunistischen Partei Georgiens mit einer Mehrheit von 110 Stimmen gegen 18 gewählt wurde, hat vor uns solche Fragen nicht aufgeworfen. Es arbeitet in vollem Kontakt mit dem Transkaukasischen Regionalkomitee unserer Partei. Wenn es eine kleine Gruppe gibt, eine Richtung, mit einem Wort, wenn es Parteimitglieder gibt, die mit dem Parteiregime unzufrieden sind - so müssen die entsprechenden Materialien dem ZK

unterbreitet werden. Dort, in Georgien, sind bereits zwei Kommissionen zur Überprüfung dieser Klagen gewesen, die eine war die Kommission Dzierzynski, die andere die Kommission Kamenew und Kujbyschew. Wenn es nötig ist, kann eine dritte Kommission eingesetzt werden.

Damit schließe ich den ersten Teil meines Schlussworts über die organisatorische Praxis des ZK während des letzten Jahres ab.

Ich komme jetzt zum zweiten Teil, zu den organisatorischen Vorschlägen des ZK, die dem Parteitag zur Begutachtung unterbreitet wurden. Soviel ich weiß, hat keiner der Redner zu einem der vom ZK unterbreiteten Vorschläge kritisch Stellung genommen. Ich fasse dies als Ausdruck völliger Solidarität mit den Vorschlägen des ZK auf, die wir Ihnen zur Begutachtung vorgelegt haben. Dessen ungeachtet möchte ich helfen und eine Reihe von Abänderungsanträgen einbringen. Ich werde diese Abänderungsanträge der Sektion unterbreiten, die auf Anregung des ZK geschaffen werden soll, nämlich der Organisationssektion, in der die Hauptarbeit auf der Parteilinie von Genossen Molotow und auf der Sowjetlinie von Genossen Dzierzynski geleitet werden soll.

Der erste Abänderungsantrag geht dahin, die Zahl der Kandidaten des ZK von fünf Personen auf mindestens 15 Personen zu erhöhen.

Der zweite Abänderungsantrag soll erreichen, dass der Festigung und Erweiterung der Registrierungs- und Verteilungsorgane sowohl in den Spitzen als auch in den unteren Gliederungen besondere Beachtung geschenkt wird, denn diese Organe gewinnen jetzt eine kolossale und erstrangige Bedeutung, sind sie doch das realste Mittel, alle Fäden der Wirtschaft und des Sowjetapparats in den Händen der Partei zu halten.

Der dritte Abänderungsantrag wird sich darauf beziehen, dass der Parteitag den Vorschlag auf Gründung einer Kreissekretärschule beim ZK bestätige, damit die Gouvernementskomitees zum Jahresende 200 bis 300 Kreissekretäre haben.

Der vierte Abänderungsantrag schließlich betrifft die Presse. Ich habe nichts Konkretes in dieser Hinsicht hinzuzufügen, möchte aber das Augenmerk des Parteitags besonders darauf lenken, dass die Presse auf die gebührende Höhe gehoben werden muss. Es geht mit ihr vorwärts, sie ist weit vorangekommen, aber noch nicht in dem Grade, wie es nötig ist. Die Presse soll von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde wachsen - sie ist die schärfste und stärkste Waffe unserer Partei.

Zum Schluss noch einige Worte über diesen Parteitag. Genossen! Ich muss sagen, dass ich schon lange einen so geschlossen dastehenden, von einer Idee beseelten Parteitag nicht gesehen habe. Ich bedaure, dass Genosse Lenin nicht hier ist. Wäre er hier, so könnte er sagen: „25 Jahre lang habe ich die Partei gehegt und gepflegt, habe sie groß und mächtig gemacht.“ (Lang anhaltender Beifall.)

3. REFERAT ÜBER DIE NATIONALEN MOMENTE IM PARTEI- UND STAATSAUFBAU

23. April

Genossen! Seit der Oktoberrevolution behandeln wir die nationale Frage zum dritten Mal: das erste Mal auf dem VIII. Parteitag, das zweite Mal auf dem X. und das dritte Mal auf dem XII. Parteitag. Ist das nicht ein Zeichen dafür, dass sich in unseren Anschauungen über die nationale Frage manches prinzipiell geändert hat? Nein, unser prinzipieller Standpunkt in der nationalen Frage ist derselbe geblieben, der er vor und nach dem Oktober war. Aber die internationale Lage hat sich seit dem X. Parteitag geändert, insofern, als jene gewichtigen Reserven der Revolution, die die Länder des Ostens heutzutage darstellen, ein stärkeres Gewicht erhalten haben. Das zum ersten. Zweitens hat unsere Partei seit dem X. Parteitag in der inneren Lage durch die NÖP ebenfalls einige Veränderungen erfahren. Es gilt nun, alle diese neuen Faktoren zu berücksichtigen, die Bilanz aus ihnen zu ziehen. In diesem Sinne eben kann davon gesprochen werden, dass die nationale Frage auf dem XII. Parteitag auf neue Weise behandelt wird.

Die internationale Bedeutung der nationalen Frage. Es ist Ihnen bekannt, Genossen, dass wir, als Sowjetföderation, jetzt durch die Fügung der historischen Geschehnisse den Vortrupp der Weltrevolution darstellen. Es ist Ihnen bekannt, dass wir zum erstenmal die kapitalistische Gesamtfrente durchbrochen haben und durch die Fügung der Geschehnisse an der Spitze aller marschieren. Es ist Ihnen bekannt, dass wir bei unserem Vormarsch Warschau erreicht hatten, uns aber dann zurückzogen und in Stellungen befestigten, die wir für die solidesten hielten. Seit diesem Zeitpunkt sind wir zur NÖP übergegangen, und seit diesem Zeitpunkt haben wir auch die Verlangsamung des Tempos der internationalen revolutionären Bewegung in Rechnung gestellt, seit diesem Zeitpunkt ist unsere Politik nicht mehr offensiv, sondern hat defensiven Charakter angenommen. Weiter vorstoßen, nachdem wir vor Warschau einen Misserfolg erlitten hatten (wir wollen die Wahrheit nicht verhehlen), weiter vorstoßen konnten wir nicht, denn wir liefen Gefahr, uns vom Hinterland zu lösen - dies aber besteht bei uns aus Bauern -, und schließlich liefen wir Gefahr, jenen Reserven der Revolution, die uns durch die Fügung der Geschehnisse gegeben sind, den Reserven im Westen und im Osten allzu weit voranzueilen. Das ist der Grund, warum wir innenpolitisch die Wendung zur NÖP und außenpolitisch die Wendung zu einem verlangsamten Vormarsch vornahmen, als wir erkannt hatten, dass es gilt, Atem zu holen, unsere Wunden, die Wunden des Vortrupps, des Proletariats, zu heilen, den Kontakt mit dem bäuerlichen Hinterland herzustellen, weiter unter den Reserven zu arbeiten, die hinter uns zurückgeblieben sind - den westlichen Reserven und den gewichtigen Reserven des Ostens, die das wichtigste Hinterland des Weltkapitalismus bilden. Eben um diese Reserven, die gewichtigen Reserven des Ostens, die zugleich das Hinterland des Weltimperialismus bilden, handelt es sich bei der Erörterung der nationalen Frage.

Eins von beiden: Entweder rütteln wir das tiefe Hinterland des Imperialismus - die kolonialen und halbkolonialen Länder des Ostens - auf, revolutionieren es und beschleunigen dadurch den Zusammenbruch des Imperialismus, oder wir versagen hier und stärken dadurch den Imperialismus, schwächen die Kraft unserer Bewegung. So ist es um die Frage bestellt.

Es handelt sich darum, dass der ganze Osten in unserer Union der Republiken ein Versuchsfeld sieht. Entweder gelangen wir im Rahmen dieser Union zu einer richtigen praktischen Lösung der nationalen Frage, entweder stellen wir hier, im Rahmen dieser Union, wirklich brüderliche Beziehungen zwischen den Völkern, eine wirkliche Zusammenarbeit her - und dann wird der ganze Osten sehen, dass er in Gestalt unserer Föderation ein Banner der Befreiung, einen Vortrupp besitzt, dem er folgen muss, und das wird der Beginn des Zusammenbruchs des Weltimperialismus sein. Oder wir begehen hier einen Fehler,

untergraben das Vertrauen der ehemals unterjochten Völker zum Proletariat Rußlands, nehmen der Union der Republiken die Anziehungskraft, die sie im Osten besitzt - und dann wird der Imperialismus gewinnen, dann werden wir verlieren.

Darin besteht die internationale Bedeutung der nationalen Frage.

Die nationale Frage ist für uns auch vom Standpunkt der inneren Lage von Bedeutung, nicht nur, weil die ehemalige Herrschernation zahlenmäßig etwa 75 Millionen Menschen zählt, während die übrigen Nationen 65 Millionen umfassen (das ist immerhin nicht wenig), und nicht nur, weil die ehemals unterdrückten Nationalitäten die für die wirtschaftliche Entwicklung unentbehrlichsten Gebiete und die vom Standpunkt der militärischen Strategie wichtigsten Gegenden besiedeln, sondern vor allem, weil wir in diesen zwei Jahren die sogenannte NÖP eingeführt haben, und im Zusammenhang damit der großrussische Nationalismus zu wachsen, zu erstarken begonnen hat, die Idee der Smena-Weck aufgekommen ist und der Wunsch auftritt, auf friedlichem Wege das zustande zu bringen, was Denikin nicht zustande zu bringen vermochte, das heißt das sogenannte „Einheitliche und Unteilbare“ zu schaffen.

So kommt im Zusammenhang mit der NÖP im inneren Leben unseres Landes eine neue Kraft auf: der großrussische Chauvinismus, der in unseren Institutionen nistet, der nicht nur in die Sowjet-, sondern auch in die Parteiinstitutionen eindringt, der an allen Ecken und Enden unserer Föderation spukt und dazu führt, dass wir, wenn wir dieser neuen Kraft nicht entschieden entgegentreten, wenn wir sie nicht an der Wurzel treffen - die Verhältnisse der NÖP züchten sie aber heran -, dass wir dann Gefahr laufen, uns vor die Tatsache eines Bruchs zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation und den Bauern der ehemals unterdrückten Nationen gestellt zu sehen, was einer Unterhöhnung der Diktatur des Proletariats gleichkäme.

Aber die NÖP züchtet nicht allein den großrussischen Chauvinismus, sie züchtet auch den lokalen Chauvinismus, besonders in denjenigen Republiken, die von mehreren Nationalitäten bewohnt sind. Ich denke an Georgien, Aserbaidshan, Buchara, teilweise auch an Turkestan, wo wir mehrere Nationalitäten haben, deren fortgeschrittene Elemente womöglich bald untereinander um die Vorrangstellung zu konkurrieren beginnen werden. Dieser lokale Chauvinismus stellt seiner Stärke nach natürlich keine solche Gefahr dar wie der großrussische Chauvinismus. Aber er bedeutet trotzdem eine Gefahr und droht, gewisse Republiken in einen Schauplatz nationaler Händel zu verwandeln und die Bande des Internationalismus dort zu lockern.

Das sind die internationalen und innerpolitischen Gründe, die davon zeugen, welche wichtige, erstrangige Bedeutung die nationale Frage überhaupt und im gegenwärtigen Moment im besonderen hat.

Worin besteht das Klassenwesen der nationalen Frage? Das Klassenwesen der nationalen Frage besteht angesichts der gegenwärtigen sowjetischen Entwicklung in der Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation und der Bauernschaft der ehemals unterdrückten Nationalitäten. Die Frage des Zusammenschlusses von Proletariat und Bauernschaft wurde hier genug und übergenug erörtert, doch hatte man, als man auf Grund der Referate Kamenews, Kalinins, Sokolnikows, Rykows und Trotzki die Frage des Zusammenschlusses erörterte, hauptsächlich das Verhältnis des russischen Proletariats zur russischen Bauernschaft im Auge. Hier, auf nationalem Gebiet, haben wir es mit einem komplizierteren Getriebe zu tun. Hier handelt es sich um die Herstellung richtiger Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation, das die kulturell am höchsten stehende Schicht des Proletariats unserer gesamten Föderation darstellt, und der Bauernschaft, vorwiegend der Bauernschaft der ehemals unterdrückten Nationalitäten. Darin besteht das Klassenwesen der nationalen Frage. Gelingt es dem Proletariat, zu der Bauernschaft der anderen Nationalitäten Beziehungen herzustellen, die sämtliche Überreste des Misstrauens gegenüber allem, was

russisch ist, aus der Welt zu schaffen vermögen, eines Misstrauens, das jahrzehntlang durch die Politik des Zarismus gezüchtet und aufgepfropft wurde, gelingt es dem russischen Proletariat darüber hinaus, zu einem vollen gegenseitigen Verständnis und Vertrauen zu gelangen, ein wirkliches Bündnis nicht nur zwischen dem Proletariat und der russischen Bauernschaft, sondern auch zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft der ehemals unterdrückten Nationalitäten herzustellen - dann wird die Aufgabe gelöst sein. Dazu ist es notwendig, dass die Bauernschaft der anderen Nationalitäten die proletarische Staatsmacht ebenso als ihre eigene Staatsmacht betrachtet wie die russische Bauernschaft. Damit die Sowjetmacht auch von der Bauernschaft der anderen Nationalitäten als eigene Staatsmacht empfunden wird, ist es notwendig, dass sie ihr verständlich ist, dass sie ihre Tätigkeit in deren Muttersprache ausübt, dass in den Schulen und Regierungsorganen Einheimische tätig sind, die die Sprache, die Sitten und Gebräuche sowie die Lebensweise der nichtrussischen Nationalitäten kennen. Die Sowjetmacht, die bis in die letzte Zeit hinein eine russische Staatsmacht war, wird nur dann und nur insoweit nicht bloß eine russische, sondern eine alle Nationen erfassende Staatsmacht sein, von den Bauern der ehemals unterdrückten Nationalitäten als eigene Staatsmacht empfunden werden, wenn man in den Institutionen und Regierungsorganen dieser Republiken dazu übergeht, die Muttersprache der einheimischen Bevölkerung zu sprechen und in dieser Sprache zu arbeiten.

Das ist eine der Grundlagen der nationalen Frage überhaupt und unter Sowjetverhältnissen im besonderen.

Wodurch ist die Lösung der nationalen Frage gegenwärtig, im Jahre 1923, gekennzeichnet? Welche Form haben die Fragen, die auf nationalem Gebiet Lösung heischen, im Jahre 1923 angenommen? Die Form eines Zusammenwirkens zwischen den Völkern unserer Föderation auf wirtschaftlichem Gebiet, auf militärischem Gebiet, auf politischem Gebiet. Ich habe die Beziehungen zwischen den Nationalitäten im Auge. Die nationale Frage, der die Aufgabe zugrunde liegt, richtige Beziehungen zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation und der Bauernschaft der anderen Nationalitäten herzustellen, nimmt gegenwärtig eine besondere Form an, die Form des Zusammenwirkens und des brüderlichen Zusammenlebens früher voneinander getrennter, jetzt aber im Rahmen eines einheitlichen Staates vereinigter Völker.

Das ist der Kern der nationalen Frage in der Form, die sie im Jahre 1923 angenommen hat.

Die konkrete Form dieser staatlichen Vereinigung ist die Union der Republiken, von der wir bereits Ende des vorigen Jahres auf dem Sowjetkongress sprachen und die wir damals gegründet haben.

Die Grundlage dieser Union ist die Freiwilligkeit und die rechtliche Gleichheit der Mitglieder der Union. Freiwilligkeit und Gleichheit deshalb - weil den Ausgangspunkt unseres nationalen Programms der Punkt über das Recht der Nationen auf selbständige staatliche Existenz bildet, das, was man früher Selbstbestimmungsrecht nannte. Davon ausgehend, müssen wir klipp und klar aussprechen, dass keine Union der Völker, keine Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen Staat von Dauer sein kann, wenn sie nicht auf völliger Freiwilligkeit beruht, wenn sich die Völker nicht selbst vereinigen wollen. Die zweite Grundlage ist die rechtliche Gleichheit der Völker, die der Union beitreten. Auch das ist begreiflich. Ich spreche nicht von faktischer Gleichheit, davon werde ich später reden, denn die Herstellung der faktischen Gleichheit zwischen den vorgeschrittenen Nationen und den rückständigen Nationen ist eine sehr komplizierte, sehr schwierige Sache, die eine Reihe von Jahren erfordert. Ich spreche hier von der rechtlichen Gleichheit. Die Gleichheit kommt hier darin zum Ausdruck, dass alle Republiken, die der Union angehören, im vorliegenden Falle die vier Republiken: Transkaukasien, Bjelorußland, die Ukraine und die RSFSR, in gleichem Maße der Segnungen der Union teilhaftig werden und zugleich in gleichem Maße auf einige ihrer Unabhängigkeitsrechte zugunsten der Union verzichten. Wenn die RSFSR, die Ukraine, Bjelorußland, die Transkaukasische Republik keine Volkskommissariate für Auswärtige

Angelegenheiten haben werden, dann ist es klar, dass durch die Abschaffung dieser Volkskommissariate und durch die Bildung eines für die Union der Republiken gemeinsamen Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten eine gewisse Beschränkung der Unabhängigkeit erfolgen wird, die diese Republiken besaßen und die nun gleichmäßig für alle zur Union gehörenden Republiken eingeschränkt wird. Wenn diese Republiken früher eigene Volkskommissariate für Außenhandel besaßen, und wenn diese Volkskommissariate jetzt sowohl in der RSFSR als auch in den anderen Republiken zugunsten eines gemeinsamen Außenhandelskommissariats der Union der Republiken abgeschafft werden, so ist es klar, dass auch hier eine gewisse Beschränkung der Unabhängigkeit erfolgt, die früher vollständig war und die jetzt zugunsten der gemeinsamen Union vermindert worden ist, usw. usw. Manche stellen die rein scholastische Frage: Wie ist es, bleiben die Republiken nach der Vereinigung unabhängig? Das ist eine scholastische Frage. Ihre Unabhängigkeit wird beschränkt, denn jede Vereinigung bedeutet eine gewisse Beschränkung der vorher bestehenden Rechte derer, die sich vereinigt haben. Aber die grundlegenden Elemente der Unabhängigkeit bleiben fraglos für jede Republik erhalten, hat doch jede Republik das Recht auf einseitigen Austritt aus der Union.

Die nationale Frage in ihrer konkreten Form läuft also in unseren gegenwärtigen Verhältnissen auf die Herbeiführung des wirtschaftlichen, außenpolitischen und militärischen Zusammenwirkens der Völker hinaus. Auf diesen Gebieten müssen wir diese Republiken zu einem einheitlichen Bund vereinigen, der den Namen UdSSR trägt. Darauf läuft gegenwärtig die nationale Frage in ihren konkreten Formen hinaus.

Jedoch ist das leichter gesagt als getan. Die Sache ist die, dass wir es in unserer Lage nicht nur mit einer ganzen Reihe von Faktoren zu tun haben, die die Vereinigung der Völker zu einem Staat fördern, sondern auch mit solchen, die diese Vereinigung hemmen.

Die fördernden Faktoren sind Ihnen bekannt: Vor allem die wirtschaftliche Annäherung der Völker, die bereits vor der Sowjetmacht herbeigeführt und durch die Sowjetmacht gefestigt wurde, eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den Völkern, die bereits vor uns bestand und durch uns, durch die Sowjetmacht, verstärkt wurde - das ist der Hauptfaktor, der die Vereinigung der Republiken zur Union fördert. Als zweiter Faktor, der die Vereinigung fördert, ist die Natur der Sowjetmacht anzusehen. Das ist begreiflich. Die Sowjetmacht ist die Macht der Arbeiter, die Diktatur des Proletariats, die ihrer Natur nach die werktätigen Elemente der zur Union gehörenden Republiken und Völker geneigt macht, sich freundschaftlich aufeinander einzustellen. Das ist begreiflich. Und der dritte Faktor, der die Vereinigung fördert, ist die imperialistische Umwelt, die das Milieu bildet, in dem die Union der Republiken zu handeln hat.

Es gibt aber auch Faktoren, die diese Vereinigung hindern, die diese Vereinigung hemmen. Die hauptsächliche Kraft, die den Zusammenschluss der Republiken zu einem einheitlichen Bund hemmt, ist eine Kraft, die, wie ich schon ausführte, unter den Verhältnissen der NÖP in unserem Lande heranwächst: der großrussische Chauvinismus. Es ist durchaus kein Zufall, Genossen, dass die Smena-Wech-Leute unter bürokratischen Sowjetfunktionären eine Masse von Anhängern gewonnen haben. Das ist durchaus kein Zufall. Es ist auch kein Zufall, dass die Smena-Wech-Herren die Kommunisten, die Bolschewiki loben, als wollten sie ihnen sagen: Redet von Bolschewismus, soviel euch beliebt, schwatzt über eure internationalistischen Tendenzen, soviel euch beliebt, wir aber wissen ja, dass ihr das, was Denikin nicht zustande zu bringen vermochte, zustande bringen werdet, dass ihr Bolschewiki der russischen Großmachtidee wieder zu Ehren verholphen habt oder jedenfalls verhelfen werdet. Das alles ist kein Zufall. Es ist auch kein Zufall, dass diese Idee sogar in manche unserer Parteiinstitutionen eingedrungen ist. Ich war Zeuge, wie auf dem Februarplenium, wo die Frage einer zweiten Kammer zum erstenmal angeschnitten wurde, innerhalb des ZK Äußerungen fielen, die mit dem Kommunismus nicht in Einklang zu bringen sind, Äußerungen, die mit Internationalismus nichts gemein haben. Das alles sind Zeichen der Zeit,

das alles ist eine Seuche. Die Hauptgefahr, die hieraus entspringt, besteht darin, dass bei uns jeden Tag, ja jede Stunde im Zusammenhang mit der NÖP der Großmachtchauvinismus wächst, der alles Nichtrussische auszulöschen, alle Fäden der Verwaltung um das russische Element herum zusammenzufassen und das Nichtrussische niederzudrücken strebt. Die Hauptgefahr besteht darin, dass wir bei einer derartigen Politik Gefahr laufen, das Vertrauen zu verlieren, das die ehemals unterdrückten Völker zu den russischen Proletariern in den Oktobertagen gefasst haben, als die russischen Proletarier die Gutsbesitzer, die russischen Kapitalisten stürzten, als sie das nationale Joch in Rußland zerschlugen, die Truppen aus Persien und der Mongolei zurückzogen, die Unabhängigkeit Finnlands und Armeniens proklamierten und überhaupt die nationale Frage auf eine völlig neue Basis stellten. Das Vertrauen, das wir damals erworben haben, können wir bis auf den letzten Rest verlieren, wenn wir nicht alle gewappnet gegen diesen neuen, wie gesagt, großrussischen Chauvinismus vorgehen, der schleichend um sich greift, Tropfen um Tropfen in Ohren und Augen eindringt und Schritt um Schritt unsere Funktionäre zersetzt. Dieser Gefahr, Genossen, müssen wir um jeden Preis vollständig Herr werden, denn sonst droht uns die Perspektive, dass wir das Vertrauen der Arbeiter und Bauern der ehemals unterdrückten Völker verlieren, droht uns die Perspektive, dass die Bande zwischen diesen Völkern und dem russischen Proletariat reißen, und damit droht uns die Gefahr, dass wir das Entstehen eines Risses im System unserer Diktatur zulassen.

Vergessen Sie nicht, Genossen, wenn wir mit entrollten Fahnen gegen Kerenski marschieren und die Provisorische Regierung stürzen konnten, so unter anderem deshalb, weil wir das Vertrauen der unterdrückten Völker, die von den russischen Proletariern ihre Befreiung erwarteten, auf unserer Seite wussten. Vergessen Sie nicht solche Reserven wie die unterdrückten Völker, die schweigen, aber durch ihr Schweigen einen Druck ausüben und vieles entscheiden. Häufig spürt man das nicht, aber diese Völker leben, sie sind da, und sie dürfen nicht vergessen werden. Vergessen Sie nicht: Hätten wir nicht im Rücken von Koltshak, Denikin, Wrangel und Judenitsch die so genannten „Fremdstämmigen“ gehabt, hätten wir nicht die ehemals unterdrückten Völker gehabt, die durch ihre stillschweigende Sympathie für die russischen Proletarier das Hinterland dieser Generale zermürbten - Genossen, das ist ein besonderer Faktor in unserer Entwicklung: die stillschweigende Sympathie, niemand sieht sie und niemand bemerkt sie, aber sie entscheidet alles -, wäre diese Sympathie nicht gewesen, so hätten wir keinem einzigen dieser Generale das Genick gebrochen. Während wir gegen sie marschierten, begann in ihrem Rücken die Auflösung. Weshalb? Weil sich diese Generale auf die kosakischen Kolonisatorenelemente stützten, weil die unterdrückten Völker von ihnen nichts als weitere Unterdrückung zu erwarten hatten und sich genötigt sahen, in unseren Armen Zuflucht zu suchen, während wir die Fahne der Befreiung dieser unterdrückten Völker entrollten. Das war es, was das Schicksal dieser Generale entschied, das ist die Summe der Faktoren, die durch die Erfolge unserer Armeen überschattet werden, die aber schließlich alles entschieden haben. Das darf nicht vergessen werden. Deshalb sind wir verpflichtet, eine schroffe Wendung vorzunehmen und gegen die neuen chauvinistischen Stimmungen anzukämpfen, sind wir verpflichtet, die Bürokraten in unseren Institutionen und jene Parteigenossen an den Pranger zu stellen, die vergessen, was wir im Oktober errungen haben, nämlich das Vertrauen der ehemals unterdrückten Völker, ein Vertrauen, das uns am Herzen liegen muss.

Es gilt zu begreifen: Wenn eine Kraft wie der großrussische Chauvinismus ins Kraut schießt und anfängt, sich breit zu machen, dann werden die ehemals unterdrückten Völker kein Vertrauen mehr zu uns haben, dann werden wir keine Zusammenarbeit in einem einheitlichen Bund zustande bringen, und dann werden wir keine Union der Republiken mehr haben.

Das ist der erste und gefährlichste Faktor, der das Werk der Vereinigung der Völker und Republiken zu einem einheitlichen Bund hemmt.

Der zweite Faktor, Genossen, der der Vereinigung der ehemals unterdrückten Völker um das russische Proletariat ebenfalls hinderlich ist, ist die faktische Ungleichheit der Nationen, die wir von Zarismus geerbt haben.

Die rechtliche Gleichheit haben wir proklamiert, und wir führen sie durch, aber von der rechtlichen Gleichheit, die in der Entwicklungsgeschichte der Sowjetrepubliken selbstverständlich außerordentliche Bedeutung hat, ist es immerhin noch weit bis zur faktischen Gleichheit. Alle rückständigen Nationalitäten und Völker haben formal dieselben Rechte wie alle übrigen, vorangeschrittenen Nationen unserer Föderation. Das Unglück ist aber, dass einige Nationalitäten keine eigenen Proletarier aufzuweisen haben, keine industrielle Entwicklung durchgemacht haben, dass sie in diese nicht einmal eingetreten und in kultureller Hinsicht schrecklich zurückgeblieben sind, dass sie völlig außerstande sind, von den Rechten Gebrauch zu machen, die ihnen die Revolution gegeben hat. Genossen, das ist eine wichtigere Frage als die Schulfrage. Manche unserer Genossen glauben da, man brauche nur die Frage der Schulen und der Sprache in den Vordergrund zu rücken, und man könne damit den Knoten schon durchhauen. Das stimmt nicht, Genossen, mit den Schulen kommt man hier nicht weit, die Schulen entwickeln sich, die Sprache entwickelt sich ebenfalls, aber die faktische Ungleichheit bleibt die Grundlage aller Unzufriedenheit und aller Reibungen. Darüber kommt man mit Schulen und Sprache nicht hinweg, hier bedarf es unserer wirklichen, systematischen, aufrichtigen, tatsächlichen proletarischen Hilfe für die werktätigen Massen der kulturell und wirtschaftlich zurückgebliebenen Nationalitäten. Das Proletariat Rußlands muss, abgesehen von Schule und Sprache, alle Maßnahmen treffen, damit in den Randgebieten, in den kulturell zurückgebliebenen Republiken - zurückgeblieben aber sind sie nicht durch ihre eigene Schuld, sondern weil sie früher als bloße Rohstoffquellen betrachtet wurden -, damit in diesen Republiken Industriestätten errichtet werden. Gewisse Versuche in dieser Richtung sind unternommen worden. Georgien hat eine Fabrik von Moskau übernommen, und sie wird wohl in Kürze zu arbeiten beginnen. Buchara hat eine Fabrik übernommen, hätte aber vier Fabriken übernehmen können. Turkestan übernimmt eine große Fabrik; somit sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, dass diese Republiken, die in wirtschaftlicher Hinsicht zurückgeblieben sind und kein Proletariat besitzen, mit Hilfe des russischen Proletariats eigene Industriestätten schaffen, und seien es auch nur kleine, damit in diesen Industriestätten Gruppen von einheimischen Proletariern entstehen, die als Verbindungsbrücke von den russischen Proletariern und Bauern zu den werktätigen Massen dieser Republiken dienen können. Auf diesem Gebiet werden wir eben gründlich arbeiten müssen, das lässt sich mit Schulen allein nicht abmachen.

Es gibt aber noch einen dritten Faktor, der die Vereinigung der Republiken zu einem Bund hemmt - das ist der Nationalismus in den einzelnen Republiken. Die NÖP wirkt nicht nur auf die russische Bevölkerung, sondern auch auf die nichtrussische ein. Die NÖP entwickelt den privaten Handel und die private Industrie nicht nur im Zentrum Rußlands, sondern auch in den einzelnen Republiken. Eben diese NÖP und das mit ihr verbundene Privatkapital nähren und züchten den georgischen, den aserbaidshanischen, den usbekischen und sonstigen Nationalismus. Gewiss, gäbe es keinen großrussischen Chauvinismus, der sich offensiv betätigt, weil er stark ist, weil er auch früher stark war und weil er die Angewohnheiten des Unterdrückens und Niederhaltens beibehalten hat - gäbe es keinen großrussischen Chauvinismus, dann würde es vielleicht auch den lokalen Chauvinismus, der die Antwort auf den großrussischen Chauvinismus ist, sozusagen nur in minimaler, in Miniaturform geben, denn der antirussische Nationalismus ist in letzter Instanz eine Form der Abwehr, eine gewisse, verzerrte Form der Abwehr gegen den großrussischen Nationalismus, gegen den großrussischen Chauvinismus. Wenn dieser Nationalismus lediglich defensiv wäre, brauchte man seinetwegen noch keinen Lärm zu schlagen. Man könnte die ganze Kraft unseres Handelns und die ganze Kraft unseres Kampfes gegen den großrussischen Chauvinismus konzentrieren, in der Hoffnung, dass mit der Niederzwingung dieses starken Feindes zugleich

auch der antirussische Nationalismus niedergezwungen wird, denn er, dieser Nationalismus, ist, wie gesagt, in letzter Instanz eine Reaktion auf den großrussischen Nationalismus, eine Antwort auf ihn, eine bestimmte Abwehr. Ja, so stünde es, wenn der lokale antirussische Nationalismus nicht über eine Reaktion auf den großrussischen Nationalismus hinausginge. Das Unglück ist aber, dass sich dieser defensive Nationalismus in einigen Republiken in einen offensiven Nationalismus verwandelt.

Nehmen wir Georgien. Dort besteht die Bevölkerung zu mehr als 30 Prozent aus Nichtgeorgiern, darunter Armeniern, Abchasen, Adsharen, Osseten, Tataren. An der Spitze stehen die Georgier. Bei einem Teil der georgischen Kommunisten entsprang und entwickelt sich die Idee, auf diese kleinen Nationalitäten brauche man keine besondere Rücksicht zu nehmen: sie seien ja weniger kultiviert, weniger entwickelt, deshalb brauche man auf sie auch keine Rücksicht zu nehmen. Das ist Chauvinismus, ein schädlicher und gefährlicher Chauvinismus, denn er kann die kleine Georgische Republik in einen Schauplatz der Zwistigkeiten verwandeln und hat sie übrigens schon in einen solchen Schauplatz verwandelt.

Aserbaidshan. Die Hauptnationalität ist die aserbaidshanische, aber es gibt dort auch Armenier. Bei einem Teil der Aserbaidshaner besteht ebenfalls eine derartige, manchmal ganz unverhüllte Tendenz, die dahin geht: Wir, nämlich die Aserbaidshaner, sind eben die Urbevölkerung, die andern dagegen, die Armenier, sind zugewandert, da könnte man sie doch ein wenig in den Hintergrund drängen, ihre Interessen unberücksichtigt lassen. Das ist ebenfalls Chauvinismus. Das untergräbt jene Gleichheit der Nationalitäten, auf deren Grundlage die Sowjetmacht aufgebaut wird.

Buchara. Dort, in Buchara, gibt es drei Nationalitäten: die Usbeken als Hauptnationalität, die Turkmenen, eine vom Standpunkt des bucharischen Chauvinismus aus „minder wichtige“ Nationalität, und die Kirgisen. Ihrer gibt es dort wenige, und sie sollen „minder wichtig“ sein.

In Choresm das gleiche: Turkmenen und Usbeken. Die Usbeken als Hauptnationalität, die Turkmenen aber „minder wichtig“.

All das führt zu Konflikten, zur Schwächung der Sowjetmacht. Diese Tendenz zum lokalen Chauvinismus muss gleichfalls mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Gewiss, im Vergleich zum großrussischen Chauvinismus, der im Gesamtsystem der nationalen Frage drei Viertel des Ganzen ausmacht, ist der lokale Chauvinismus weniger von Belang, aber für die lokale Arbeit, für die einheimische Bevölkerung, für die friedliche Entwicklung der nationalen Republiken ist dieser Chauvinismus von größter Bedeutung.

Dieser Chauvinismus macht mitunter eine sehr interessante Evolution durch. Ich denke an Transkaukasien. Sie wissen, dass Transkaukasien aus drei Republiken besteht, die zehn Nationalitäten umfassen. Transkaukasien war von jeher ein Schauplatz der Metzeleien und der Zwietracht, und später, unter dem Menschewismus und den Daschnaken, war es ein Schauplatz des Krieges. Sie kennen den georgisch-armenischen Krieg. Die Metzeleien Anfang und Ende 1905 in Aserbaidshan sind Ihnen gleichfalls bekannt. Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe von Rayons aufzählen, wo die armenische Mehrheit den ganzen übrigen, aus Tataren bestehenden Teil der Bevölkerung niedergemetzelt hat, zum Beispiel Sangesur. Ich kann auf eine andere Provinz, Nachitschewan, verweisen. Dort überwogen die Tataren, und sie haben alle Armenier niedergemetzelt. Das war gerade vor der Befreiung Armeniens und Georgiens vom Joch des Imperialismus. (Zwischenruf: „Die haben die nationale Frage auf ihre Art gelöst.“) Das ist natürlich auch eine Form, die nationale Frage zu lösen. Aber das ist nicht die sowjetische Form, sie zu lösen. Mit dieser Atmosphäre gegenseitiger nationaler Feindschaft haben die russischen Arbeiter natürlich nichts zu tun, denn da befehlen sich Tataren und Armenier, ohne die Russen. Deshalb bedarf es in Transkaukasien eines speziellen Organs, das die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Nationalitäten zu regeln vermag.

Man kann ohne weiteres sagen, dass die gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation und den Werktätigen aller übrigen Nationalitäten drei Viertel

der gesamten nationalen Frage ausmachen. Ein Viertel dieser Frage jedoch entfällt auf die Beziehungen zwischen den ehemals unterdrückten Nationalitäten selbst.

Hätte nun die Sowjetmacht in dieser Atmosphäre gegenseitigen Misstrauens in Transkaukasien kein Organ des nationalen Friedens zu schaffen vermocht, das imstande ist, die Reibungen und Konflikte beizulegen, so wären wir zu den Zeiten des Zarismus oder zu der Zeit der Daschnaken, der Mussawatisten, der Menschewiki zurückgekehrt, da die Leute einander das Dach über dem Kopf anzündeten und einander niedermetzelten. Deshalb hat das Zentralkomitee auch dreimal die Notwendigkeit bestätigt, die Transkaukasische Föderation als ein Organ des nationalen Friedens aufrechtzuerhalten.

Es gibt bei uns nach wie vor eine Gruppe georgischer Kommunisten, die zwar nicht dagegen ist, dass sich Georgien mit der Union der Republiken vereinigt, wohl aber dagegen, dass diese Vereinigung über die Transkaukasische Föderation erfolgt. Sie möchten, sehen Sie wohl, enger mit der Union verbunden sein und meinen, man brauche zwischen ihnen, den Georgiern, und der Union der Republiken keine Zwischenwand in Gestalt der Transkaukasischen Föderation, man brauche keine Föderation. Das scheint sehr revolutionär zu klingen.

Aber hier liegt eine andere Absicht vor. Erstens zeugen diese Erklärungen davon, dass in Georgien das Verhältnis zu den Russen in der nationalen Frage eine untergeordnete Rolle spielt, denn diese Genossen Abweichler (so pflegt man sie zu nennen) haben nichts gegen eine direkte Vereinigung Georgiens mit der Union, das heißt, sie fürchten nicht den großrussischen Chauvinismus, weil sie meinen, er sei so oder so an der Wurzel getroffen oder habe keine entscheidende Bedeutung. Augenscheinlich fürchten sie die Föderation Transkaukasiens mehr. Warum? Warum sollen die drei wichtigsten Völker, die in Transkaukasien leben und die sich so lange Zeit miteinander geschlagen, einander niedergemetzelt, einander bekriegt haben - warum sollen diese Völker jetzt, da die Sowjetmacht endlich Bande des brüderlichen Bündnisses zwischen ihnen in Gestalt der Föderation geschlungen hat, da diese Föderation positive Ergebnisse gezeitigt hat, warum sollen sie jetzt diese föderativen Bande zerreißen? Worum geht es, Genossen?

Es geht darum, dass Georgien durch die Bande der Transkaukasischen Föderation jener teilweise privilegierten Stellung verlustig geht, die es auf Grund seiner geographischen Lage einnehmen könnte. Urteilen Sie selbst: Georgien hat einen eigenen Hafen, Batum, durch den Waren aus dem Westen kommen; Georgien hat einen Eisenbahnknotenpunkt wie Tiflis, den die Armenier nicht umgehen können, den Aserbaidshan, das seine Waren aus Batum erhält, nicht umgehen kann. Wenn Georgien eine Republik für sich wäre, wenn es nicht zur Transkaukasischen Föderation gehörte, könnte es gewissermaßen ein kleines Ultimatum richten sowohl an Armenien, das ohne Tiflis nicht auskommen kann, als auch an Aserbaidshan, das ohne Batum nicht auskommen kann. Daraus würden sich für Georgien gewisse Vorteile ergeben. Es ist kein Zufall, dass gerade in Georgien das allen bekannte, ungeheuerliche Dekret über die Grenzkordons ausgearbeitet wurde. Jetzt sucht man die Schuld daran auf Serebrjakow abzuwälzen. Angenommen, dem sei so. Aber das Dekret wurde doch in Georgien und nicht in Aserbaidshan oder Armenien ausgeheckt.

Ferner gibt es noch einen anderen Grund. Tiflis ist die Hauptstadt Georgiens, aber Georgier gibt es in Tiflis nicht mehr als 30 Prozent, Armenier nicht weniger als 35 Prozent, dann kommen alle übrigen Nationalitäten. So sieht es also in der Hauptstadt Georgiens aus. Wäre Georgien eine Republik für sich, dann könnte man eine gewisse Umsiedlung der Bevölkerung vornehmen, zum Beispiel Armenier aus Tiflis abschieben. Ist doch in Georgien das bekannte Dekret zur „Regulierung“ der Bevölkerung in Tiflis angenommen worden, von dem Genosse Macharadse erklärte, dass es nicht gegen die Armenier gerichtet wäre. Man beabsichtigte, eine gewisse Bevölkerungsverschiebung vorzunehmen, und zwar so, dass die Zahl der Armenier im Vergleich zu der der Georgier in Tiflis von Jahr zu Jahr abnehmen und somit Tiflis in eine echte georgische Hauptstadt verwandelt würde. Zugegeben, sie haben das Aussiedlungsdekret zurückgezogen. Es verbleibt ihnen aber eine Unmenge von

Möglichkeiten, eine Unmenge so elastischer Maßnahmen, wie zum Beispiel die „Entlastung“ der Stadt, mit deren Hilfe man unter Wahrung eines Scheins von Internationalismus es so einrichten könnte, dass es weniger Armenier in Tiflis gäbe.

Diese Vorteile geographischer Art, die die georgischen Abweichler nicht einbüßen wollen, und die ungünstige Lage in bezug auf die Georgier in Tiflis selbst, wo es weniger Georgier als Armenier gibt, veranlassen eben unsere Abweichler, gegen die Föderation anzukämpfen. Die Menschewiki haben die Armenier und Tataren aus Tiflis einfach ausgewiesen. Jetzt, unter der Sowjetmacht, kann man sie nicht ausweisen, und deshalb möchte man aus der Föderation ausscheiden, dann würde man die juristische Möglichkeit haben, selbständig einige derartige Operationen vorzunehmen, die dazu führen sollen, die Vorzugsstellung der Georgier restlos gegen Aserbaidshan und Armenien auszunutzen. Und aus alledem würde sich eine privilegierte Stellung der Georgier innerhalb Transkaukasiens ergeben. Darin besteht die ganze Gefahr.

Dürfen wir denn unter Hinwegsetzung über die Interessen der nationalen Eintracht in Transkaukasien Verhältnisse schaffen, die die Georgier gegenüber der Armenischen und Aserbaidshanischen Republik in eine privilegierte Lage versetzen? Nein. Das dürfen wir nicht zulassen.

Es gibt ein altes spezielles System, die Nationen zu regieren, wonach die bürgerliche Staatsgewalt einige Nationalitäten näher an sich heranzieht, ihnen Privilegien gewährt und die anderen Nationen zurücksetzt, um sich mit ihnen nicht abgeben zu müssen. Indem sie also die eine Nationalität näher an sich heranzieht, übt sie mit deren Hilfe einen Druck auf die übrigen aus. So wurde zum Beispiel in Österreich regiert. Allen ist die Erklärung des österreichischen Ministers Beust in Erinnerung, der den ungarischen Minister kommen ließ und ihm sagte: „Regiere du über deine Horden, ich werde mit den meinigen fertig werden“, mit anderen Worten: Unterdrücke und würge deine Nationalitäten in Ungarn, ich werde die meinigen in Österreich würgen. Du und ich - wir sind privilegierte Nationen, die anderen aber würgen wir. Dasselbe war mit den Polen in Österreich selbst der Fall. Die Österreicher zogen die Polen näher an sich heran, gewährten ihnen Privilegien, damit die Polen den Österreichern halfen, ihre Positionen in Polen zu stärken; dafür gaben sie den Polen die Möglichkeit, Galizien zu würgen.

Das ist ein besonderes, rein österreichisches System, einige Nationalitäten herauszuheben und ihnen Privilegien zu gewähren, um dann mit den übrigen Nationalitäten aufzuräumen. Vom Standpunkt der Bürokratie ist das ein „sparsames“ Verwaltungssystem, denn man braucht sich nur mit einer Nationalität abzugeben, aber vom politischen Standpunkt aus ist das der sichere Tod des Staates, denn die Prinzipien der Gleichheit der Nationalitäten verletzen und irgendwelche Privilegien für eine bestimmte Nationalität zulassen - das bedeutet die eigene nationale Politik dem Tode weihen.

Genauso wird jetzt Indien von England regiert. England hat, um vom Standpunkt der Bürokratie mit den Nationalitäten und Stämmen Indiens leichter fertig zu werden, Indien in Britisch-Indien (240 Millionen Einwohner) und die Eingeborenenstaaten (72 Millionen) geteilt. Aus welchem Grunde geschah das? Nun, weil England eine Gruppe von Nationen herausheben und ihr Privilegien gewähren wollte, um die übrigen Nationalitäten desto bequemer regieren zu können. In Indien selbst gibt es einige Hundert Nationalitäten, da sagte sich England: Warum soll ich mich mit diesen Nationalitäten abgeben, besser ist es, einige Nationen herauszuheben, ihnen gewisse Privilegien zu gewähren und mit ihrer Hilfe die übrigen zu regieren; denn erstens wird sich in diesem Fall die Unzufriedenheit der übrigen Nationen gegen diese privilegierten Nationen und nicht gegen England richten, und zweitens ist es billiger, sich mit zwei, drei Nationen „abzugeben“.

Das ist auch ein Verwaltungssystem, das englische. Wohin führt es? Zur „Verbilligung“ des Apparats - das stimmt. Aber, Genossen, abgesehen von der bürokratischen Bequemlichkeit, liegt darin der sichere Tod der englischen Herrschaft in Indien. Hierin, in diesem System, liegt,

so sicher wie zwei mal zwei vier ist, der Tod des Systems der englischen Verwaltung und der englischen Herrschaft.

Auf diesen gefährlichen Weg wollen uns unsere Genossen, die georgischen Abweichler, bringen, wenn sie, unter Verletzung aller Gesetze der Partei, gegen die Föderation ankämpfen, wenn sie aus der Föderation ausscheiden wollen, um ihre Vorzugsstellung zu behalten. Sie wollen uns dahin bringen, dass wir ihnen gewisse Privilegien auf Kosten der Armenischen und der Aserbaidshanischen Republik gewähren. Auf diesen Weg können wir uns nicht begeben, denn das wäre der sichere Tod unserer gesamten Politik und der Sowjetmacht im Kaukasus.

Es ist kein Zufall, dass unsere Genossen in Georgien diese Gefahr gespürt haben. Dieser georgische Chauvinismus, der zu einer gegen die Armenier und Aserbaidshaner gerichteten Offensive übergegangen ist, hat die Kommunistische Partei Georgiens alarmiert. Es ist durchaus verständlich, dass die Kommunistische Partei Georgiens, die seit ihrem legalen Bestehen zwei Parteitage abgehalten hat, beidemal den Standpunkt der Genossen Abweichler einmütig verworfen hat, denn ohne die Transkaukasische Föderation kann unter den jetzigen Verhältnissen im Kaukasus weder der Frieden erhalten noch die Gleichheit hergestellt werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Nation privilegierter sei als die andere. Das haben unsere Genossen gespürt. Deshalb stellt die Gruppe Mdiwani nach zwei Jahren Kampf ein kleines Häuflein dar, das in Georgien selbst immer wieder von der Partei beiseite geschleudert wird.

Es ist weiter kein Zufall, dass Genosse Lenin eine solche Eile an den Tag legte und so darauf drängte, dass die Föderation unverzüglich eingeführt werde. Kein Zufall ist es auch, dass unser ZK dreimal die Notwendigkeit der Föderation in Transkaukasien bestätigt hat, einer Föderation mit eigenem ZEK und eigener Exekutivgewalt, deren Beschlüsse für die Republiken verbindlich sind. Kein Zufall ist es ferner, dass beide Kommissionen, sowohl die des Genossen Dzierzynski als auch die Kamenews und Kujbyschews, nach ihrer Rückkehr nach Moskau erklärten, ohne Föderation werde man nicht auskommen können.

Schließlich ist es auch kein Zufall, dass die Menschewiki vom „Sozialistischeski Wjestnik“^[69] unsere Genossen Abweichler wegen ihres Kampfes gegen die Föderation loben, sie auf Händen tragen: Gleich und gleich gesellt sich gern.

Ich gehe zur Analyse der Mittel und Wege über, mit deren Hilfe wir diese drei Hauptfaktoren, die die Vereinigung hemmen, überwinden müssen: den großrussischen Chauvinismus, die faktische Ungleichheit der Nationen und den lokalen Nationalismus, besonders den, der in Chauvinismus übergeht. Von den Mitteln, die uns helfen können, dieses ganze Erbe der Vergangenheit, das die Annäherung der Völker hemmt, schmerzlos zu überwinden, erwähne ich drei.

Das erste Mittel: Alle Maßnahmen ergreifen, damit die Sowjetmacht in den Republiken Verständnis findet und zur ureigenen Sache der werktätigen Massen selbst wird, damit bei uns die Sowjetmacht nicht nur russisch ist, sondern alle Nationen umfasst. Dazu ist erforderlich, dass nicht nur die Schulen, sondern alle Institutionen, alle Organe, sowohl die Parteiorgane als auch die Sowjetorgane, Schritt für Schritt nationalisiert werden, dass sie in einer den Massen verständlichen Sprache arbeiten, dass sie unter Verhältnissen funktionieren, die der Lebensweise des gegebenen Volkes entsprechen. Nur unter dieser Bedingung werden wir die Möglichkeit erhalten, die Sowjetmacht aus einer russischen zu einer alle Nationen umfassenden Macht zu machen, einer Macht, die bei den werktätigen Massen aller Republiken und besonders der in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zurückgebliebenen Verständnis findet, ihnen nahe und vertraut wird.

Das zweite Mittel, das uns die schmerzlose Überwindung des uns vom Zarismus und von der Bourgeoisie hinterlassenen Erbes erleichtern kann, ist ein solcher Aufbau der Kommissariate in der Union der Republiken, der es wenigstens den wichtigsten Nationalitäten ermöglicht, eigene Vertreter in den Kollegien zu haben, und der Verhältnisse schafft, unter denen die Erfordernisse und Bedürfnisse der einzelnen Republiken unbedingt befriedigt werden.

Das dritte Mittel: Zu unseren obersten Zentralorganen muss ein Organ gehören, das den Erfordernissen und Bedürfnissen ausnahmslos aller Republiken und Nationalitäten Rechnung trägt.

Auf dieses letztgenannte Mittel möchte ich Ihre Aufmerksamkeit besonders lenken.

Wenn wir innerhalb des ZEK der Union zwei gleichberechtigte Kammern schaffen könnten, von denen die erste durch den Unionskongress der Sowjets, ohne Rücksicht auf die Nationalität, die zweite Kammer aber von den Republiken und nationalen Gebieten (in gleicher Zahl von jeder Republik und in gleicher Zahl auch von jedem nationalen Gebiet) gewählt und durch denselben Sowjetkongress der Union der Republiken bestätigt würde, dann würden, glaube ich, unsere obersten Körperschaften in ihrer Zusammensetzung nicht nur die Klasseninteressen ausnahmslos aller Werktätigen, sondern auch die rein nationalen Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Wir hätten ein Organ, das den besonderen Interessen der Nationalitäten, Völker und Stämme, die das Territorium der Union der Republiken bewohnen, Rechnung trägt. Genossen, unter unseren Verhältnissen, wo in der Union insgesamt nicht weniger als 140 Millionen Menschen vereint sind, von denen etwa 65 Millionen Nichtrussen sind - kann ein solcher Staat nicht verwaltet werden, wenn nicht hier, in Moskau, im höchsten Organ Abgesandte dieser Nationalitäten sitzen, die nicht nur den dem gesamten Proletariat gemeinsamen Interessen, sondern auch den besonderen, speziellen, spezifischen, nationalen Interessen Rechnung tragen. Ohne das, Genossen, kann man nicht regieren. Ohne ein solches Barometer zur Hand zu haben, ohne Menschen, die fähig sind, diese speziellen Bedürfnisse der einzelnen Nationalitäten zu formulieren, kann man nicht regieren.

Es gibt zwei Methoden, ein Land zu regieren: Die eine Methode besteht darin, den Apparat „zu vereinfachen“ und an seine Spitze, sagen wir, eine Gruppe oder einen einzelnen zu stellen, der überall im Lande seine Hände und Augen in Gestalt von Gouverneuren hat. Das ist eine sehr einfache Form des Regierens: Dabei nimmt das Oberhaupt, das das Land regiert, die Informationen entgegen, die von den Gouverneuren beschafft werden können, und wiegt sich in der Hoffnung, ehrlich und richtig zu regieren. Dann entstehen Reibungen, die Reibungen gehen in Konflikte, die Konflikte in Aufstände über. Dann werden die Aufstände unterdrückt. Dieses Regierungssystem ist nicht unser System, außerdem ist es zwar einfach, aber allzu kostspielig. Es gibt jedoch noch ein anderes Regierungssystem, das Sowjetsystem. Wir im Sowjetland verwirklichen ein anderes Regierungssystem, ein Regierungssystem, das uns ermöglicht, alle Veränderungen, alle Umstände mit aller Genauigkeit vorauszusehen, sowohl bei den Bauern als auch bei den nationalen Minderheiten, sowohl bei den so genannten „Fremdstämmigen“ als auch bei den Russen; es muss im System der höchsten Organe eine Reihe von Barometern geben, die jede Veränderung anzeigen, die sowohl eine Basmatschenbewegung^[70] und eine Banditenbewegung als auch Kronstadt und alle möglichen Stürme und Unbilden in Rechnung stellen und ihnen vorbeugen. Das ist das sowjetische Regierungssystem. Es nennt sich deshalb Sowjetmacht, Macht des Volkes, weil es, auf die untersten Schichten gestützt, schnellstens jede Veränderung herausfühlt, die entsprechenden Maßnahmen trifft und die Linie rechtzeitig korrigiert, wenn sie verbogen worden ist, weil es sich selbst kritisiert und die Linie korrigiert. Dieses Regierungssystem ist das Sowjetsystem, und es erfordert, dass im System unserer höchsten Körperschaften Organe bestehen, die den nationalen Nöten und Bedürfnissen restlos Rechnung tragen.

Man erhebt den Einwand, dieses System mache die Verwaltung komplizierter, es bedeute eine Anhäufung neuer Organe. Das stimmt. Bis jetzt hatten wir das ZEK der RSFSR, dann schufen wir das ZEK der Union, jetzt wird das ZEK der Union in zwei Teile geteilt werden müssen. Da ist nichts zu machen. Ich habe schon ausgeführt, dass das einfachste Regierungssystem darin besteht, einen Menschen hinzusetzen und ihm Gouverneure beizugeben. Aber nach dem Oktober darf man sich mit solchen Experimenten nicht mehr abgeben. Das System ist komplizierter geworden, es erleichtert aber die Verwaltung und macht die gesamte Verwaltung von Grund aus sowjetisch. Deshalb meine ich, dass der Parteitag sich für die

Einrichtung eines besonderen Organs, einer zweiten Kammer innerhalb des ZEK der Union als eines absolut notwendigen Organs entscheiden muss.

Ich will nicht behaupten, dass dies die vollkommene Form sei, die Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Union zu regeln; ich will nicht behaupten, dass dies das letzte Wort der Wissenschaft sei. Wir werden die nationale Frage noch mehr als einmal behandeln, denn die nationalen und internationalen Verhältnisse ändern sich und können sich weiter ändern. Ich lege nicht die Hand dafür ins Feuer, dass wir nicht möglicherweise einige Kommissariate, die wir innerhalb der Union der Republiken verschmelzen, später wieder werden trennen müssen, falls die Erfahrung zeigen sollte, dass die Verschmelzung gewisser Kommissariate Nachteile gebracht hat. Eins ist jedoch klar: Unter den jetzigen Bedingungen und in der jetzigen Lage steht uns keine bessere Methode und kein anderes, passenderes Organ zur Verfügung. Einstweilen besitzen wir kein besseres Mittel und keinen anderen Weg zur Schaffung eines Organs, das alle Schwankungen und alle Veränderungen in den einzelnen Republiken anzuzeigen vermag, als die Einrichtung einer zweiten Kammer.

Selbstverständlich müssen nicht nur diese vier Republiken, die sich vereinigt haben, sondern alle Völker in der zweiten Kammer vertreten sein; denn hier geht es nicht nur um die Republiken, die sich formell vereinigt haben (ihrer sind vier), sondern um alle Völker und Völkerschaften der Union der Republiken überhaupt. Deshalb müssen wir eine Form haben, die die Bedürfnisse ausnahmslos aller Völkerschaften und Republiken zum Ausdruck bringt.

Ich fasse zusammen, Genossen.

Die Wichtigkeit der nationalen Frage wird also durch die neue Konstellation in der internationalen Lage bestimmt, dadurch, dass wir hier, in Rußland, in unserer Föderation, die nationale Frage richtig, vorbildlich lösen müssen, um dem Osten, der die gewichtigen Reserven der Revolution bildet, ein Beispiel zu geben und so das Vertrauen dieser Reserven, ihre Hinneigung zu unserer Föderation zu stärken.

Von der inneren Lage aus gesehen erwächst uns infolge der Verhältnisse der NÖP, des erstarkenden großrussischen Chauvinismus und des lokalen Chauvinismus ebenfalls die Pflicht, die besondere Wichtigkeit der nationalen Frage hervorzuheben.

Ich führte weiter aus, dass das Wesen der nationalen Frage in der Herstellung richtiger Beziehungen zwischen dem Proletariat der ehemaligen Herrschernation und der Bauernschaft der ehemals beherrschten Nationen besteht, dass unter diesem Gesichtspunkt die konkrete Form der nationalen Frage gegenwärtig darin besteht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um zu einer Zusammenarbeit der Völker in der Union der Republiken, in einem einheitlichen Staat, zu gelangen.

Ich sprach ferner von den Faktoren, die eine solche Annäherung der Völker fördern. Ich sprach von den Faktoren, die diese Vereinigung hemmen. Ich ging speziell auf den großrussischen Chauvinismus als erstarkende Kraft ein. Diese Kraft ist die Hauptgefahr, sie kann das Vertrauen der ehemals unterdrückten Völker zum russischen Proletariat untergraben. Das ist unser gefährlichster Feind, wir müssen ihn niederwerfen; denn haben wir ihn niedergeworfen, so haben wir zu neun Zehnteln auch den Nationalismus niedergeworfen, der sich in den einzelnen Republiken erhalten hat und weiterentwickelt.

Ferner. Wir stehen vor der Gefahr, von einigen Gruppen von Genossen dazu gedrängt zu werden, bestimmten Nationalitäten zum Schaden anderer Privilegien zu gewähren. Ich habe erklärt, dass wir uns nicht auf diesen Weg begeben können; denn das kann den nationalen Frieden untergraben und das Vertrauen der Massen der anderen Nationen zur Sowjetmacht ertöten.

Ich sprach ferner davon, dass das wichtigste Mittel, das uns die Überwindung dieser, die Vereinigung hindernden Faktoren auf dem schmerzlosesten Wege ermöglichen könnte, die Schaffung einer zweiten Kammer innerhalb des ZEK ist. Darüber habe ich auf dem Februarplenium des ZK offener gesprochen, darüber wird in den Thesen in verhüllterer Form gesprochen, damit die Genossen selbst die Möglichkeit haben, vielleicht eine andere,

elastischere Form, ein anderes, passenderes Organ herauszufinden, das die Interessen der Nationalitäten zum Ausdruck bringen kann.

Das sind die Schlussfolgerungen.

Ich glaube, dass wir nur auf diesem Wege die nationale Frage richtig lösen können, dass wir es fertigbringen werden, das Banner der proletarischen Revolution breit zu entrollen und die Sympathien und das Vertrauen der Länder des Ostens, die die gewichtigen Reserven der Revolution bilden und eine entscheidende Rolle in den kommenden Schlachten des Proletariats gegen den Imperialismus spielen können, für dieses Banner zu gewinnen. (Beifall.)

4. SCHLUSSWORT ZUM REFERAT ÜBER DIE NATIONALEN MOMENTE IM PARTEI- UND STAATSAUFBAU

25. April

Genossen! Bevor ich dazu übergehe, über die Arbeit der Sektion für die nationale Frage zu berichten, gestatten Sie mir, in zwei grundlegenden Punkten den Rednern zu widersprechen, die zu meinem Referat das Wort ergriffen haben. Das wird alles in allem etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen, nicht mehr.

Die erste Frage bezieht sich darauf, dass eine Gruppe von Genossen, mit Bucharin und Rakowski an der Spitze, die Bedeutung der nationalen Frage zu sehr aufgebauscht, sie übertrieben und über der nationalen Frage die soziale Frage, die Frage der Macht der Arbeiterklasse, übersehen hat.

Für uns als Kommunisten ist es klar, dass die Grundlage unserer gesamten Arbeit die Festigung der Arbeitermacht ist; erst danach erhebt sich vor uns die andere Frage, eine sehr wichtige, aber der ersten untergeordnete Frage - die nationale Frage. Man sagt uns, den nationalen Minderheiten dürfe nicht unrecht getan werden. Das ist völlig richtig, ich stimme dem zu - man darf ihnen nicht unrecht tun. Daraus aber die neue Theorie schaffen, man müsse das großrussische Proletariat gegenüber den ehemals unterdrückten Nationen rechtlich benachteiligen, heißt eine Ungereimtheit sagen. Was bei Genossen Lenin in seinem bekannten Artikel eine Redewendung ist, hat Bucharin in eine ganze Losung verwandelt. Indessen ist klar, dass die politische Grundlage der proletarischen Diktatur vor allem und hauptsächlich die zentralen Industriegebiete sind und nicht die Randgebiete, die Bauernländer darstellen. Überspannen wir den Bogen zugunsten der bäuerlichen Randgebiete, zum Schaden der proletarischen Gebiete, dann kann im System der Diktatur des Proletariats ein Riss entstehen. Das ist gefährlich, Genossen. In der Politik darf man des Guten nicht zuviel tun, ebenso auch nicht zuwenig.

Wir müssen daran denken, dass es außer dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung auch ein Recht der Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht gibt, und diesem Recht ist das Selbstbestimmungsrecht untergeordnet. Es gibt Fälle, wo das Selbstbestimmungsrecht in Widerspruch zu einem anderen, höheren Recht gerät, dem Recht der zur Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht. In solchen Fällen - das muss man offen aussprechen - kann und darf das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis für die Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur werden. Das erste muss hinter dem zweiten zurücktreten. So lagen die Dinge zum Beispiel im Jahre 1920, als wir gezwungen waren, im Interesse der Verteidigung der Macht der Arbeiterklasse auf Warschau zu marschieren.

Wenn man daher den nationalen Minderheiten alle möglichen Versprechungen macht, wenn man vor den Vertretern der Nationalitäten katzbuckelt, wie dies einige Genossen auf diesem Parteitag taten, so darf man dabei nicht vergessen, dass unter unseren äußeren und inneren Verhältnissen die Wirkungssphäre der nationalen Frage und sozusagen die Reichweite ihrer Kompetenz begrenzt werden durch die Wirkungs- und Kompetenzsphäre der „Arbeiterfrage“ als der Hauptfrage aller Fragen.

Viele Genossen beriefen sich hier auf Notizen und Artikel von Wladimir Iljitsch. Ich möchte nicht meinen Lehrer, Genossen Lenin zitieren, weil er hier nicht anwesend ist, und ich fürchte, mich vielleicht unrichtig und unangebracht auf ihn zu berufen. Trotzdem sehe ich mich gezwungen, eine Stelle, die geradezu ein Axiom ist und keinerlei Missverständnisse zulässt, anzuführen, damit bei den Genossen kein Zweifel über das spezifische Gewicht der nationalen Frage bestehe. Bei Behandlung eines Briefes von Marx zur nationalen Frage zieht Genosse Lenin in seinem Artikel über die Selbstbestimmung folgende Schlussfolgerung:

„Es unterlag für Marx keinem Zweifel, dass im Vergleich mit der ‚Arbeiterfrage‘ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist.“^[71]

Das sind nur zwei Zeilen, aber sie entscheiden alles. Das müssen sich manche übereifrige Genossen hinter die Ohren schreiben.

Die zweite Frage betrifft den großrussischen Chauvinismus und den lokalen Chauvinismus. Hier sprachen Rakowski und besonders Bucharin, der beantragte, den Punkt über die Schädlichkeit des lokalen Chauvinismus zu streichen. Es lohne sich nicht, meint er, sich mit so einem kleinen Wurm, wie es der lokale Chauvinismus ist, abzugeben, wenn es einen solchen „Goliath“ wie den großrussischen Chauvinismus gibt. Überhaupt war Bucharin in einer bußfertigen Stimmung. Das ist begreiflich: Jahrelang hat er gegen die Nationalitäten gesündigt und das Selbstbestimmungsrecht verneint - nun ist es endlich an der Zeit, Buße zu tun. Aber in seiner Bußfertigkeit ist er in das entgegengesetzte Extrem verfallen. Es ist kurios, dass Bucharin die Partei auffordert, seinem Beispiel zu folgen und ebenfalls Buße zu tun, obwohl alle Welt weiß, dass die Partei hier gar nicht betroffen ist, denn sie hat seit ihrer Gründung (1898) das Selbstbestimmungsrecht anerkannt; folglich hat sie keinen Grund, Buße zu tun. Die Sache ist die, dass Bucharin das Wesen der nationalen Frage nicht begriffen hat. Wenn gesagt wird, man müsse in den Vordergrund der nationalen Frage den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus stellen, so- soll damit auf die Pflichten des russischen Kommunisten verwiesen werden, so ist damit gemeint, dass der russische Kommunist die Pflicht hat, den Kampf gegen den russischen Chauvinismus selber zu führen. Wenn nicht die russischen, sondern die turkestanischen oder georgischen Kommunisten den Kampf gegen den russischen Chauvinismus aufnahmen, so würde man diesen ihren Kampf als antirussischen Chauvinismus auffassen. Das würde die ganze Sache verwirren und den großrussischen Chauvinismus stärken. Nur die russischen Kommunisten können den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus aufnehmen und ihn zu Ende führen.

Was will man nun sagen, wenn man vorschlägt, gegen den lokalen Chauvinismus zu kämpfen? Damit will man auf die Pflicht der einheimischen Kommunisten, auf die Pflicht der nichtrussischen Kommunisten hinweisen, gegen ihren eigenen Chauvinismus anzukämpfen. Lässt sich etwa leugnen, dass es Abweichungen zum antirussischen Chauvinismus gibt? Der ganze Parteitag hat sich doch mit eigenen Augen davon überzeugen können, dass es einen lokalen, einen georgischen, einen baschkirischen und sonstigen Chauvinismus gibt, dass man ihn bekämpfen muss. Die russischen Kommunisten können nicht gegen den tatarischen, den georgischen, den baschkirischen Chauvinismus kämpfen; denn wenn der russische Kommunist die schwere Aufgabe auf sich nimmt, gegen den tatarischen oder georgischen Chauvinismus anzukämpfen, so wird dieser Kampf als Kampf eines großrussischen Chauvinisten gegen die Tataren oder die Georgier aufgefasst werden. Das würde die ganze Sache verwirren. Nur die tatarischen, georgischen und sonstigen Kommunisten können gegen den tatarischen, georgischen und sonstigen Chauvinismus kämpfen, nur die georgischen Kommunisten können mit Erfolg ihren eigenen georgischen Nationalismus oder Chauvinismus bekämpfen. Das ist Pflicht und Schuldigkeit der nichtrussischen Kommunisten. Deshalb ist es notwendig, diese zweifache Aufgabe der russischen Kommunisten (ich meine den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus) und der nicht-russischen Kommunisten (ich meine ihren Kampf gegen den antiarmenischen, antitatarischen, antirussischen Chauvinismus) in den Thesen festzulegen. Andernfalls würden die Thesen einseitig werden, andernfalls würde man weder im Staats- noch im Parteaufbau zum Internationalismus gelangen.

Führen wir den Kampf nur gegen den großrussischen Chauvinismus, so wird dieser Kampf den Kampf der tatarischen und anderen Chauvinisten verdecken, der sich im Lande ausbreitet und der besonders jetzt, unter den Verhältnissen der NGP, gefährlich ist. Wir müssen unbedingt den Kampf an zwei Fronten führen, denn nur wenn wir den Kampf an zwei Fronten führen - auf der einen Seite gegen den großrussischen Chauvinismus, der die Hauptgefahr in

unserer Aufbauarbeit bildet, und auf der anderen gegen den lokalen Chauvinismus - kann Erfolg erzielt werden; denn ohne diesen zweifachen Kampf wird der Zusammenschluss der russischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und Bauern anderer Nationalitäten nicht gelingen. Im entgegengesetzten Fall kann es zu einer Anspornung des lokalen Chauvinismus, zu einer Politik von Prämien für den lokalen Chauvinismus kommen, was wir nicht zulassen dürfen.

Gestatten Sie mir, mich auch hier auf Genossen Lenin zu berufen. Ich hätte das nicht getan, da aber auf unserem Parteitag viele Genossen anwesend sind, die Genossen Lenin kreuz und quer zitieren und ihn entstellen, gestatten Sie mir, einige Worte aus einem allbekannten Artikel des Genossen Lenin zu verlesen:

„Das Proletariat muss die Freiheit der politischen Losrennung der von ‚seiner‘ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu einem leeren Wort; weder Vertrauen noch Klassensolidarität zwischen den Arbeitern der unterdrückten und denen der unterdrückenden Nation sind möglich.“^[72]

Das sind sozusagen die Pflichten der Proletarier der herrschenden Nation oder der ehemals herrschenden Nation. Weiter spricht er dann von der Pflicht der Proletarier oder Kommunisten der ehemals unterdrückten Nationen:

„Andererseits müssen sich die Sozialisten der unterdrückten Nationen besonders für die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation einsetzen und sie verwirklichen. Ohne das ist es unmöglich, die selbständige Politik des Proletariats sowie seine Klassensolidarität mit dem Proletariat der anderen Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Denn die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen missbraucht ständig die Losungen der nationalen Befreiung, um die Arbeiter zu betrügen.“

Wenn man schon in die Fußtapfen des Genossen Lenin treten will - und einige Genossen haben hier auf seinen Namen geschworen -, dann muss man, wie Sie sehen, beide Thesen, sowohl die über den Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus als auch die über den Kampf gegen den lokalen Chauvinismus, in der Resolution stehen lassen, als zwei Seiten ein und derselben Erscheinung, als Thesen über den Kampf gegen den Chauvinismus überhaupt.

Damit schließe ich meine Erwiderungen an die Redner, die hier auftraten.

Ferner gestatten Sie mir, eine Mitteilung über die Arbeiten der Sektion für die nationale Frage zu machen. Die Sektion hat die Thesen des ZK als Grundlage angenommen. Die Sektion hat sechs Punkte dieser Thesen ohne jegliche Veränderungen stehengelassen: 1, 2, 3, 4, 5 und 6. In der Sektion wurde vor allem auch darum gekämpft, ob man vorher die autonomen Republiken aus der RSFSR und dann auch die unabhängigen Republiken des Kaukasus aus der Transkaukasischen Föderation aussondern solle, damit sie selbständig in die Union der Republiken eintreten, oder ob man das nicht tun solle. Das war der Antrag eines Teils der georgischen Genossen, ein Antrag, der bekanntlich bei der georgischen, der armenischen und der aserbaidshanischen Delegation keinen Anklang fand. Die Sektion hat diese Frage beraten und sich mit übergroßer Mehrheit dafür ausgesprochen, den in den Thesen entwickelten Grundsatz bestehen zu lassen, das heißt, die RSFSR bleibt ein geschlossenes Gebilde, wie auch die Transkaukasische Föderation ein geschlossenes Gebilde bleibt und in dieser Gestalt der Union der Republiken angehört. Nicht über alle Anträge dieses Teils der georgischen Genossen wurde abgestimmt, denn als die Verfasser dieser Anträge sahen, dass ihre Anträge keinen Anklang fanden, zogen sie sie zurück. Um diese Frage wurde ernstlich gekämpft.

Die zweite Frage, um die gekämpft wurde, war die Frage, wie die zweite Kammer konstruiert werden soll. Ein Teil der Genossen (die Minderheit) beantragte, die zweite Kammer nicht aus Vertretern aller Republiken, Nationalitäten und Gebiete zu bilden, sondern sie nach dem Prinzip der Vertretung der vier Republiken: der RSFSR, der Transkaukasischen Föderation, Bjelorußlands und der Ukraine zu bilden. Die Mehrheit hat diesen Antrag nicht angenommen,

und die Sektion sprach sich gegen diesen Antrag aus, da sie es für zweckmäßiger erachtete, die zweite Kammer so zu konstruieren, dass dort nach dem Prinzip der Gleichheit alle Republiken (sowohl die unabhängigen als auch die autonomen) und alle nationalen Gebiete vertreten sind. Ich werde die Motive nicht anführen, denn der Vertreter der Minderheit Rakowski wird hier das Wort ergreifen, um seinen Antrag zu begründen, der in der Sektion verworfen wurde. Nachdem er seine Meinung geäußert hat, werde ich auch meine Erwägungen darlegen.

Einen nicht besonders erbitterten Kampf gab es noch in der Frage, ob an diesen Thesen eine Abänderung vorgenommen werden sollte, in der festgestellt würde, dass man sich bei der Lösung der nationalen Frage nicht nur auf den Osten, sondern auch auf den Westen orientieren müsse. Die Sektion hat über diesen Abänderungsantrag abgestimmt. Dieser Abänderungsantrag der Minderheit ist ein Antrag Rakowskis. Die Sektion hat diesen Abänderungsantrag abgelehnt. Auch zu dieser Frage werde ich noch sprechen, nachdem sich Rakowski geäußert hat.

Ich will die Abänderungsanträge verlesen, die bei uns angenommen wurden. Sechs Punkte wurden ohne Einwände angenommen. In Punkt 7, zweiter Absatz, dritte Zeile, soll vor den Worten „Deshalb ist die entschlossene Bekämpfung“ folgendes eingefügt werden:

„Die Lage in einer Reihe nationaler Republiken (Ukraine, Bjelorußland, Aserbaidshan, Turkestan) wird dadurch kompliziert, dass ein erheblicher Teil der Arbeiterklasse, die die Hauptstütze der Sowjetmacht bildet, der großrussischen Nationalität angehört. In diesen Gebieten stößt der Zusammenschluss von Stadt und Land, von Arbeiterklasse und Bauernschaft auf ein äußerst starkes Hindernis in Gestalt der Überreste des großrussischen Chauvinismus sowohl in den Partei- als auch in den Sowjetorganen. Unter diesen Verhältnissen sind das Gerede von der Überlegenheit der russischen Kultur und die Aufstellung der These von der Unvermeidlichkeit des Sieges der höheren russischen Kultur über die Kulturen der rückständigeren Völker (die ukrainische, aserbaidshanische, usbekische, kirgisische und andere Kulturen) nichts anderes als ein Versuch, die Herrschaft der großrussischen Nationalität zu stärken.“

Diesen Abänderungsantrag habe ich angenommen, weil er die Thesen verbessert.

Der zweite Abänderungsantrag bezieht sich ebenfalls auf Punkt 7. Vor dem Satz „Andernfalls besteht kein Grund... zu rechnen“ soll folgende Ergänzung eingefügt werden:

„Diese Hilfe muss in erster Linie darin zum Ausdruck kommen, dass eine Reihe praktischer Maßnahmen getroffen wird, um in den Republiken der ehemals unterdrückten Nationalitäten Industriestätten zu schaffen und die einheimische Bevölkerung hierzu maximal heranzuziehen. Schließlich muss parallel mit dieser Hilfe, entsprechend der Resolution des X. Parteitags, der Kampf einhergehen, den die arbeitenden Massen gegen die im Zusammenhang mit der NÖP erstarkenden einheimischen und zugereisten oberen Ausbeuterschichten für die Festigung ihrer sozialen Positionen führen. Da diese Republiken vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete sind, müssen die inneren sozialen Maßnahmen vor allem darin bestehen, dass den arbeitenden Massen aus dem freien Staatsfonds Boden zugeteilt wird.“

Weiter soll danach in demselben Punkt 7, Absatz 2, in der Mitte, wo vom georgischen, aserbaidshanischen und anderen Chauvinismus die Rede ist, eingefügt werden: „der armenische Chauvinismus und dergleichen“. Die armenischen Genossen wollten, dass die Armenier nicht zu kurz kommen, dass auch ihr Chauvinismus erwähnt wird.

Weiter soll in Punkt 8 der Thesen nach den Worten „'Einheitlichen Unteilbaren' „ eingefügt werden:

„Ebenso ist als ein Resultat des Erbes der Vergangenheit das Bestreben gewisser Ämter der RSFSR zu betrachten, sich die selbständigen Kommissariate der autonomen Republiken unterzuordnen und deren Liquidierung in die Wege zu leiten.“

Weiter soll in Punkt 8 eingefügt werden:

„und die absolute Notwendigkeit des Bestehens und der Weiterentwicklung der nationalen Republiken proklamiert“.

Ferner Punkt 9. Er soll so beginnen, wie ich verlese:

„Die Union der Republiken, die nach dem Grundsatz der Gleichheit und Freiwilligkeit der Arbeiter und Bauern der einzelnen Republiken gegründet wurde, bedeutet den ersten Versuch des Proletariats, die internationalen Beziehungen unabhängiger Länder zu regeln, und den ersten Schritt zur Schaffung einer künftigen Weltsowjetrepublik der Arbeit.“

Punkt 10 hat einen Unterpunkt „a“, davor soll ein Unterpunkt „a“ in folgender Fassung eingefügt werden:

„a) Beim Aufbau der zentralen Organe der Union wird die Gleichheit der Rechte und Pflichten der einzelnen Republiken sowohl in ihren Beziehungen zueinander als auch in bezug auf die zentrale Macht der Union gewährleistet.“

Weiter folgt der Unterpunkt „b“ in der Fassung, die er früher als Unterpunkt „a“ hatte:

„b) Im System der höchsten Organe der Union wird ein spezielles Organ geschaffen, in dem ausnahmslos alle nationalen Republiken und nationalen Gebiete nach dem Grundsatz der Gleichheit vertreten sind, wobei allen zu diesen Republiken gehörenden Nationalitäten nach Möglichkeit eine Vertretung zu geben ist.“

Weiter folgt der frühere Unterpunkt „b“, jetzt Unterpunkt „c“, in folgender Fassung:

„c) Die vollziehenden Organe der Union werden nach Grundsätzen aufgebaut, die die reale Teilnahme der Vertreter der Republiken und die Befriedigung der Nöte und Bedürfnisse der Völker der Union gewährleisten.“

Dann folgt der Unterpunkt „d“ als Ergänzung:

„d) Den Republiken werden genügend weitgehende finanzielle und insbesondere Budgetrechte eingeräumt, die ihnen die Möglichkeit gewährleisten, auf staatlich-administrativem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet eigene Initiative zu entfalten.“

Dann folgt Unterpunkt „c“ als Unterpunkt „e“:

„e) Die Organe der nationalen Republiken und Gebiete werden vorwiegend aus Einheimischen gebildet, denen die Sprache, die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche der betreffenden Völker vertraut sind.“

Ferner wurde ein zweiter Unterpunkt hinzugefügt. Dies wird Unterpunkt „f“ sein:

„f) Es werden spezielle Gesetze erlassen, die den Gebrauch der Muttersprache in sämtlichen Staatsorganen und Institutionen gewährleisten, die für die einheimische und nationale Bevölkerung sowie die nationalen Minderheiten arbeiten - Gesetze, die mit aller revolutionären Härte alle diejenigen verfolgen und bestrafen, die die nationalen Rechte und im besonderen die Rechte der nationalen Minderheiten verletzen.“

Dann folgt Unterpunkt „g“ als Ergänzung:

„g) Die Erziehungsarbeit in der Roten Armee im Geiste der Ideen der Brüderlichkeit und der Solidarität der Völker der Union wird verstärkt, und es werden praktische Maßnahmen zur Organisation nationaler Truppenteile getroffen, unter Berücksichtigung aller für die Sicherung der vollen Wehrkraft der Republiken erforderlichen Maßnahmen.“

Das sind all die Ergänzungen, die von der Sektion angenommen wurden und gegen die ich nichts einzuwenden habe, denn durch sie werden die Thesen konkreter.

Was den zweiten Abschnitt betrifft, so wurden keine einigermaßen ernstlichen Abänderungsanträge zu diesem Abschnitt eingebracht. Es gab einige unbedeutende Abänderungsanträge, die die von der Sektion zur nationalen Frage gewählte Kommission dem künftigen ZK zu unterbreiten beschlossen hat.

Somit bleibt der zweite Abschnitt in der Fassung bestehen, die er in dem zur Verteilung gelangten gedruckten Material hat.

5. ANTWORT AUF DIE ABÄNDERUNGSANTRÄGE ZUR RESOLUTION

25. April

Obwohl Rakowski die Resolution, die er in der Sektion vorlegte, zu zwei Dritteln geändert und um drei Viertel gekürzt hat, so bin ich dennoch entschieden gegen seinen Abänderungsantrag, und zwar aus folgendem Grunde: Unsere Thesen zur nationalen Frage sind so aufgebaut, dass wir gleichsam das Gesicht dem Osten zuwenden, da wir die dort schlummernden gewichtigen Reserven im Auge haben. Wir haben die ganze nationale Frage im Zusammenhang mit dem Artikel Iljitschs behandelt, der, wie es scheint, kein einziges Wort über den Westen sagt, da nicht dort das Zentrum der nationalen Frage liegt, sondern in den Kolonien und Halbkolonien im Osten. Rakowski möchte, dass wir, das Gesicht dem Osten zugewandt, uns zugleich auch nach Westen wenden. Aber das ist unmöglich und unnatürlich, Genossen, denn allgemein wendet man das Gesicht entweder nach der einen oder nach der anderen Seite - sich gleichzeitig nach beiden Seiten wenden kann man nicht. Wir können und dürfen den allgemeinen Grundton der Thesen, ihren östlichen Grundton, nicht ändern. Darum bin ich der Meinung, dass Rakowskis Abänderungsantrag abgelehnt werden muss.

*

Ich bin der Ansicht, dass dieser Abänderungsantrag von kardinaler Bedeutung ist. Wenn der Parteitag ihn annimmt, so muss ich sagen, dass die Thesen völlig umgestürzt werden. Rakowski beantragt, die zweite Kammer so aufzubauen, dass sie die Vertreter der staatlichen Vereinigungen umfasst. Nach seiner Meinung ist die Ukraine eine staatliche Vereinigung, Baschkirien aber nicht. Warum? Wir beseitigen doch nicht die Räte der Volkskommissare in den Republiken. Ist denn etwa das baschkirische ZEK keine staatliche Institution?! Und warum ist Baschkirien kein Staat? Wird etwa die Ukraine aufhören, ein Staat zu sein, nachdem sie der Union beigetreten ist? Der Staatsfetischismus hat Rakowski irre gemacht. Wenn die Nationalitäten ihren Rechten nach gleich sind, wenn sie eine eigene Sprache, eigene Sitten, eigene Lebensgewohnheiten und Gepflogenheiten haben, wenn diese Nationalitäten ihre eigenen Staatsinstitutionen, das ZEK und den Rat der Volkskommissare, geschaffen haben, ist es dann nicht klar, dass alle diese nationalen Gebilde staatliche Vereinigungen sind? Ich glaube, wir dürfen den Standpunkt der Gleichheit der Republiken und Nationalitäten in der zweiten Kammer, besonders in bezug auf die östlichen Nationalitäten, nicht aufgeben. Rakowski begeistert sich anscheinend für das preußische System des föderativen Aufbaus. Die deutsche Föderation ist so aufgebaut, dass es absolut keine Gleichheit zwischen den Staaten gibt. Ich schlage vor, die Sache so zu organisieren, dass wir neben der Klassenvertretung - das ist die erste Kammer, die auf dem Unionskongress der Sowjets gewählt wird - eine Vertretung der Nationalitäten nach dem Grundsatz der Gleichheit haben. Die östlichen Völker, die mit China, mit Indien organisch verbunden sind, verbunden durch die Sprache, die Religion, die Bräuche und anderes, sind für die Revolution vor allem wichtig. Diese kleinen Völkerschaften haben ein viel größeres Gewicht als die Ukraine. Wenn wir in der Ukraine einen kleinen Fehler begehen, wird das für den Osten nicht so spürbar sein. Man braucht aber nur in einem kleinen Lande wie Adsharistan (120000 Einwohner) einen kleinen Fehler zu begehen, und schon wirkt sich das auf die Türkei und auf den ganzen Osten aus, denn die Türkei ist aufs engste mit dem Osten verbunden. Man braucht nur einen kleinen Fehler hinsichtlich des kleinen Gebiets der Kaimücken zu machen, die mit Tibet und China verbunden sind, und das wird sich viel schlimmer auf unsere Arbeit auswirken als ein Fehler gegenüber der Ukraine. Wir stehen vor der Perspektive einer

machtvollen Bewegung im Osten und müssen unsere Arbeit vor allem auf die Erweckung des Ostens richten, dürfen nichts unternehmen, was auch nur im entferntesten, auch nur indirekt die Bedeutung irgendeiner einzelnen, selbst der kleinsten Völkerschaft in den östlichen Randgebieten schmälern könnte. Darum bin ich der Meinung, vom Standpunkt der Verwaltung eines so großen Landes wie der Union der Republiken mit einer Bevölkerung von 140 Millionen wäre es richtiger, zweckmäßiger und in revolutionärer Hinsicht vorteilhafter - wäre es besser, die Sache so einzurichten, dass dort, in der zweiten Kammer, alle Republiken und nationalen Gebiete in gleichem Maße vertreten wären. Wir haben 8 autonome Republiken, wir haben ebenfalls 8 unabhängige Republiken, Rußland wird als Republik aufgenommen werden, und wir haben 14 Gebiete, das wird eben die zweite Kammer sein, die alle Bedürfnisse und Nöte der Nationalitäten widerspiegeln und die Verwaltung eines so großen Landes erleichtern wird. Darum glaube ich, dass Rakowskis Abänderungsantrag abgelehnt werden muss.

6. ERGÄNZUNG ZUM BERICHT DER KOMMISSION FÜR DIE NATIONALE FRAGE

25. April

Genossen, als ich Ihnen über die Arbeiten der Sektion zur nationalen Frage berichtete, vergaß ich, noch zwei kleine Ergänzungen zu erwähnen, die unbedingt erwähnt werden müssen. Zu Paragraph 10 in Punkt „b“, wo davon gesprochen wird, ein spezielles Organ zu schaffen, in dem ausnahmslos alle nationalen Republiken und nationalen Gebiete nach dem Grundsatz der Gleichheit vertreten sind, muss hinzugefügt werden: „wobei alle zu diesen Republiken gehörenden Nationalitäten nach Möglichkeit zu berücksichtigen sind“, da es in einigen Republiken, die in der zweiten Kammer vertreten sein werden, mehrere Nationalitäten gibt. Zum Beispiel Turkestan. Dort gibt es außer Usbeken auch Turkmenen, Kirgisen und andere Völkerschaften, und die Vertretung muss so aufgebaut werden, dass jede dieser Völkerschaften vertreten ist.

Die 2. Ergänzung zum 2. Abschnitt ganz am Schluss. Diese lautet:

„In Anbetracht der kolossalen Bedeutung, die der Tätigkeit der verantwortlichen Funktionäre in den autonomen und den unabhängigen Republiken, ja in den Randgebieten überhaupt zukommt (Herstellung der Verbindung der Werktätigen der betreffenden Republik mit den Werk-tätigen der gesamten übrigen Union), beauftragt der Parteitag das ZK, für eine besonders sorgfältige Auslese dieser Funktionäre Sorge zu tragen, damit sie die tatsächliche Durchführung der Parteibeschlüsse in der nationalen Frage restlos gewährleisten.“

Nun ein paar Worte anlässlich einer Bemerkung Radeks in seiner Rede. Die armenischen Genossen bitten mich darum. Diese Bemerkung entspricht meiner Meinung nach nicht der Wirklichkeit. Radek sprach hier davon, dass die Armenier in Aserbaidshan die Aserbaidshaner unterdrücken oder unterdrücken könnten, und umgekehrt, dass die Aserbaidshaner die Armenier in Armenien unterdrücken könnten. Ich muss erklären, dass etwas Derartiges die Welt noch nicht gesehen hat. Wohl hat die Welt den umgekehrten Fall gesehen, dass in Aserbaidshan die Aserbaidshaner als Mehrheit die Armenier unterdrückt und massakriert haben, wie es in Nachitschewan der Fall war, wo sie fast alle Armenier niedergemetzelt haben, während die Armenier bei sich in Armenien fast alle Tataren niedergemetzelt haben. Das war in Sangesur der Fall. Dass aber die Minderheit in einem fremden Staat die Vertreter der Mehrheit unterdrückt - so etwas Absurdes ist noch nicht vorgekommen.

DIE PRESSE ALS KOLLEKTIVER ORGANISATOR

In seinem Artikel „Bis an die Wurzel“ (siehe Nr.98 der „Prawda“) hat Ingulow die wichtige Frage der Bedeutung der Presse für Staat und Partei angeschnitten. Er hat sich, offenbar zur Bekräftigung seines Gedankens, auf den organisatorischen Bericht des ZK berufen, in dem es heißt, dass die Presse „eine unsichtbare Verbindung zwischen der Partei und der Arbeiterklasse herstellt - eine Verbindung, die ihrer Kraft nach jedem beliebigen, die Massen erfassenden Übertragungsapparat gleichkommt, dass die Presse die stärkste Waffe ist, dass durch sie die Partei täglich, stündlich zur Arbeiterklasse spricht“

Ingulow hat jedoch bei seinem Versuch, die Frage zu lösen, zwei Fehler begangen: Erstens hat er den Sinn des Zitats aus dem ZK-Bericht entstellt; zweitens hat er die höchst wichtige organisatorische Rolle der Presse außer acht gelassen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Frage sollte man, glaube ich, mit zwei Worten auf diese Fehler eingehen.

1. Der Bericht ist durchaus nicht dahingehend zu verstehen, dass sich die Rolle der Partei auf die Aufgabe beschränke, mit der Arbeiterklasse zu sprechen, wo doch die Partei sich mit der Arbeiterklasse besprechen und nicht allein mit ihr sprechen soll. Die Gegenüberstellung der Formel „sprechen“ und der Formel „sich besprechen“ ist nichts anderes als leere Äquibristik. In der Praxis ist das eine und das andere ein unteilbares Ganzes, was seinen Ausdruck in der ununterbrochenen Wechselwirkung zwischen Leser und Verfasser, zwischen Partei und Arbeiterklasse, zwischen dem Staat und den werktätigen Massen findet. Diese Erscheinung ist zu verzeichnen, seit es eine proletarische Massenpartei gibt, seit der Zeit der alten „Iskra“. Ingulow hat nicht recht, wenn er meint, diese Wechselwirkung habe erst einige Jahre nach der Machtergreifung der Arbeiterklasse in Rußland begonnen. Der Sinn des Zitats aus dem ZK-Bericht besteht nicht im „Sprechen“, sondern darin, dass die Presse „die Verbindung zwischen der Partei und der Arbeiterklasse herstellt“, eine Verbindung, „die ihrer Kraft nach jedem beliebigen, die Massen erfassenden Übertragungsapparat gleichkommt“. Der Sinn des Zitats liegt in der organisatorischen Bedeutung der Presse. Gerade darum auch wurde die Presse als einer der Transmissionsriemen zwischen der Partei und der Arbeiterklasse im organisatorischen Bericht des ZK behandelt. Ingulow hat das Zitat nicht begriffen und seinen Sinn unwillkürlich entstellt.

2. Ingulow betont die agitatorische, enthüllende Rolle der Presse und ist der Meinung, dass sich die Aufgabe der periodischen Presse darin erschöpfe. Er beruft sich auf eine Reihe von Missbräuchen in unserem Lande und weist darauf hin, dass die Enthüllungsarbeit der Presse, dass die Presseagitation die „Wurzel“ der Frage sei. Demgegenüber ist es klar, dass bei aller Bedeutung der agitatorischen Rolle der Presse ihre organisatorische Rolle gegenwärtig von aktuellster Bedeutung für unsere Aufbauarbeit ist. Es geht nicht nur darum, dass die Zeitung agitiert und enthüllt, sondern vor allem darum, dass sie über ein umfassendes Netz von Mitarbeitern, Vertrauensleuten und Korrespondenten im ganzen Lande, in allen industriellen und landwirtschaftlichen Gegenden, in allen Kreisen und Amtsbezirken verfügt, dass sich Fäden von der Partei über die Zeitung zu ausnahmslos allen Arbeiter- und Bauernbezirken hinziehen, dass die Wechselwirkung zwischen Partei und Staat einerseits, und Industrie- und Bauernbezirken andererseits eine vollständige ist. Beriefe eine so populäre Zeitung wie, sagen wir, die „Bjednota“^[73] von Zeit zu Zeit Konferenzen ihrer Hauptvertrauensleute in den verschiedenen Gegenden unseres Landes ein, die dem Meinungsaustausch und der Erfahrungsübermittlung dienen, und beriefe jeder dieser Vertrauensleute seinerseits Konferenzen seiner Korrespondenten in seinen Rayons, Orten und Amtsbezirken mit demselben Ziel ein, so wäre damit der erste ernstliche Schritt getan, nicht nur zur Herstellung der organisatorischen Verbindung zwischen Partei und Arbeiterklasse, zwischen dem Staat und den entlegensten Winkeln unseres Landes, sondern auch zur Verbesserung und Belebung der Presse selbst, zur Verbesserung und Belebung des ganzen Mitarbeiterstabs unserer periodischen Presse. Solche Konferenzen und solche Beratungen sind meiner Meinung nach

von viel größerer realer Bedeutung als „allrussische“ und sonstige Journalistenkongresse. Die Zeitung als kollektiver Organisator in den Händen der Partei und der Sowjetmacht, die Zeitung als Mittel, Verbindungen mit den werktätigen Massen unseres Landes anzuknüpfen und sie um die Partei und die Sowjetmacht zusammenzuschließen - das ist jetzt die nächste Aufgabe der Presse.

Es dürfte nicht überflüssig sein, dem Leser einige Zeilen aus dem Aufsatz des Genossen Lenin „Womit beginnen?“ (geschrieben 1901) über die organisatorische Rolle der periodischen Presse im Leben unserer Partei ins Gedächtnis zu rufen:

„Die Rolle der Zeitung beschränkt sich jedoch nicht allein auf die Verbreitung von Ideen, nicht allein auf die politische Erziehung und Gewinnung politischer Bundesgenossen. Die Zeitung ist nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator. In dieser Beziehung kann sie mit einem Gerüst verglichen werden, das um ein im Bau befindliches Gebäude errichtet wird; es zeigt die Umrisse des Gebäudes an, erleichtert den Verkehr zwischen den einzelnen Bauarbeitern, hilft ihnen, die Arbeit zu verteilen und die durch die organisierte Arbeit erzielten allgemeinen Resultate zu überblicken. Mit Hilfe der Zeitung und im Zusammenhang mit ihr wird sich ganz von selbst eine beständige Organisation herausbilden, die sich nicht nur mit örtlicher, sondern auch mit regelmäßiger allgemeiner Arbeit befasst, die ihre Mitglieder daran gewöhnt, die politischen Ereignisse aufmerksam zu verfolgen, deren Bedeutung und Einfluss auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten richtig zu bewerten und zweckmäßige Methoden herauszuarbeiten, durch die die revolutionäre Partei auf diese Ereignisse einwirken kann. Schon allein die technische Aufgabe - die richtige Versorgung der Zeitung mit Material und ihre richtige Verbreitung - zwingt dazu, ein Netz von örtlichen Vertrauensleuten der einheitlichen Partei zu schaffen, von Vertrauensleuten, die lebhaft Beziehungen zueinander unterhalten, die mit der allgemeinen Lage der Dinge vertraut sind, die sich daran gewöhnen, die Teilfunktionen der gesamtrussischen Arbeit regelmäßig auszuführen, die ihre Kräfte an der Organisierung dieser oder jener revolutionären Aktionen erproben. Dieses Netz von Vertrauensleuten wird das Gerippe gerade einer solchen Organisation bilden, wie wir sie brauchen: genügend groß, um das ganze Land zu erfassen; genügend breit und vielseitig, um eine strenge und detaillierte Arbeitsteilung durchzuführen; genügend standhaft, um unter allen Umständen, bei allen ‚Wendungen‘ und Überraschungen ihre eigene Arbeit unbeirrt zu leisten; genügend elastisch, um zu verstehen, einerseits einer offenen Feldschlacht gegen einen an Kraft überlegenen Feind, wenn er alle seine Kräfte an einem Punkt gesammelt hat, auszuweichen, und andererseits die Schwerfälligkeit dieses Feindes auszunutzen und ihn dann und dort anzugreifen, wo der Angriff am wenigsten erwartet wird.“^[74]

Genosse Lenin sprach damals von der Zeitung als einem Werkzeug zum Aufbau unserer Partei. Es liegt aber kein Grund vor, daran zu zweifeln, dass die Ausführungen des Genossen Lenin voll und ganz auf unsere heutige Situation im Partei- und Staatsaufbau zutreffen.

Diese wichtige organisatorische Rolle der periodischen Presse hat Ingulow in seinem Artikel außer acht gelassen. Darin besteht sein Hauptfehler.

Wie konnte es geschehen, dass einer der Hauptmitarbeiter unserer Presse diese wichtige Aufgabe übersehen hat? Gestern hat ein Genosse mir gegenüber geäußert, Ingulow habe sich anscheinend außer der Lösung des Presseproblems noch eine andere, eine Nebenaufgabe gestellt: „Jemand zu zwicken und jemand zu kitzeln.“ Ich selbst möchte dies nicht behaupten, und es liegt mir fern, jemandem das Recht abzusprechen, sich außer direkten Aufgaben noch Nebenaufgaben zu stellen. Es darf jedoch nicht zugelassen werden, dass Nebenaufgaben möglicherweise auch nur für einen Augenblick die direkte Aufgabe überschatten, die organisatorische Rolle der Presse bei unserem Partei- und Staatsaufbau zu klären.

„Prawda“ Nr. 99, 6. Mai 1923.
Unterschrift: J. Stalin.

JE WEITER, DESTO SCHLIMMER

In meinem Artikel in Nr. 99 der „Prawda“ über die organisatorische Rolle der Presse habe ich zwei Fehler Ingulows in der Frage der Presse hervorgehoben. In seinem Antwortartikel (siehe „Prawda“ Nr. 101) redet sich Ingulow darauf hinaus, dass es nicht Fehler, sondern „Missverständnisse“ waren. Ich bin bereit, Ingulows Fehler als „Missverständnisse“ zu bezeichnen. Das Schlimme ist dabei nur, dass Ingulow in seinem Antwortartikel drei neue Fehler oder, wenn Sie wollen, drei neue „Missverständnisse“ unterlaufen sind, die zu verschweigen in Anbetracht der besonderen Bedeutung der Presse leider absolut unmöglich ist.

1. Ingulow versichert, er habe es in seinem ersten Artikel nicht für notwendig gehalten, sich auf die Frage der organisatorischen Rolle der Presse zu konzentrieren, er habe die „spezielle Aufgabe“ verfolgt, klarzustellen, „wer unsere Parteizeitung macht“. Nehmen wir das einmal an. Warum aber hat Ingulow dann als Überschrift für seinen Artikel ein Zitat aus dem organisatorischen Bericht des ZK gewählt, ein Zitat, das ausschließlich die organisatorische Rolle unserer periodischen Presse behandelt? Eins von beiden - entweder hat Ingulow den Sinn des Zitats nicht verstanden, oder er hat seinen ganzen Artikel entgegen und im Widerspruch zu dem genauen Sinn des Zitats aus dem organisatorischen Bericht des ZK über die organisatorische Bedeutung der Presse aufgebaut. Sowohl in dem einen wie auch in dem anderen Fall springt der Fehler Ingulows ins Auge.

2. Ingulow versichert, dass „vor zwei, drei Jahren unsere Presse nicht mit den Massen verbunden war“, dass sie „die Partei nicht mit den Massen verband“, dass es überhaupt eine Verbindung zwischen der Presse und den Massen „nicht gab“. Man braucht diese Behauptung Ingulows nur aufmerksam zu lesen, um ihre ganze Ungereimtheit, Lebensfremdheit, Losgelöstheit von der Wirklichkeit zu begreifen. In der Tat, wäre unsere Parteipresse und durch sie die Partei selbst „vor zwei, drei Jahren“ mit den Arbeitermassen „nicht verbunden“ gewesen, ist es dann nicht klar, dass unsere Partei den inneren und äußeren Feinden der Revolution nicht hätte standhalten können, dass sie „im Handumdrehen“ begraben und ausgelöscht worden wäre! Man denke bloß: Der Bürgerkrieg ist in vollem Gange, die Partei erwehrt sich der Feinde, erringt eine Reihe glänzender Siege, die Partei ruft durch die Presse die Arbeiter und Bauern auf, das sozialistische Vaterland zu verteidigen, Zehntausende, Hunderttausende Werktätiger beantworten den Appell der Partei mit Hunderten von Resolutionen und gehen an die Front, ohne ihr Leben zu schonen, Ingulow aber, der das alles weiß, hält es dennoch für möglich, zu behaupten, dass „vor zwei, drei Jahren unsere Presse nicht mit den Massen verbunden war, folglich auch die Partei nicht mit den Massen verband“. Ist das nicht lächerlich? Wo hat man je gesehen, dass eine Partei, die durch die Massenpresse „nicht mit den Massen verbunden war“, imstande gewesen wäre, Zehntausende und Hunderttausende von Arbeitern und Bauern in Bewegung zu setzen? Wenn aber die Partei dennoch Zehntausende und Hunderttausende von Werktätigen in Bewegung setzte - ist es dann nicht klar, dass eine Massenpartei hierbei ohne das Mittel der Presse keineswegs auskommen konnte? Jawohl, jemand hat unbedingt die Verbindung mit den Massen verloren, aber nicht unsere Partei und nicht ihre Presse, sondern irgendjemand anders. Man darf die Presse nicht verleumden! Die Sache verhält sich so, dass eine Verbindung der Partei mit den Massen durch ihre Presse „vor zwei, drei Jahren“ unbedingt da war und da sein musste, doch war diese Verbindung verhältnismäßig schwach, wie der XI. Parteitag mit Recht feststellt. Die Aufgabe besteht nunmehr darin, diese Verbindung zu erweitern, sie mit allen Mitteln zu stärken, sie fester und regelmäßiger zu gestalten. Darum geht es jetzt.

3. Ingulow versichert ferner, „vor zwei, drei Jahren bestand keine Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse vermittels der Presse“. Weshalb? Weil, so heißt es, damals „unsere Presse tagesin, tagaus zum Kampf aufrief, von den Maßnahmen der Sowjetmacht und den

Beschlüssen der Partei berichtete, aber einen Widerhall bei den Arbeiterlesern fand das nicht“. So ist es schwarz auf weiß zu lesen: „einen Widerhall bei den Arbeiterlesern fand das nicht“. Das ist unglaublich, ungeheuerlich, aber so steht's geschrieben.

Alle Welt weiß, dass, als die Partei durch die Presse die Losung ausgab: „Alle ins Verkehrswesen“, dies einen einmütigen Widerhall bei den Massen fand, die der Presse Hunderte von Resolutionen zusandten, in denen sie ihrer Zustimmung und ihrer Bereitschaft, das Verkehrswesen zu retten, Ausdruck gaben und Zehntausende ihrer Söhne entsandten, um dem Verkehrswesen zu helfen. Ingulow aber will das nicht als Widerhall bei den Arbeiterlesern gelten lassen, will darin nicht die Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse mittels der Presse sehen, da diese Wechselwirkung weniger durch Korrespondenten als unmittelbar zwischen Partei und Arbeiterklasse, natürlich über die Presse, stattgefunden hat.

Alle Welt weiß, dass, als die Partei die Losung ausgab: „Auf zum Kampf gegen den Hunger“, dieser Appell der Partei einmütigen Widerhall bei den Massen fand, die der Parteipresse eine Unzahl von Resolutionen zusandten und Zehntausende ihrer Söhne ausschickten, um die Kulaken zu bekämpfen. Ingulow will das jedoch nicht als Widerhall bei den Arbeiterlesern und als Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse mittels der Presse gelten lassen, da diese Wechselwirkung nicht „genau nach der Regel“ vor sich ging, gewisse Korrespondenten übergangen wurden und anderes mehr.

Wenn Zehntausende und Hunderttausende Arbeiter auf den Appell der Parteipresse reagieren, so ist dies, Ingulow zufolge, keine Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse, wenn aber auf den gleichen Appell der Parteipresse eine schriftliche Antwort von einem paar Dutzend Korrespondenten einläuft, so ist dies eine wirkliche, echte Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse. Und das nennt sich Definition der organisatorischen Rolle der Parteipresse! Sind Sie denn ganz von Gott verlassen, Ingulow, dass Sie die marxistische Auslegung der Wechselwirkung mit ihrer kanzleimäßigen Auslegung verwechseln?

Indes ist klar, wenn man die Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse mittels der Presse nicht mit den Augen eines Kanzleimenschen betrachtet, sondern mit den Augen eines Marxisten, so hat diese Wechselwirkung stets stattgefunden, sowohl „vor zwei, drei Jahren“ als auch früher, und es konnte auch nicht anders sein; denn andernfalls hätte die Partei nicht die Führung der Arbeiterklasse behalten und die Arbeiterklasse nicht die Macht behaupten können. Die Sache läuft jetzt offensichtlich darauf hinaus, diese Wechselwirkung noch stetiger und fester zu machen. Ingulow hat nicht nur die organisatorische Bedeutung der Presse unterschätzt, er hat sie auch noch entstellt, indem er der marxistischen Auffassung von der Wechselwirkung zwischen Partei und Arbeiterklasse mittels der Presse eine bürokratische, äußerliche, technische Auffassung unterschoben hat. Und das nennt er ein „Missverständnis“... Was die „Nebenaufgaben“ Ingulows betrifft, die er entschieden ableugnet, so muss ich sagen, dass sein zweiter Artikel meine diesbezüglichen Zweifel, die ich im vorhergehenden Artikel aussprach, nicht zerstreut hat.

„Prawda“ Nr. 102,
10. Mai 1923.
Unterschrift: J. Stalin.

VIERTE BERATUNG DES ZK DER KPR(B)
MIT DEN VERANTWORTLICHEN FUNKTIONÄREN
DER NATIONALEN REPUBLIKEN UND GEBIETE^[75]

9.-12. Juni 1923

*Vierte Beratung des ZK der KPR
mit den verantwortlichen Funktionären
der nationalen Republiken und Gebiete.
Stenographischer Bericht.
Moskau 1923.*

1. ENTWURF EINER PLATTFORM ZUR NATIONALEN FRAGE FÜR DIE IV. BERATUNG, GEBILLIGT VOM POLITBÜRO DES ZK^[76]

Die allgemeine Linie der Parteiarbeit in der nationalen Frage

Die Parteiarbeit in der nationalen Frage muss, soweit es sich um den Kampf gegen Abweichungen von der Position des XII. Parteitags handelt, einer durch die entsprechenden Punkte der Resolution dieses Parteitags zur nationalen Frage bestimmten Linie folgen. Diese Punkte sind der 7. Punkt des ersten Abschnitts der Resolution und die Punkte 1, 2 und 3 des zweiten Abschnitts.

Eine der grundlegenden Aufgaben der Partei besteht darin, in den nationalen Republiken und Gebieten aus den proletarischen und halb-proletarischen Elementen der einheimischen Bevölkerung junge kommunistische Organisationen heranzubilden und zu entwickeln, mit allen Mitteln dazu beizutragen, dass diese Organisationen auf die Beine kommen, eine wirklich kommunistische Erziehung erhalten und wahrhaft internationalistische, wenn auch anfangs zahlenmäßig schwache, kommunistische Kader schmieden. Die Sowjetmacht wird erst dann in den Republiken und Gebieten stark sein, wenn dort wirklich ernst zu nehmende kommunistische Organisationen Fuß fassen werden.

Was nun die Kommunisten in den Republiken und Gebieten selbst betrifft, so müssen sie daran denken, dass sich die Situation bei ihnen, schon allein infolge der abweichenden sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, stark von der Situation in den Industriezentren der Union der Republiken unterscheidet, dass darum in den Randgebieten häufig andere Arbeitsmethoden angewandt werden müssen. Insbesondere muss man hier in dem Bestreben, die Unterstützung der werktätigen Massen der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen, den revolutionär-demokratischen oder auch nur loyal zur Sowjetmacht eingestellten Elementen in höherem Maße als in den zentralen Gebieten entgegenkommen. Die einheimische Intelligenz spielt in den Republiken und Gebieten in vieler Hinsicht eine andere Rolle als die Intelligenz der zentralen Gebiete der Union der Republiken. Die Randgebiete sind so arm an einheimischen Intellektuellen, dass keine Mühe gescheut werden darf, um jeden von ihnen für die Sowjetmacht zu gewinnen.

Der Kommunist in den Randgebieten muss sich stets sagen: Ich bin Kommunist, darum muss ich bei meiner Tätigkeit dem gegebenen Milieu Rechnung tragen und jenen einheimischen nationalen Elementen Zugeständnisse machen, die im Rahmen des Sowjetsystems loyal arbeiten wollen und arbeiten können. Das schließt jedoch einen systematischen ideologischen Kampf für die Prinzipien des Marxismus und für wahren Internationalismus, gegen die Abweichung zum Nationalismus nicht aus, sondern setzt ihn voraus. Nur auf diese Weise wird man den lokalen Nationalismus erfolgreich überwinden und die breiten Schichten der einheimischen Bevölkerung für die Sowjetmacht gewinnen können.

Fragen, die mit der Schaffung einer zweiten Kammer des ZEK der Union und der Organisation der Volkskommissariate der Union der Republiken zusammenhängen

Solcher Fragen gibt es, nach den einstweilen noch unvollständigen Daten zu urteilen, insgesamt sieben:

a) Über die Zusammensetzung der zweiten Kammer. Diese Kammer soll aus Vertretern der autonomen und der unabhängigen Republiken (je vier von jeder Republik oder mehr) und aus Vertretern der nationalen Gebiete (es genügt einer von jedem Gebiet) bestehen. Es wäre wünschenswert, eine solche Regelung zu treffen, dass die Mitglieder der ersten Kammer im allgemeinen nicht gleichzeitig Mitglieder der zweiten Kammer sind. Die Vertreter der

Republiken und Gebiete müssen vom Sowjetkongress der Union der Republiken bestätigt werden. Die erste Kammer soll Unionssowjet, die zweite Kammer Sowjet der Nationalitäten heißen.

b) Über die Rechte der zweiten Kammer im Verhältnis zur ersten Kammer. Die erste und die zweite Kammer sollten gleiche Rechte erhalten; jeder von ihnen sollte die Gesetzesinitiative verbleiben, und es sollte weiter darauf gesehen werden, dass kein Gesetzentwurf, der der ersten oder der zweiten Kammer vorgelegt wird, ohne die Zustimmung der beiden getrennt abstimmenden Kammern zum Gesetz erhoben werden kann. Konfliktfragen werden durch Verweisung an die Schlichtungskommission beider Kammern und, falls eine Einigung nicht erzielt wird, durch eine neue Abstimmung in gemeinsamer Sitzung der Kammern entschieden; wenn der auf solche Weise abgeänderte strittige Gesetzentwurf nicht die Stimmenmehrheit beider Kammern erhält, wird die Frage vor einen außerordentlichen oder vor den ordentlichen Sowjetkongress der Union der Republiken gebracht.

c) Über die Kompetenz der zweiten Kammer. Die Zuständigkeit der zweiten Kammer (ebenso wie der ersten Kammer) erstreckt sich auf die im Punkt 1 der Verfassung der UdSSR vorgesehenen Fragen. Die gesetzgebenden Funktionen des Präsidiums des ZEK der Union und des Rates der Volkskommissare der Union bleiben unberührt.

d) Über das Präsidium des ZEK der Union der Republiken. Es soll nur ein Präsidium des ZEK geben. Dieses soll von den beiden Kammern des ZEK gewählt werden, wobei natürlich die Nationalitäten, zumindest die größten von ihnen, vertreten sein müssen. Der Antrag der Ukrainer, an Stelle eines einzigen Präsidiums des ZEK der Union zwei Präsidien mit gesetzgebenden Funktionen entsprechend den zwei Kammern des ZEK zu schaffen, ist unzweckmäßig. Das Präsidium ist das oberste Machtorgan der Union, das ständig, ununterbrochen, von einer Tagung zur anderen tätig ist. Die Bildung von zwei Präsidien mit gesetzgebenden Funktionen wäre eine Aufspaltung des obersten Machtorgans, was unvermeidlich große Schwierigkeiten in der Arbeit hervorrufen würde. Die Kammern müssen ihre Präsidien haben, die jedoch über keine gesetzgebenden Funktionen verfügen dürfen.

e) Über die Anzahl der verschmolzenen Kommissariate. Nach den Beschlüssen der vorangegangenen Plenartagungen des ZK soll es fünf verschmolzene Kommissariate geben (Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Heereswesen, Verkehrswesen sowie Post- und Fernmeldewesen), Direktiven erteilende Kommissariate soll es ebenfalls fünf geben (Volkskommissariat für Finanzen, Oberster Volkswirtschaftsrat, Volkskommissariat für Ernährungswesen, Volkskommissariat für Arbeit, Arbeiter- und Bauerninspektion), die übrigen Kommissariate sind völlig autonom. Die Ukrainer beantragen, die Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel aus der Kategorie der verschmolzenen Kommissariate in die Kategorie der Direktiven erteilenden Kommissariate überzuführen, das heißt, parallel zu den Unionskommissariaten für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel den Republiken die entsprechenden Kommissariate zu belassen und ihnen von den Unionskommissariaten Direktiven erteilen zu lassen. Dieser Antrag ist unannehmbar, wenn man bedenkt, dass wir tatsächlich einen Bundesstaat bilden, der vor der Außenwelt als vereinigt Ganzes auftreten kann. Dasselbe ist auch von den Konzessionsverträgen zu sagen, deren Abschluss in der Union der Republiken konzentriert werden muss.

f) Über die Struktur der Volkskommissariate der Union der Republiken. Man sollte die Kollegien dieser Volkskommissariate erweitern und sie durch Vertreter der größten und wichtigsten Nationalitäten ergänzen.

g) Über die Budgetrechte der Republiken. Im Rahmen des den Republiken eingeräumten Anteils, dessen Ausmaß besonders bestimmt werden muss, sollten die letzteren hinsichtlich ihres Budgets selbständiger werden.

*Maßnahmen zur Einbeziehung der werktätigen Elemente
der einheimischen Bevölkerung in den Partei- und Sowjetaufbau*

Nach den unvollständigen Daten zu urteilen, könnten schon jetzt vier Maßnahmen vorgeschlagen werden:

- a) Reinigung der Staats- und Parteiapparate von nationalistischen Elementen (gemeint sind in erster Linie die großrussischen, aber auch die antirussischen und sonstigen Nationalisten). Die Reinigung ist mit Umsicht, auf Grund überprüfter Angaben, unter Kontrolle des ZK der Partei vorzunehmen.
- b) Systematische und unentwegte Bemühungen um die Nationalisierung der Staats- und Parteiinstitutionen in den Republiken und Gebieten im Sinne allmählicher Einführung der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung in die Geschäftsführung, wobei die verantwortlichen Funktionäre verpflichtet werden, die Muttersprache der einheimischen Bevölkerung zu erlernen.
- c) Auslese und Einbeziehung der mehr oder weniger loyalen Elemente der einheimischen Intelligenz in die Sowjetinstitutionen, wobei unsere verantwortlichen Funktionäre in den Republiken und Gebieten gleichzeitig an der Heranbildung von Sowjet- und Parteifunktionärkadern aus der Mitte der Parteimitglieder arbeiten müssen.
- d) Abhaltung von Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern mit Berichten der Volkskommissare und überhaupt verantwortlicher Parteifunktionäre über die wichtigsten Maßnahmen der Sowjetmacht.

*Maßnahmen zur Hebung des Kulturniveaus
der einheimischen Bevölkerung*

Notwendig ist etwa folgendes:

- a) Klubs (für Parteilose) und andere Aufklärungsstellen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätig sind, einzurichten;
- b) das Netz der in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätigen Lehranstalten aller Stufen zu erweitern;
- c) die mehr oder weniger loyalen einheimischen Volksschullehrer zur Arbeit in der Schule heranzuziehen;
- d) ein Netz von Vereinigungen zu schaffen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung Lese- und Schreibunterricht erteilen;
- e) ein Verlagswesen aufzubauen.

*Der wirtschaftliche Aufbau in den nationalen Republiken und Gebieten
unter Berücksichtigung der Besonderheiten der nationalen Lebensweise*

Notwendig ist etwa folgendes:

- a) die Umsiedlungen zu regulieren und sie, wo erforderlich, ganz einzustellen;
- b) der einheimischen werktätigen Bevölkerung nach Möglichkeit aus dem Staatsfonds Boden zuzuteilen;
- c) der einheimischen Bevölkerung billige landwirtschaftliche Kredite zu verschaffen;
- d) die Bewässerungsarbeiten auszudehnen;
- e) den Genossenschaften, insbesondere den Gewerbe-Genossenschaften (zwecks Heranziehung der Handwerker) allseitige Hilfe zuteil werden zu lassen;
- f) Fabriken und Werke in die Republiken zu verlegen, in denen die entsprechenden Rohstoffe reichlich vorhanden sind;
- g) Berufsschulen und technische Schulen für die einheimische Bevölkerung ins Leben zu rufen;

h) landwirtschaftliche Kurse für die einheimische Bevölkerung ein-zurichten.

Über die praktischen Maßnahmen zur Organisation nationaler Truppenteile

Wir müssen sofort damit beginnen, in den Republiken und Gebieten Militärschulen zu schaffen, die innerhalb einer bestimmten Frist ein Kommandeurkorps aus einheimischen Kräften heranbilden, das später als Kern für die Organisation nationaler Truppenteile dienen kann. Dabei muss selbstverständlich die parteimäßige und soziale Zusammensetzung der nationalen Truppenteile, insbesondere des Kommandeurkorps, in genügendem Maße gesichert werden. Wo alte Militärkader aus einheimischen Kräften vorhanden sind (Tatarien, zum Teil Baschkirien), könnten sofort nationale Milizregimenter organisiert werden. In Georgien, Armenien und Aserbaidshan gibt es, glaube ich, schon je eine Division. In der Ukraine und in Bjelorußland könnte schon jetzt je eine Milizdivision (besonders in der Ukraine) aufgestellt werden.

Die Schaffung nationaler Truppenteile ist eine Frage von erstrangiger Bedeutung, sowohl im Sinne der Abwehr eventueller Überfälle seitens der Türkei, Afghanistans, Polens usw. als auch im Sinne einer eventuellen, der Union der Republiken aufgezwungenen Aktion gegen Nachbarstaaten. Die Bedeutung der nationalen Truppenteile für die innere Lage der Union der Republiken braucht nicht erst bewiesen zu werden. Voraus-sichtlich wird im Zusammenhang damit die zahlenmäßige Stärke unserer Armee um etwa 20000 bis 25000 Mann erhöht werden müssen.

Die Organisation der Erziehungsarbeit der Partei

Notwendig ist etwa folgendes:

- a) Schulen ins Leben zu rufen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung politisches Grundwissen vermitteln;
- b) eine marxistische Literatur in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung zu schaffen;
- c) eine gut geleitete periodische Presse in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung zu haben;
- d) die Tätigkeit der Universität der Völker des Ostens im Zentrum und in den Ländern zu erweitern und diese Universität materiell sicherzustellen;
- e) einen Diskussionsklub der Partei an der Universität der Völker des Ostens zu gründen, zu dessen Arbeit die in Moskau wohnenden Mitglieder des ZK heranzuziehen sind;
- f) die Arbeit im Jugendverband und unter den Frauen in den Republiken und Gebieten zu verstärken.

Auslese der Partei- und Sowjetfunktionäre zwecks Verwirklichung der vom XII. Parteitag beschlossenen Resolution zur nationalen Frage

Eine bestimmte Anzahl von nationalen Funktionären (je zwei oder drei) muss in die Abteilung für Registrierung und Verteilung, in die Abteilung für Agitation und Propaganda, in die Organisationsabteilung, in die Frauenabteilung und in den Instrukteurapparat des ZK aufgenommen werden, um mit ihrer Hilfe die laufende Parteiarbeit des ZK in den Randgebieten zu erleichtern, die Partei- und Sowjetfunktionäre richtig auf die Republiken und Gebiete zu verteilen und dadurch die Linie des XII. Parteitags der KPR in der nationalen Frage zu sichern.

2. ÜBER DIE RECHTEN UND „LINKEN“ IN DEN NATIONALEN REPUBLIKEN UND GEBIETEN

Rede zum ersten Tagesordnungspunkt der Beratung:
„Der Fall Sultan-Galijew“
10. Juni

Ich habe das Wort ergriffen, um einige Bemerkungen zu den Reden der Genossen zu machen, die hier gehalten wurden. Was die prinzipielle Seite der anlässlich des Falls Sultan-Galijew aufgeworfenen Frage betrifft, so werde ich sie in meinem Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt zu beleuchten versuchen.

Zunächst zur Beratung selbst. Hier hat jemand gesagt (ich habe vergessen, wer es war), die gegenwärtige Beratung sei eine ungewöhnliche Erscheinung. Das stimmt nicht. Beratungen dieser Art sind nichts Neues für unsere Partei. Diese Beratung ist die vierte seit Bestehen der Sowjetmacht. Bis Anfang 1919 fanden drei Beratungen statt. Damals gestatteten uns die Verhältnisse, solche Beratungen einzuberufen. Später, nach 1919, in den Jahren 1920 und 1921, als wir bis über die Ohren im Bürgerkrieg steckten, hatten wir für derartige Beratungen keine Zeit. Und erst jetzt, nachdem wir mit dem Bürgerkrieg fertig sind, nachdem wir den wirtschaftlichen Aufbau gründlich begonnen haben, nachdem auch die Parteiarbeit selbst, besonders in den nationalen Gebieten und Republiken, konkreter geworden ist - erst jetzt haben wir wieder die Möglichkeit erhalten, eine solche Beratung einzuberufen. Ich denke, das ZK wird noch mehr als einmal zu diesem Mittel greifen, um ein restloses gegenseitiges Verständnis zwischen denen, die die Politik draußen im Lande durchführen, und denen, die sie ausarbeiten, herbeizuführen. Ich denke, derartige Beratungen sollten nicht nur mit Vertretern sämtlicher Republiken und Gebiete gepflogen werden, sondern auch im Rahmen der einzelnen Gebiete und Republiken, damit konkretere Beschlüsse ausgearbeitet werden. Nur eine solche Behandlung der Frage kann sowohl das ZK als auch die lokalen Funktionäre zufriedenstellen.

Ich habe einige Genossen davon sprechen hören, ich hätte Sultan-Galijew gewarnt, als ich in seinen ersten konspirativen Brief, der, wenn ich nicht irre, an Adigamow gerichtet war, Einblick zu nehmen Gelegenheit hatte. Adigamow hüllt sich aus irgendeinem Grunde in Schweigen und ergreift nicht das Wort, obwohl gerade er vor allen anderen und mehr als alle anderen sprechen müsste. Mir wurde von diesen Genossen der Vorwurf gemacht, ich hätte Sultan-Galijew allzu sehr in Schutz genommen. Ja, ich habe ihn tatsächlich, soweit das irgend möglich war, in Schutz genommen; ich hielt das und halte das weiterhin für meine Pflicht und Schuldigkeit. Aber ich habe ihn nur bis zu einer bestimmten Grenze verteidigt. Als Sultan-Galijew dann diese Grenze überschritt, wandte ich mich von ihm ab. Sein erster konspirativer Brief zeugt davon, dass er, Sultan-Galijew, bereits mit der Partei bricht, denn der Ton seines Briefes ist beinahe weißgardistisch, denn er schreibt über Mitglieder des ZK so, wie man nur über Feinde schreiben kann. Ich traf mit ihm zufällig im Politbüro zusammen, wo er die Forderungen der Tatarischen Republik in Sachen des Volkskommissariats für Landwirtschaft vertrat. Schon damals warnte ich ihn: Ich schickte ihm einen Zettel, worin ich seinen konspirativen Brief als parteifeindlich bezeichnete, ihn des Aufbaus einer Organisation von Walidowschem Typus beschuldigte und ihm erklärte, wenn er die illegale parteifeindliche Arbeit nicht einstelle, werde es ein schlechtes Ende mit ihm nehmen, und irgendwelche Unterstützung von meiner Seite käme nicht in Betracht. Sehr verlegen gab er mir zur Antwort, dass ich irregeführt worden sei, er habe tatsächlich an Adigamow geschrieben, aber nicht das, sondern etwas anderes; er sei nach wie vor parteitreu und gebe sein Ehrenwort, es auch in Zukunft zu bleiben. Dessen ungeachtet schickt er acht Tage darauf einen zweiten konspirativen Brief ab, in dem er Adigamow verpflichtet, Verbindung mit den Basmatschen und ihrem Führer Walidow herzustellen und den Brief „zu verbrennen“. Es lag also eine

Niedertracht, ein Betrug vor, der mich zwang, alle Beziehungen zu Sultan-Galijew abzubrechen. Von diesem Augenblick an war Sultan-Galijew für mich ein Mann, der außerhalb der Partei, außerhalb der Sowjets steht, und ich hielt es nicht für möglich, mit ihm zu sprechen, obwohl er mehrere Male darauf drängte, sich mit mir „auszusprechen“. „Linke“ Genossen haben mir schon Anfang 1919 den Vorwurf gemacht, dass ich Sultan-Galijew unterstütze, ihn für die Partei zu erhalten suche, ihn schone, in der Hoffnung, er würde aufhören, Nationalist zu sein, und zu einem Marxisten werden. Ich habe es tatsächlich für meine Pflicht gehalten, ihn bis zu einer gewissen Zeit zu unterstützen. Es gibt in den östlichen Republiken und Gebieten so wenige Intellektuelle, geistig rege, ja überhaupt lese- und schreibkundige Menschen, dass man sie an den Fingern abzählen kann - wie sollte man sie unter solchen Umständen nicht hochschätzen? Es wäre geradezu verbrecherisch, wollte man nicht alle Maßnahmen ergreifen, um nützliche Menschen aus dem Osten vor der Zersetzung zu bewahren und sie der Partei zu erhalten. Aber alles hat seine Grenzen. Und diese Grenzen waren in dem Augenblick erreicht, als Sultan-Galijew aus dem Lager der Kommunisten in das Lager der Basmatschen hinüberwechselte. Mit diesem Zeitpunkt hörte er auf, für die Partei zu existieren. Das war auch der Grund, weshalb der türkische Botschafter für ihn annehmbarer wurde als das ZK unserer Partei.

Einen gleichartigen Vorwurf bekam ich von Schamigulow zu hören; ich hätte nämlich trotz seines Drängens, mit einem Schlag Walidow zu erledigen, Walidow in Schutz genommen, in dem Bestreben, ihn für die Partei zu erhalten. Ich habe Walidow tatsächlich in Schutz genommen, in der Hoffnung, er werde sich möglicherweise bessern. Ganz andere Leute haben sich gebessert, das wissen wir aus der Geschichte der politischen Parteien. Ich kam zu dem Schluss, dass Schamigulow mit der Frage allzu einfach umspringt. Ich bin seinem Ratschlag nicht gefolgt. Zwar hat sich Schamigulows Voraussage ein Jahr später bestätigt. Walidow hat sich nicht gebessert, er ist zu den Basmatschen gegangen. Trotzdem aber hat die Partei dadurch gewonnen, dass wir Walidows Weggang von der Partei um ein Jahr aufhielten. Hätten wir mit Walidow 1918 Schluss gemacht, so bin ich überzeugt, dass solche Genossen wie Murtasin, Adigamow, Chalikow und andere damals nicht in unseren Reihen geblieben wären. (Zwischenruf: „Chalikow wäre geblieben.“) Vielleicht wäre Chalikow nicht gegangen, aber eine ganze Gruppe von Genossen, die in unseren Reihen arbeiten, wäre zusammen mit Walidow gegangen. Das ist es, was wir durch unsere Duldsamkeit und Umsicht erreicht haben. Ich habe Ryskulow angehört und muss sagen, dass seine Rede nicht ganz aufrichtig, dass sie halbdiplomatisch war (Zwischenruf: „Sehr richtig!“); seine Rede macht überhaupt einen deprimierenden Eindruck. Ich habe von ihm mehr Klarheit und mehr Aufrichtigkeit erwartet. Ryskulow mag sagen, was er will, es steht fest, dass er zwei konspirative Briefe von Sultan-Galijew zu Hause liegen hat, die er niemand gezeigt hat; es steht fest, dass er mit Sultan-Galijew ideologisch verbunden war. Dass Ryskulow sich in krimineller Beziehung von dem Fall Sultan-Galijew abgrenzt, dass er behauptet, mit Sultan-Galijew nicht auf der Linie verbunden zu sein, die zum Basmatschentum führt - das ist belanglos. Nicht darum handelt es sich auf dieser Beratung. Es handelt sich um die geistige und ideologische Verbindung mit der Sultan-Galijew-Affäre. Dass aber eine solche Verbindung zwischen Ryskulow und Sultan-Galijew bestand - das ist klar, Genossen, das kann Ryskulow selbst nicht leugnen. Ist es aber nicht an der Zeit, endlich hier, von dieser Tribüne herab, entschieden und ohne Vorbehalte von der Sultan-Galijew-Affäre abzurücken? In diesem Sinne war die Rede Ryskulows halbdiplomatisch und unbefriedigend.

Jenbajew hat ebenfalls eine diplomatische, unaufrichtige Rede gehalten. Ist es etwa nicht Tatsache, dass Jenbajew und eine Gruppe tatarischer Funktionäre, die ich trotz ihrer mangelhaften ideologischen Standhaftigkeit für ausgezeichnete Praktiker halte, nach der Verhaftung Sultan-Galijews ein Schreiben an das ZK richteten, in dem sie seine sofortige Freilassung forderten, die volle Bürgschaft für ihn übernahmen und durchblicken ließen, die bei Sultan-Galijew beschlagnahmten Dokumente seien nicht echt? Ist das etwa nicht Tatsache?

Was hat jedoch die Untersuchung ergeben? Es hat sich herausgestellt, dass sämtliche Dokumente echt waren. Sultan-Galijew selbst hat ihre Echtheit zugegeben und dabei über seine Sünden mehr mitgeteilt, als die Dokumente besagen; er hat seine Schuld restlos eingestanden, hat sie eingestanden und bereut. Ist es etwa nicht klar, dass Jenbajew nach alledem seine Fehler entschieden und unwiderruflich hätte anerkennen und von Sultan-Galijew hätte abrücken müssen? Jenbajew hat das jedoch nicht getan. Er nahm die Gelegenheit wahr, sich über die „Linken“ lustig zu machen, aber von der Sultan-Galijew-Affäre entschieden und auf kommunistische Art abzurücken, von dem Abgrund abzurücken, in den Sultan-Galijew geraten ist - das fiel ihm nicht ein; offenbar glaubte er, Diplomatie würde ihn retten.

Die Rede von Firdews war von A bis Z nichts als Diplomatie. Wer wen ideologisch geleitet hat: ob Sultan-Galijew Firdews oder Firdews Sultan-Galijew - diese Frage lasse ich offen. Ich glaube jedoch, dass eher Firdews Sultan-Galijew ideologisch geleitet hat als umgekehrt. Ich sehe nichts besonders Unzulässiges in den theoretischen Exerzitien Sultan-Galijews. Wenn sich die Sache bei Sultan-Galijew auf die Ideologie des Panturkismus und Panislamismus beschränkt hätte, dann wäre es halb so schlimm, dann würde ich sagen, diese Ideologie erscheine, obgleich die Resolution des X. Parteitags zur nationalen Frage sie verbietet, noch erträglich, und man könne sich darauf beschränken, sie innerhalb der Reihen unserer Partei zu kritisieren. Wenn aber die ideologischen Exerzitien damit enden, dass Verbindungen zu den Führern der Basmatschen, zu Walidow und anderen aufgenommen werden, dann darf hier unter keinen Umständen die Basmatschenpraxis als eine harmlose Ideologie entschuldigt werden, wie dies Firdews zu tun versucht. Mit einer derartigen Rechtfertigung der Tätigkeit Sultan-Galijews kann man niemand hinters Licht führen. Auf solche Art könnte man auch für den Imperialismus und für den Zarismus eine Rechtfertigung finden, denn auch sie haben ihre Ideologie, die mitunter recht harmlos erscheint. So darf man nicht argumentieren. Sie stehen hier nicht vor einem Gerichtshof, sondern vor einer Beratung verantwortlicher Funktionäre, die von Ihnen Offenheit und Aufrichtigkeit und keine Diplomatie verlangen.

Gut hat meiner Meinung nach Chodshanow gesprochen. Auch Ikramow sprach nicht schlecht. Ich muss aber eine Stelle in den Reden dieser Genossen hervorheben, eine Stelle, die zu denken gibt. Beide meinten, zwischen dem heutigen Turkestan und dem zaristischen Turkestan bestehe kein Unterschied, nur das Aushängeschild habe sich geändert, Turkestan sei das gleiche geblieben, dasselbe, was es unter dem Zaren war. Genossen, wenn das nicht ein falscher Zungenschlag, sondern eine überlegte Redewendung war, und wenn das mit vollem Bewusstsein gesagt wurde, dann müsste man sagen, dass in diesem Fall die Basmatschen recht, wir aber unrecht hätten. Wenn Turkestan tatsächlich eine Kolonie ist, wie dies unter dem Zarismus der Fall war, dann haben die Basmatschen recht, dann dürfen nicht wir über Sultan-Galijew zu Gericht sitzen, sondern dann muss er über uns zu Gericht sitzen, als über Leute, die im Rahmen der Sowjetmacht das Bestehen einer Kolonie dulden. Wenn das zutrifft, dann begreife ich nicht, warum Sie selber nicht zu den Basmatschen gestoßen sind. Offenbar haben Chodshanow und Ikramow diese Stelle ihrer Reden nicht durchdacht, denn sie können nicht in Unkenntnis darüber sein, dass sich das heutige Sowjeturkestan von Grund aus vom zaristischen Turkestan unterscheidet. Ich wollte auf diese falsche Stelle in den Reden dieser Genossen hinweisen, damit sich die Genossen die Mühe nehmen, darüber nachzudenken und ihren Fehler zu korrigieren.

Ich nehme einen Teil der Beschuldigungen auf mich, die Ikramow vorbrachte, als er von der Tätigkeit des ZK sagte, dass wir nicht immer genügend achtgaben und dass es uns nicht immer gelang, rechtzeitig die praktischen Fragen in Angriff zu nehmen, die die Verhältnisse in den östlichen Republiken und Gebieten gebieterisch auf die Tagesordnung setzten. Gewiss, das ZK ist überlastet und nicht imstande, überall rechtzeitig einzugreifen. Es wäre aber lächerlich zu glauben, das ZK könne alles zur rechten Zeit machen. Gewiss, es gibt wenig Schulen in Turkestan. Die Muttersprachen der einheimischen Bevölkerung sind noch nicht zu

Verkehrssprachen der staatlichen Institutionen geworden, die Institutionen sind nicht nationalisiert. Das Kulturniveau ist überhaupt niedrig. Das alles trifft zu. Aber kann man etwa ernsthaft erwarten, das ZK oder die Partei in ihrer Gesamtheit könnten die Kultur Turkestans in zwei, drei Jahren heben? Wir alle jammern und klagen darüber, dass die russische Kultur, die Kultur des russischen Volkes, das in kultureller Hinsicht den anderen Völkern der Union der Republiken voran ist, auf einem niedrigen Niveau steht. Iljitsch hat wiederholt erklärt, dass wir in kultureller Hinsicht wenig entwickelt sind, dass es nicht möglich ist, die russische Kultur in zwei, drei, ja nicht einmal in zehn Jahren wesentlich zu heben. Wenn sich aber die russische Kultur nicht in zwei, drei, ja nicht einmal in zehn Jahren wesentlich heben lässt, wie kann man da verlangen, dass das Kulturniveau der nichtrussischen, zurückgebliebenen, halbanalphabetischen Gebiete im Handumdrehen gehoben werde? Ist es nicht klar, dass neun Zehntel der „Schuld“ hier den Verhältnissen, der Rückständigkeit zufallen, dass man das, wie man so sagt, in Rechnung zu stellen nicht umhinkann.

Über „Linke“ und Rechte.

Gibt es solche in den kommunistischen Organisationen der verschiedenen Gebiete und Republiken? Natürlich gibt es solche. Das lässt sich nicht leugnen.

Worin bestehen die Sünden der Rechten? Sie bestehen darin, dass die Rechten gegen die nationalistischen Tendenzen, die sich im Zusammenhang mit der NÖP entwickeln und verstärken, kein Gegengift, keinen zuverlässigen Schutz abgeben und auch nicht abgeben können. Die Tatsache, dass es zum Fall Sultan-Galijew kommen konnte, dass er einen gewissen Kreis von Anhängern in den östlichen Republiken, besonders in Baschkirien und Tatarien, gewonnen hat - das zeugt unzweifelhaft davon, dass die rechten Elemente, die dort, in diesen Republiken, die vorherrschende Mehrheit bilden, kein genügender Schutz gegen den Nationalismus sind.

Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere kommunistischen Organisationen in den Randgebieten, in den Republiken und Gebieten, sich nur dann entwickeln und festen Fuß fassen können, nur dann zu wirklich internationalistischen marxistischen Kadern werden können, wenn sie den Nationalismus überwinden. Der Nationalismus ist das ideologische Haupthindernis bei der Heranbildung marxistischer Kader, einer marxistischen Vorhut in den Randgebieten und Republiken. Die Geschichte unserer Partei lehrt, dass der russische Teil der Partei der Bolschewiki wuchs und erstarkte im Kampf gegen den Menschewismus, denn der Menschewismus ist eine Ideologie der Bourgeoisie, der Menschewismus ist der Schrittmacher bürgerlicher Ideologie in unserer Partei, und ohne den Menschewismus überwunden zu haben, konnte die Partei nicht festen Fuß fassen. Iljitsch hat darüber mehrfach geschrieben. Nur in dem Maße, wie der Bolschewismus den Menschewismus in seinen organisatorischen und ideologischen Formen überwand, wuchs und erstarkte er als die wirklich führende Partei. Das gleiche gilt für unsere kommunistischen Organisationen in den Randgebieten und Republiken hinsichtlich des Nationalismus. Der Nationalismus spielt für diese Organisationen dieselbe Rolle, die der Menschewismus in der Vergangenheit für die Partei der Bolschewiki gespielt hat. Nur unter nationalistischem Deckmantel können alle möglichen bürgerlichen, darunter auch menschewistischen, Einflüsse in unsere Organisationen in den Randgebieten eindringen. Unsere Organisationen in den Republiken können nur dann marxistisch werden, wenn sie imstande sind, sich der nationalistischen Einflüsse zu erwehren, die in den Randgebieten in unsere Partei eindringen, deshalb eindringen, weil die Bourgeoisie wieder auflebt, weil die NÖP wächst, weil der Nationalismus wächst, weil Überreste des großrussischen Chauvinismus vorhanden sind, die gleichfalls den lokalen Nationalismus vorantreiben, weil sich der Einfluss der ausländischen Staaten geltend macht, die den Nationalismus auf jede Weise unterstützen. Kampf gegen diesen Feind in den Republiken und Gebieten - dieses Stadium müssen unsere kommunistischen Organisationen in den nationalen Republiken durchmachen, wenn sie erstarken wollen als wahrhaft marxistische Organisationen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Und in diesem Kampf sind die Rechten schwach. Sie sind schwach,

weil sie angesteckt sind von Skepsis gegenüber der Partei und weil sie leicht dem Einfluss des Nationalismus erliegen. Darin eben besteht die Sünde des rechten Flügels der kommunistischen Organisationen in den Republiken und Gebieten.

Aber nicht weniger, wenn nicht gar mehr, sündigen die „Linken“ in den Randgebieten. Wenn die kommunistischen Organisationen in den Randgebieten nicht erstarken und sich nicht zu wahrhaft marxistischen Kadern entwickeln können, ohne den Nationalismus überwunden zu haben, so können diese Kader selbst nur dann zu Massenorganisationen werden und die Mehrheit der werktätigen Massen um sich scharen, wenn sie es lernen, elastisch genug zu sein, um alle einigermaßen loyalen nationalen Elemente, denen Zugeständnisse gemacht werden müssen, in unsere staatlichen Institutionen einzubeziehen, wenn sie es lernen, zu manövrieren zwischen dem entschlossenen Kampf gegen den Nationalismus in der Partei und dem ebenso entschlossenen Kampf um die Heranziehung aller mehr oder weniger loyalen Elemente aus der einheimischen Bevölkerung, der Intelligenz usw. zur Sowjetarbeit. Die „Linken“ in den Randgebieten sind mehr oder weniger frei von der skeptischen Einstellung zur Partei, von der Empfänglichkeit für nationalistische Einflüsse. Aber die Sünden der „Linken“ bestehen darin, dass sie es nicht verstehen, gegenüber den bürgerlich-demokratischen und den einfach loyalen Elementen der Bevölkerung elastisch zu sein, dass sie bei der Heranziehung dieser Elemente nicht manövrieren können und wollen, dass sie die auf die Gewinnung der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung im Lande gerichtete Linie der Partei entstellen. Es gilt indes, diese Elastizität und diese Fähigkeit, zwischen der Bekämpfung des Nationalismus und der Heranziehung aller einigermaßen loyalen Elemente zur Arbeit in unseren Staatsinstitutionen zu manövrieren, um jeden Preis zu erlangen und zu erarbeiten. Wir können sie nur erlangen und erarbeiten, wenn wir der ganzen Kompliziertheit und Eigenart Rechnung tragen, die wir in unseren Gebieten und Republiken antreffen; wenn wir nicht auf eine einfache Verpflanzung der Vorbilder der zentralen Industriegebiete bedacht sein werden, da diese Vorbilder nicht mechanisch in die Randgebiete verpflanzt werden dürfen; wenn wir nicht die nationalistisch eingestellten Elemente der Bevölkerung, die nationalistisch eingestellten Kleinbürger in Bausch und Bogen abtun; wenn wir es lernen, diese Elemente zur gesamtstaatlichen Arbeit heranzuziehen. Die „Linken“ sündigen dadurch, dass sie vom Sektierertum angesteckt sind und die überragende Wichtigkeit dieser komplizierten Aufgaben der Partei in den nationalen Republiken und Gebieten verkennen.

Drohen die Rechten durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber dem Nationalismus das Wachsen unserer kommunistischen Kader in den Randgebieten zu erschweren, so droht von den „Linken“ der Partei die Gefahr, dass diese, von ihrem versimpelten und überstürzten „Kommunismus“ hingerissen, unsere Partei von der Bauernschaft und den breiten Schichten der einheimischen Bevölkerung loslösen.

Welche von diesen Gefahren stellt die größere Gefahr dar? Wenn die Genossen, die nach „links“ abweichen, draußen im Lande auch weiterhin die Politik der künstlichen Teilung der Bevölkerung in Schichten zu praktizieren gedenken - und diese Politik wurde nicht nur im Tschetschenen- und im Jakutengebiet, nicht nur in Turkestan praktiziert... (Ibrahimow: „Das ist Differenzierungstaktik.“) Jetzt ist Ibrahimow darauf verfallen, statt Taktik der Teilung in Schichten Differenzierungstaktik zu sagen, dadurch hat sich aber nichts geändert - wenn diese Genossen, sage ich, auch weiterhin von oben eine Politik der Teilung in Schichten zu praktizieren gedenken; wenn sie glauben, man könnte die russischen Vorbilder mechanisch in die spezifischen nationalen Verhältnisse verpflanzen, ohne der Lebensweise und den konkreten Bedingungen Rechnung zu tragen; wenn sie meinen, dass man im Kampf gegen den Nationalismus gleichzeitig alles Nationale über Bord werfen müsse; mit einem Wort, wenn die „linken“ Kommunisten in den Randgebieten unverbesserlich zu bleiben gedenken - dann muss ich sagen, dass von den beiden Gefahren die „linke“ Gefahr sich als die größere Gefahr erweisen kann.

Das ist alles, was ich zur Frage der „Linken“ und der Rechten sagen wollte. Ich bin etwas vorausgeeilt, aber das geschah deshalb, weil die ganze Beratung vorausgeeilt ist und die Aussprache über den zweiten Punkt vorweggenommen hat.

Man muss den Rechten Hiebe versetzen, um sie zu zwingen, um sie zu lehren, gegen den Nationalismus zu kämpfen, damit wirklich kommunistische Kader aus der einheimischen Bevölkerung geschmiedet werden können. Man muss aber auch den „Linken“ Hiebe versetzen, um ihnen Elastizität und geschicktes Manövrieren beizubringen, damit die breiten Massen der Bevölkerung gewonnen werden können. Das alles muss getan werden, weil die Wahrheit „in der Mitte“, zwischen den Rechten und den „Linken“ liegt, wie Chodshanow richtig bemerkt hat.

3. DIE PRAKTISCHEN MASSNAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DER RESOLUTION DES XII. PARTEITAGS ZUR NATIONALEN FRAGE

Referat zum zweiten Tagesordnungspunkt

10. Juni

Genossen! Sie haben wahrscheinlich schon den Entwurf einer Plattform des Politbüros des ZK zur nationalen Frage erhalten. (Zwischenrufe: „Nicht alle haben ihn erhalten.“) Diese Plattform betrifft den zweiten Punkt der Tagesordnung mit allen Unterpunkten. Jedenfalls haben alle die Tagesordnung der Beratung in einem chiffrierten Telegramm des ZK erhalten.

Die Vorschläge des Politbüros lassen sich in drei Gruppen einteilen:

Die erste Fragengruppe betrifft die Stärkung der kommunistischen Kader aus der einheimischen Bevölkerung in den Republiken und Gebieten.

Die zweite Fragengruppe betrifft all das, was mit der praktischen Verwirklichung der konkreten Beschlüsse des XII. Parteitags zur nationalen Frage zusammenhängt, nämlich: die Einbeziehung der werktätigen Elemente der einheimischen Bevölkerung in den Partei- und Sowjetaufbau; die zur Hebung des Kulturniveaus der einheimischen Bevölkerung notwendigen Maßnahmen; die Besserung der wirtschaftlichen Lage der Republiken und Gebiete entsprechend den spezifischen Besonderheiten ihrer Lebensweise; schließlich Fragen der Genossenschaften in den Gebieten und Republiken, der Verlegung der Betriebe, der Schaffung von Industriestätten und anderes. Diese Fragengruppe berührt die wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Aufgaben der Gebiete und Republiken entsprechend den örtlichen Bedingungen.

Die dritte Fragengruppe betrifft die Verfassung der Union der Republiken im allgemeinen und speziell die Abänderungen, die an dieser Verfassung unter dem Gesichtswinkel der Schaffung einer zweiten Kammer des ZEK der Union der Republiken vorgenommen werden sollen. Die letztgenannte Fragengruppe hängt bekanntlich mit der bevorstehenden Tagung des ZEK der Union der Republiken zusammen.

Ich gehe zur ersten Fragengruppe über, zu den Methoden der Heranbildung und Festigung marxistischer Kader aus der einheimischen Bevölkerung, die der Sowjetmacht als wichtigste und in letzter Instanz entscheidende Stütze in den Randgebieten dienen können. Wenn wir uns die Entwicklung unserer Partei vor Augen halten (ich nehme ihren russischen Teil, als den grundlegenden), die Hauptetappen ihrer Entwicklung verfolgen und uns dann analog dazu ein Bild von der nächsten Entwicklung unserer kommunistischen Organisationen in den Gebieten und Republiken machen, dann, denke ich, finden wir den Schlüssel zum Verständnis der Besonderheiten dieser Länder, vom Standpunkt der Entwicklung unserer Partei in den Randgebieten betrachtet.

In der ersten Entwicklungsperiode unserer Partei, nämlich ihres russischen Teils, bestand die Hauptaufgabe darin, Kader, marxistische Kader zu schaffen. Sie, diese marxistischen Kader, wurden bei uns im Kampf gegen den Menschewismus geschaffen und geschmiedet. Die Aufgabe dieser Kader bestand damals, in jener Periode - ich nehme die Periode von der Gründung der bolschewistischen Partei bis zum Moment der Vertreibung der Liquidatoren, als der vollendetsten Wortführer des Menschewismus, aus der Partei -, die grundlegende Aufgabe bestand darin, die lebendigsten, ehrlichsten und würdigsten Elemente der Arbeiterklasse für die Bolschewiki zu gewinnen, Kader zu schaffen, eine Vorhut zu schmieden. Hier ging der Kampf in erster Linie gegen die Strömungen bürgerlichen Charakters, besonders gegen den Menschewismus, die uns hinderten, die Kader zusammenzuschweißen, sie zu einem einheitlichen Ganzen, zum Grundkern der Partei zusammenzuschweißen. Damals stand die Partei noch nicht vor der Aufgabe, umfassende Verbindungen mit den Millionenmassen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bauernschaft

herzustellen - das war noch kein unmittelbares und lebensnotwendiges Erfordernis -, vor der Aufgabe, diese Massen zu gewinnen, vor der Aufgabe, die Mehrheit im Lande zu gewinnen. So weit war die Partei noch nicht.

Erst auf der folgenden Entwicklungsstufe unserer Partei, erst in ihrem zweiten Stadium, als diese Kader herangewachsen, als sie zum Grundkern unserer Partei geworden waren, als die Sympathien der besten Elemente der Arbeiterklasse bereits gewonnen oder fast gewonnen waren - erst danach erstand vor der Partei als unmittelbare und unaufschiebbare Notwendigkeit die Aufgabe, die Millionenmassen zu gewinnen, die Aufgabe, aus den Parteikadern eine wirklich proletarische Massenpartei zu machen. In dieser Periode hatte der Kern unserer Partei nicht so sehr gegen den Menschewismus als gegen die „linken“ Elemente unserer Partei, gegen die „Otsowisten“ jeder Spielart zu kämpfen, die, anstatt die Besonderheiten der neuen Verhältnisse nach 1905 ernstlich zu studieren, mit revolutionären Phrasen daher kamen, durch ihre simplifizierte „revolutionäre“ Taktik die Umwandlung der Kader unserer Partei in eine wirkliche Massenpartei hemmten und durch ihre Tätigkeit die Gefahr einer Loslösung der Partei von den breiten Arbeitermassen heraufbeschworen. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, dass die Partei ohne den entschlossenen Kampf gegen diese „linke“ Gefahr, ohne deren Überwindung die werktätigen Millionenmassen nicht hätte gewinnen können.

Das ist ungefähr das Bild des Kampfes an zwei Fronten, gegen die Rechten, das heißt gegen die Menschewiki, und die „Linken“, das Bild der Entwicklung des grundlegenden, russischen Teils unserer Partei.

Genosse Lenin hat diese notwendige, unvermeidliche Entwicklung der kommunistischen Parteien überzeugend genug in seiner Schrift „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ geschildert. Genosse Lenin führte dort den Nachweis, dass die kommunistischen Parteien im Westen ungefähr die gleichen Entwicklungsstufen durchmachen müssen und bereits durchmachen. Wir können unsererseits hinzufügen, dass das gleiche für die Entwicklung unserer kommunistischen Organisationen und kommunistischen Parteien in den Randgebieten gilt.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass trotz der Analogie zwischen dem, was die Partei in der Vergangenheit durchgemacht hat, und dem, was unsere Parteiorganisationen in den Randgebieten jetzt durchmachen, unsere Partei in den nationalen Republiken und Gebieten dennoch gewisse wesentliche Besonderheiten der Entwicklung aufzuweisen hat, die wir unbedingt berücksichtigen müssen, weil wir ohne deren sorgfältige Berücksichtigung Gefahr laufen, bei der Festlegung der sich auf dem Gebiet der Heranbildung marxistischer Kader aus der einheimischen Bevölkerung der Randgebiete ergebenden Aufgaben eine Reihe größter Fehler zu begehen.

Gehen wir zur Untersuchung dieser Besonderheiten über.

Der Kampf gegen die rechten und die „linken“ Elemente unserer Organisationen in den Randgebieten ist notwendig und unerlässlich, denn sonst können wir keine marxistischen, eng mit den Massen verbundenen Kader heranbilden. Das ist begreiflich. Die Lage in den Randgebieten zeichnet sich aber durch eine Besonderheit aus, die sie von der Entwicklung unserer Partei in der Vergangenheit unterscheidet, das nämlich das Schmieden von Kadern und deren Umwandlung in eine Massenpartei in den Randgebieten nicht unter dem bürgerlichen Regime vor sich geht, wie dies in der Geschichte unserer Partei der Fall war, sondern unter der Sowjetordnung, unter der Diktatur des Proletariats. Damals, unter dem bürgerlichen Regime, konnte und musste man, den Zeitumständen entsprechend, zuerst die Menschewiki schlagen (um marxistische Kader heranzubilden) und dann die Otsowisten (um jene Kader in eine Massenpartei zu verwandeln), wobei der Kampf gegen diese Abweichungen in der Geschichte unserer Partei volle zwei Perioden ausfüllte. Jetzt dürfen wir das, den Zeitumständen entsprechend, keinesfalls tun, denn jetzt ist die Partei an der Macht, und eine an der Macht stehende Partei braucht in den Randgebieten marxistisch zuverlässige

Kader aus der einheimischen Bevölkerung, die zugleich mit den breiten Bevölkerungsmassen verbunden sind. Jetzt können wir nicht zuerst die rechte Gefahr mit Hilfe der „Linken“ überwinden, wie das in der Geschichte unserer Partei der Fall war, und dann die „linke“ Gefahr mit Hilfe der Rechten -, jetzt müssen wir den Kampf an beiden Fronten gleichzeitig führen und beide Gefahren zu überwinden suchen, um als Resultat in den Randgebieten mit den Massen verbundene, marxistisch geschulte Kader aus der einheimischen Bevölkerung zu erhalten. Damals konnte man von Kadern sprechen, die noch nicht mit den breiten Massen verbunden waren, sondern sich mit ihnen erst in der folgenden Entwicklungsperiode verbinden sollten - jetzt wäre es lächerlich, auch nur davon zu sprechen; denn unter der Sowjetmacht kann man sich keine marxistischen Kader vorstellen, die nicht auf die eine oder andere Art mit den breiten Massen verbunden wären. Das wären Kader, die weder mit dem Marxismus noch mit einer Massenpartei etwas gemein hätten. Alles das macht die Dinge bedeutend komplizierter und gebietet unseren Parteiorganisationen in den Randgebieten, gleichzeitig sowohl gegen die Rechten als auch gegen die „Linken“ zu kämpfen. Daraus folgt die von unserer Partei bezogene Position des Kampfes an zwei Fronten, des Kampfes gegen beide Abweichungen gleichzeitig.

Es sei ferner auf den Umstand hingewiesen, dass sich unsere kommunistischen Organisationen in den Randgebieten nicht isoliert entwickeln, wie das in der Geschichte des russischen Teils unserer Partei der Fall war, sondern unter der unmittelbaren Einwirkung des Grundkerns unserer Partei, der nicht nur in der Formung marxistischer Kader erfahren ist, sondern auch in der Herstellung der Verbindung dieser Kader mit den breiten Bevölkerungsmassen, im revolutionären Manövrieren im Kampf um die Sowjetmacht. In dieser Hinsicht zeichnet sich die Lage in den Randgebieten durch die Besonderheit aus, dass unsere Parteiorganisationen in diesen Ländern, entsprechend den dortigen Entwicklungsbedingungen der Sowjetmacht, im Interesse der Festigung der Verbindungen mit den breiten Bevölkerungsmassen mit ihren Kräften manövrieren können und müssen; zu diesem Zweck müssen sie sich die reichen Erfahrungen unserer Partei aus der vergangenen Periode zunutze machen. Bis in die letzte Zeit pflegte das ZK der KPR in den Randgebieten unmittelbar, über den Kopf der dortigen kommunistischen Organisationen hinweg, ja manchmal sogar unter Umgehung dieser Organisationen zu manövrieren, indem es alle und jegliche mehr oder minder loyal gesinnten nationalen Elemente in die allgemeine Arbeit am Sowjetaufbau einbezog. Jetzt müssen die Parteiorganisationen der Randgebiete diese Arbeit selbst leisten. Sie können das tun und sie müssen das tun, eingedenk dessen, dass dieser Weg das beste Mittel ist, um die einheimischen marxistischen Kader in eine wirkliche Massenpartei umzuwandeln, die fähig ist, die Mehrheit der Bevölkerung im Lande zu führen. Das sind die zwei Besonderheiten, die strikt beachtet werden müssen bei der Festlegung der Linie unserer Partei in den Randgebieten zur Heranbildung von marxistischen Kadern und zur Gewinnung der breiten Massen der Bevölkerung durch diese Kader.

Ich gehe zur zweiten Fragengruppe über. Da nicht alle Genossen den Entwurf der Plattform erhalten haben, will ich ihn verlesen und erläutern:

Erstens „Maßnahmen zur Heranziehung der proletarischen und halb-proletarischen Elemente zum Partei- und Sowjetaufbau“. Wozu ist dies erforderlich? Um den Partei- und insbesondere den Sowjetapparat der Bevölkerung näherzubringen. Es ist notwendig, dass diese Apparate in den Sprachen arbeiten, die den breiten Bevölkerungsmassen verständlich sind, da sie sonst der Bevölkerung nicht näher gebracht werden können. Besteht die Aufgabe unserer Partei darin, die Sowjetmacht zur ureigenen Angelegenheit der Massen zu machen, so kann diese Aufgabe nur erfüllt werden, wenn diese Macht den Massen begreiflich gemacht wird. Die Menschen, die an der Spitze der Staatsinstitutionen stehen, sowie diese Institutionen selbst müssen in einer der Bevölkerung verständlichen Sprache arbeiten. Aus den Institutionen müssen die chauvinistischen Elemente, die das Gefühl der Freundschaft und der Solidarität zwischen den Völkern der Union der Republiken ertönen, vertrieben werden, unsere Institutionen sowohl in

Moskau als auch in den Republiken müssen von diesen Elementen gesäubert werden, und in den Republiken müssen an die Spitze der Staatsinstitutionen Einheimische gestellt werden, die mit der Sprache und den Sitten der Bevölkerung vertraut sind.

Ich erinnere mich, wie vor zwei Jahren in der Kirgisischen Republik Vorsitzender des Rates der Volkskommissare Pestkowski war, der die kirgisische Sprache nicht beherrscht. Dieser Umstand erschwerte schon damals in ungeheurem Maße die Festigung der Verbindungen zwischen der Regierung der Kirgisischen Republik und den kirgisischen Bauernmassen. Eben darum hat die Partei es durchgesetzt, dass jetzt ein Kirgise Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Kirgisischen Republik ist.

Ich erinnere mich ferner, wie eine Gruppe von Genossen aus Baschkirien im vorigen Jahr mit dem Vorschlag kam, einen russischen Genossen als Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Baschkiriens einzusetzen. Die Partei hat diesen Vorschlag entschieden abgelehnt und es durchgesetzt, dass für diesen Posten ein Baschkire namhaft gemacht wurde. Die Aufgabe besteht in der Durchführung dieser Linie und überhaupt in der allmählichen Nationalisierung der Regierungsinstitutionen aller nationalen Republiken und Gebiete, vor allem einer so wichtigen Republik wie der Ukraine.

Zweitens „Auslese und Heranziehung der mehr oder weniger loyalen Elemente der einheimischen Intelligenz, wobei gleichzeitig an der Heranbildung von Sowjetkadern aus der Mitte der Parteimitglieder gearbeitet werden muss“. Dieser Satz bedarf keiner besonderen Erläuterungen. Jetzt, da die Arbeiterklasse, die die Mehrheit der Bevölkerung um sich geschart hat, an der Macht steht, haben wir keinen Grund, die Heranziehung mehr oder weniger loyaler Elemente, einschließlich ehemaliger „Oktobristen“, zum Sowjetaufbau zu scheuen. Im Gegenteil, alle diese Elemente müssen unbedingt in den nationalen Gebieten und Republiken zur Arbeit herangezogen werden, damit sie im Prozess der Arbeit selbst umgemodelt und sowjetisiert werden.

Drittens „Abhaltung von Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern mit Berichten von Regierungsmitgliedern über die Maßnahmen der Sowjetmacht“. Ich weiß, viele Volkskommissare in den Republiken, zum Beispiel in der Kirgisischen Republik, sind nicht gewillt, das Land zu bereisen, Bauernversammlungen zu besuchen, auf Kundgebungen zu sprechen, die breiten Massen mit der Arbeit vertraut zu machen, die Partei und Sowjetmacht in den besonders für die Bauern wichtigen Fragen leisten. Diesem Zustand muss ein Ende gemacht werden. Wir müssen unbedingt Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern einberufen und hier den Massen die Tätigkeit der Sowjetmacht vor Augen führen. Ohne das ist an eine Annäherung des Staatsapparats an das Volk gar nicht zu denken.

Weiter „Maßnahmen zur Hebung des Kulturniveaus der einheimischen Bevölkerung“. Es werden einige Maßnahmen vorgeschlagen, die natürlich nicht als erschöpfend zu betrachten sind. Nämlich: a) „Klubs (für Parteilose) und andere Aufklärungsstellen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätig sind, einzurichten“; b) „das Netz der in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätigen Lehranstalten aller Stufen zu erweitern“; c) „die mehr oder weniger loyalen Volksschullehrer heranzuziehen“; d) „ein Netz von Vereinigungen zu schaffen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung Lese- und Schreibunterricht erteilen“; e) „ein Verlagswesen aufzubauen“. Alle diese Maßnahmen sind klar und verständlich. Sie bedürfen daher keiner besonderen Erläuterungen.

Weiter „der wirtschaftliche Aufbau in den nationalen Republiken und Gebieten unter Berücksichtigung der Besonderheiten der nationalen Lebensweise“. Die vom Politbüro vorgeschlagenen diesbezüglichen Maßnahmen sind: a) „die Umsiedlung zu regulieren und sie, wo erforderlich, ganz einzustellen“; b) „der einheimischen werktätigen Bevölkerung aus dem Staatsfonds Boden zuzuteilen“; c) „der einheimischen Bevölkerung billige landwirtschaftliche Kredite zu verschaffen“; d) „die Bewässerungsarbeiten auszudehnen“; e) „Fabriken und Werke in die Republiken zu verlegen, in denen Rohstoffe reichlich vorhanden sind“; f) „Berufsschulen und technische Schulen ins Leben zu rufen“; g) „landwirtschaftliche Kurse

einzurichten“; und schließlich h) „den Genossenschaften, insbesondere den Gewerbe-genossenschaften (zwecks Heranziehung der Handwerker) allseitige Hilfe zuteil werden zu lassen“.

Ich muss auf den letzten Punkt eingehen, da er von besonderer Wichtigkeit ist. Wenn früher, unter dem Zaren, die Entwicklung in der Richtung vor sich ging, dass der Kulak erstarkte, das landwirtschaftliche Kapital anwuchs, die Masse der Mittelbauern sich in einem labilen Gleichgewicht befand, während die breiten Massen der Bauernschaft, die breiten Massen der kleinen Ackerbauern dem Ruin und der Verelendung ausgeliefert waren, so kann jetzt, unter der Diktatur des Proletariats, da der Kredit, da der Grund und Boden, da die Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegen, die Entwicklung nicht den alten Weg gehen, ungeachtet der Verhältnisse der NÖP, ungeachtet des Wiederauflebens des Privatkapitals. Die Genossen, die behaupten, wir seien in Anbetracht der Entwicklung der NÖP gezwungen, die alte Geschichte der Züchtung von Kulaken auf Kosten der dem Massenruin verfallenden Mehrheit der Bauernschaft zu wiederholen, haben absolut unrecht. Dieser Weg ist nicht unser Weg. Unter den neuen Verhältnissen, wo das Proletariat an der Macht ist und die Hauptfäden der Wirtschaft in seinen Händen hält, muss die Entwicklung einen anderen Weg gehen - den Weg der Vereinigung der Kleinbauern zu Genossenschaften aller Art, die vom Staat in ihrem Kampf gegen das Privatkapital unterstützt werden, den Weg der allmählichen Einbeziehung von Millionen Kleinbauern in den sozialistischen Aufbau durch die Genossenschaften, den Weg allmählicher Verbesserung der Wirtschaftslage der Kleinbauern (und nicht deren Verelendung). In diesem Sinne ist die Maßnahme, „den Genossenschaften allseitige Hilfe zuteil werden zu lassen“, in den Randgebieten, in diesen vornehmlich bäuerlichen Ländern für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Union der Republiken von erstrangiger Bedeutung.

Weiter „über die praktischen Maßnahmen zur Organisierung nationaler Truppenteile“. Ich glaube, wir haben uns mit der Ausarbeitung diesbezüglicher Maßnahmen reichlich verspätet. Wir sind verpflichtet, nationale Truppenteile zu schaffen. Gewiss, man wird sie nicht an einem Tag schaffen können, aber man kann und muss jetzt darangehen, in den Republiken und Gebieten Militärschulen zu schaffen, um in einer bestimmten Frist ein Kommandeurkorps aus einheimischen Kräften heranzubilden, das später den Kern für die Organisierung nationaler Truppenteile abgeben kann. Es ist absolut notwendig, dieses Werk in Angriff zu nehmen und es voranzutreiben. Hätten wir in solchen Republiken wie Turkestan, der Ukraine, Bjelorußland, Georgien, Armenien und Aserbaidshan zuverlässige nationale Truppenteile mit einem zuverlässigen Kommandeurkorps, so wäre unsere Republik sowohl hinsichtlich der Verteidigung, als auch hinsichtlich aufgezwungener Aktionen viel besser gesichert, als das jetzt der Fall ist. Diese Arbeit müssen wir unverzüglich in Angriff nehmen. Gewiss, man wird im Zusammenhang damit die zahlenmäßige Stärke unserer Truppen um etwa 20000 bis 25000 erhöhen müssen, doch kann dieser Umstand nicht als unüberwindliches Hindernis betrachtet werden.

Über die übrigen Punkte (siehe den Entwurf einer Plattform) will ich mich nicht auslassen, da sie an sich verständlich sind und keiner Erläuterungen bedürfen.

Die dritte Fragengruppe enthält die Fragen, die mit der Schaffung einer zweiten Kammer des ZEK der Union und der Organisierung der Volkskommissariate der Union der Republiken zusammenhängen. Hier sind die Hauptfragen herausgegriffen, die Fragen, die am meisten ins Auge springen, wobei die Liste dieser Fragen natürlich nicht als erschöpfend zu betrachten ist. Das Politbüro denkt sich die zweite Kammer als Bestandteil des ZEK der UdSSR. Es wurde vorgeschlagen, neben dem bestehenden ZEK einen Obersten Sowjet der Nationalitäten zu schaffen, der nicht zum ZEK gehört. Dieses Projekt wurde abgelehnt, und das Politbüro einigte sich darauf, dass es zweckmäßiger sei, das ZEK selbst in zwei Kammern zu teilen, von denen die erste Kammer Unionssowjet genannt werden kann und auf dem Sowjetkongress der Union der Republiken gewählt wird, während die zweite Kammer, die man Sowjet der

Nationalitäten nennen sollte, von den Zentralexekutivkomitees der Republiken und den Gebietskongressen der nationalen Gebiete gewählt wird, und zwar je fünf Vertreter von jeder Republik und je einer von den Gebieten, wobei die gewählten Vertreter vom Sowjetkongress der Union der Republiken bestätigt werden.

Was die Rechte der zweiten Kammer gegenüber der ersten betrifft, so haben wir uns auf das Prinzip der Gleichberechtigung beider Kammern geeinigt. Beide Kammern haben ihr Präsidium, und zwar verfügen diese Präsidien über keine gesetzgebenden Funktionen. Beide Kammern treten zusammen und wählen ein gemeinsames Präsidium als Träger der obersten Gewalt in der Zeit zwischen den Tagungen des ZEK. Kein einziger Gesetzentwurf, der in einer der Kammern eingebracht wird, kann Gesetzeskraft erhalten, wenn er nicht von beiden Kammern gebilligt worden ist, das heißt, beide Kammern werden völlig gleichgestellt.

Ferner über das Präsidium des ZEK. Ich habe darüber nur flüchtig gesprochen. Das Politbüro ist der Ansicht, dass keine zwei gesetzgebenden Präsidien nebeneinander bestehen können. Ist das Präsidium das oberste Machtorgan, dann kann es nicht in zwei oder mehr Teile geteilt werden, die oberste Gewalt muss einheitlich sein. Deshalb wird es für zweckmäßig gehalten, ein gemeinsames Präsidium des ZEK der UdSSR zu bilden aus den Präsidien der ersten und der zweiten Kammer zuzüglich einiger Personen, die in der gemeinsamen Versammlung beider Kammern, das heißt in der Plenarsitzung des ZEK, gewählt werden.

Weiter über die Anzahl der verschmolzenen Kommissariate. Wie Sie wissen, werden nach der alten Verfassung, die im vorigen Jahr auf dem Sowjetkongress der Union der Republiken bestätigt wurde, die militärischen und auswärtigen Angelegenheiten, der Außenhandel, das Post- und Fernmeldewesen sowie das Eisenbahnwesen in den Händen des Rates der Volkskommissare der Union der Republiken konzentriert, während fünf andere Kommissariate Direktiven unterstellte Kommissariate sind, das heißt, der Oberste Volkswirtschaftsrat, das Volkskommissariat für Ernährungswesen, das Volkskommissariat für Finanzen, das Volkskommissariat für Arbeit und die Arbeiter- und Bauerninspektion sind zwei Stellen unterstellt, die übrigen sechs Kommissariate aber sind unabhängig. Dieser Entwurf wurde von einem Teil der Ukrainer, von Rakowski, Skrypnik und anderen, kritisiert. Das Politbüro hat jedoch den Antrag der Ukrainer abgelehnt, die Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und Außenhandel aus der Kategorie der verschmolzenen Kommissariate in die Kategorie der Direktiven erteilenden überzuführen, und die Hauptthesen der Verfassung im Geiste der vorjährigen Beschlüsse im wesentlichen angenommen.

Das sind im großen und ganzen die Erwägungen, von denen sich das Politbüro bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Plattform hat leiten lassen.

Ich glaube, in der Frage der Verfassung der Union der Republiken und der zweiten Kammer wird sich die Beratung auf einen kurzen Meinungs austausch beschränken müssen, um so mehr, als diese Frage von der Kommission des ZK-Plenums^[77] ausgearbeitet wird. Über die praktischen Maßnahmen zur Realisierung der Resolutionen des XII. Parteitags wird meiner Meinung nach ausführlicher gesprochen werden müssen. Was die Frage der Festigung der einheimischen marxistischen Kader betrifft, so werden wir dieser Frage einen großen Teil der Diskussion widmen müssen.

Ich glaube, bevor wir die Diskussion eröffnen, wäre es zweckmäßig, die Berichte der Genossen aus den Republiken und Gebieten auf Grund der Materialien aus den lokalen Organisationen anzuhören.

4. SCHLUSSWORT

Vor allem möchte ich ein paar Worte über die Berichte der Genossen und auf Grund der erstatteten Berichte über den Charakter der Beratung überhaupt sagen. Obwohl diese Beratung seit dem Bestehen der Sowjetmacht die vierte ist, ist sie dennoch unter allen stattgefundenen Beratungen die einzige vollständige, auf der mehr oder weniger vollständige und begründete Berichte über die Republiken und Gebiete gegeben wurden. Aus den Berichten ist ersichtlich, dass die kommunistischen Kader in den Gebieten und Republiken gewachsen sind, dass sie selbständig zu arbeiten lernen. Ich denke, das reichhaltige Material, das die Genossen hier vorgelegt haben, die Arbeitserfahrungen der Gebiete und Republiken, die die Genossen hier vorgetragen haben, müssen unbedingt durch die Protokolle dieser Beratung zum Gemeingut unserer ganzen Partei werden. Die Genossen sind gewachsen und schreiten voran, sie lernen verwalten - das ist die erste Schlussfolgerung, das ist der erste Eindruck von den Berichten.

Nach dem Inhalt der Berichte könnte man die unterbreiteten Materialien in zwei Gruppen einteilen: in Berichte aus den sozialistischen Republiken und in Berichte aus den nicht sozialistischen, den Volksrepubliken (Bucharra, Choresm).

Betrachten wir die erste Gruppe der Berichte. Aus ihnen ersieht man, dass als entwickeltste und fortgeschrittenste Republik - was die Annäherung des Partei- und insbesondere des Staatsapparats an die Sprache und Lebensweise des Volkes betrifft - Georgien zu betrachten ist. Auf Georgien folgt Armenien. Dann kommen die übrigen Republiken und Gebiete. Diese Schlussfolgerung scheint mir unbestreitbar zu sein. Die Erklärung bietet das höhere Kulturniveau Georgiens und Armeniens. In Georgien ist der Prozentsatz der Lese- und Schreibkundigen ziemlich hoch, er erreicht 80 Prozent, in Armenien ist er nicht geringer als 40 Prozent. Hierdurch erklärt sich das Geheimnis, dass diese beiden Länder den anderen Republiken voran sind. Je höher also das Bildungs- und Kulturniveau eines Landes, einer Republik, eines Gebiets ist, desto näher steht der Partei- und Sowjetapparat dem Volk, seiner Sprache, seiner Lebensweise. All das natürlich unter sonst gleichen Umständen. Das ist klar, und an dieser Schlussfolgerung ist nichts Neues, und eben darum, weil hier nichts Neues ist, wird diese Schlussfolgerung häufig vergessen, und man sucht nicht selten die kulturelle und folglich auch die staatliche Rückständigkeit „Irrtümern“ in der Politik der Partei, Konflikten usw. zuzuschreiben, während die Grundlage all dessen darin liegt, dass es an Bildung und Kultur gebricht. Willst du dein Land zu einem fortschrittlichen Land machen und sein Staatswesen heben, so hebe das Bildungsniveau der Bevölkerung, hebe die Kultur deines Landes, und alles übrige wird sich finden.

Geht man von dieser Seite an die Sache heran und beurteilt man die Lage der Dinge in den einzelnen Republiken auf Grund der erstatteten Berichte, so muss man zugeben, dass die Lage in Turkestan, der heutige Zustand dort am ungünstigsten, am beunruhigendsten ist. Kulturelle Rückständigkeit, ein erschreckend kleiner Prozentsatz von Lese- und Schreibkundigen, Losgelöstheit des Staatsapparats von der Sprache und der Lebensweise der Völker Turkestans, ein erschreckend langsames Entwicklungstempo - so sieht das Bild aus. Indes ist klar, dass von allen Sowjetrepubliken Turkestan vom Standpunkt der Revolutionierung des Ostens die wichtigste Republik ist, nicht nur, weil Turkestan eine Kombination von Nationalitäten darstellt, die mit dem Osten am meisten verbunden sind, sondern auch, weil es seiner geographischen Lage nach mitten in das Herz des Ostens hineinragt, der am meisten ausgebeutet wird und die größte Menge Explosivstoff für den Kampf gegen den Imperialismus aufgespeichert hat. Das ist der Grund, warum das heutige Turkestan den schwächsten Punkt der Sowjetmacht bildet. Die Aufgabe besteht darin, Turkestan in eine mustergültige Republik zu verwandeln, es zu einem Vorposten der Revolutionierung des Ostens zu machen. Eben darum ist es notwendig, das Augenmerk auf Turkestan zu konzentrieren, um das Kulturniveau der Massen zu heben, den Staatsapparat zu

nationalisieren usw. Dieser Aufgabe müssen wir um jeden Preis gerecht werden, ohne unsere Kräfte zu schonen, ohne Opfer zu scheuen.

Als zweiter schwacher Punkt der Sowjetmacht ist die Ukraine zu betrachten. Mit der Kultur, mit dem Bildungsniveau usw. steht es hier ebenso oder fast ebenso wie in Turkestan. Der Staatsapparat steht der Sprache und der Lebensweise des Volkes ebensowenig nahe wie in Turkestan. Die Ukraine hat indes für die Völker des Westens die gleiche Bedeutung wie Turkestan für die Völker des Ostens. Die Ukraine befindet sich infolge gewisser Besonderheiten der industriellen Entwicklung des Landes in einer umso komplizierteren Lage. Es handelt sich darum, dass die Hauptzweige der Industrie, die Kohlen- und Hüttenindustrie, in der Ukraine nicht von unten her, nicht durch eine natürliche Entwicklung der Volkswirtschaft, sondern von oben her, durch eine von außen herbeigeführte künstliche Einpflanzung entstanden sind. Infolgedessen ist das Proletariat dieser Wirtschaftszweige nicht ortseingesessen, es spricht nicht ukrainisch. Dieser Umstand aber führt dazu, dass die kulturelle Einwirkung der Stadt auf das Dorf und der Zusammenschluss des Proletariats mit der Bauernschaft, da sich diese durch ihre Nationalität unterscheiden, bedeutend erschwert werden. Alle diese Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn die Ukraine zu einer mustergültigen Republik werden soll. Sie aber zu einer mustergültigen Republik zu machen, ist in Anbetracht ihrer enormen Bedeutung für die Völker des Westens unbedingt notwendig.

Ich komme zu den Berichten über Choresm und Buchara. Über Choresm will ich nicht sprechen, da der Vertreter von Choresm nicht anwesend ist: es wäre unangebracht, allein auf Grund der Materialien, über die das ZK verfügt, die Arbeit der Choresmer Kommunistischen Partei und der Regierung von Choresm zu kritisieren. Was Broido über Choresm gesagt hat, betrifft die Vergangenheit. Auf die heutige Lage von Choresm bezieht es sich wenig. Von der Partei sagte er, es gebe in ihr 50 Prozent Kaufleute usw. Vielleicht war das früher der Fall, aber gegenwärtig findet dort eine Reinigung statt, und noch ist kein einziges „einheitliches Parteimitgliedsbuch“ in Choresm ausgehändigt, eine Partei gibt es dort eigentlich nicht, von einer Partei wird man erst nach der Reinigung sprechen können. Man sagt, dort gebe es einige Tausend Parteimitglieder. Ich glaube, nach der Parteidreinigung werden dort nicht mehr als einige Hundert Parteimitglieder übrig geblieben sein. Genauso war es auch in Buchara im vorigen Jahr, wo 16000 Parteimitglieder registriert waren, während nach der Reinigung nicht mehr als tausend übrig blieben.

Ich komme zum Bericht über Buchara. Wenn ich über Buchara spreche, muss ich zuerst ein paar Worte über den allgemeinen Ton und Charakter der erstatteten Berichte sagen. Ich bin der Meinung, dass die Berichte über die Republiken und Gebiete im allgemeinen wahrheitsgetreu waren; sie stimmten im allgemeinen mit der Wirklichkeit überein. Nur ein Bericht widersprach gänzlich der Wirklichkeit - das war der Bericht über Buchara. Es war überhaupt kein Bericht, sondern nichts als Diplomatie, denn alles, was es in Buchara an Negativem gibt, wurde verkleistert und vertuscht, alles aber, was an der Oberfläche glänzt und ins Auge springt, wurde in den Vordergrund gerückt und zur Schau gestellt. Die Schlussfolgerung lautet: In Buchara ist alles zum besten bestellt. Ich glaube, dass wir nicht zu dieser Beratung gekommen sind, um miteinander Diplomatie zu treiben, einander Komplimente zu machen, hinterrücks aber einander zum Narren zu haben, sondern dazu, um die ganze Wahrheit zu sagen, um auf kommunistische Art alle Geschwüre bloßzulegen, sie aufzuschneiden und Besserungsmittel zu finden. Nur unter dieser Bedingung können wir vorwärtskommen. Von diesem Standpunkt aus unterscheidet sich der Bericht über Buchara von allen anderen Berichten durch seine Unwahrhaftigkeit. Ich habe nicht zufällig hier dem Berichterstatter die Frage gestellt, wie der Rat der Nasire in Buchara zusammengesetzt ist. Der Rat der Nasire ist der Rat der Volkskommissare. Gibt es dort Deckkane, das heißt Bauern? Der Berichterstatter hat nicht geantwortet. Ich habe aber Material darüber, und siehe da, in der Regierung von Buchara gibt es keinen einzigen Bauern. Zu den 9 oder 11 Mitgliedern der Regierung gehören der Sohn eines reichen Kaufmanns, ein Händler, ein Intellektueller, ein

Mullah, noch ein Händler, ein Intellektueller, abermals ein Händler, aber kein einziger Dechkan. Indes ist Buchara bekanntlich ein rein bäuerliches Land.

Diese Frage steht in direkter Beziehung zur Politik der Regierung Bucharas. Welcher Art ist die Politik dieser Regierung, an deren Spitze Kommunisten stehen, trägt sie den Interessen der Bauernschaft, ihrer Bauernschaft, Rechnung? Ich möchte nur auf zwei Tatsachen verweisen, die die Politik der von Kommunisten geführten Regierung Bucharas illustrieren. Aus einem Dokument, das von höchst verantwortlichen Genossen und alten Parteimitgliedern unterzeichnet ist, geht zum Beispiel hervor, dass die Staatsbank von Buchara während der ganzen Zeit ihrer Existenz 75 Prozent ihrer Kredite Privatkaufleuten gewährt hat, bäuerlichen Genossenschaften aber nur 2 Prozent. In absoluten Zahlen sieht das wie folgt aus: 7 Millionen Goldrubel an Kaufleute und 220000 Goldrubel an Bauern. Weiter: In Buchara ist die Konfiskation des Grund und Bodens nicht durchgeführt worden. Es wurde dort jedoch eine Konfiskation des Viehbestands des Emirs... zugunsten der Bauern durchgeführt. Was aber weiter? Aus demselben Dokument erfahren wir, dass von den für die Bauern konfiszierten etwa zweitausend Stück Vieh die Bauern nur etwa 200 Stück bekamen, alles übrige wurde verkauft, verkauft natürlich an wohlhabende Bürger.

Und diese Regierung nennt sich eine Sowjetregierung, eine Volksregierung! Es bedarf wohl kaum eines Beweises, dass in der geschilderten Tätigkeit der Regierung Bucharas weder etwas von Volk noch etwas von Sowjets zu finden ist.

Der Berichterstatter hat die Beziehungen des Volkes von Buchara zur RSFSR und zur Union der Republiken in sehr rosigen Farben geschildert. Bei ihm ist auch hier alles zum besten bestellt. Die Republik Buchara wolle in die Union eintreten. Der Berichterstatter denkt offenbar, es genüge der Wunsch, in die Union der Republiken einzutreten, und schon würden die Tore weit aufgerissen. Nein, Genossen, so einfach ist die Sache nicht. Da muss erst noch gefragt werden, ob man in die Union der Republiken hineingelassen wird. Um in die Union eintreten zu können, muss man sich zuerst in den Augen der Völker der Union das Recht zum Eintritt in die Union verdienen, muss man sich dieses Recht erwerben. Ich muss die Genossen aus Buchara daran erinnern, dass man in Republiken keinen Schuttabladeplatz sehen darf.

Ich beende den ersten Teil meines Schlussworts über die Berichte und möchte schließlich ein charakteristisches Moment in diesen Berichten streifen. Kein Berichterstatter, aber auch kein einziger, hat auf eine Frage geantwortet, die auf der Tagesordnung der Beratung stand, nämlich, ob unausgenutzte freie Reserven einheimischer Funktionäre vorhanden sind. Diese Frage hat mit Ausnahme von Grinko, der jedoch kein Berichterstatter ist, niemand beantwortet und niemand berührt. Indes ist diese Frage von erstrangiger Bedeutung. Ob es in den Republiken oder Gebieten freie, nicht ausgenutzte Funktionäre unter der einheimischen Bevölkerung gibt und, wenn es solche gibt - warum sie nicht verwendet werden; wenn es solche Reserven aber nicht gibt und trotzdem ein Mangel an Funktionären vorhanden ist, mit welchen nationalen Elementen dann die unbesetzten Posten im Partei- oder Sowjetapparat besetzt werden - alle diese Fragen sind für die Partei in höchstem Grade wichtig. Ich weiß, dass es in den Republiken und Gebieten einen Teil leitender, hauptsächlich russischer Funktionäre gibt, die mitunter die einheimischen Funktionäre nicht hochkommen lassen, ihr Aufrücken auf bestimmte Posten hemmen, sie zurücksetzen. Solche Fälle kommen vor, und das ist eine der Ursachen der Unzufriedenheit in den Republiken und Gebieten. Die größte und hauptsächlichste Ursache der Unzufriedenheit aber besteht darin, dass wir erschreckend wenig oder vielmehr überhaupt keine freien Reserven von Einheimischen haben, die sich für die Arbeit eignen. Darum geht es eben. Wenn es an einheimischen Funktionären fehlt, so müssen offenbar auswärtige Funktionäre, Angehörige anderer Nationalitäten, in die Arbeit eingesetzt werden, denn die Zeit drängt, es gilt zu bauen und zu verwalten, Kader von Einheimischen aber wachsen nur langsam heran. Ich glaube, die Funktionäre aus den Gebieten und Republiken haben hier eine gewisse List angewandt, als sie diesen Umstand verschwiegen. Indes ist klar, dass sich neun Zehntel der Missverständnisse aus dem Mangel

an einheimischen Funktionären erklären. Hieraus ergibt sich nur eine Schlussfolgerung: Der Partei ist die Kampfaufgabe zu stellen, schleunigst Kader von Sowjet- und Parteifunktionären aus der einheimischen Bevölkerung heranzubilden.

Von den Berichten gehe ich zu den Reden über. Ich muss hervorheben, Genossen, dass kein Redner, aber auch kein einziger, den prinzipiellen Teil des vom Politbüro vorgelegten Plattformentwurfs kritisiert hat. (Zwischenruf: „Hier gibt es nichts zu kritisieren.“) Ich fasse dies als Zustimmung der Konferenz auf, als Solidarität der Konferenz mit den Grundsätzen, die im prinzipiellen Teil der Plattform niedergelegt sind. (Zwischenrufe: „Sehr richtig!“)

Der Zusatz Trotzki's, von dem er sprach, oder die Einfügung (sie betrifft den prinzipiellen Teil), sollte angenommen werden, denn er ändert absolut nichts am Charakter des prinzipiellen Teils der Resolution, sondern er entspringt ihr geradezu. Um so mehr als der Zusatz Trotzki's seinem Wesen nach eine Wiederholung des bekannten Punktes der Resolution des X. Parteitags zur nationalen Frage darstellt, wo gesagt wird, dass eine mechanische Übertragung von Petrograder und Moskauer Vorbildern auf die Gebiete und Republiken unzulässig ist. Das ist natürlich eine Wiederholung, ich glaube aber, mitunter schadet es nicht, gewisse Dinge zu wiederholen. Darum will ich auf den prinzipiellen Teil der Resolution nicht weiter eingehen. Die Rede Skrypnik's gibt einen gewissen Anlass zu der Schlussfolgerung, dass er diesen prinzipiellen Teil auf seine Art auslegt und bemüht ist, angesichts der wichtigsten Aufgabe, des Kampfes gegen den großrussischen Chauvinismus, der die Hauptgefahr darstellt, die andere Gefahr, die Gefahr des lokalen Nationalismus, zu vertuschen. Aber diese Auslegung ist grundfalsch.

Der zweite Teil der Plattform des Politbüros betrifft den Charakter der Union der Republiken und gewisse Abänderungsanträge zur Verfassung der Union der Republiken unter dem Gesichtspunkt der Gründung einer so genannten zweiten Kammer. Ich muss sagen, dass hier zwischen dem Politbüro und den ukrainischen Genossen gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen. Das, was im Entwurf einer Plattform des Politbüros niedergelegt ist, wurde vom Politbüro einstimmig angenommen. Einige Punkte aber werden von Rakowski angefochten. Das kam unter anderem in der Kommission des ZK-Plenums zum Ausdruck. Vielleicht sollte man darüber nicht sprechen, denn nicht hier wird diese Frage entschieden. Ich habe bereits über diesen Teil der Plattform berichtet und erklärt, dass die Frage in der Kommission des ZK-Plenums und in einer Kommission des Präsidiums des ZEK der Union^[78] ausgearbeitet wird. Da diese Frage aber nun gestreift worden ist, kann ich sie nicht umgehen.

Es stimmt nicht, dass die Frage der Konföderation und der Föderation eine belanglose Frage sei. War es etwa ein Zufall, dass die ukrainischen Genossen bei der Prüfung des bekannten Verfassungsentwurfs, der auf dem Kongress der Union der Republiken angenommen wurde, den Satz gestrichen haben, dass die Republiken „sich zu einem Bundesstaat vereinigen“? War das etwa ein Zufall, und haben sie das etwa nicht getan? Warum haben sie diesen Satz gestrichen? War es etwa ein Zufall, dass die ukrainischen Genossen in ihrem Gegenentwurf vorschlugen, das Volkskommissariat für Außenhandel und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nicht zu verschmelzen, sondern in die Kategorie der Direktiven erteilenden überzuführen? Wo bleibt da der einheitliche Bundesstaat, wenn jede Republik ihr eigenes Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel hat? War es etwa ein Zufall, dass die Ukrainer in ihrem Gegenentwurf die Macht des Präsidiums des ZEK auf Null reduzierten, indem sie sie auf zwei Präsidien der zwei Kammern verteilten? Alle diese Abänderungsanträge Rakowski's wurden von der Kommission des ZK-Plenums festgehalten, analysiert und abgelehnt. Wozu wiederholt man sie also hier noch einmal? Ich erblicke in dieser Hartnäckigkeit gewisser ukrainischer Genossen den Wunsch, den Charakter der Union dahingehend zu bestimmen, dass ein Mittelding zwischen Konföderation und Föderation, mit einem Überwiegen der Konföderation, entsteht. Es ist indes klar, dass wir nicht eine Konföderation, sondern eine Föderation von Republiken, einen Bundesstaat schaffen, der das Militärwesen, das Auswärtige, den Außenhandel und andere

Angelegenheiten vereinigt, einen Staat, der die Souveränität der einzelnen Republiken nicht beeinträchtigt.

Wenn wir im Rahmen der Union Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten, für Außenhandel usw. haben und alle diese Volkskommissariate gleichzeitig auch in den Republiken bestehen, die zur Union gehören, so wird die Gesamtunion offensichtlich nicht mehr als einheitlicher Staat vor die Außenwelt hintreten können, denn eins von beiden: Entweder verschmelzen wir diese Apparate und treten vor dem äußeren Feind als einheitliche Union auf, oder wir verschmelzen diese Apparate nicht, schaffen keinen Bundesstaat, sondern ein Konglomerat von Republiken, und dann muss jede Republik über ihren parallelen Apparat verfügen. Ich glaube, die Wahrheit ist hier auf seiten des Genossen Manuilski, und nicht auf seiten Rakowskis und Skrypniks.

Von den Staatsfragen gehe ich zu den Fragen rein konkreten, praktischen Charakters über, die teils mit dem praktischen Vorschlag des Politbüros, teils mit den Abänderungsanträgen verbunden sind, die hier von den Genossen Praktikern eingebracht werden können. In meiner Eigenschaft als Berichterstatter des Politbüros habe ich nicht behauptet und nicht behaupten können, dass die konkreten praktischen Vorschläge des Politbüros erschöpfend seien. Im Gegenteil, von Anfang an habe ich die Einschränkung gemacht, dass es hier Lücken geben kann und Ergänzungen unvermeidlich sind. Als eine dieser Ergänzungen schlägt Skrypnik einen Passus über die Gewerkschaften vor. Diese Ergänzung ist annehmbar. Einige Zusätze des Genossen Mikojan nehme ich ebenfalls an. In bezug auf den Fonds für den Verlag und überhaupt für die Presse in einigen zurückgebliebenen Republiken und Gebieten ist tatsächlich eine Korrektur notwendig. Diese Frage wurde außer acht gelassen. Außer acht gelassen wurde auch die Frage der Schulen in einigen Gebieten und sogar Republiken. Die Schulen der ersten Stufe sind nicht in den Staatshaushalt einbezogen worden. Das ist wirklich eine Unterlassung, und solcher Unterlassungen kann es eine ganze Menge geben. Darum mache ich den Genossen Praktikern, die sich mehr über den Zustand ihrer Organisationen ausließen und weniger bemüht waren, konkret zu werden, den Vorschlag, darüber nachzudenken und die entsprechenden konkreten Ergänzungs- und Abänderungsvorschläge usw. beim ZK einzureichen, das sie dann zusammenfassen, in die entsprechenden Punkte einfügen und an die Organisationen verteilen wird.

Ich kann einen der Anträge Grinkos nicht mit Schweigen übergehen, der es als notwendig bezeichnet, gewisse Vorzugsbedingungen zu schaffen, die es den einheimischen Kräften der kulturell weniger entwickelten und vielleicht weniger proletarischen Nationalitäten erleichtern, in die Partei einzutreten und in führende Parteiorgane aufzurücken. Dieser Antrag ist richtig, und meiner Meinung nach sollte er angenommen werden.

Ich beende mein Schlusswort mit dem Antrag, den vom Politbüro vorgelegten Entwurf einer Plattform zur nationalen Frage als Grundlage anzunehmen, unter Berücksichtigung auch des Abänderungsantrags Trotzki's. Dem ZK soll vorgeschlagen werden, alle vorliegenden und eventuell neu einlaufenden praktischen Anträge zu klassifizieren und in die entsprechenden Punkte der Plattform einzufügen. Dem ZK soll vorgeschlagen werden, den Plattformentwurf, die Protokolle, die Resolution, die wichtigsten Dokumente der Berichterstatter binnen einer Woche drucken zu lassen und an die Organisationen zu senden. Der Entwurf der Plattform sollte angenommen werden, ohne dass eine spezielle Kommission gebildet wird.

Ich habe die Frage nicht berührt, ob eine Kommission für die nationale Frage beim ZK geschaffen werden soll. Genossen, ich zweifle etwas an der Zweckmäßigkeit einer solchen Organisation, erstens weil die Republiken und Gebiete uns zweifellos für diese Arbeit keine bedeutenden Mitarbeiter zur Verfügung stellen werden. Davon bin ich überzeugt. Zweitens denke ich, dass die Gebietskomitees und die nationalen Zentralkomitees nicht einverstanden sein werden, auch nur einen Teil ihrer Rechte auf Verteilung der Funktionäre an eine Kommission beim ZK zu übertragen. Heute halten wir bei der Verteilung der Kräfte gewöhnlich bei den Gebietskomitees und den nationalen Zentralkomitees Rückfrage. Wenn

eine Kommission bestünde, würde sich das Schwergewicht natürlich auf die Kommission verlagern. Es besteht keine Analogie zwischen einer Kommission für die nationale Frage und den Kommissionen für Genossenschaften oder für die Arbeit unter den Bauern. Die Kommission für die Arbeit auf dem Lande oder für die Genossenschaften arbeitet gewöhnlich allgemeine Direktiven aus. In der nationalen Frage aber brauchen wir nicht allgemeine Direktiven, sondern Festlegung konkreter Schritte für die einzelnen Republiken und Gebiete, etwas, was eine allgemeine Kommission nicht zu tun vermag. Schwerlich wäre eine Kommission imstande, irgendwelche Beschlüsse, zum Beispiel für die ukrainische Republik auszuarbeiten und anzunehmen: zwei oder drei Mann als Vertreter der Ukraine können das ZK der KP(B) der Ukraine nicht ersetzen. Darum bin ich der Meinung, dass eine Kommission nichts Wesentliches leisten würde. Der Schritt, der hier vorgeschlagen wird - die Aufnahme von nationalen Kräften in die Hauptabteilungen des ZK, dieser Schritt, glaube ich, wird einstweilen vollauf genügen. Wenn wir in einem halben Jahr keine besonderen Erfolge zu verzeichnen haben, dann können wir die Schaffung einer speziellen Kommission anregen.

5. ANTWORT AUF DISKUSSIONSREDEN

12. Juni

Da man über mich hergefallen ist (Heiterkeit), so gestatten Sie mir, hinsichtlich des „Einheitlichen Unteilbaren“ zu antworten. Niemand anders als Stalin hat in der Resolution zur nationalen Frage im Punkt 7 das „Einheitliche Unteilbare“ gebrandmarkt. Es handelt sich offenbar nicht um das „Unteilbare“, sondern um die Föderation, während die Ukrainer uns die Konföderation aufdrängen wollen. Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage betrifft Rakowski. Ich wiederhole, was ich schon einmal gesagt habe: In der vom I. Sowjetkongress der UdSSR angenommenen Verfassung ist gesagt, dass die und die Republiken „sich zu einem Bundesstaat vereinigen“ - der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“. Die Ukrainer sandten ihren Gegenentwurf an das ZK. Dort heißt es: Die und die Republiken „bilden einen Bund sozialistischer Republiken“. Die Worte „zu einem Bundesstaat vereinigen“ sind gestrichen. Vier Worte sind hier gestrichen. Warum? Ist das etwa ein Zufall? Wo bleibt hier die Föderation? Keime des Konföderalismus sehe ich bei Rakowski außerdem darin, dass er in dem bekannten Punkt der vom I. Kongress angenommenen Verfassung die Worte über das Präsidium als „Träger der obersten Gewalt in der Zeit zwischen den Tagungen“ gestrichen hat, womit er die Gewalt auf die Präsidien der beiden Kammern verteilt, das heißt, die Unionsgewalt in eine Fiktion verwandelt. Warum hat er das getan? Weil er gegen die Idee des Bundesstaats, gegen eine wirkliche Bundesmacht ist. Das ist das zweite.

Drittens werden im Entwurf der Ukrainer das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten und das Volkskommissariat für Außenhandel nicht verschmolzen, sondern aus der Kategorie der verschmolzenen Kommissariate in die der Direktiven erteilenden übergeführt.

Das sind die drei Argumente, die mir Grund geben, in den Anträgen Rakowskis Keime der Konföderation zu erblicken. Woher kommt bei Ihnen diese Abweichung vom Wortlaut der Verfassung, der auch von der ukrainischen Delegation angenommen wurde? (Rakowski: „Inzwischen hat der XII. Parteitag getagt.“)

Verzeihen Sie. Der XII. Parteitag hat Ihre Abänderungsanträge abgelehnt und „die Vereinigung der Republiken zu einem Bundesstaat“ akzeptiert.

Ich sehe, gewisse ukrainische Genossen haben in der Zeit vom I. Kongress der Union der Republiken bis zum XII. Parteitag und der heutigen Beratung eine gewisse Evolution vom Föderalismus zum Konföderalismus durchgemacht. Was mich anbelangt, so bin ich für die Föderation, das heißt gegen die Konföderation, das heißt gegen die Anträge Rakowskis und Skrypniks.

DIE OKTOBERREVOLUTION UND DIE FRAGE DER MITTELSCHICHTEN

Zweifellos ist die Frage der Mittelschichten eine der grundlegenden Fragen der Arbeiterrevolution. Mittelschichten - das sind die Bauernschaft und die schaffenden kleinen Leute der Stadt. Auch die unterdrückten Nationalitäten sind dazu zu rechnen, die zu neun Zehnteln aus Mittelschichten bestehen. Es sind also gerade die Schichten, die ökonomisch zwischen dem Proletariat und der Klasse der Kapitalisten stehen. Das Gewicht dieser Schichten wird durch zwei Umstände bestimmt: Erstens bilden diese Schichten die Mehrheit oder jedenfalls eine bedeutende Minderheit der Bevölkerung der bestehenden Staaten; zweitens sind das die bedeutsamen Reserven, aus denen die Kapitalistenklasse ihre Armee gegen das Proletariat rekrutiert. Das Proletariat kann ohne die Sympathie, ohne die Unterstützung der Mittelschichten und vor allem der Bauernschaft nicht die Macht behaupten, besonders in einem Lande, wie es unsere Union der Republiken ist. Das Proletariat kann von Machtergreifung nicht einmal ernstlich träumen, solange diese Schichten nicht zumindest neutralisiert sind, solange diese Schichten sich noch nicht von der Kapitalistenklasse gelöst haben, solange sie in ihrer Masse immer noch eine Armee des Kapitals bilden. Daher der Kampf um die Mittelschichten, der Kampf um die Bauernschaft, ein Kampf, der sich wie ein roter Faden durch unsere ganze Revolution von 1905 bis 1917 zieht, ein Kampf, der bei weitem noch nicht beendet ist und der auch noch in Zukunft geführt werden wird.

Die Revolution von 1848 in Frankreich hat unter anderem deshalb eine Niederlage erlitten, weil sie keinen zustimmenden Widerhall in der französischen Bauernschaft fand. Die Pariser Kommune ist unter anderem deshalb gescheitert, weil sie auf den Widerstand der Mittelschichten, vor allem der Bauernschaft, stieß. Dasselbe gilt für die russische Revolution von 1905.

Ausgehend von den Erfahrungen der europäischen Revolutionen, gelangten einige Vulgärmarxisten, mit Kautsky an der Spitze, zu der Schlussfolgerung, die Mittelschichten und vor allem die Bauernschaft seien schier geborene Feinde der Arbeiterrevolution, man müsse sich daher auf eine längere Entwicklungsperiode einrichten, in der das Proletariat zur Mehrheit der Nationen werde, wodurch dann die realen Vorbedingungen für den Sieg der Arbeiterrevolution geschaffen wären. Auf Grund dieser Schlussfolgerung warnten sie, diese Vulgärmarxisten, das Proletariat vor einer „verfrühten“ Revolution. Auf Grund dieser Schlussfolgerung überließen sie aus „prinzipiellen Erwägungen“ die Mittelschichten völlig dem Kapital. Auf Grund dieser Schlussfolgerung prophezeiten sie uns den Untergang der Oktoberrevolution in Rußland und beriefen sich darauf, dass das Proletariat in Rußland die Minderheit bilde, dass Rußland ein Bauernland sei und dass daher eine siegreiche Arbeiterrevolution in Rußland unmöglich sei.

Charakteristisch ist, dass Marx selber die Mittelschichten und vor allem die Bauernschaft ganz anders einschätzte. Während die Vulgärmarxisten von der Bauernschaft keine Notiz nehmen wollten und diese völlig der politischen Verfügungsgewalt des Kapitals überließen, sich dabei lärmend mit ihrer „prinzipiellen Konsequenz“ brüsteten, riet Marx, dieser prinzipientreueste aller Marxisten, der Partei der Kommunisten eindringlich, die Bauernschaft nicht aus dem Auge zu verlieren, sie für das Proletariat zu gewinnen und sich ihrer Unterstützung in der kommenden proletarischen Revolution zu versichern. Bekanntlich schrieb Marx in den fünfziger Jahren, nach der Niederlage der Februarrevolution in Frankreich und Deutschland, an Engels und durch ihn an die kommunistische Partei in Deutschland:

„The whole thing in Germany“ (Die ganze Sache in Deutschland)“wird abhängen von der Möglichkeit to back the Proletarian revolution by some second edition of the Peasants' war“ (die proletarische Revolution durch eine Art zweiter Auflage des Bauernkrieges zu unterstützen).^[79]

Das wurde von dem Deutschland der fünfziger Jahre geschrieben, von einem Bauernland, wo das Proletariat eine unbedeutende Minderheit bildete, wo das Proletariat weniger organisiert war als in dem Rußland von 1917, wo die Bauernschaft ihrer Lage nach weniger zur Unterstützung der proletarischen Revolution neigte, als dies in dem Rußland von 1917 der Fall war.

Zweifellos bildete die Oktoberrevolution jene glückliche Verbindung von „Bauernkrieg“ und „proletarischer Revolution“, von der Marx allen „prinzipiellen“ Schwätzern zum Trotz schrieb. Die Oktoberrevolution hat den Beweis erbracht, dass eine solche Verbindung möglich und realisierbar ist. Die Oktoberrevolution hat den Beweis erbracht, dass das Proletariat die Macht ergreifen und behaupten kann, wenn es versteht, die Mittelschichten und vor allem die Bauernschaft von der Kapitalistenklasse zu lösen, wenn es versteht, diese Schichten aus Reserven des Kapitals in Reserven des Proletariats zu verwandeln.

Kurzum: Die Oktoberrevolution hat als erste aller Revolutionen der Welt die Frage der Mittelschichten und vor allem der Bauernschaft in den Vordergrund gerückt und sie allen „Theorien“ und allen Litaneien der Helden der II. Internationale zum Trotz siegreich gelöst.

Das ist das erste Verdienst der Oktoberrevolution, wenn man in diesem Fall überhaupt von Verdiensten reden kann.

Die Sache blieb aber nicht darauf beschränkt. Die Oktoberrevolution ging weiter, indem sie versuchte, die unterdrückten Nationalitäten um das Proletariat zusammenzuschließen. Schon oben war davon die Rede, dass die unterdrückten Nationalitäten zu neun Zehnteln aus Bauern und schaffenden kleinen Leuten der Stadt bestehen. Damit aber ist der Begriff „unterdrückte Nationalität“ nicht erschöpft. Die unterdrückten Nationalitäten werden gewöhnlich nicht nur als Bauernschaft und als schaffende städtische Bevölkerung, sondern auch als Nationalitäten unterdrückt, das heißt als Werktätige einer bestimmten Nationalität, mit einer bestimmten Sprache, Kultur, mit bestimmten Lebensformen, Sitten und Gebräuchen. Die doppelte Schraube der Knechtung muss notwendigerweise die werktätigen Massen der unterdrückten Nationalitäten revolutionieren, muss sie zum Kampf gegen die Hauptkraft der Unterdrückung, zum Kampf gegen das Kapital treiben. Und das war die Grundlage, auf der es dem Proletariat gelungen ist, die „proletarische Revolution“ nicht nur mit dem „Bauernkrieg“, sondern auch mit dem „nationalen Krieg“ zu verbinden. Das alles musste notwendigerweise das Wirkungsfeld der proletarischen Revolution weit über die Grenzen Rußlands hinaus ausdehnen, musste notwendigerweise die Reserven des Kapitals im tiefen Hinterland in Mitleidenschaft ziehen. Ist der Kampf um die Mittelschichten einer gegebenen herrschenden Nationalität ein Kampf um die nächsten Reserven des Kapitals, so musste der Kampf für die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten notwendigerweise zu einem Kampf für die Gewinnung der einzelnen, im tiefen Hinterland gelegenen Reserven des Kapitals werden, zu einem Kampf für die Befreiung der kolonialen und nicht vollberechtigten Völker vom Joch des Kapitals. Dieser letztere Kampf ist bei weitem noch nicht beendet, ja, er konnte noch nicht einmal die ersten entscheidenden Erfolge zeitigen. Doch hat dieser Kampf um die Reserven im tiefen Hinterland dank der Oktoberrevolution begonnen und wird sich zweifellos Schritt für Schritt fortentwickeln, in dem Maße wie sich der Imperialismus entwickelt, wie die Macht unserer Union der Republiken wächst und die proletarische Revolution im Westen sich entfaltet.

Kurzum: Die Oktoberrevolution war in der Tat der Auftakt zum Kampf des Proletariats um die im tiefen Hinterland gelegenen Reserven des Kapitals, um die Volksmassen der unterdrückten und nicht vollberechtigten Länder, sie hat als erste das Banner des Kampfes für die Gewinnung dieser Reserven erhoben - das ist ihr zweites Verdienst.

Die Gewinnung der Bauernschaft ging bei uns unter der Fahne des Sozialismus vor sich. Die Bauernschaft, die den Boden aus den Händen des Proletariats empfing, die die Gutsherren mit Hilfe des Proletariats besiegte und unter der Führung des Proletariats zur Macht aufstieg, musste unweigerlich fühlen, begreifen, dass der Prozess ihrer Befreiung unter dem Banner des

Proletariats, unter seinem roten Banner verlief und auch weiterhin verlaufen wird. Dank diesem Umstand musste das Banner des Sozialismus, das früher für die Bauernschaft ein Schreckgespenst war, zu einem Banner werden, dem sie nunmehr Beachtung schenkt und das ihre Befreiung von Getretensein, Elend und Unterdrückung erleichtert.

Dasselbe trifft, jedoch in noch stärkerem Maße, für die unterdrückten Nationalitäten zu. Der Kampf zur Befreiung der Nationalitäten, ein Ruf, der von solchen Tatsachen bekräftigt wurde wie die Befreiung Finnlands, die Zurücknahme der Truppen aus Persien und China, die Bildung der Union der Republiken, die offene moralische Unterstützung der Völker der Türkei, Chinas, Hindostans, Ägyptens - dieser Ruf erschallte zum erstenmal aus dem Munde der Menschen, die in der Oktoberrevolution gesiegt hatten. Die Tatsache, dass Rußland, ehemals für die unterdrückten Nationalitäten ein Symbol der Unterdrückung, heute, nachdem es sozialistisch geworden ist, zum Symbol der Befreiung geworden ist, diese Tatsache kann man nicht als einen Zufall bezeichnen. Es ist auch kein Zufall, dass der Name des Führers der Oktoberrevolution, des Genossen Lenin, heute der geliebteste Name auf den Lippen der getretenen und niedergehaltenen Bauern und revolutionären Intellektuellen der kolonialen und nicht vollberechtigten Länder ist. Galt früher das Christentum bei den unterjochten und niedergehaltenen Sklaven des gewaltigen Römischen Reichs als Rettungsanker, so geht jetzt die Entwicklung dahin, dass der Sozialismus für die viele Millionen zählenden Massen der gewaltigen Kolonialstaaten des Imperialismus zum Banner der Befreiung werden kann (und bereits zu werden beginnt!). Es lässt sich wohl kaum bezweifeln, dass dieser Umstand es bedeutend erleichtert, die Vorurteile gegen den Sozialismus zu bekämpfen, und dass er den Ideen des Sozialismus den Weg in die entlegensten Winkel der unterdrückten Länder gebahnt hat. Konnte sich früher ein Sozialist nur schwer mit offenem Visier unter den nichtproletarischen, den Mittelschichten der unterdrückten oder der unterdrückenden Länder zeigen, so kann er jetzt unter diesen Schichten offen die Ideen des Sozialismus propagieren, in der Hoffnung, dass man ihn anhören und seinen Worten auch wohl folgen werde, denn er verfügt über ein so starkes Argument wie die Oktoberrevolution. Das ist ebenfalls ein Ergebnis der Oktoberrevolution.

Kurzum: Die Oktoberrevolution hat den Ideen des Sozialismus den Weg zu den Mittelschichten, den nichtproletarischen, bäuerlichen Schichten aller Nationalitäten und Volksstämme gebahnt, sie hat das Banner des Sozialismus zu einem für sie populären Banner gemacht. Das ist der dritte Verdienst der Oktoberrevolution.

*„Prawda“ Nr. 253,
7. November 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

ZUM FÜNFTEN JAHRESTAG DES ERSTEN KONGRESSES DER ARBEITERINNEN UND BÄUERINNEN^[80]

Vor fünf Jahren wurde vom Zentralkomitee unserer Partei in Moskau der erste Allrussische Kongress der Arbeiterinnen und Bäuerinnen einberufen. Zu diesem Kongress erschienen mehr als tausend Delegierte, die nicht weniger als eine Million werktätiger Frauen vertraten. Dieser Kongress bildete einen Markstein in der Arbeit unserer Partei unter den werktätigen Frauen. Das unschätzbare Verdienst dieses Kongresses besteht darin, dass er das Fundament für die Organisation der politischen Aufklärung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen unserer Republik gelegt hat.

Manch einer könnte meinen, daran sei nichts Besonderes, die Partei habe sich stets mit der politischen Aufklärung der Massen, darunter auch der Frauen, beschäftigt, die politische Aufklärung der Frauen könne keine ernstliche Bedeutung haben, sobald wir über festgefügte Kader aus den Reihen der Arbeiter und Bauern verfügen. Diese Betrachtung ist grundfalsch. Die politische Aufklärung der werktätigen Frauen ist jetzt, da die Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern übergegangen ist, von erstrangiger Bedeutung.

Und dies aus folgendem Grunde:

Unser Land hat etwa 140 Millionen Einwohner, von denen nicht weniger als die Hälfte Frauen, hauptsächlich geduckte, wenig bewusste, unwissende Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind. Wenn unser Land den Aufbau eines neuen, sowjetischen Lebens ernstlich in Angriff genommen hat, ist es da nicht klar, dass die Frauen dieses Landes, die die Hälfte seiner Bevölkerung bilden, bei jeder Vorwärtsbewegung ein Hemmschuh sein werden, wenn sie auch weiterhin geduckt, wenig bewusst, unwissend bleiben?

Als Arbeiterin steht die Frau Schulter an Schulter mit dem Arbeiter. Sie arbeitet zusammen mit ihm an dem gemeinsamen Werk, unsere Industrie aufzubauen. Sie kann bei dem gemeinsamen Werk helfen, wenn sie bewusst, wenn sie politisch aufgeklärt ist. Sie kann aber, wenn sie geduckt und unwissend ist, das gemeinsame Werk zugrunde richten, natürlich nicht aus bösem Willen, sondern infolge ihrer Unwissenheit.

Als Bäuerin steht die Frau Schulter an Schulter mit dem Bauern. Sie arbeitet zusammen mit ihm an dem gemeinsamen Werk, unsere Landwirtschaft zur Entwicklung, zum Gedeihen, zum Aufblühen zu bringen. Sie kann bei diesem Werk einen gewaltigen Nutzen bringen, wenn sie sich von Unwissenheit und Unkenntnis frei macht. Und umgekehrt: Sie kann das ganze Werk hemmen, wenn sie auch fernerhin in Unwissenheit befangen bleibt.

Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind genauso wie die Arbeiter und Bauern freie Bürger. Sie wählen unsere Sowjets, unsere Genossenschaftsorgane, sie können in die Sowjets, in die Genossenschaftsorgane gewählt werden. Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen können, wenn sie politisch aufgeklärt sind, unsere Sowjets und Genossenschaften verbessern, sie festigen und weiterentwickeln. Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen können, wenn sie unaufgeklärt und unwissend sind, die Sowjets und Genossenschaften schwächen und untergraben.

Schließlich sind die Arbeiterinnen und Bäuerinnen Mütter, sie erziehen unsere Jugend - die Zukunft unseres Landes. Sie können das Kind seelisch verkrüppeln oder uns eine geistig gesunde Jugend erziehen, die imstande ist, unser Land vorwärtszubringen, je nachdem, ob die Frau, die Mutter, mit dem Sowjetregime sympathisiert, oder ob sie sich im Schlepptau des Popen, des Kulaken, der Bourgeoisie befindet.

Das ist der Grund, warum die politische Aufklärung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen jetzt, da die Arbeiter und Bauern den Aufbau des neuen Lebens in Angriff genommen haben, eine Sache von erstrangiger Bedeutung, eine äußerst wichtige Voraussetzung für den wirklichen Sieg über die Bourgeoisie ist.

Das ist der Grund, warum der erste Kongress der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, der die Grundlage für die Organisation der politischen Aufklärung der werktätigen Frauen geschaffen hat, von wahrhaft unschätzbare Bedeutung ist.

Vor fünf Jahren, auf dem ersten Kongress der Arbeiterinnen und Bäuerinnen, bestand die nächstliegende Aufgabe der Partei darin, Hunderttausende von Arbeiterinnen in die gemeinsame Arbeit am Aufbau eines neuen, sowjetischen Lebens einzubeziehen. Dabei standen die Arbeiterinnen der Industriegebiete als die regesten und bewusstesten Elemente der werktätigen Frauen in den ersten Reihen. Es muss zugegeben werden, dass in den fünf Jahren in dieser Hinsicht nicht wenig getan worden ist, obwohl noch vieles zu tun bleibt.

Jetzt besteht die nächste Aufgabe der Partei darin, Millionen Bäuerinnen in die gemeinsame Arbeit an der Gestaltung unseres Sowjetlebens einzubeziehen. Fünf Jahre Arbeit haben bereits eine ganze Anzahl leitender Frauen aus den Reihen der Bäuerinnen hervorgebracht. Wir wollen hoffen, dass sich die Reihen der leitenden Bäuerinnen mit neuen politisch bewussten Bäuerinnen auffüllen werden. Wir wollen hoffen, dass die Partei auch diese Aufgabe bewältigen wird.

10. November 1923.

*Zeitschrift „Kommunistka“
(Die Kommunistin) Nr. 11,
November 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

REDE IN DER FESTSITZUNG IN DER MILITÄRAKADEMIE

17. November 1923

(Kurzer Zeitungsbericht)

Bei der Feier anlässlich des vierten Jahrestags unserer Roten Kavallerie ergriff der Begründer unserer Reiterarmee und ihr Ehrenrotarmist, Genosse Stalin, das Wort.

Genosse Stalin betont, dass die Begründer der Roten Kavallerie zu der Zeit, da der Grundkern der Kavallerie als Keim der künftigen Reiterarmee gebildet wurde, in führenden militärischen Kreisen und bei militärischen Spezialisten auf die Auffassung stießen, die Bildung einer Kavallerie sei überhaupt nicht notwendig.

Das charakteristischste Blatt in der Geschichte der Reiterarmee bildet die Tatsache, dass unsere Kavallerie im Sommer 1919 eine Verbindung von Reitermassen mit Maschinengewehrmassen wurde. Die berühmte „Tatschanka“ (Maschinengewehrwagen. Der Übers.) ist ein Merkmal dieser Verbindung.

Wie groß unsere Kavallerie auch immer sein mag - wenn sie es nicht versteht, bei ihren Operationen die Kraft des Pferdes mit der Kraft des Maschinengewehrs und der Artillerie zu vereinigen, dann wird sie aufhören, eine ernst zu nehmende Kraft zu sein.

Das ruhmreichste Blatt in der Geschichte der Reiterarmee wurde Ende des Jahres 1919 geschrieben, als etwa 22 Regimenter des Gegners von 12 Regimentern unserer Kavallerie im Vorgelände von Woronesh zerschlagen wurden. Mit diesem Augenblick begann die faktische Umwandlung des Reiterkorps in die Reiterarmee.

Ein charakteristischer Zug dieser Periode besteht darin, dass unsere Kavallerie in diesem Stadium noch eine neue Eigenschaft erwarb, die ihr den Sieg über die Kavallerie Denikins ermöglichte, nämlich: Ihr wurden einige Truppenteile Infanterie angegliedert, die sie gewöhnlich auf Fuhrwerken beförderte und die sie als Deckung gegen den Feind benutzte, um unter Deckung zu rasten und dann, mit gesammelten Kräften, erneut auf den Gegner loszuschlagen. Es war eine Vereinigung von Kavallerie und Infanterie als Hilfskraft. Diese Vereinigung, diese weitere neue Eigenschaft, verlieh unserer Kavallerie eine ernstliche Schlagkraft und Manövrierfähigkeit, die den Gegner in Schrecken versetzte.

„Genossen“, schloss Genosse Stalin seine Rede, „ich bin ein Mann, der nicht leicht in Begeisterung gerät, ich muss aber sagen, wenn unsere Reiterarmee diese neuen Eigenschaften behält, dann werden unsere Kavallerie und ihr Führer, Genosse Budjonny, unbesiegbar sein.“

*„Iswestija“ Nr. 265
20. November 1923*

ÜBER DIE AUFGABEN DER PARTEI

Referat in der erweiterten Versammlung des KPR(B)-Bezirkskomitees
Krasnaja Presnja mit den Gruppenorganisatoren, den Mitgliedern
des Diskussionsklubs und der Zellenbüros
2. Dezember 1923

Genossen! Ich muss vor allem sagen, dass ich hier als Referent in meinem Namen spreche und nicht im Namen des ZK der Partei. Wenn es der Versammlung beliebt, ein solches Referat anzuhören, so stehe ich zur Verfügung. (Zwischenrufe: „Wir bitten darum.“) Das heißt nicht, dass ich in dieser Frage irgendwelche anderen Auffassungen als das ZK hätte - durchaus nicht. Ich trete hier nur deshalb in meinem Namen auf, weil die Kommission des ZK zur Ausarbeitung von Maßnahmen zwecks Verbesserung der innerparteilichen Lage^[81] die Ergebnisse ihrer Arbeit dieser Tage dem ZK vorlegen soll; diese Ergebnisse sind noch nicht vorgelegt, und darum habe ich vorerst kein formelles Recht, im Namen des ZK zu sprechen; obwohl ich überzeugt bin, dass das, worüber ich Ihnen gleich berichten werde, im wesentlichen die Stellung des ZK zu diesen Fragen zum Ausdruck bringen wird.

DIE DISKUSSION - EIN ZEICHEN FÜR DIE KRAFT DER PARTEI

Die erste Frage, die ich hier aufwerfen möchte, ist die Frage, welchen Sinn die augenblicklich in der Presse und in den Zellen vor sich gehende Diskussion hat. Was besagt diese Diskussion und wovon zeugt sie? Ist das nicht ein Sturm, der über das ruhige Leben der Partei hereingebrochen ist, ist diese Diskussion nicht - wie die einen meinen - ein Zeichen der Zersetzung der Partei, ihres Zerfalls oder - wie andere meinen - ein Zeichen der Entartung der Partei?

Ich glaube, Genossen, dass wir es weder mit dem einen noch mit dem andern zu tun haben: weder mit Entartung noch mit Zersetzung. Es handelt sich darum, dass die Partei in der letzten Zeit gewachsen ist, sie hat sich hinlänglich von überflüssigem Ballast befreit, sie ist proletarischer geworden. Sie wissen, dass wir vor zwei Jahren nicht weniger als 700000 Parteimitglieder hatten, Sie wissen, dass einige Tausend Parteimitglieder aus der Partei ausgeschieden sind oder hinausgeworfen wurden. Ferner hat sich die Partei während dieser Zeit in ihrer Zusammensetzung verbessert und qualitativ ein höheres Niveau erreicht, da sich die materielle Lage der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit dem Aufschwung in der Industrie verbessert hat, da die alten qualifizierten Arbeiter aus den Dörfern zurückgekehrt sind, da eine neue Welle kulturellen Aufschwungs unter den Industriearbeitern eingesetzt hat. Mit einem Wort, infolge all dieser Umstände ist die Partei gewachsen, hat sie qualitativ ein höheres Niveau erreicht, sind ihre Bedürfnisse größer geworden, stellt sie höhere Anforderungen, will sie mehr wissen, als sie bisher gewusst hat, und will sie mehr entscheiden, als sie bisher entschieden hat.

Die begonnene Diskussion ist nicht ein Zeichen von Schwäche der Partei, geschweige denn ein Zeichen ihrer Zersetzung oder Entartung, sondern ein Zeichen von Kraft, ein Zeichen der Stärke, ein Zeichen der Verbesserung der qualitativen Zusammensetzung der Partei, ein Zeichen ihrer erhöhten Aktivität.

DIE URSACHEN DER DISKUSSION

Die zweite Frage, die sich vor uns erhebt, ist die Frage, warum gerade in der gegenwärtigen Periode, gerade im Herbst dieses Jahres, die Frage der innerparteilichen Politik so akut

geworden ist? Woraus ist das zu erklären? Worin liegen die Ursachen? Ich glaube, Genossen, wir haben es hier mit zwei Ursachen zu tun.

Die erste Ursache liegt in der Welle der Unzufriedenheit und der Streiks im Zusammenhang mit Lohnfragen, die im August dieses Jahres über einige Gebiete unserer Republik hinweggegangen ist. Es handelt sich darum, dass diese Streikwelle Mängel in unseren Organisationen aufgedeckt hat, die Losgelöstheit einiger unserer Organisationen - sowohl Partei- als auch Gewerkschaftsorganisationen - von den Ereignissen in den Betrieben, dass in Verbindung mit dieser Streikwelle einige illegale, im Grunde genommen, antikommunistische Organisationen innerhalb unserer Partei zutage getreten sind, die die Partei zu zersetzen trachten. Nun haben alle diese Mängel, die im Zusammenhang mit der Streikwelle zum Vorschein gekommen sind, der Partei die Sachlage so grell, so ernüchternd beleuchtet, dass sie es für notwendig befand, innerparteiliche Veränderungen vorzunehmen.

Die zweite Ursache, die die Frage der innerparteilichen Politik gerade in diesem Moment zugespitzt hat, liegt darin, dass unsere Parteigenossen einen Zustand von Massenurlaub einreißen ließen. Diese Urlaube sind natürlich durchaus begreiflich, haben aber infolge ihres Massencharakters dazu geführt, dass das Tempo des Parteilebens gerade im Augenblick der Gärung in den Betrieben erheblich nachließ, was in hohem Grade dazu beigetragen hat, die Mängel, die sich angesammelt hatten, gerade in dieser Periode, im Herbst dieses Jahres, zutage zu fördern.

DIE MÄNGEL IM INNERPARTEILICHEN LEBEN

Ich sprach von den Mängeln in unserem Parteileben, die im Herbst dieses Jahres zum Vorschein kamen und durch die die Frage der Verbesserung des innerparteilichen Lebens akut wurde. Worin bestehen nun diese Mängel im innerparteilichen Leben? Etwa darin, dass die Linie der Partei falsch war, wie manche Genossen glauben, oder darin, dass die Linie der Partei zwar richtig war, in der Praxis jedoch vom richtigen Wege abwich und in Anbetracht gewisser subjektiver und objektiver Bedingungen entstellt wurde?

Ich glaube, der Grundmangel unseres innerparteilichen Lebens besteht gerade darin, dass trotz der richtigen Parteilinie, die in den Beschlüssen unserer Parteitage Ausdruck gefunden hat, die Praxis in den lokalen Organisationen (nicht überall natürlich, aber in einigen Bezirken) falsch war. Trotz der richtigen proletarisch-demokratischen Linie unserer Partei sind in der Praxis der lokalen Organisationen Fälle einer bürokratischen Entstellung dieser Linie zu verzeichnen.

Darin besteht der Grundmangel. Die Praxis unserer lokalen Organisationen hinsichtlich der Durchführung der Parteilinie weist Widersprüche zu der von den Parteitag (vom X., XI., XII.) festgelegten Grundlinie der Partei auf - das ist die Grundlage aller Mängel im innerparteilichen Leben.

Die Parteilinie erfordert, dass die wichtigsten Fragen unserer Parteipraxis, mit Ausnahme natürlich jener, die sich nicht aufschieben lassen oder die ein militärisches oder diplomatisches Geheimnis darstellen, unbedingt in Parteiversammlungen behandelt werden. Das erfordert die Parteilinie. In der Parteipraxis der lokalen Organisationen aber wurde, wenn auch natürlich nicht überall, die Ansicht vertreten, dass eigentlich keine besondere Notwendigkeit bestehe, eine Reihe von Fragen der innerparteilichen Praxis in den Parteiversammlungen zu behandeln, da das ZK und die übrigen leitenden Organisationen diese Fragen selbst entscheiden würden.

Die Parteilinie erfordert, dass die Funktionäre unserer Partei unbedingt gewählt werden, soweit dem keine unüberwindlichen Hindernisse im Wege stehen, wie etwa die Dauer der Parteizugehörigkeit usw. Sie wissen, dass nach dem Parteistatut die Parteizugehörigkeit des Sekretärs eines Gouvernementskomitees bis vor den Oktober zurückgehen muss, dass für den Sekretär eines Bezirkskomitees eine dreijährige, für den Sekretär einer Zelle eine einjährige

Parteizugehörigkeit erforderlich ist. In der Parteipraxis wurde jedoch häufig die Ansicht vertreten, dass man, da ja eine bestimmte Dauer der Parteizugehörigkeit erforderlich ist, also keine wirklichen Wahlen vorzunehmen brauche.

Die Parteilinie legt fest, dass die Masse der Parteimitglieder über die Arbeiten der Wirtschaftsorgane, der Betriebe und Truste auf dem laufenden gehalten werden muss, denn unsere Parteizellen tragen natürlich vor den parteilosen Massen die moralische Verantwortung für die Mängel in den Betrieben. Nichtsdestoweniger wurde in der Parteipraxis die folgende Ansicht vertreten: Da ja ein ZK vorhanden ist, das den Wirtschaftsorganen Direktiven erteilt, und da ja die Wirtschaftsorgane durch diese Direktiven gebunden sind, würden die erteilten Direktiven durchgeführt werden auch ohne Kontrolle durch die Parteimassen von unten.

Die Parteilinie legt fest, dass die verantwortlichen Funktionäre der verschiedenen Arbeitszweige, ob es nun Parteiarbeiter, Wirtschaftler, Gewerkschaftler oder Militärs sind, trotz aller Spezialisierung, zu der sie in ihrer eigenen Arbeit gelangen, untereinander verbunden sind und unzerreißbare Teile eines Ganzen bilden; denn sie alle arbeiten für ein und dieselbe Sache, die Sache des Proletariats, die sich nicht in Teile zerreißen lässt. In der Parteipraxis wird hingegen die folgende Ansicht vertreten: Da ja eine Spezialisierung der Arbeit, eine Arbeitsteilung in eigentliche Parteiarbeit, in Wirtschafts-, Militärarbeit usw. vorhanden ist, so trügen die Parteiarbeiter keine Verantwortung für die Wirtschaftler, die Wirtschaftler keine Verantwortung für die Parteiarbeiter, und überhaupt sei eine Lockerung und selbst ein Schwinden der Bindung unter ihnen unvermeidlich.

Genossen, das sind im allgemeinen die Widersprüche zwischen der Parteilinie, wie sie in einer ganzen Reihe von Beschlüssen unserer Parteitage, angefangen vom X. bis zum XII. Parteitag einschließlich, festgelegt sind, und der Parteipraxis.

Es liegt mir fern, die lokalen Organisationen wegen dieser ihrer Entstellung der Parteilinie anzuklagen, denn geht man der Sache auf den Grund, so stellt sich nicht so sehr eine Schuld als vielmehr ein Übelstand unserer lokalen Organisationen heraus. Worin dieser Übelstand besteht und wie die Dinge diesen Lauf nehmen konnten, darauf komme ich noch zu sprechen, ich wollte diese Tatsache aber festhalten, um diesen Widerspruch zu erklären und dann zu versuchen, Maßnahmen zur Besserung vorzuschlagen.

Es liegt mir gleichfalls fern, unser ZK als unfehlbar zu betrachten. Auch das ZK hat seine kleinen Sünden, wie sie jede andere Institution und Organisation hat, auch hier kann man teils von Schuld, teils von einem Übelstand reden, von Schuld zum mindesten insofern, als das ZK aus diesen oder jenen Gründen diese Mängel nicht rechtzeitig aufgedeckt und keine Maßnahmen zu ihrer Abstellung getroffen hat.

Aber nicht darum handelt es sich jetzt. Es geht jetzt darum, sich über die Ursachen dieser Mängel, von denen ich soeben gesprochen habe, klar zu werden. In der Tat, woher stammen diese Mängel, und wie sind sie zu beheben?

DIE URSACHEN DER MÄNGEL

Die erste Ursache besteht darin, dass unsere Parteiorganisationen gewisse Überreste der Kriegsperiode - einer Periode, die zwar vergangen ist, die aber in den Köpfen unserer Funktionäre Überreste der militärischen Einstellung innerhalb der Partei hinterlassen hat, noch nicht oder immer noch nicht überwunden haben. Eine Erscheinungsform dieser Überreste ist meiner Meinung nach die Auffassung, die Partei stelle keinen selbsttätigen Organismus, keine selbsttätige Kampforganisation des Proletariats dar, sondern so etwas wie ein System von Institutionen, so etwas wie den Inbegriff einer ganzen Reihe von Institutionen mit unteren und höheren Angestellten. Das ist, Genossen, eine grundfalsche Auffassung, die mit Marxismus nichts gemein hat - eine Auffassung, die uns als Überrest aus der Kriegszeit verblieben ist, in der wir die Partei militarisierten, in der die Frage der Selbsttätigkeit der Parteimassen wohl oder übel zurückgestellt wurde und Kampfbefehle ausschlaggebende

Bedeutung hatten. Ich kann mich nicht erinnern, dass diese Auffassung jemals voll ausgesprochen worden wäre, aber diese Auffassung oder Elemente dieser Auffassung lasten immer noch auf unserer Arbeit. Genossen, gegen diese Auffassungen müssen wir mit aller Kraft ankämpfen, denn sie sind eine der realsten Gefahren, die günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass die dem Wesen nach richtige Linie unserer Partei in der Praxis entstellt wird.

Die zweite Ursache besteht darin, dass unser in beträchtlichem Maße bürokratischer Staatsapparat auf die Partei und die Parteifunktionäre einen gewissen Druck ausübt. Im Jahre 1917, als wir vorwärts drängten, dem Oktober entgegen, stellten wir uns die Sache so vor, dass wir die Kommune haben würden, dass dies eine Assoziation der Werktätigen sein werde, dass wir dem Bürokratismus in den Behörden ein Ende setzen würden und dass es uns gelingen werde, den Staat, wenn nicht in allernächster Zeit, so doch nach zwei, drei kurzen Perioden zu einer Assoziation der Werktätigen zu machen. Die Praxis hat jedoch gezeigt, dass wir von diesem Ideal noch weit entfernt sind, dass, um den Staat von den Elementen des Bürokratismus zu befreien, um die Sowjetgesellschaft zu einer Assoziation der Werktätigen zu machen, die Bevölkerung ein hohes Kulturniveau haben muss, dass rings um uns eine völlig gesicherte Atmosphäre des Friedens herrschen muss, damit wir der Notwendigkeit enthoben sind, starke Truppenkontingente zu unterhalten, die große Mittel und schwer-fällige Verwaltungsstellen erfordern, deren Bestehen allen anderen Staatsinstitutionen ihren Stempel aufdrückt. Unser Staatsapparat ist in beträchtlichem Maße bürokratisch und wird es noch lange bleiben. In diesem Apparat arbeiten unsere Parteigenossen, und die Umgebung - ich möchte sagen, die Atmosphäre - dieses bürokratischen Apparats ist derart, dass sie die Bürokratisierung unserer Parteifunktionäre, unserer Parteiorganisationen erleichtert.

Die dritte Ursache der Mängel, Genossen, besteht in der ungenügenden Aktivität mancher unserer Zellen, in der Rückständigkeit und mitunter sogar völligen Unbildung besonders in den Randgebieten. Die Zellen in diesen Bezirken sind wenig aktiv, politisch und kulturell zurückgeblieben. Dieser Umstand schafft zweifellos ebenfalls einen günstigen Boden für die Entstellung der Parteilinie.

Die vierte Ursache liegt im Fehlen einer genügenden Anzahl durch die Partei geschulter Genossen in den lokalen Organisationen. Kürzlich hörte ich den Vertreter einer ukrainischen Organisation im ZK berichten. Es war ein in höchstem Grade fähiger, vielversprechender Genosse. Er sagte, dass von 130 Zellen 80 Zellen Sekretäre haben, die vom Gouvernementskomitee eingesetzt worden sind. Auf eine Bemerkung hin, dass diese Organisation im gegebenen Fall unrichtig handelt, begann dieser Genosse sich darauf zu berufen, dass es in den Zellen keine Genossen mit einiger Bildung gibt, dass sie noch nicht lange in der Partei sind und dass die Zellen selbst darum bitten, ihnen Sekretäre zu schicken usw. Nehmen wir an, dass dieser Genosse um 50 Prozent übertrieben hat, dass es sich hier eigentlich nicht nur um das Fehlen geschulter Genossen in den Zellen handelt, sondern auch darum, dass das Gouvernementskomitee aus alter Tradition des Guten zuviel getan hat. Wenn aber das Gouvernementskomitee auch nur zu 50 Prozent recht hat, ist es dann nicht klar, dass, wenn es in der Ukraine solche Zellen gibt, diese in den Randgebieten, wo die Organisationen jung sind, wo es weniger Parteikader gibt und das Bildungsniveau niedriger ist als in der Ukraine, um so zahlreicher sein müssen? Das ist ebenfalls eine der Ursachen, die günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass unsere dem Wesen nach richtige Parteilinie in der Praxis entstellt wird.

Die fünfte Ursache schließlich ist die Schwäche der Information. Mit der Information ist es bei uns schlecht bestellt, beim ZK vor allem, vielleicht weil es zu sehr mit Arbeit überlastet ist. Wir werden durch die lokalen Organisationen schlecht informiert. Damit muss Schluss gemacht werden. Das ist ebenfalls eine der ernststen Ursachen dafür, dass sich in unserer Partei Mängel angehäuft haben.

WIE SIND DIE MÄNGEL IM INNERPARTEILICHEN LEBEN ZU BEHEBEN?

Welche Maßnahmen müssen nun ergriffen werden, um diese Mängel zu beheben?

Erstens gilt es, mit allen Mitteln rastlos gegen die Überreste und Gepflogenheiten der Kriegsperiode in unserer Partei anzukämpfen, gegen die falsche Auffassung, unsere Partei sei ein System von Institutionen und nicht eine geistig aktive, selbsttätige, lebensprühende Kampforganisation des Proletariats, die Altes zerstört und Neues schafft.

Zweitens gilt es, die Aktivität der Parteimassen zu heben, sie über alle sie interessierenden Fragen, soweit diese offen zur Behandlung gestellt werden können, diskutieren zu lassen und dadurch die Möglichkeit einer freien Kritik aller und jeglicher Vorhaben der Parteiinstanzen zu gewährleisten. Denn nur auf diesem Wege kann die Parteidisziplin zu einer wirklich bewussten, wirklich eisernen Disziplin gemacht werden, denn nur auf diesem Wege können die Parteimassen um politische, wirtschaftliche und kulturelle Erfahrungen bereichert werden, denn nur auf diese Weise können die Bedingungen vorbereitet werden, die notwendig sind, damit die Parteimassen Schritt für Schritt neue aktive Kräfte, neue leitende Funktionäre von unten hervorbringen.

Drittens gilt es, das Prinzip der Wählbarkeit aller Parteiorganisationen und aller Funktionäre in der Praxis durchzuführen, soweit dem nicht unüberwindliche Hindernisse wie ungenügend lange Parteizugehörigkeit usw. im Wege stehen. Es darf in der Praxis nicht mehr vorkommen, dass in den Organisationen bei der Beförderung von Genossen auf verantwortliche Parteifunktionen der Wille der Majorität ignoriert wird, es muss erreicht werden, dass das Prinzip der Wählbarkeit in der Praxis durchgeführt wird.

Viertens ist es notwendig, dass beim ZK, bei den Gouvernements- und Gebietskomitees verantwortliche Funktionäre aller Arbeitszweige, Wirtschaftler, Parteiarbeiter, Gewerkschaftler und Militärs ständig zu Beratungen zusammentreten; dass die Beratungen regelmäßig abgehalten werden, dass die Fragen zur Beratung gestellt werden, deren Behandlung die Beratungsteilnehmer für notwendig befinden; dass die Verbindung zwischen den Funktionären aller Waffengattungen nicht abreißt, dass alle diese Funktionäre sich als Mitglieder einer Parteifamilie fühlen, die für eine allen gemeinsame unzerreißbare Sache arbeiten, für die Sache des Proletariats; dass sowohl um das ZK als auch um die lokalen Organisationen eine Atmosphäre geschaffen wird, die der Partei die Möglichkeit gibt, sich die Arbeitserfahrungen unserer verantwortlichen Funktionäre auf allen Arbeitsgebieten zu eigen zu machen und sie zu prüfen.

Fünftens gilt es, unsere Parteizellen in den Betrieben mit dem Kreis der Fragen vertraut zu machen, die mit dem Gang der Dinge in den Betrieben und Trusten zusammenhängen. Die Sache muss so gehandhabt werden, dass die Zellen über die Arbeit der Verwaltungsorgane unserer Betriebe und Vereinigungen auf dem laufenden sind, dass sie die Möglichkeit haben, auf diese Arbeit Einfluss zu nehmen. Sie wissen, als Vertreter der Zellen, welche große moralische Verantwortung für den Gang der Dinge im Betrieb unsere Betriebszellen vor den parteilosen Massen tragen. Um die parteilose Masse im Betrieb lenken und führen zu können, um imstande zu sein, die Verantwortung für den Gang der Dinge im Betrieb zu tragen - und sie trägt unbedingt vor den parteilosen Massen die moralische Verantwortung für die Mängel des Betriebs -, muss die Zelle über diese Dinge auf dem laufenden sein, muss sie die Möglichkeit haben, die Dinge auf diese oder jene Weise zu beeinflussen. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Zellen zur Besprechung der mit dem Betrieb zusammenhängenden wirtschaftlichen Fragen herangezogen werden, dass von Zeit zu Zeit Wirtschaftskonferenzen von Vertretern der Zellen der zu einem Trust gehörenden Betriebe abgehalten werden zur Besprechung von Fragen, die Angelegenheiten des Trusts betreffen. Das ist einer der sicheren Wege, die beschritten werden müssen, sowohl um die wirtschaftliche Erfahrung der Parteimassen zu bereichern als auch um die Kontrolle von unten zu organisieren.

Sechstens gilt es, die qualitative Zusammensetzung unserer Parteizellen zu verbessern. In Sinowjews Artikel war bereits die Rede davon, dass unsere Parteizellen verschiedentlich in qualitativer Hinsicht hinter der parteilosen Masse ihrer Umgebung zurückgeblieben sind.

Diese Behauptung darf natürlich nicht verallgemeinert und auf alle Zellen ausgedehnt werden. Es wäre genauer, etwa so zu formulieren: Unsere Parteizellen würden kulturell auf einer weit höheren Stufe stehen, als sie jetzt stehen, und unter den Parteilosen eine weit größere Autorität genießen, wenn wir diese Zellen nicht auspumpten, wenn wir aus diesen Zellen nicht die Kräfte herauszögen, die wir gezwungenermaßen in der wirtschaftlichen, administrativen, gewerkschaftlichen und aller möglichen anderen Arbeit einsetzen müssen. Wenn alle unsere Arbeitergenossen, wenn die Kader, die wir in diesen sechs Jahren aus den Zellen herausgezogen haben, zu ihren Zellen zurückkehrten, bedürfte es dann noch eines Beweises, dass diese Zellen beliebige, selbst sehr entwickelte parteilose Arbeiter um ganze drei Köpfe überragen würden? Eben weil die Partei keine anderen Kader zur Verbesserung des Staatsapparats besitzt, gerade weil die Partei genötigt ist, auch weiterhin aus dieser Quelle zu schöpfen - eben darum werden unsere Zellen, was ihr kulturelles Niveau betrifft, auch weiterhin etwas nachhinken, falls wir nicht dringende Maßnahmen zur Verbesserung ihrer qualitativen Zusammensetzung ergreifen. Vor allem bedarf es einer maximalen Verstärkung der Parteierziehungsarbeit in den Zellen. Wir müssen uns außerdem von dem überflüssigen Formalismus frei machen, den unsere lokalen Organisationen manchmal an den Tag legen, wenn Genossen aus den Reihen der Arbeiter in die Partei aufgenommen werden sollen. Ich denke, man sollte nicht dem Formalismus frönen; die Partei kann und muss die Aufnahmebedingungen für neue Mitglieder aus den Reihen der Arbeiterklasse mildern. Die lokalen Organisationen haben diese Aufgabe bereits in Angriff genommen. Nun muss die Partei diese Sache in die Hand nehmen und eine organisierte Kampagne beginnen, um neuen Mitgliedern aus den Reihen der Betriebsarbeiter den Eintritt in die Partei zu erleichtern.

Siebtens gilt es, die Arbeit unter den parteilosen Arbeitern zu verstärken. Das ist ebenfalls eins der Mittel, die die innerparteiliche Lage verbessern und die Aktivität der Parteimassen heben können. Ich muss sagen, unsere Organisationen schenken der Heranziehung parteiloser Arbeiter zur Arbeit in unseren Sowjetorganen immer noch wenig Beachtung. Man nehme bloß die jetzt stattfindenden Wahlen zum Moskauer Sowjet. Einer der großen Mängel dieser Wahlen besteht meiner Ansicht nach darin, dass zu wenig Parteilose gewählt werden. Man sagt, es liege ein Beschluss der Organisation vor, der vorsieht, dass mindestens die und die Zahl Parteiloser, der und der Prozentsatz usw. zu wählen ist. Ich sehe aber, dass in Wirklichkeit viel weniger Parteilose gewählt werden. Man sagt, die Massen brennten darauf, ausschließlich Kommunisten zu wählen. Ich bezweifle das, Genossen. Ich glaube, wenn wir den Parteilosen nicht ein gewisses Mindestmaß an Vertrauen entgegenbringen, dann können die Parteilosen dies mit großem Misstrauen gegenüber unseren Organisationen beantworten. Dieses Vertrauen zu den Parteilosen ist unbedingt notwendig, Genossen. Die Kommunisten müssen veranlasst werden, ihre Kandidaturen zurückzuziehen. Man soll keine Reden schwingen und verlangen, dass nur Kommunisten gewählt werden, die Parteilosen müssen gefördert, sie müssen in die staatliche Arbeit einbezogen werden. Wir werden daraus nur Vorteile ziehen und werden dafür als Gegenleistung das Vertrauen der Parteilosen zu unseren Organisationen ernten. Die Wahlen in Moskau sind ein Schulbeispiel dafür, wie sehr sich unsere Organisationen in ihrer Parteischale zu verkapseln beginnen, anstatt ihr Tätigkeitsfeld zu erweitern und Schritt für Schritt die Parteilosen um sich zu scharen.

Achtens gilt es, die Arbeit unter den Bauern zu verstärken. Ich weiß nicht, warum man unseren Dorfzellen, die stellenweise verkümmern, aus denen zuweilen die Leute davonlaufen, die kein großes Vertrauen unter den Bauern genießen (das muss man zugeben) - warum man diesen Zellen nicht zum Beispiel zwei praktische Aufgaben stellen sollte: Erstens die das Leben der Bauern betreffenden Sowjetgesetze zu interpretieren und zu verbreiten und zweitens elementare agronomische Kenntnisse zu vermitteln und zu verbreiten, zum Beispiel,

dass die Felder rechtzeitig bestellt werden müssen, dass das Saatgut gereinigt werden muss usw. Ist es Ihnen bekannt, Genossen, dass, wenn jeder Bauer sich vornimmt, eine ganz geringe Mühe auf die Reinigung des Saatguts zu verwenden, ohne jede Melioration und ohne neue Maschinen eine Erhöhung des Ernteertrags um 10 Pud pro Deßjatine erzielt werden könnte? Was aber bedeutet eine Zunahme des Ernteertrags um 10 Pud pro Deßjatine? Das bedeutet eine jährliche Zunahme um eine Milliarde Pud über den gesamten Bruttoertrag hinaus. Und das alles ließe sich ohne große Mühe erreichen. Warum sollten sich unsere Dorfzellen nicht mit diesen Dingen befassen? Ist das etwa weniger wichtig als das Gerede über die Politik Curzons? Der Bauer würde dann erkennen, dass die Kommunisten aufgehört haben, leeres Stroh zu dreschen, dass sie sich an die Arbeit gemacht haben, und dann würden unsere Dorfzellen bei den Bauern das größte Vertrauen genießen.

Ich spreche schon gar nicht davon, wie notwendig es ist, zur Verbesserung und Belebung des Parteilebens die Parteierziehungsarbeit und die politische Schulungsarbeit unter der Jugend, die neue Kader liefert, in der Roten Armee, unter den Frauendelegierten und überhaupt unter allen Parteilosen zu verstärken.

Ich gehe auch darauf nicht ein, wie sehr wir eine Verstärkung der Information nötig haben - ich habe bereits darüber gesprochen -, eine Verstärkung der Information von oben nach unten und von unten nach oben.

Das, Genossen, sind die Verbesserungsmaßnahmen, das ist der Kurs auf innerparteiliche Demokratie, den das ZK schon im September dieses Jahres festgelegt hat und der von unten bis oben verwirklicht werden muss.

Jetzt möchte ich auf zwei Extreme, auf zwei Übertreibungen in Fragen der Arbeiterdemokratie eingehen, die in einigen Diskussionsartikeln der „Prawda“ zum Ausdruck kommen.

Das erste Extrem betrifft die Wählbarkeit. Es besteht darin, dass manche Genossen eine Wählbarkeit „bis zu Ende“ anstreben. Wenn schon einmal Wählbarkeit, dann munter drauflos gewählt, was das Zeug hält! Längere Parteizugehörigkeit? Wozu? Wähle, wen dein Herz begehrt. Diese Anschauung, Genossen, ist falsch. Die Partei wird sie nicht akzeptieren. Natürlich, wir haben jetzt keinen Krieg, wir machen eine Periode friedlicher Entwicklung durch. Wir haben aber die NÖP. Vergessen Sie das nicht, Genossen. Nicht während des Krieges, sondern nach dem Kriege hat die Partei die Reinigung vorgenommen. Warum? Weil während des Krieges die Furcht vor einer Niederlage der Reifen war, der die Partei zu einem Ganzen zusammenschloss, und gewisse zersetzende Elemente in der Partei, die vor der Frage des Seins oder Nichtseins stand, gezwungen waren, die allgemeine Parteilinie mitzumachen. Jetzt haben wir solche Reifen nicht mehr, denn wir haben keinen Krieg, wir haben jetzt die NÖP, wir haben den Kapitalismus zugelassen, die Bourgeoisie lebt wieder auf. Gewiss, das alles führt zur Reinigung der Partei, zu ihrer Festigung, andererseits aber umgibt uns eine neue Atmosphäre, die Atmosphäre der neu entstehenden und wachsenden Bourgeoisie, der Bourgeoisie, die noch nicht so stark ist, die aber schon einige unserer Genossenschaften und Handelsorgane auf dem Gebiet des Innenhandels zu schlagen vermocht hat. Gerade nach Einführung der NÖP hat die Partei die Reinigung vorgenommen und die zahlenmäßige Stärke der Partei auf die Hälfte reduziert; gerade nach Einführung der NÖP hat die Partei beschlossen, dass es zum Beispiel zum Schutz unserer Organisationen gegen die Einflüsse der NÖP notwendig ist, den nichtproletarischen Elementen den Zutritt zur Partei zu erschweren, dass es notwendig ist, Funktionären der Partei eine längere Parteizugehörigkeit zur Bedingung zu machen usw. Hat die Partei richtig gehandelt, als sie diese Vorbeugungsmaßnahmen traf, die die „entfaltete“ Demokratie einschränken? Ich glaube, sie hat richtig gehandelt. Deshalb gerade bin ich der Ansicht, dass Demokratie notwendig ist, dass Wählbarkeit notwendig ist, dass aber auch die einschränkenden Maßnahmen, die der XI. und XII. Parteitag beschlossen haben, wenigstens die grundlegenden von ihnen, noch in Kraft bleiben müssen.

Das zweite Extrem betrifft die Grenzen der Diskussion. Es besteht darin, dass manche Genossen eine schrankenlose Diskussion haben wollen, Genossen, die das A und O der Parteiarbeit in der Besprechung von Fragen erblicken und die andere Seite der Parteiarbeit vergessen, nämlich ihre aktive Seite, die die Verwirklichung der Parteibeschlüsse verlangt. Eben diesen Eindruck hat wenigstens der Artikel Radsins auf mich gemacht, der sich bemüht, das Prinzip der schrankenlosen Diskussion mit Berufung auf Trotzki zu begründen, der gesagt haben soll: „Die Partei ist ein freiwilliger Bund Gleichgesinnter.“ Ich habe diesen Satz in Trotzki's Schriften gesucht, habe ihn aber nicht finden können. Trotzki hat hiermit wohl auch kaum eine abgeschlossene Formel geben wollen, die die Partei definiert, und wenn er es gesagt hat, so hat er hier wohl kaum einen Schlusspunkt gesetzt. Die Partei ist nicht nur ein Bund Gleichgesinnter, sie ist außerdem ein Bund Gleichhandelnder, ein Kampfbund Gleichhandelnder, die auf der Grundlage einer gemeinsamen ideologischen Basis (Programm, Taktik) kämpfen. Ich halte die Berufung auf Trotzki für falsch, denn ich kenne Trotzki als eins der Mitglieder des ZK, die am meisten die aktive Seite der Parteiarbeit unterstreichen. Ich glaube darum, dass Radsin für seine Definition selbst einstehen muss. Aber wozu führt sie, diese Definition? Zu einer von zwei Möglichkeiten: Entweder entartet die Partei zu einer Sekte, zu einer philosophischen Schule, denn nur in so engen Organisationen ist eine völlige Gesinnungsgleichheit möglich, oder sie verwandelt sich in einen ständigen Diskussionsklub, der ewig berät und ewig rätsoniert, der sich bis zur Bildung von Fraktionen, ja bis zur Spaltung der Partei versteigt. Keine dieser Möglichkeiten kann von unserer Partei akzeptiert werden. Darum bin ich der Meinung, dass eine Beratung der Fragen notwendig ist, dass der Diskussion aber auch Grenzen gezogen werden müssen, die die Partei, diesen Kampftrupp des Proletariats, vor Ausartung in einen Diskussionsklub bewahren. Zum Abschluss meines Referats muss ich Sie, Genossen, vor diesen beiden Extremen warnen. Ich glaube, wenn wir diese beiden Extreme zurückweisen und ehrlich und entschlossen darangehen, den Kurs auf innerparteiliche Demokratie zu verwirklichen, der vom ZK schon im September dieses Jahres festgelegt wurde, dann werden wir bestimmt eine Verbesserung unserer Parteiarbeit erzielen. (Beifall.)

„Prawda“ Nr. 277,
6. Dezember 1923

ÜBER DIE DISKUSSION, ÜBER RAFAIL, ÜBER DIE ARTIKEL PREOBRASHENSKIS UND SAPRONOWS UND ÜBER DEN BRIEF TROTZKIS ÜBER DIE DISKUSSION

Die Diskussion über die innerparteiliche Lage, die vor einigen Wochen begann, geht, soweit es sich um Moskau und Petrograd handelt, offenbar ihrem Ende entgegen. Petrograd hat sich bekanntlich für die Linie der Partei ausgesprochen. Die wichtigsten Stadtbezirke Moskaus haben sich ebenfalls für die Linie des ZK ausgesprochen. Die Stadtversammlung aktiver Funktionäre der Moskauer Organisation vom 11. Dezember hat die organisatorische und politische Linie des ZK der Partei voll und ganz gebilligt. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, dass die bevorstehende allgemeine Parteikonferenz der Moskauer Organisation die gleiche Stellung einnehmen wird wie ihre Stadtbezirke. Die Opposition, die einen Block eines Teils der „linken“ Kommunisten (Preobraschenski, Stukow, Pjatakow und andere) mit den so genannten demokratischen Zentralisten (Rafail, Sapronow und andere) darstellt, wurde geschlagen.

Von Interesse sind der Verlauf der Diskussion und die Metamorphosen, die die Opposition während der Diskussionsperiode durchgemacht hat.

Die Opposition fing damit an, dass sie sich für nicht mehr und nicht weniger als für eine Revision der Grundlinie der Partei im innerparteilichen Aufbau und in der innerparteilichen Politik der letzten zwei Jahre, der ganzen Periode der NÖP, ausgesprochen hat. Obwohl die Opposition forderte, dass die Resolution des X. Parteitags über die innerparteiliche Demokratie völlig durchgeführt werde, bestand sie zugleich darauf, dass die vom X., XI. und XII. Parteitag angenommenen Einschränkungen (Verbot von Gruppierungen, bestimmte Dauer der Parteizugehörigkeit usw.) aufgehoben würden. Aber dabei machte die Opposition nicht halt. Die Opposition behauptete, die Partei habe sich im Grunde genommen in eine Organisation vom Armeetypus verwandelt, und die Parteidisziplin sei zur Militärdisziplin geworden, und sie forderte eine Durchrüttelung des ganzen Parteiapparats von oben bis unten, die Absetzung der wichtigsten Funktionäre von ihren Posten und anderes. Es fehlte natürlich nicht an Kraftausdrücken und Geschimpfe über das ZK. Die „Prawda“ war übervoll von Artikeln und Zuschriften, in denen das ZK aller Todsünden bezichtigt wurde. Es fehlte nur noch, dass man dem ZK das japanische Erdbeben in die Schuhe geschoben hätte.

Das ZK als Ganzes griff während dieser Periode nicht in die Diskussion in der „Prawda“ ein und ließ den Parteimitgliedern volle Freiheit der Kritik. Das ZK fand es nicht einmal für nötig, ungereimte Beschuldigungen zu widerlegen, wie sie von den Kritikern nicht selten vorgebracht wurden, denn es war der Meinung, dass die Parteimitglieder bewusst genug sind, um die zur Diskussion stehenden Fragen selbständig entscheiden zu können.

Das war sozusagen die erste Periode der Diskussion.

Im weiteren Verlauf, als man die Kraftausdrücke satt hatte, das Geschimpfe seine Wirkung verlor und die Parteimitglieder eine sachliche Behandlung der Frage forderten, begann die zweite Periode der Diskussion. Diese wurde durch die Veröffentlichung der Resolution des ZK und der ZKK über den Parteaufbau^[82] eröffnet. Vom Beschluss des Oktoberplenums des ZK^[83] ausgehend, der den Kurs auf innerparteiliche Demokratie gebilligt hatte, arbeiteten das Politbüro des ZK und das Präsidium der ZKK die bekannte Resolution aus, die die Bedingungen für die Durchführung der innerparteilichen Demokratie festlegte. Durch diesen Akt wurde der Diskussion eine Wendung gegeben. Nun konnte man sich schon nicht mehr auf Kritik im allgemeinen beschränken. Der vom ZK und von der ZKK vorgelegte konkrete Plan forderte von der Opposition entweder die Annahme dieses Planes oder die Vorlage eines anderen, parallelen, ebenso konkreten Planes zur Durchführung der innerparteilichen Demokratie. Und da zeigte sich denn, dass die Opposition nicht imstande war, dem Plan des

ZK einen eigenen Plan entgegenzustellen, der die Anforderungen der Parteiorganisationen hätte befriedigen können. Es begann der Rückzug der Opposition. Aus dem Arsenal der Opposition verschwand die Forderung nach Aufhebung der Grundlinie der Partei im innerparteilichen Aufbau der letzten zwei Jahre. Verwelkt und verblichen war die Forderung der Opposition, die vom X., XI. und XII. Parteitag angenommenen Einschränkungen der Demokratie aufzuheben. Die Forderung nach einer Durchrüttelung des Apparats von oben bis unten war in den Hintergrund gerückt und gemäßigt worden. Die Opposition hielt es für notwendig, alle diese Forderungen durch Vorschläge zu ersetzen, die von der Notwendigkeit sprachen, „die Frage der Fraktionen genau zu formulieren“, „alle früher durch Ernennung gebildeten Parteiorgane neu zu wählen“, „das System der Ernennung von Funktionären aufzuheben“ usw. Charakteristisch ist, dass sogar diese mehrfach gemäßigten Vorschläge der Opposition von den Organisationen der Stadtbezirke Krasnaja Presnja und Samoskworetschje, die mit überwältigender Stimmenmehrheit die Resolution des ZK und der ZKK begrüßten, niedergestimmt wurden.

Das war sozusagen die zweite Periode der Diskussion.

Nun sind wir in die dritte Periode eingetreten. Der charakteristische Zug dieser Periode besteht in einem weiteren Rückzug, ich möchte sagen: im ungeordneten Rückzug der Opposition. Sogar die verblichenen und mehrfach gemäßigten Forderungen der Opposition sind diesmal aus ihrer Resolution verschwunden. Die letzte Resolution Preobraschenskis (ich glaube, die dritte der Zahl nach), die der Versammlung aktiver Funktionäre der Moskauer Organisation (über 1000 Personen) unterbreitet wurde, lautet:

„Nur eine rasche, einmütige und aufrichtige Durchführung der Resolutionen des Politbüros, insbesondere eine Erneuerung des innerparteilichen Apparats durch Neuwahlen kann unserer Partei ohne Erschütterungen und ohne inneren Kampf den Übergang zu einem neuen Kurs gewährleisten und die wahre Geschlossenheit und Einheitlichkeit ihrer Reihen verstärken.“

Die Tatsache, dass die Versammlung sogar diesen völlig harmlosen Vorschlag der Opposition abgelehnt hat, kann nicht als Zufall betrachtet werden. Es ist auch kein Zufall, dass die Versammlung mit überwältigender Stimmenmehrheit die Resolution über die „Billigung der politischen und organisatorischen Linie des ZK“ angenommen hat.

ÜBER RAFAIL

Ich glaube, Rafail ist der konsequenteste und vollendetste Vertreter der gegenwärtigen Opposition oder, genauer gesagt, des gegenwärtigen Oppositionsblocks. In einer der Diskussionsversammlungen erklärte Rafail, unsere Partei habe sich im Grunde genommen in eine Armeeorganisation verwandelt, die Disziplin in ihr sei eine Armeedisziplin, und infolgedessen sei es notwendig, den ganzen Parteiapparat von oben bis unten durchzurütteln, da dieser unbrauchbar und dem Geiste des wahren Parteiprinzips fremd sei. Mir scheint, dass diese oder ähnliche Gedanken in den Köpfen unserer heutigen Oppositionellen umgehen, doch wagen sie aus verschiedenen Erwägungen nicht, sie auszusprechen. Es muss zugegeben werden, dass sich Rafail in dieser Hinsicht mutiger gezeigt hat als seine Oppositionskollegen. Und doch hat Rafail von Grund aus unrecht. Er hat nicht nur formal unrecht, sondern vor allem dem Wesen der Sache nach. Hätte sich unsere Partei tatsächlich in eine Armeeorganisation verwandelt oder sich in eine solche zu verwandeln begonnen, so ist doch klar, dass wir dann weder eine Partei im eigentlichen Sinne des Wortes noch die Diktatur des Proletariats, noch die Revolution hätten.

Was ist die Armee?

Die Armee ist eine geschlossene Organisation, die von oben her aufgebaut wird. Das Wesen der Armee setzt voraus, dass an der Spitze der Armee ein Stab steht, der von oben eingesetzt wird und die Armee nach dem Grundsatz des Zwanges formiert. Der Stab formiert nicht nur die Armee, sondern sorgt auch für ihre Verpflegung, ihre Bekleidung, ihr Schuhwerk usw.

Die materielle Abhängigkeit aller Angehörigen der Armee vom Stab ist eine vollkommene. Darauf beruht unter anderem die Armeedisziplin, deren Übertretung die spezifische Form des höchsten Strafmaßes, die Erschießung, nach sich zieht. Daraus ist auch die Tatsache zu erklären, dass der Stab die Armee dort und dann einsetzen kann, wo und wann es ihm beliebt, lediglich von seinen eigenen strategischen Plänen ausgehend.

Was ist die Partei?

Die Partei ist der Vortrupp des Proletariats, der von unten her nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufgebaut wird. Die Partei hat ebenfalls ihren Stab, aber dieser wird nicht von oben eingesetzt, sondern von unten durch die ganze Partei gewählt. Nicht der Stab formiert die Partei, sondern umgekehrt, die Partei formiert ihren Stab. Die Partei formiert sich selbst nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Hier gibt es auch nicht jene materielle Abhängigkeit zwischen dem Stab der Partei und der Partei als Ganzem, von der oben in bezug auf die Armee die Rede war. Der Stab der Partei versorgt nicht die Partei, sorgt nicht für ihre Verpflegung und Bekleidung. Daraus ist unter anderem die Tatsache zu erklären, dass der Stab der Partei die Kolonnen der Partei nicht willkürlich dort und dann einsetzen kann, wo und wann es ihm beliebt, dass der Stab der Partei die Führung über die Partei als Ganzes nur im Einklang mit den ökonomischen und politischen Interessen der Klasse, von der die Partei selbst einen Teil bildet, ausüben kann. Hieraus ergibt sich der besondere Charakter der Parteidisziplin, die im wesentlichen auf der Methode der Überzeugung beruht, im Gegensatz zur Armeedisziplin, die im wesentlichen auf der Methode des Zwanges beruht. Hieraus ergibt sich der grundlegende Unterschied zwischen dem höchsten Strafmaß in der Partei (Ausschluss aus der Partei) und dem höchsten Strafmaß in der Armee (Erschießung).

Es genügt, diese beiden Definitionen zu vergleichen, um die ganze Ungeheuerlichkeit des Fehlers von Rafail zu begreifen.

Die Partei, meint er, habe sich in eine Armeeorganisation verwandelt. Wie kann man aber die Partei in eine Armeeorganisation verwandeln, wenn sie nicht materiell von ihrem Stab abhängt, wenn sie nach dem Prinzip der Freiwilligkeit von unten her aufgebaut wird, wenn sie selbst ihren Stab formiert? Woraus wären in diesem Fall der Zustrom der Arbeiter in die Partei, das Wachsen ihres Einflusses unter den parteilosen Massen, ihre Popularität unter den werktätigen Schichten der ganzen Welt zu erklären?

Eins von beiden:

Entweder ist die Partei im höchsten Grade passiv und urteilslos - wie wäre aber dann die Tatsache zu erklären, dass diese passive und urteilslose Partei das revolutionärste Proletariat der Welt führt und nun schon mehrere Jahre lang das revolutionärste Land der Welt lenkt?

Oder die Partei ist aktiv und selbsttätig - dann aber ist es unverständlich, warum die aktive und selbsttätige Partei in dieser Zeit nicht das militärische Regime in der Partei gestürzt hat, wenn dieses tatsächlich im Schoße der Partei existiert?

Ist denn nicht klar, dass unsere Partei, die drei Revolutionen vollbracht hat, die Koltschak und Denikin geschlagen hat und heute die Grundfesten des Weltimperialismus erschüttert - dass diese Partei auch nicht eine Woche lang das militärische Regime und den Befehlsgeist geduldet hätte, von denen Rafail so leichthin und unbekümmert daherredet, dass sie mit diesen im Nu aufgeräumt und ein neues Regime aufgerichtet hätte, ohne auf Rafails Appell zu warten?

Aber wenn der Traum gruselig ist, so ist Gott doch barmherzig. Die Sache ist erstens die, dass Rafail die Partei mit der Armee und die Armee mit der Partei verwechselt hat, denn er kennt offensichtlich weder die Partei noch die Armee richtig. Die Sache ist zweitens die, dass Rafail anscheinend selber nicht an seine Entdeckung glaubt - er braucht die „gruseligen“ Worte über das Befehlsregime in der Partei, um die Hauptlosungen der gegenwärtigen Opposition zu begründen: a) Freiheit der Fraktionsgruppierungen und b) Absetzung der führenden Elemente der Partei von oben bis unten.

Rafail fühlt offenbar, dass diese Losungen ohne „gruselige“ Worte nicht durchzudrücken sind.

Das ist des Pudels Kern.

ÜBER DEN ARTIKEL PREOBRASHENSKIS

Preobrashenski erblickt die Hauptursache der Mängel im innerparteilichen Leben darin, dass die Grundlinie der Partei im Parteaufbau falsch sei. Preobrashenski behauptet, dass „die Partei nun schon zwei Jahre lang in ihrer innerparteilichen Politik eine im wesentlichen falsche Linie verfolgt“, dass sich „die Grundlinie der Partei im innerparteilichen Aufbau und in der innerparteilichen Politik während der Periode der NÖP“ als falsch erwiesen habe.

Worin besteht die Grundlinie der Partei während der Periode der NÖP? Die Partei hat auf ihrem X. Parteitag eine Resolution über die Arbeiterdemokratie angenommen. Handelte die Partei richtig, als sie diese Resolution annahm? Preobrashenski meint, sie habe richtig gehandelt. Die Partei hat auf demselben X. Parteitag eine bedeutsame Einschränkung der Demokratie beschlossen, indem sie Gruppierungen verbot. Handelte die Partei richtig, als sie diese Einschränkung beschloss? Preobrashenski meint, die Partei habe falsch gehandelt, denn diese Einschränkung beengt seiner Meinung nach das selbständige Denken der Partei. Die Partei hat auf dem XI. Parteitag neue Einschränkungen der Demokratie beschlossen, als sie eine bestimmte Dauer der Parteizugehörigkeit usw. vorschrieb. Der XII. Parteitag hat diese Einschränkungen lediglich bestätigt. Handelte die Partei richtig, als sie diese Einschränkungen als Gewähr gegen kleinbürgerliche Tendenzen unter den Verhältnissen der NÖP beschloss? Preobrashenski meint, die Partei habe falsch gehandelt, denn diese Einschränkungen engten seiner Meinung nach die Selbsttätigkeit der Parteiorganisationen ein. Die Schlussfolgerung ist klar: Preobrashenski schlägt vor, die diesbezügliche vom X. und XI. Parteitag unter den Verhältnissen der NÖP angenommene Grundlinie der Partei aufzuheben.

Der X. und der XI. Parteitag haben jedoch unter der unmittelbaren Leitung des Genossen Lenin getagt. Die Resolution über das Verbot von Gruppierungen (Resolution über die Einheit) wurde auf dem X. Parteitag von Genossen Lenin vorgeschlagen und zur Annahme gebracht. Die weiteren Einschränkungen der Demokratie wie zum Beispiel eine bestimmte Dauer der Parteizugehörigkeit usw. wurden vom XI. Parteitag unter unmittelbarer Teilnahme des Genossen Lenin beschlossen. Dämmert es denn Preobrashenski nicht, dass er im Grunde genommen die Aufhebung der Linie der Partei unter den Verhältnissen der NÖP vorschlägt, einer Linie, die organisch mit dem Leninismus verbunden ist? Will Preobrashenski denn nicht begreifen, dass sein Vorschlag, die Grundlinie der Partei im Parteaufbau unter den Verhältnissen der NÖP aufzuheben, im Grunde genommen eine Wiederholung gewisser Vorschläge der sattsam bekannten „anonymen Plattform“^[84] ist, die eine Revision des Leninismus verlangte?

Man braucht diese Fragen nur anzuschneiden, um zu verstehen, dass die Partei nicht in die Fußtapfen Preobrashenskis treten wird.

Was aber schlägt Preobrashenski vor? Er schlägt nicht mehr und nicht weniger vor als eine Wiederherstellung des Parteilebens „nach dem Typus der Jahre 1917 und 1918“. Wodurch zeichnen sich die Jahre 1917 und 1918 in dieser Hinsicht aus? Dadurch, dass damals in unserer Partei Gruppierungen und Fraktionen bestanden, dass damals ein offener Kampf der Gruppierungen vor sich ging, dass die Partei damals einen kritischen Augenblick durchmachte, der mit der Frage ihres Seins oder Nichtseins verbunden war. Preobrashenski verlangt, dass dieses vom X. Parteitag aufgehobene Parteiregime wenigstens „teilweise“ wiederhergestellt werde. Kann die Partei diesen Weg beschreiten? Nein, keineswegs. Erstens, weil eine Wiederherstellung des Parteilebens nach den Prinzipien der Jahre 1917 und 1918, wo es keine NÖP gab, den Erfordernissen der Partei im Jahre 1923, wo die NÖP besteht, nicht entspricht und nicht entsprechen kann. Zweitens, weil eine Wiederherstellung des vergangenen Regimes des Fraktionskampfes unvermeidlich zur

Untergrabung der Einheit der Partei, besonders jetzt, in Abwesenheit des Genossen Lenin, führen würde.

Preobraschenski hat die Neigung, die Verhältnisse des innerparteilichen Lebens von 1917 und 1918 als etwas Wünschenswertes und Ideales hinzustellen. Wir aber kennen eine Unmenge Schattenseiten dieser Periode des innerparteilichen Lebens, die der Partei die tiefsten Erschütterungen eingebracht haben. Niemals wohl hat der innerparteiliche Kampf unter den Bolschewiki einen so erbitterten Charakter angenommen wie in dieser Periode, in der Periode des Brester Friedens. Es ist zum Beispiel bekannt, dass sich die „linken“ Kommunisten, die damals eine gesonderte Fraktion bildeten, in ihrer Hemmungslosigkeit so weit verstiegen, allen Ernstes von der Ersetzung des damals bestehenden Rates der Volkskommissare durch einen neuen Rat der Volkskommissare zu sprechen, gebildet aus neuen Leuten, die der Fraktion der „linken“ Kommunisten angehörten. Ein Teil der heutigen Oppositionellen - Preobraschenski, Pjatakow, Stukow und andere - gehörten damals der Fraktion der „linken“ Kommunisten an.

Will Preobraschenski etwa diese alten „idealen“ Zustände in unserer Partei „wiederherstellen“? Es ist jedenfalls klar, dass die Partei sich auf diese „Wiederherstellung“ nicht einlassen wird.

ÜBER DEN ARTIKEL SAPRONOWS

Sapronow erblickt die Hauptursache der Mängel des innerparteilichen Lebens darin, dass in den Parteiapparaten „Parteipedanten“ und „Gouvernanten“ sitzen, die die „Erziehung der Parteimitglieder“ nach der „Schulmethode“ betreiben und auf diese Weise die wirkliche Erziehung der Parteimitglieder im Prozess des Kampfes hemmen. Sapronow, der somit die Funktionäre unseres Parteiapparats in „Gouvernanten“ verwandelt hat, denkt gar nicht daran, zu fragen: Woher sind diese Leute gekommen und wie konnte es geschehen, dass „Parteipedanten“ in der Arbeit unserer Partei das Übergewicht gewannen? Sapronow, der diese mehr als gewagte und demagogische Behauptung als etwas Nachgewiesenes hinstellt, hat vergessen, dass ein Marxist sich nicht einfach auf Sentenzen beschränken darf, dass er eine Erscheinung, falls diese wirklich existiert, vor allem verstehen und sie erklären muss, um sodann wirksame Maßnahmen zur Verbesserung festlegen zu können. Aber Sapronow scheint sich nicht um den Marxismus zu kümmern. Es liegt ihm daran, um jeden Preis den Parteiapparat zu schmähen, alles übrige werde sich schon finden. Der böse Wille der „Parteipedanten“ - das ist Sapronows Meinung nach die Ursache der Mängel unseres innerparteilichen Lebens. Eine schöne Erklärung - das kann man wohl sagen.

Unverständlich bleibt nur:

1. Wie konnten diese „Gouvernanten“ und „Parteipedanten“ die Führung des revolutionärsten Proletariats der Welt in der Hand behalten?
2. Wie konnten unsere „Parteischulbuben“, die den „Gouvernanten“ zur Erziehung überlassen sind, die Führung des revolutionärsten Landes der Welt in der Hand behalten?

Jedenfalls ist klar, dass es leichter ist, über „Parteipedanten“ zu schwatzen als die überaus großen Vorzüge unseres Parteiapparats zu begreifen und zu bewerten.

Mit welchem Heilmittel gedenkt Sapronow die Mängel unseres innerparteilichen Lebens zu beheben? Sein Heilmittel ist ebenso einfach wie seine Diagnose. „Unser Offizierkorps einer Revision unterziehen“, die jetzigen Funktionäre ihrer Posten entheben - das ist Sapronows Mittel. Darin sieht er die grundlegende Garantie für die Durchführung der innerparteilichen Demokratie. Es liegt mir fern, die Bedeutung zu leugnen, die unter dem Gesichtspunkt des Demokratismus durchgeführte Neuwahlen für die Verbesserung unseres innerparteilichen Lebens haben. Darin aber die grundlegende Garantie erblicken, hieße, weder das innerparteiliche Leben noch seine Mängel zu verstehen. In den Reihen der Opposition gibt es Männer wie Bjeloborodow, dessen „Demokratismus“ bis zum heutigen Tag den Rostower Arbeitern in Erinnerung geblieben ist; Rosenholz, von dessen „Demokratismus“ unsere

Schiffahrtsarbeiter und Eisenbahner ein Lied singen können; Pjatakow, unter dessen „Demokratismus“ das ganze Donezbecken nicht bloß schrie, sondern geradezu heulte; Alski, dessen „Demokratismus“ allen bekannt ist; Byk, unter dessen „Demokratismus“ bis auf den heutigen Tag ganz Choresm stöhnt. Glaubt Saprnow etwa, die Demokratie werde in der Partei den Sieg davontreiben, wenn die jetzigen „Parteipedanten“ durch die oben genannten „verehrten Genossen“ abgelöst werden? Es sei mir gestattet, daran gelinde zu zweifeln.

Es gibt offenbar zwei Arten von Demokratismus: den Demokratismus der Parteimassen, die darauf brennen, Initiative zu entfalten und aktiv an der Parteiführung teilzunehmen, und den „Demokratismus“ unzufriedener Parteigrößen, die das Wesen des Demokratismus in der Ablösung der einen Personen durch andere sehen. Die Partei ist für den Demokratismus der ersten Art und wird ihn mit eiserner Hand durchführen. Den „Demokratismus“ der unzufriedenen Parteigrößen wird die Partei aber hinwegfegen, denn er hat mit wirklicher innerparteilicher Arbeiterdemokratie nichts gemein.

Um die innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten, muss man vor allem jene Überreste und Gepflogenheiten der Kriegsperiode in den Köpfen mancher unserer Funktionäre überwinden, kraft deren die Partei nicht als selbsttätiger Organismus, sondern als ein System von Institutionen aufgefasst wird. Diese Überreste lassen sich jedoch nicht in kürzester Zeit überwinden.

Um die innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten, muss man zweitens den Druck unseres bürokratischen Staatsapparats, der etwa eine Million Angestellte hat, auf den Parteiapparat, der nicht mehr als 20000 bis 30000 Funktionäre hat, überwinden. Es ist jedoch undenkbar, den Druck dieser schwerfälligen Maschinerie in kürzester Zeit zu überwinden und sie uns unterzuordnen.

Um die innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten, muss man drittens das Kulturniveau einer ganzen Reihe unserer rückständigen Zellen heben und die aktiven Funktionäre richtig auf das ganze Territorium der Union verteilen, was sich wiederum nicht in kürzester Zeit erreichen lässt.

Wie Sie sehen, ist es gar nicht so einfach, wie sich Saprnow das vorstellt, eine vollständige Demokratie zu sichern, vorausgesetzt natürlich, dass man unter Demokratismus nicht den inhaltlosen formalen Demokratismus Saprnows versteht, sondern wahren proletarischen, unverfälschten Demokratismus.

Offenkundig bedarf es einer Anspannung des Willens der gesamten Partei von unten bis oben, um die wahre innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten und zu verwirklichen.

ÜBER DEN BRIEF TROZKIS

Die am 7. Dezember veröffentlichte Resolution des ZK und der ZKK über die innerparteiliche Demokratie wurde einstimmig angenommen. Trotzki hat für diese Resolution gestimmt. Man konnte deshalb annehmen, dass die Mitglieder des ZK, darunter auch Trotzki, in einheitlicher Front auftreten und die Parteimitglieder zur einmütigen Unterstützung des ZK und seiner Resolution auffordern würden. Diese Annahme hat sich jedoch nicht bewahrheitet. Trotzki hat sich dieser Tage an die Parteiberatungen mit einem Brief gewandt, der nur als ein Versuch gedeutet werden kann, den Einheitswillen der Parteimitglieder hinsichtlich der Unterstützung des ZK und seiner Position zu schwächen.

Man urteile selbst.

Trotzki spricht von Bürokratismus des Parteiapparats und von einer Gefahr der Entartung der alten Garde, das heißt der Leninisten, des Grundkerns unserer Partei, und schreibt:

„Eine Entartung der ‚alten Garde‘ wurde in der Geschichte wiederholt beobachtet. Nehmen wir das frischeste und krasseste geschichtliche Beispiel: die Führer und die Parteien der II. Internationale. Wir wissen doch, dass Wilhelm Liebknecht, Bebel, Singer, Viktor Adler, Kautsky, Bernstein, Lafargue, Guesde und andere direkte und unmittelbare Schüler von Marx

und Engels waren. Wir wissen jedoch, dass alle diese Führer - die einen teilweise, die anderen ganz - zum Opportunismus entartet sind“... „Wir, und gerade wir ‚Alten‘, müssen sagen, dass unsere Generation, die natürlicherweise die führende Rolle in der Partei spielt, doch keine absolute Gewähr gegen eine allmähliche und unmerkliche Schwächung des proletarischen und des revolutionären Geistes bietet, wenn man annimmt, dass die Partei ein weiteres Anwachsen und Erstarken der apparat-bürokratischen Methoden der Politik erführe, die die junge Generation in ein passives Erziehungsmaterial verwandelt und unweigerlich eine Entfremdung zwischen dem Apparat und der Masse, zwischen den Alten und den Jungen hervorruft“ ... „Die Jugend - das sicherste Barometer der Partei - reagiert am schärfsten auf den Parteibürokratismus“ ... „Es ist notwendig, dass die Jugend die revolutionären Formeln im Kampf erobert...“

Erstens muss ich ein eventuelles Missverständnis zerstreuen. Trotzki zählt sich selbst, wie aus seinem Brief ersichtlich ist, zu der alten Garde der Bolschewiki und zeigt sich damit bereit, die eventuellen Anschuldigungen auf sich zu nehmen, deren man die alte Garde bezichtigen könnte, falls sie in der Tat den Weg der Entartung beschreiten sollte. Es muss anerkannt werden, dass diese Opferbereitschaft unzweifelhaft ein edler Zug ist. Ich muss aber Trotzki vor Trotzki in Schutz nehmen, denn aus begreiflichen Gründen kann und soll er nicht die Verantwortung für eine eventuelle Entartung der Hauptkader der alten bolschewistischen Garde tragen. Ein Opfer ist natürlich etwas Gutes, aber brauchen die alten Bolschewiki dieses Opfer? Ich glaube, sie brauchen es nicht.

Zweitens ist es unbegreiflich, wie man solche Opportunisten und Menschewiki, wie Bernstein, Adler, Kautsky, Guesde und andere, auf eine Stufe stellen kann mit der alten Garde der Bolschewiki, die die ganze Zeit hindurch gegen den Opportunismus, gegen die Menschewiki, gegen die II. Internationale kämpfte und, wie ich hoffe, auch weiter in allen Ehren kämpfen wird. Wodurch sind dieses Durcheinander und dieser Mischmasch hervorgerufen, wer braucht sie, wenn man die Interessen der Partei im Auge hat und nicht irgendwelche Nebenabsichten, die keineswegs den Schutz der alten Garde bezwecken? Wie sind diese Anspielungen auf Opportunismus hinsichtlich der alten Bolschewiki, die im Kampf gegen den Opportunismus großgeworden sind, zu verstehen?

Drittens bin ich keineswegs der Meinung, dass die alten Bolschewiki vor der Gefahr einer Entartung absolut gesichert seien, ebenso wie ich keinen Grund habe zu behaupten, dass wir; sagen wir, vor einem Erdbeben absolut gesichert seien. Die Möglichkeit einer solchen Gefahr, die eventuell eintreten könnte, kann und muss zugegeben werden. Aber bedeutet das denn, dass diese Gefahr real vorhanden ist? Ich denke, das bedeutet es nicht. Auch Trotzki selbst hat ja keinerlei Tatsachen angeführt, die von der Gefahr einer Entartung als einer realen Gefahr zeugen würden. Wir haben indes in der Partei eine Reihe von Elementen, die wirklich gewisse Reihen unserer Partei mit Entartung bedrohen können. Ich meine einen Teil der Menschewiki, die notgedrungen in unsere Partei eingetreten sind und die alten opportunistischen Gepflogenheiten noch nicht überwunden haben. Genosse Lenin schrieb in der Periode der Reinigung unserer Partei über diese Menschewiki und über diese Gefahr folgendes:

„Jeder Opportunist zeichnet sich durch Anpassungsfähigkeit aus... und die Menschewiki als Opportunisten passen sich sozusagen, ‚aus Prinzip‘ an die unter den Arbeitern herrschende Richtung an, nehmen eine Schutzfarbe an wie der Hase, der im Winter weiß wird. Diese Besonderheit der Menschewiki muss man kennen, und man muss sie in Rechnung stellen. Sie in Rechnung stellen heißt aber die Partei reinigen von ungefähr neunundneunzig von hundert aller Menschewiki, die sich nach 1918 der KPR angeschlossen haben, das heißt zu einer Zeit, als der Sieg der Bolschewiki zunächst wahrscheinlich, dann unzweifelhaft zu werden anfang.“ (Siehe 4. Ausgabe, Bd. 33, S. 19/20 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 881/882].)

Wie konnte es geschehen, dass Trotzki, der diese und ähnliche real existierenden Gefahren außer acht gelassen hat, eine eventuelle Gefahr, die Gefahr der Entartung der alten Garde der

Bolschewiki, in den Vordergrund geschoben hat? Wie kann man die Augen vor der realen Gefahr verschließen und eine, im Grunde genommen, irrealer, eventuelle Gefahr in den Vordergrund schieben, wenn man die Interessen der Partei im Auge hat und nicht Erwägungen verfolgt, die darauf abzielen, die Autorität der ZK-Mehrheit, die den führenden Kern der alten Garde der Bolschewiki darstellt, zu untergraben? Ist denn nicht klar, dass derartige „Methoden“ nur Wasser auf die Mühle der Opposition leiten können?

Viertens, wie kommt Trotzki zu dieser Gegenüberstellung der „Alten“, die entarten könnten, und der „Jugend“, die das „sicherste Barometer“ der Partei sei, der „alten Garde“, die verbürokratisieren könne und der „jungen Garde“, die „die revolutionären Formeln im Kampf erobern“ müsse? Woher diese Gegenüberstellung, wozu war sie nötig? Marschierten denn die Jugend und die alte Garde nicht stets in einheitlicher Front gegen innere und äußere Feinde? Bildet denn die Einheit der „Alten“ und der „Jungen“ nicht die grundlegende Kraft unserer Revolution? Woher dieser Versuch, die alte Garde zu diffamieren und sich in demagogischer Weise bei der Jugend anzubiedern, um zwischen diesen Haupttrupps unserer Partei ein Spältchen aufzureißen und es auszuweiten? Wer braucht all das, wenn man die Interessen der Partei, ihre Einheit, ihre Geschlossenheit im Auge hat und nicht auf einen Versuch aus ist, diese Einheit zu Nutz und Frommen der Opposition zu erschüttern?

Setzt man sich so für das ZK und seine Resolution über die innerparteiliche Demokratie ein, die noch dazu einstimmig angenommen worden ist?

Übrigens stellte sich Trotzki diese Aufgabe offenbar auch gar nicht, als er sich mit dem Brief an die Parteiberatungen wandte. Hier scheint eine andere Absicht vorgelegen zu haben, und zwar: unter dem Deckmantel einer Verteidigung der Resolution des ZK die Opposition in ihrem Kampf gegen das ZK der Partei diplomatisch zu unterstützen.

Daraus ist eigentlich auch der Stempel der Heuchelei zu erklären, den der Brief Trotzki's trägt. Trotzki steht in einem Block mit den demokratischen Zentralisten und einem Teil der „linken“ Kommunisten - darin liegt der politische Sinn der Aktion Trotzki's.

*„Prawda“ Nr. 285,
15. Dezember 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

EINE NOTWENDIGE BEMERKUNG

(Über Rafail)

In meinem Artikel in der „Prawda“ (Nr. 285) „Über die Diskussion, über Rafail usw.“ habe ich davon gesprochen, dass Rafail in einer Versammlung im Stadtbezirk Presnja erklärt hat, „unsere Partei habe sich im Grunde genommen in eine Armeeorganisation verwandelt, die Disziplin in ihr sei eine Armeedisziplin, und infolgedessen sei es notwendig, den ganzen Parteiapparat von oben bis unten durchzurütteln, da dieser unbrauchbar sei“. Rafail erklärt aus diesem Anlass in seinem Artikel in der „Prawda“, ich hätte seine Ansichten falsch wiedergegeben, sie „in der Hitze der Polemik“ „versimpelt“ usw. Rafail schreibt, er hätte bloß zwischen Partei und Armee eine Analogie (einen Vergleich) gezogen, und eine Analogie sei noch nicht Identität. „Das System der Parteiführung ist dem System der Armeeführung analog, das bedeutet nicht“, sagt er, „dass dies eine genaue Kopie ist, sondern nur, dass eine Parallele gezogen wurde.“

Hat Rafail recht?

Nein, er hat unrecht. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens. Rafail hat in seiner Rede in der Versammlung im Stadtbezirk Presnja die Partei nicht einfach mit der Armee verglichen, wie er jetzt versichert, sondern hat sie im Grunde genommen mit der Armee identifiziert und gefunden, dass die Partei nach dem Typus der Armee aufgebaut werde. Vor mir liegt das Stenogramm der Rede Rafails, das er selbst durchgesehen hat. Dort heißt es: „Unsere ganze Partei ist von unten bis oben nach dem Typus der Armee aufgebaut.“ Es lässt sich wohl kaum leugnen, dass wir es hier nicht mit einer einfachen Analogie zu tun haben, sondern mit einer Gleichsetzung, einer Identifizierung des Aufbaus der Partei mit dem Aufbau der Armee.

Kann man behaupten, unsere Partei sei nach dem Typus der Armee aufgebaut? Es ist klar, dass man das nicht kann, denn die Partei wird von unten her, nach dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufgebaut, ohne von ihrem, von der Partei gewählten Stab materiell abhängig zu sein; die Armee hingegen wird bekanntlich von oben her, nach dem Grundsatz des Zwanges aufgebaut, wobei sie vom Stab, der von niemand gewählt, sondern von oben eingesetzt wird, materiell völlig abhängig ist, usw. usf.

Zweitens. Rafail vergleicht nicht einfach das System der Parteiführung mit dem System der Armeeführung, sondern er setzt sie beide gleich und identifiziert sie ohne „viel Federlesens“. Rafail schreibt in seinem Artikel: „Wir stellen fest, dass das System der Parteiführung mit dem System der Armeeführung identisch ist nicht auf Grund irgendwelcher nebensächlicher Erwägungen, sondern auf Grund der objektiven Analyse des Zustands der Partei.“ Es lässt sich nicht leugnen, dass Rafail sich hier nicht auf eine Analogie zwischen der Führung der Partei und der Führung der Armee beschränkt - denn er identifiziert sie „ganz einfach“ „ohne viel Federlesens“.

Darf man diese beiden Führungssysteme identifizieren? Nein, das darf man nicht: denn das System der Armeeführung ist als System weder mit dem Wesen der Partei noch mit den Methoden ihrer Einwirkung sowohl auf ihre Mitglieder als auch auf die parteilose Masse vereinbar.

Drittens. Rafail behauptet in seinem Artikel, das Schicksal der Partei im ganzen und ihrer Mitglieder im einzelnen hänge in letzter Instanz von der Abteilung für Registrierung und Verteilung im ZK ab, er behauptet, dass „die Parteimitglieder als mobilisiert gelten, die Abteilung für Registrierung und Verteilung alle zur Arbeit einsetzt, niemand das Recht hat, irgendwie über sich selbst zu verfügen und es von der Abteilung für Registrierung und Verteilung oder vom ‚Stab‘ abhängt, wie die Versorgung, das heißt das Gehalt, die Art der Arbeit usw. festgelegt wird“. Stimmt das alles? Natürlich nicht! In Friedenszeiten passieren gewöhnlich im Verlauf eines Jahres kaum 8000 bis 10000 Personen die Abteilung für

Registrierung und Verteilung im ZK. Aus dem Bericht des ZK an den XII. Parteitag der KPR^[85] ist bekannt, dass im Jahre 1922 10700 Personen (das heißt halb soviel wie 1921) die Abteilung für Registrierung und Verteilung des ZK passiert haben. Zieht man von dieser Zahl 1500 Personen ab, die von den lokalen Organisationen in die Lehranstalten geschickt worden sind, ferner die Kranken, die in Urlaub gegangen sind (über 400 Personen), so bleiben etwas mehr als 8000. Von diesen wurden im Laufe eines Jahres 5167 (das heißt weniger als die Hälfte der Gesamtzahl, die die Abteilung für Registrierung und Verteilung passiert haben) vom ZK als verantwortliche Funktionäre eingesetzt. Die Partei aber zählte damals nicht 5000 und nicht 10000, sondern etwa 500000 Mitglieder, die in ihrer Grundmasse von der verteilenden Tätigkeit der Abteilung für Registrierung und Verteilung im ZK nicht berührt wurden und nicht berührt werden konnten. Rafail hat offenbar vergessen, dass das ZK in Friedenszeiten gewöhnlich nur die verantwortlichen Funktionäre einsetzt, dass die Abteilung für Registrierung und Verteilung im ZK das „Gehalt“ aller Parteimitglieder, deren Zahl jetzt 400000 übersteigt, nicht bestimmt, nicht bestimmen kann und auch nicht bestimmen soll. Wozu brauchte Rafail diese lächerliche Übertreibung? Offenbar, um „an Hand von Tatsachen“ die „Identität“ des Systems der Parteiführung mit dem System der Armeeführung zu zeigen.

Das sind die Tatsachen.

Das ist der Grund, warum ich der Ansicht war und auch weiterhin der Ansicht bin, dass Rafail „weder die Partei noch die Armee richtig kennt“.

Was die von Rafail angeführten Zitate aus den Beschlüssen des X. Parteitags betrifft, so wird ihre Bedeutung für den gegebenen Fall von selbst hinfällig, da sie sich bloß auf die Überreste der Kriegsperiode in unserer Partei beziehen und nicht auf die sogenannte „Identität des Systems der Parteiführung mit dem System der Armeeführung“.

Rafail hat recht, dass man Fehler korrigieren muss, dass man auf Fehlern nicht beharren darf. Gerade darum verliere ich auch die Hoffnung nicht, dass Rafail die von ihm begangenen Fehler schließlich korrigieren wird.

*„Prawda“ Nr. 294,
28. Dezember 1923.
Unterschrift: J. Stalin.*

GRUSS AN DIE ZEITUNG „KOMMUNIST“^[86]

Ich begrüße von Herzen die Zeitung „Kommunist“ zum Erscheinen ihrer tausendsten Nummer. Ich wünsche ihr, ein verlässlicher Leuchtturm zu sein, der den werktätigen Massen des Ostens den Weg zum vollständigen Triumph des Kommunismus erhellt.

Sekretär des ZK der KPR Stalin

*„Bakinski Rabotschi“,
(Der Bakuer Arbeiter)
Nr. 294 (1022),
30. Dezember 1923.*

ANHANG

*Deklaration
über die Bildung der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken*

Seit der Bildung der Sowjetrepubliken haben sich die Staaten der Welt in zwei Lager gespalten: das Lager des Kapitalismus und das Lager des Sozialismus.

Dort, im Lager des Kapitalismus, herrschen nationale Feindschaft und Ungleichheit, Kolonialsklaverei und Chauvinismus, nationale Unterdrückung und Pogrome, imperialistische Bestialitäten und Kriege.

Hier, im Lager des Sozialismus, herrschen gegenseitiges Vertrauen und Friede, nationale Freiheit und Gleichheit, friedliches Zusammenleben und brüderliche Zusammenarbeit der Völker.

Die jahrzehntelangen Versuche der kapitalistischen Welt, die Nationalitätenfrage dadurch zu lösen, dass sie eine freie Entwicklung der Völker mit dem System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu vereinbaren sucht, haben sich als fruchtlos erwiesen. Im Gegenteil, der Knäuel der nationalen Widersprüche verwirrt sich immer mehr und bedroht die ganze Existenz des Kapitalismus. Die Bourgeoisie hat sich als machtlos erwiesen, eine Zusammenarbeit der Völker zustande zu bringen.

Nur im Lager der Sowjets, nur unter den Verhältnissen der Diktatur des Proletariats, die die Mehrheit der Bevölkerung um sich geschart hat, ergab sich die Möglichkeit, die nationale Unterdrückung von Grund aus zu vernichten, eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen und das Fundament einer brüderlichen Zusammenarbeit der Völker zu legen.

Nur dank diesen Umständen ist es den Sowjetrepubliken gelungen, die Überfälle der Imperialisten der ganzen Welt, der inneren wie der äußeren, zurückzuschlagen.

Nur dank diesen Umständen ist es ihnen gelungen, den Bürgerkrieg erfolgreich zu beenden, ihre Existenz zu sichern und den friedlichen Wirtschaftsaufbau in Angriff zu nehmen.

Aber die Jahre des Krieges sind nicht spurlos vorübergegangen. Die verwüsteten Felder, die stillliegenden Betriebe, die zerstörten Produktivkräfte und die erschöpften Wirtschaftsressourcen, die das Erbe des Krieges sind, zeigen, dass die einzelnen Bemühungen der einzelnen Republiken, die Wirtschaft aufzubauen, ungenügend sind. Es hat sich als unmöglich erwiesen, die Volkswirtschaft wiederaufzubauen, solange die Republiken getrennt voneinander existieren.

Auf der anderen Seite machen die Labilität der internationalen Lage und die Gefahr neuer Überfälle die Schaffung einer Einheitsfront der Sowjetrepubliken angesichts der kapitalistischen Umkreisung unvermeidlich.

Schließlich drängt die ganze Struktur der Sowjetmacht, die ihrer Klassennatur nach international ist, die werktätigen Massen der Sowjetrepubliken auf den Weg der Vereinigung zu einer sozialistischen Familie.

Alle diese Umstände fordern gebieterisch eine Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem Bundesstaat, der imstande wäre, sowohl die Sicherung nach außen als auch das wirtschaftliche Gedeihen im Innern und die Freiheit der nationalen Entwicklung der Völker zu gewährleisten.

Der Wille der Völker der Sowjetrepubliken, die kürzlich zu Sowjetkongressen zusammengetreten sind und dort einmütig den Beschluss gefasst haben, eine „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zu bilden, ist eine zuverlässige Gewähr dafür, dass diese Union eine freiwillige Vereinigung gleichberechtigter Völker ist, dass jeder Republik das Recht des freien Austritts aus der Union gesichert ist, dass der Zutritt zu der Union allen sozialistischen Sowjetrepubliken offensteht, sowohl den bestehenden als auch denen, die in Zukunft entstehen werden, dass der neue Bundesstaat eine würdige Krönung der bereits im

Oktober 1917 geschaffenen Grundlagen friedlichen Zusammenlebens und brüderlicher Zusammenarbeit der Völker sein wird, dass er ein sicheres Bollwerk gegen den Weltkapitalismus und ein neuer entscheidender Schritt auf dem Wege der Vereinigung der Werktätigen aller Länder zur Sozialistischen Weltrepublik der Sowjets sein wird.

Wir Delegierte dieser Republiken, die wir all dies vor der ganzen Welt erklären und feierlich die Unerschütterlichkeit der Grundlagen der Sowjetmacht proklamieren, die in den Verfassungen der uns bevollmächtigenden sozialistischen Sowjetrepubliken ihren Ausdruck gefunden haben, beschließen auf Grund der uns erteilten Vollmachten, den Vertrag über die Bildung der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ zu unterzeichnen.

*Vertrag
über die Bildung der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken*

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik (USSR), die Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik (BSSR) und die Transkaukasische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (TSFSR - Georgien, Aserbaidshan und Armenien) schließen diesen Bundesvertrag über die Vereinigung zu einem Bundesstaat - der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ - auf folgender Grundlage:

1. Zur Kompetenz der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, vertreten durch ihre obersten Organe, gehören:
 - a) die Vertretung der Union im internationalen Verkehr;
 - b) die Änderung der Landesgrenzen der Union;
 - c) der Abschluss von Verträgen über die Aufnahme neuer Republiken in die Union;
 - d) Kriegserklärung und Friedensschluss;
 - e) die Aufnahme auswärtiger Staatsanleihen;
 - f) die Ratifizierung internationaler Verträge;
 - g) die Festlegung der Systeme des Außen- und des Innenhandels;
 - h) die Festlegung der Grundsätze und des allgemeinen Planes der gesamten Volkswirtschaft der Union sowie der Abschluss von Konzessionsverträgen;
 - i) die Regelung des Verkehrswesens sowie des Post- und Fernmeldewesens;
 - j) die Festlegung der Organisationsgrundsätze für die Streitkräfte der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken;
 - k) die Bestätigung des einheitlichen Staatshaushalts der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Festlegung des Münz-, Geld- und Kreditsystems sowie des Systems der Unions-, Republiks- und lokalen Steuern;
 - l) die Festlegung der allgemeinen Grundsätze der Flurbereinigung und der Bodennutzung sowie der Nutzung der Bodenschätze, der Waldungen und der Gewässer auf dem ganzen Gebiet der Union;
 - m) die allgemeine Unionsgesetzgebung über das Siedlungswesen;
 - n) die Festlegung der Grundsätze über die Gerichtsverfassung und das Gerichtsverfahren sowie die Zivil- und Strafgesetzgebung der Union;
 - o) die Festlegung der grundlegenden Arbeitsgesetze;
 - p) die Festlegung der allgemeinen Grundsätze für das Volksbildungswesen;
 - q) die Festlegung der allgemeinen Maßnahmen auf dem Gebiet des Volksgesundheitswesens;
 - r) die Festlegung des Maß- und Gewichtssystems;
 - s) die Organisierung der Unionsstatistik;
 - t) die grundlegende Gesetzgebung auf dem Gebiet der Unionsstaatsbürgerschaft bezüglich der Rechte von Ausländern;
 - u) das Recht der allgemeinen Amnestie;
 - v) die Aufhebung von Beschlüssen der Sowjetkongresse, der Zentralexekutivkomitees und der Räte der Volkskommissare der Unionsrepubliken, falls diese dem Bundesvertrag zuwiderlaufen.
2. Das oberste Machtorgan der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist der Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und - in den Zeitabschnitten zwischen den Kongressen - das Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

3. Der Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken setzt sich zusammen aus Vertretern der Stadtsowjets - je ein Deputierter auf 25000 Wähler - und aus Vertretern der Gouvernementsowjetkongresse - je ein Deputierter auf 125 000 Einwohner.
4. Die Delegierten zum Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden von den Gouvernementsowjetkongressen gewählt.
5. Die ordentlichen Sowjetkongresse der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden vom Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einmal im Jahr einberufen; außerordentliche Kongresse werden vom Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf eigenen Beschluss oder aber auf Verlangen von nicht weniger als zwei Unionsrepubliken einberufen.
6. Der Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wählt das Zentralexekutivkomitee aus Vertretern der Unionsrepubliken, proportional zur Einwohnerzahl jeder dieser Republiken, insgesamt 371 Mitglieder.
7. Die ordentlichen Tagungen des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden dreimal im Jahr einberufen. Außerordentliche Tagungen werden auf Beschluss des Präsidiums des Zentralexekutivkomitees der Union oder auf Verlangen des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, ferner des Zentralexekutivkomitees einer der Unionsrepubliken einberufen.
8. Die Sowjetkongresse und die Tagungen des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden in den Hauptstädten der Unionsrepubliken nach einem vom Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken festzulegenden Modus einberufen.
9. Das Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken wählt ein Präsidium, das das oberste Machtorgan der Union in den Perioden zwischen den Tagungen des Zentralexekutivkomitees der Union ist.
10. In das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken werden 19 Mitglieder gewählt, aus deren Mitte das Zentralexekutivkomitee der Union entsprechend der Anzahl der Unionsrepubliken vier Vorsitzende des Zentralexekutivkomitees der Union wählt.
11. Das vollziehende Organ des Zentralexekutivkomitees der Union ist der Rat der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Sownarkom Sojusa) (Russische Abkürzung für Rat der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Der Übers.), der vom Zentralexekutivkomitee der Union für die Dauer der Vollmachten des Zentralexekutivkomitees der Union gewählt wird; er setzt sich zusammen aus:
dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Union,
den Stellvertretern des Vorsitzenden,
dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten,
dem Volkskommissar für Heeres- und Marinewesen,
dem Volkskommissar für Außenhandel,
dem Volkskommissar für Verkehrswesen,
dem Volkskommissar für Post- und Fernmeldewesen,
dem Volkskommissar für die Arbeiter- und Bauerninspektion,
dem Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrats,
dem Volkskommissar für Arbeit,
dem Volkskommissar für Ernährungswesen,
dem Volkskommissar für Finanzen.

12. Zur Festigung der revolutionären Gesetzlichkeit auf dem Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und zur Vereinigung der Bemühungen der Unionsrepubliken im Kampf gegen die Konterrevolution wird beim Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ein Oberster Gerichtshof mit den Funktionen der obersten Gerichtskontrolle, und beim Rat der Volkskommissare der Union ein vereinigt Organ der Staatlichen Politischen Verwaltung eingesetzt, dessen Vorsitzender dein Rat der Volkskommissare der Union mit beratender Stimme angehört.
13. Die Dekrete und Verordnungen des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sind für alle Unionsrepubliken verbindlich und werden auf dem ganzen Gebiet der Union unmittelbar zur Durchführung gebracht.
14. Die Dekrete und Verordnungen des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare der Union werden in den innerhalb der Unionsrepubliken allgemein gebräuchlichen Sprachen (russisch, ukrainisch, bjelorussisch, georgisch, armenisch, türkisch) veröffentlicht.
15. Die Zentralexekutivkomitees der Unionsrepubliken können gegen die Dekrete und Verordnungen des Rates der Volkskommissare der Union beim Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Verwahrung einlegen, ohne deren Durchführung zu suspendieren.
16. Die Verordnungen und Verfügungen des Rates der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken können nur durch das Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und sein Präsidium aufgehoben werden; die Verfügungen einzelner Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken dagegen können durch das Zentralexekutivkomitee der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, sein Präsidium und den Rat der Volkskommissare der Union aufgehoben werden.
17. Die Verfügungen der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken können durch die Zentralexekutivkomitees oder die Präsidien der Zentralexekutivkomitees der Unionsrepubliken nur in Ausnahmefällen suspendiert werden, wenn die betreffende Verfügung offensichtlich in Widerspruch steht mit Verordnungen des Rates der Volkskommissare oder des Zentralexekutivkomitees der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Über die Suspendierung einer Verfügung macht das Zentralexekutivkomitee oder das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Unionsrepubliken dem Rat der Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem entsprechenden Volkskommissar der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken unverzüglich Mitteilung.
18. Dem Rat der Volkskommissare der Unionsrepubliken gehören an:
 - der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare,
 - die Stellvertreter des Vorsitzenden,
 - der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrats,
 - der Volkskommissar für Landwirtschaft,
 - der Volkskommissar für Ernährungswesen,
 - der Volkskommissar für Finanzen,
 - der Volkskommissar für Arbeit,
 - der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten,
 - der Volkskommissar für Justiz,
 - der Volkskommissar für die Arbeiter- und Bauerninspektion,
 - der Volkskommissar für Bildungswesen,
 - der Volkskommissar für Gesundheitswesen,
 - der Volkskommissar für soziale Fürsorge,
 - der Volkskommissar für Nationalitätenangelegenheiten,

ferner mit beratender Stimme die Bevollmächtigten der Volkskommissariate der Union: für Auswärtige Angelegenheiten, für Heeres- und Marinewesen, für Außenhandel, für Verkehrswesen, für Post- und Fernmeldewesen.

19. Der Oberste Volkswirtschaftsrat und die Volkskommissariate der Unionsrepubliken für Ernährungswesen, für Finanzen, für Arbeit und für die Arbeiter- und Bauerninspektion, die unmittelbar den Zentralexekutivkomitees und den Räten der Volkskommissare der Unionsrepubliken unterstehen, lassen sich in ihrer Tätigkeit von den Verfügungen der entsprechenden Volkskommissare der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken leiten.
20. Die zur Union gehörenden Republiken haben ihre Haushalte, die Bestandteile des vom Zentralexekutivkomitee der Union zu bestätigenden Unionshaushalts sind. Die Haushalte der Republiken werden in ihrem Einnahme- und Ausgabeteil durch das Zentralexekutivkomitee der Union festgesetzt. Die Einnahmeposten und die Höhe der Einnahmeposten, die zur Bildung der Haushalte der Unionsrepubliken verwandt werden, werden durch das Zentralexekutivkomitee der Union bestimmt.
21. Für die Bürger der Unionsrepubliken wird eine einheitliche Unionsstaatsbürgerschaft festgesetzt.
22. Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken besitzt ihre Flagge, ihr Wappen und ihr Staatssiegel.
23. Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die Stadt Moskau.
24. Die Unionsrepubliken nehmen entsprechend diesem Vertrag Änderungen an ihren Verfassungen vor.
25. Bestätigung, Änderung und Ergänzung des Bundesvertrags stehen ausschließlich dem Sowjetkongress der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu.
26. Jeder der Unionsrepubliken bleibt das Recht des freien Austritts aus der Union gewahrt.

ANMERKUNGEN

1. Die vom ZK der KPR(B) einberufene Beratung der Kommunisten der Turkvölker der RSFSR fand am 1. und 2. Januar 1921 in Moskau statt. An der Beratung nahmen Parteifunktionäre aus Aserbaidshan, Baschkirien, Turkestan, Tatarien, Daghestan, dem Terekgebiet, Kirgisien und der Krim teil. Auf der Beratung wurden der Bericht des Zentralbüros der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, die Organisationsfrage und anderes behandelt. Am 2. Januar hielt J.W. Stalin das Referat zur Organisationsfrage (das Referat wurde nicht stenographiert). Die Beratung nahm zu J. W. Stalins Referat die „Bestimmungen über das Zentralbüro zur Arbeit unter den Turkvölkern der RSFSR“ an. Entsprechend diesen „Bestimmungen“ wurde das seit 1918 bestehende Zentralbüro der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens reorganisiert zum Zentralbüro für Agitation und Propaganda unter den Turkvölkern der RSFSR.
2. Gemeint ist das vom VIII. Parteitag angenommene Programm der KPR(B), Abschnitt „Auf ökonomischem Gebiet“, und die Resolution des IX. Parteitags der KPR(B) „Zur Frage der Gewerkschaften und ihrer Organisation“ (siehe „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, 5.289-291, 337-340, russ.).
3. Über den VIII. Parteitag der KPR(B) und seine Beschlüsse zur militärischen Frage und zu anderen Fragen siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.222-225 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 289-294] und „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 280-313 (russ.). J. W. Stalin hielt auf dem VIII. Parteitag der KPR(B) eine Rede zur militärischen Frage (siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 4, S. 249/250 [deutsche Ausgabe S.220/221]) und nahm an der militärischen Kommission teil, die vom Parteitag zwecks Ausarbeitung einer Resolution zur militärischen Frage geschaffen wurde.
4. Gemeint ist die gemeinsame Sitzung der Fraktionen der KPR(B) des VIII. Sowjetkongresses, des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften und des Gewerkschaftsrats der Stadt Moskau, die am 30. Dezember 1920 stattfand.
5. Die Thesen „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ wurden in der Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) am 5. Februar 1921 behandelt. Zur endgültigen Redaktion der Thesen wurde eine Kommission mit W. I. Lenin und J. W. Stalin an der Spitze eingesetzt. Die Thesen wurden in Nr.29 der „Prawda“ vom 10. Februar veröffentlicht und als Sonderbroschüre im Jahre 1921 herausgegeben.
6. Der Panislamismus, eine religiös-politische Ideologie, predigt die Vereinigung aller sich zum Islam (der mohammedanischen Religion) bekennenden Völker zu einem einzigen Ganzen. Er war Ende des 19. Jahrhunderts unter den Ausbeuterklassen der Länder des Orients weit verbreitet und wurde von der Türkei ausgenutzt, um die Mohammedaner der ganzen Welt dem türkischen Sultan, als dem „Kalifen aller Rechtgläubigen“, zu unterwerfen. W. I. Lenin betrachtete den Panislamismus als eine der Strömungen, die die „Befreiungsbewegung gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khans, der Gutsbesitzer, Mullahs usw. verknüpfen“ wollen (siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 127 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.7741]).
Der Panturkismus, der sich zum Ziel setzt, alle Turkvölker der türkischen Herrschaft zu unterwerfen, entstand in der Periode der Balkankriege (1912-1913). Während des Krieges von 1914 bis 1918 entwickelte er sich zu einer äußerst aggressiven und chauvinistischen Ideologie. In Rußland wurden der Panislamismus und der

- Panturkismus nach der sozialistischen Oktoberrevolution von den konterrevolutionären Elementen zum Kampf gegen die Sowjetmacht ausgenutzt.
7. Der X. Parteitag der KPR(B) tagte vom 8. bis zum 16. März 1921. Der Parteitag behandelte die Berichte des ZK und der ZKK sowie die Referate über die Gewerkschaften und ihre Rolle im Wirtschaftsleben des Landes, über die Naturalsteuer, über den Parteaufbau, über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage, über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung und andere. W. I. Lenin erstattete den politischen Bericht des ZK und hielt die Referate über die Naturalsteuer sowie über die Einheit der Partei und die anarcho-syndikalistische Abweichung. Der Parteitag zog das Fazit der Diskussion über die Gewerkschaften und billigte mit erdrückender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform. In der von W. I. Lenin verfassten Resolution „Über die Einheit der Partei“ verurteilte der Parteitag alle fraktionellen Gruppen, gab die strikte Anweisung, sie sofort aufzulösen, und wies darauf hin, dass die Einheit der Partei die Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats ist. Der Parteitag nahm die von W. I. Lenin vorgeschlagene Resolution „Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei“ an, in der er die sogenannte „Arbeiteropposition“ verurteilte und die Propaganda der Ideen der anarcho-syndikalistischen Abweichung für unvereinbar erklärte mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei. Der X. Parteitag beschloss den Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer, den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik. J. W. Stalin hielt das Referat „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ am 10. März. Der Parteitag nahm J. W. Stalins Thesen einstimmig als Grundlage an und wählte eine Kommission zu ihrer weiteren Ausarbeitung. Über die Ergebnisse der Arbeit der Kommission berichtete J. W. Stalin in der Abendsitzung vom 15. März. Die von J. W. Stalin im Namen der Kommission unterbreitete Resolution wurde vom Parteitag einstimmig angenommen. Der Parteitag verurteilte die parteifeindlichen Abweichungen in der nationalen Frage: den Großmachtchauvinismus (den großrussischen Chauvinismus) und den lokalen Nationalismus, als für den Kommunismus und den proletarischen Internationalismus schädlich und gefährlich. Der Parteitag führte den Hauptschlag gegen den Großmachtchauvinismus als gegen die Hauptgefahr. (Über den X. Parteitag der KPR(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.242-.246 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 316-322]. Die Resolutionen des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 356-395, russ.)
 8. Das Sammelwerk „Plan der Elektrifizierung der RSFSR. Bericht der Staatlichen Kommission zur Elektrifizierung Rußlands an den VIII. Sowjetkongress“ wurde von der wissenschaftlich-technischen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats im Dezember 1920 herausgegeben.
 9. „Ekonomitscheskaja Shisn“ (Das ökonomische Leben) - Tageszeitung, Organ der auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet tätigen Volkskommissariate und Institutionen der RSFSR und der UdSSR (des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Rates für Arbeit und Verteidigung, der Staatlichen Plankommission, der Staatsbank, des Volkskommissariats für Finanzen u.a.), die von November 1918 bis November 1937 erschien.
 10. Die Internationale IIA - „Internationale Arbeitervereinigung sozialistischer Parteien“ - wurde im Februar 1921 in Wien auf der Gründungskonferenz von den zentristischen Parteien und Gruppen gebildet, die unter dem Druck der revolutionär gesinnten Arbeitermassen zeitweilig aus der II. Internationale ausgeschieden waren. Die Führer der Internationale II½ (F. Adler, O. Bauer, L. Martow und andere), die in Worten die

- II. Internationale kritisierten, trieben in Wirklichkeit in allen wichtigsten Fragen der proletarischen Bewegung eine opportunistische Politik und waren bestrebt, die geschaffene Vereinigung auszunutzen, um dem wachsenden Einfluss der Kommunisten auf die Arbeitermassen entgegenzuwirken. Im Jahre 1923 vereinigte sich die Internationale II½ wieder mit der II. Internationale.
11. Der „Aktions- und Propagandarat der Völker des Ostens“ wurde auf Beschluss des I. Kongresses der Völker des Ostens gebildet, der im September 1920 in Baku stattfand. Der Rat setzte sich zum Ziel, die Befreiungsbewegung im Osten zu unterstützen und zu vereinigen; er bestand etwa ein Jahr.
 12. Der I. Kongress der werktätigen Frauen der Sozialistischen Sowjetischen Bergrepublik tagte vom 16. bis zum 18. Juni 1921 in Wladikawkas. Auf dem Kongress waren 152 Delegierte anwesend: Tschetscheninnen, Ossetinnen, Tatarinnen, Kabardinerinnen, Ballarierinnen und andere, die aus den entlegenen Bergdörfern eingetroffen waren. Der Kongress behandelte folgende Fragen: die wirtschaftliche und rechtliche Lage der Frauen des Ostens früher und jetzt, die Heimarbeit und die Beteiligung der Frauen der Bergvölker daran, die Volksbildung und die Frau des Ostens, ein Referat über Mutter- und Säuglingsschutz und andere. Das Telegramm J. W. Stalins wurde dem Kongress in der Abendsitzung des 18. Juni bekannt gegeben. Der Kongress sandte an J. W. Stalin ein Begrüßungstelegramm.
 13. Die Autonome Sozialistische Sowjetische Bergrepublik wurde auf Grund des Dekrets des Allrussischen ZEK vom 20. Januar 1921 gebildet. Der Autonomen Sozialistischen Sowjetischen Bergrepublik gehörten ursprünglich der Tschetschenische, der Nasranowsche, der Wladikawkasische, der Kabardinische, der Balkarische und der Karatschajewsche Kreis an. In den Jahren 1921 bis 1924 sonderten sich nacheinander eine Reihe autonomer nationaler Gebiete aus der Autonomen Sozialistischen Sowjetischen Bergrepublik aus. Durch ein Dekret des Allrussischen ZEK vom 7. Juli 1924 wurde die Autonome Sozialistische Sowjetische Bergrepublik aufgelöst.
 14. Gemeint sind die 21 Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale, die am 6. August 1920 vom II. Kongress der Komintern bestätigt wurden.
 15. Gemeint sind W.I. Lenins Aprilthesen „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 24, S. 1 bis 7 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. 11, S.7-11]).
 16. Gemeint ist der konterrevolutionäre Aufstand in Kronstadt im März 1921 (siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.239 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S.311/312]).
 17. W. I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 9, S. 1-119 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 419-532]).
 18. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 8 (russ.).
 19. W. I. Lenin, „Ein Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 10, S. 175-250, russ.).
 20. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 26, S.217-229 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.256-268].
 21. Gemeint ist die Schrift W. I. Lenins „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 27, S.207-246 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 357-392]).
 22. „Credo“ - Manifest einer Gruppe von „Ökonomen“. (Über das Credo siehe W. I. Lenin, „Protest der Sozialdemokraten Rußlands“, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 4, S. 149-163, russ.)

23. W. I. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S.1-97 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 669-757]).
24. Die Demokratische Beratung fand vom 14. bis zum 22. September 1917 in Petrograd statt. Die Beratung wurde von den menschewistischen und sozial-revolutionären Führern des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und des Exekutivkomitees der Sowjets der Bauerndeputierten einberufen und bestand aus Vertretern der sozialistischen Parteien, der paktiererischen Sowjets, der Gewerkschaften, der Semstvos, der Handels- und Industriekreise und der Truppenteile. Die Beratung setzte ein Vorparlament (Provisorischer Rat der Republik) ein - ein beratendes Organ bei der Provisorischen Regierung. Die Paktierer glaubten, mit Hilfe des Vorparlaments die Revolution zum Stillstand bringen und das Land vom Wege der Sowjetrevolution auf den Weg der bürgerlich-konstitutionellen Entwicklung führen zu können.
25. W. I. Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 28, S. 207-302 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.411-502]).
26. Gemeint ist W. I. Lenins Werk „Was tun?“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 5, S. 319-494 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 175-324]).
27. Siehe K. Marx und F. Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1939, S. 40/41 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 23].
28. J. W. Stalin kam Ende Juni 1921 aus Naltschik (wo er zur Kur weilte) nach Tiflis, um an den Arbeiten des Plenums des Kaukasischen Büros des ZK der KPR(B), das gemeinsam mit Vertretern der lokalen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen stattfand, teilzunehmen. Das Plenum fand vom 2. bis zum 7. Juli statt und behandelte die wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Fragen des Aufbaus der transkaukasischen Sowjetrepubliken. In der unter J. W. Stalins Leitung ausgearbeiteten Resolution zum Bericht über die politische Lage legte das Plenum die Aufgaben der Kommunisten Transkaukasiens fest und versetzte den Vertretern der nationalistischen Abweichung einen entscheidenden Schlag. Das Plenum beschloss, eine Kommission zur Vereinigung der wirtschaftlichen Tätigkeit der transkaukasischen Sowjetrepubliken einzusetzen, und beriet über die Lage der Transkaukasischen Eisenbahn, über den Umlauf der Geldnoten in den transkaukasischen Sowjetrepubliken, über die Autonomie des Nagorno-Karabachischen Gebiets, über Adsharien, über die Lage in Abchasien und anderes. In der Mitgliederversammlung der Tifliser Parteiorganisation vom 6. Juli erstattete J. W. Stalin einen Bericht „über die nächsten Aufgaben des Kommunismus in Georgien und Transkaukasien“. Der Bericht wurde am 13. Juli in Nr. 108 der „Prawda Grusii“ (Prawda Georgiens) veröffentlicht und 1921 vom Kaukasischen Büro des ZK der KPR(B) als Sonderbroschüre herausgegeben.
29. Mussawatisten - Partei „Mussawat“ - nationalistische Partei der Bourgeoisie und Gutsherren Aserbaidshans, die 1912 entstand. In der Periode der Oktoberrevolution und des Bürgerkriegs war sie die konterrevolutionäre Hauptkraft in Aserbaidshan. Mit Unterstützung der türkischen und später der englischen Interventen hielten sich die Mussawatisten in Aserbaidshan von September 1918 bis April 1920 an der Macht, dann wurde die mussawatistische Regierung durch die vereinten Anstrengungen der Arbeiter Bakus, der Bauern Aserbaidshans und der ihnen zu Hilfe geeilten Roten Armee gestürzt.
30. Daschnaken - Partei „Daschnakzutjun“ - armenische bürgerlich-nationalistische Partei, die in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstand. In den Jahren 1918 bis 1920 standen die Daschnaken an der Spitze der bürgerlich-nationalistischen Regierung

- Armeniens und verwandelten Armenien in einen Stützpunkt der englischen Interventen im Kampf gegen Sowjetrußland. Die Daschnakenregierung wurde durch den Kampf der von der Roten Armee unterstützten Werktätigen Armeniens im November 1920 gestürzt.
31. Gemeint ist das militärisch-politische Abkommen, das 1904 zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde und als Auftakt zur Bildung der Entente (des imperialistischen Bündnisses Englands, Frankreichs und des zaristischen Rußlands) diente.
 32. „Iskra“ (Der Funke) - erste gesamtrussische illegale marxistische Zeitung, die im Jahre 1900 von W. I. Lenin gegründet wurde (über die Bedeutung und die Rolle der „Iskra“ siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 30-38 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 40-51]).
 33. N. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Petrograd 1920 (siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 31, S. 1-97 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.669 bis 757]).
 34. Siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 28, S. 269 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 470].
 35. Gemeint ist die Konferenz über die Einschränkung der Rüstungen sowie über Fragen des Stillen Ozeans und des Fernen Ostens, die vom 12. November 1921 bis zum 6. Februar 1922 in Washington tagte. An der Konferenz nahmen teil: die USA, England mit seinen Dominien, Japan, Frankreich, Italien, China, Belgien, Holland und Portugal. Sowjetrußland wurde ungeachtet der Proteste der Sowjetregierung nicht zu der Konferenz eingeladen. Die Washingtoner Konferenz vollendete die nach dem Kriege vorgenommene Neuaufteilung der Welt und stellte einen Versuch dar, im Stillen Ozean ein neues Kräfteverhältnis der imperialistischen Mächte zu statuieren. Die in Washington unterzeichneten Abkommen bestimmten die Ausmaße der Seerüstungen der imperialistischen Mächte, ihre Besitzrechte auf die Inseln im Stillen Ozean und statuierten das Prinzip der Politik der „offenen Tür“ in China, das heißt „gleicher Möglichkeiten für den Handel und die Industrie aller Nationen in China“. Die Washingtoner Konferenz beseitigte nicht die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten, sondern verschärfte sie im Gegenteil.
 36. „Swesda“ (Der Stern) - bolschewistische legale Zeitung, die vom 16. Dezember 1910 bis zum 22. April 1912 (anfangs wöchentlich, später zwei- oder dreimal in der Woche) in Petersburg erschien. Die Zeitung wurde von W. I. Lenin ideologisch geleitet; er sandte regelmäßig aus dem Ausland seine Artikel ein. Engste Mitarbeiter der „Swesda“ waren W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, N. N. Baturin, K. S. Jeremejew und andere. Auch A. M. Gorki arbeitete an der Zeitung mit. Im Frühjahr 1912, während seines Aufenthalts in Petersburg, hatte J. W. Stalin die unmittelbare Leitung der Zeitung in der Hand und veröffentlichte in ihr eine Anzahl von Artikeln (siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 225-247 [deutsche Ausgabe S. 204-225]). Die Auflage einzelner Nummern der Zeitung erreichte 50000 bis 60000 Exemplare. Die „Swesda“ bereitete das Erscheinen der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ vor. Am 22. April 1912 verbot die Zarenregierung die „Swesda“. Die Fortsetzung der „Swesda“ war die „Newskaja Swesda“ (Der Newestern), die bis Oktober 1912 erschien.
 37. Zitiert wird der Artikel J. W. Stalins „Unsere Ziele“, der in Nr. 1 der „Prawda“ am 22. April 1912 veröffentlicht wurde (siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 248 [deutsche Ausgabe S. 226]).
 38. Siehe J. W. Stalin, „Werke“, Bd. 2, S. 249 [deutsche Ausgabe S. 227].
 39. Der Prozess gegen die Sozialrevolutionäre fand vom 8. Juni bis zum 7. August 1922 in Moskau statt. Unter den vom Obersten Revolutionstribunal gerichtlich belangten 34

- Angeklagten befanden sich 11 Mitglieder des ZK der Partei der Sozialrevolutionäre. Der Prozess ergab, dass die Partei der Sozialrevolutionäre von den ersten Tagen der sozialistischen Oktoberrevolution an gegen die Sowjetmacht gekämpft, bewaffnete Aufstände und Verschwörungen organisiert, die Interventionen unterstützt und Terrorakte gegen die Führer der bolschewistischen Partei und die Sowjetregierung verübt hatte.
40. Gemeint sind die internationalen Wirtschaftskonferenzen, die in Genua (vom 10. April bis zum 19. Mai 1922) und im Haag (vom 15. Juni bis zum 20. Juli 1922) stattfanden. Die Konferenz in Genua wurde einberufen, um die Beziehungen zwischen der kapitalistischen Welt und Sowjetrußland zu klären. An der Konferenz nahmen auf der einen Seite England, Frankreich, Italien, Japan und andere kapitalistische Staaten und auf der anderen Seite Sowjetrußland teil. Die Vertreter der kapitalistischen Länder stellten der Sowjetdelegation Forderungen, deren Erfüllung die Verwandlung des Sowjetlandes in eine Kolonie des westeuropäischen Kapitals bedeutet hätte (die Forderung nach Bezahlung aller Kriegs- und Vorkriegsschulden, nach Rückgabe des nationalisierten Eigentums an die ausländischen Besitzer u. a.). Die Sowjetdelegation lehnte die Ansprüche der ausländischen Kapitalisten ab. Die Behandlung der Frage wurde einer im Haag zusammengetretenen Sachverständigenkonferenz übertragen. Die Haager Konferenz gelangte in Anbetracht der Unversöhnlichkeit der Standpunkte beider Seiten ebenfalls zu keinem Übereinkommen.
 41. J. W. Stalin leitete die Kommission, die vom Plenum des ZK der KPR(B) am 6. Oktober 1922 zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über die Vereinigung der RSFSR, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Transkaukasischen Föderation und der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingesetzt worden war. Die Kommission leitete die gesamte Vorarbeit für den I. Sowjetkongress der UdSSR.
 42. Gemeint ist das Abkommen, das am 22. Februar 1922 in Moskau von bevollmächtigten Vertretern der unabhängigen Republiken Aserbaidshan, Armenien, Georgien, Bjelorußland, Ukraine, Choresm, Buchara, der Fernöstlichen Republik und der RSFSR unterzeichnet wurde, wonach die Vertretung der genannten Republiken auf der allgemeinen europäischen Wirtschaftskonferenz in Genua der RSFSR übertragen wurde.
 43. Die Fernöstliche Republik bestand von April 1920 bis November 1922. Der Fernöstlichen Republik gehörten an: Baikalien, Transbaikalien, das Amurgebiet, das Küstengebiet, Kamtschatka und der nördliche Teil von Sachalin.
 44. Die Transkaukasische Föderation - die Föderative Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Transkaukasiens wurde am 12. März 1922 von der bevollmächtigten Konferenz der Vertreter der zentralen Exekutivkomitees Georgiens, Aserbaidshans und Armeniens gegründet. Im Dezember 1922 wurde die Föderative Union zur Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (TSFSR) umgebildet. Die Transkaukasische Föderation bestand bis zum Jahre 1936. Laut Verfassung der Union der SSR von 1936 gehören die Armenische, Aserbaidshanische und Georgische Sozialistische Sowjetrepublik der UdSSR als Unionsrepubliken an. (Über die Transkaukasische Föderation siehe den vorliegenden Band, 5.227-232, 251-257 [deutsche Ausgabe S. 199--203, 219-225].)
 45. Die sowjetischen Volksrepubliken Buchara und Choresm wurden 1920 als Ergebnis der siegreichen Volksaufstände auf dem Territorium der früheren Khanate Buchara und Chiwa gebildet. Ende 1924 und Anfang 1925 wurden im Zusammenhang mit der staatlichen Einteilung Mittelasiens nach dem nationalen Merkmal die Territorien der Republiken Buchara und Choresm in die neugebildeten Unionsrepubliken, nämlich die Turkmenische und die Usbekische Sozialistische Sowjetrepublik, in die Tadshikische

- Autonome Sozialistische Sowjetrepublik und in das Kara-Kalpakische Autonome Gebiet eingegliedert.
46. Der X. Allrussische Sowjetkongress tagte vom 23. bis zum 27. Dezember 1922 in Moskau. An dem Kongress nahmen 2215 Delegierte teil, darunter von den Vertragsrepubliken - der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik - 488 Delegierte, die nach Moskau gekommen waren, um am I. Sowjetkongress der UdSSR teilzunehmen, und als Ehrengäste zum X. Allrussischen Kongress eingeladen worden waren. Der X. Allrussische Sowjetkongress behandelte den Rechenschaftsbericht des Allrussischen ZEK und des Rates der Volkskommissare über die Innen- und Außenpolitik der Republik, den Bericht über den Zustand der Industrie, den Bericht des Volkskommissariats für Landwirtschaft (Ergebnisse der Arbeiten zur Hebung der bäuerlichen Wirtschaft), den Bericht des Volkskommissariats für Bildungswesen, den Bericht des Volkskommissariats für Finanzen und den Antrag der sowjetischen Vertragsrepubliken auf Bildung einer Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Das Referat über die Vereinigung der Sowjetrepubliken hielt am 26. Dezember J. W. Stalin. Die von J. W. Stalin eingebrachte Resolution wurde vom Kongress einstimmig angenommen. Nach dem Referat J. W. Stalins ergriffen Vertreter der Ukraine, Aserbaidshans, Georgiens, Armeniens und Bjelorußlands das Wort und begrüßten im Namen ihrer Völker die Vereinigung der Sowjetrepubliken zu einem einheitlichen Bundesstaat, der UdSSR.
 47. Gemeint sind die Verhandlungen der Sowjetregierung mit dem englischen Industriellen Urquhart über den Abschluss eines Konzessionsvertrags zur Erschließung der Bodenschätze im Ural und in Kasachstan. Der Entwurf des Vertrags wurde am 6. Oktober 1922 vom Rat der Volkskommissare in Anbetracht der von Urquhart vorgeschlagenen knechtenden Bedingungen sowie der feindseligen Politik der englischen konservativen Regierung gegenüber Sowjetrußland abgelehnt. Die Ablehnung des Vertrags mit Urquhart durch die Sowjetregierung diente als Anlass zur Verstärkung der antisowjetischen Kampagne in der bürgerlichen Presse.
 48. Die Konferenz von Lausanne (vom 20. November 1922 bis zum 24. Juli 1923) wurde auf Initiative Frankreichs, Englands und Italiens zur Beratung des Problems des Nahen Ostens einberufen. (Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Griechenland und der Türkei, Festlegung der türkischen Grenzen, Annahme einer Konvention über die Meerengen usw.) Außer den genannten Ländern nahmen an der Konferenz Japan, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und die Türkei teil (Vertreter der USA waren als Beobachter anwesend). Sowjetrußland wurde zur Konferenz nur zur Beratung der Frage der Meerengen (Bosporus, Dardanellen) eingeladen. Auf der Konferenz wandte sich die Sowjetdelegation in der Kommission zur Frage der Meerengen gegen das Projekt, die Meerengen für Kriegsschiffe sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten offen zuhalten, und brachte ihr eigenes Projekt ein, laut dem die Meerengen für Kriegsschiffe, welchem Staat sie auch gehören, die Türkei ausgenommen, vollständig geschlossen werden sollten. Das Projekt der Sowjetdelegation wurde von der Kommission abgelehnt.
 49. Der I. Sowjetkongress der UdSSR tagte am 30. Dezember 1922 in Moskau. Auf dem Kongress waren 1727 Delegierte von der RSFSR, 364 Delegierte von der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, 91 Delegierte von der Transkaukasischen Föderation und 33 Delegierte von der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik anwesend. Der Kongress behandelte das Referat J. W. Stalins über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, bestätigte

- die Deklaration und den Bundesvertrag über die Bildung der UdSSR und wählte das Zentralexekutivkomitee der Union der SSR.
50. Die Konferenz der bevollmächtigten Delegationen der RSFSR, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Bjelorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik tagte am 29. Dezember 1922. Die Konferenz erörterte und beschloss die Deklaration und den Vertrag über die Bildung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. J. W. Stalin teilte in einer Rede der Konferenz die Tagesordnung des I. Sowjetkongresses der UdSSR mit. Die Konferenz beauftragte J. W. Stalin, auf dem Kongress das Referat über die Bildung der UdSSR zu halten. Am Morgen des 30. Dezember unterzeichneten die bevollmächtigten Delegationen die Deklaration und den Vertrag über die Bildung der UdSSR.
 51. Der Artikel J. W. Stalins „Zur Frage der Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ wurde in Nr. 56 der „Prawda“ vom 14. März 1923 veröffentlicht, die dem 25. Jahrestag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) gewidmet war, sowie in Nr. 57, 58 und 59 der „Petrogradskaja Prawda“ (Petrograder Prawda) vom 14., 15. und 16. März 1923 und in Nr.7 (46) der Zeitschrift „Kommunistitscheskaja Rewoluzija“ (Die kommunistische Revolution) vom 1. April 1923. Später wurde ein Auszug dieses Artikels unter der Überschrift „Die Oktoberrevolution und die Strategie der russischen Kommunisten“ in J.W. Stalin „Über die Oktoberrevolution“, Moskau 1932, veröffentlicht.
 52. Swerdlow-Universität - die Kommunistische Arbeiter- und Bauernuniversität namens J. M. Swerdlow.
Auf Initiative J. M. Swerdlows wurden im Jahre 1918 beim Allrussischen ZEK kurzfristige Lehrgänge für Agitation und Propaganda organisiert, die im Januar 1919 in Schule der Sowjetarbeit umbenannt wurden. Auf der Grundlage dieser Schule wurde auf Beschluss des VIII. Parteitags der KPR(B) die Zentralschule für Sowjet- und Parteiarbeit geschaffen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1919 wurde die Zentralschule für Sowjet- und Parteiarbeit zur Kommunistischen Arbeiter- und Bauernuniversität namens J. M. Swerdlow umgebildet.
 53. Gruppe „Befreiung der Arbeit“ - erste russische marxistische Gruppe, die 1883 in Genf von G. W. Plechanow gegründet wurde. (Über die Tätigkeit der Gruppe und ihre historische Rolle siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S.10-17 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 14-23].)
 54. Während der politischen Massendemonstration in Petrograd am 20. und 21. April 1917 hatte eine Gruppe von Mitgliedern des Petrograder Komitees der bolschewistischen Partei (Bagdatjew und andere) entgegen der Direktive des ZK der Bolschewiki über den friedlichen Charakter der Demonstration die Losung des sofortigen Sturzes der Provisorischen Regierung aufgestellt. Das Zentralkomitee der Partei verurteilte die Haltung dieser „linken“ Abenteurer (siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd.24, S.181 bis 182, russ.).
 55. W.I. Lenin, „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 9, S. 1-119 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 419-5321]).
 56. Die „Kontaktkommission“, bestehend aus Tschcheidse, Steklow, Suchanow, Filippowski und Skobelew (später traten ihr Tschernow und Zereteli bei), wurde von dem menschewistisch-sozialrevolutionären Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten am 7. März 1917 zur Herstellung des Kontakts mit der Provisorischen Regierung, zur „Einwirkung“ auf diese und zur „Kontrolle“ über ihre Tätigkeit eingesetzt. In Wirklichkeit half die „Kontaktkommission“ der Provisorischen Regierung bei der Durchführung ihrer

- bürgerlichen Politik und suchte die Arbeitermassen vom aktiven revolutionären Kampf für den Übergang der gesamten Macht an die Sowjets zurückzuhalten. Die „Kontaktkommission“ bestand bis Mai 1917, als die Vertreter der Menschewiki und Sozialrevolutionäre direkt in die Provisorische Regierung eintraten.
57. W. I. Lenin, „Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 24, S. 1-7 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S.7-11]).
 58. Der Entwurf der Thesen über die nationale Frage zum XII. Parteitag wurde auf dem Plenum des ZK der KPR(B) am 21. Februar 1923 beraten. Für die Redaktion der Thesen wurde eine Kommission mit J. W. Stalin an der Spitze gebildet. Das Politbüro des ZK der KPR(B) prüfte und bestätigte die Thesen am 22. März, am 24. März wurden sie in Nr. 65 der „Prawda“ veröffentlicht.
 59. Smena-Wech-Strömung - 1921 im Ausland innerhalb der russischen weißgardistischen Emigration entstandene bürgerliche politische Strömung unter Führung der Gruppe N. Ustrjalows, J. Kljutschnikows und anderer, die die Zeitschrift „Smena-Wech“ (Wechsel der Wegzeichen) herausgab (zuerst erschien ein Sammelbuch unter demselben Titel). Ideologisch widerspiegelte die Smena-Wech-Strömung die Auffassungen der Bourgeoisie, die auf den offenen bewaffneten Kampf gegen die Sowjetmacht verzichtete. Die Smena-Wech-Leute rechneten im Zusammenhang mit dem Übergang Sowjetrußlands zur Neuen Ökonomischen Politik auf eine allmähliche Umwandlung des Sowjetsystems im Geiste der bürgerlichen Demokratie.
 60. Die Resolution des X. Parteitags der KPR(B) „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 386, russ.
 61. Der XII. Parteitag der KPR(B) tagte vom 17. bis zum 25. April 1923. Er war der erste Parteitag nach dem Siege der sozialistischen Oktoberrevolution, an dem W.I. Lenin nicht teilnehmen konnte. Der Parteitag behandelte die Berichte des ZK, der ZKK, der russischen Vertretung im Exekutivkomitee der Komintern sowie die Referate über die Industrie, über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau, über die Steuerpolitik auf dem Lande, über die Rayonierung und andere. Der Parteitag berücksichtigte in seinen Beschlüssen alle Hinweise W. I. Lenins, die er in seinen letzten Artikeln und Briefen gegeben hatte. Der XII. Parteitag der KPR(B) zog das Fazit aus den Ergebnissen der Neuen Ökonomischen Politik während der ersten zwei Jahre und erteilte Trotzki, Bucharin und ihren Anhängern, die die NÖP als Rückzug von den sozialistischen Positionen auffassten, eine entschiedene Abfuhr. Große Aufmerksamkeit widmete der Parteitag der organisatorischen und der nationalen Frage. In der Abendsitzung des 17. April erstattete J. W. Stalin den organisatorischen Bericht des ZK. In der zum Bericht des ZK angenommenen Resolution billigte der Parteitag den Leninschen Plan der Reorganisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion sowie der ZKK und stellte die Verbesserung des organisatorischen Apparats des ZK und der ganzen organisatorischen Arbeit fest. Am 23. April hielt J. W. Stalin vor dem Parteitag das Referat „Über die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau“. Die Diskussion zum Referat fand am 23. und 24. April statt; die weitere Behandlung der Frage wurde der nationalen Sektion des Parteitags übertragen, die unter unmittelbarer Leitung J.W. Stalins arbeitete. Am 25. April bestätigte der Parteitag die von der Sektion eingebrachte Resolution; der Resolution wurden die Thesen J. W. Stalins zugrunde gelegt. Der Parteitag entlarvte die Vertreter der nationalistischen Abweichung und rief die Partei zum entschlossenen Kampf gegen die Abweichungen in der nationalen Frage auf - gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen

- bürgerlichen Nationalismus. (Über den XII. Parteitag der KPR(B) siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 250-252 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 326-329]. Die Resolutionen des Parteitags siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 472-524, russ.)
62. „Iswestija Zentralnowo Komiteta Rossiskoi Kommunistitscheskoi Partei (B)“ (Nachrichten des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands [Bolschewiki]) - Informationszeitschrift, die auf Beschluss des VIII. Parteitags der KPR(B) gegründet wurde und vom 28. Mai 1919 bis zum 10. Oktober 1929 erschien (die ersten 20 Nummern erschienen als Beilage zur „Prawda“). Allmählich verwandelten sich die „Iswestija ZK“ aus einem Informationsbulletin in eine zentrale Zeitschrift der Partei und wurden 1929 zur Zeitschrift „Partinoje Stroitelstwo“ (Parteiaufbau) umgebildet. Der „Bericht des ZK der KPR an den XII. Parteitag“ wurde in Nr. 4 (52) der „Iswestija ZK“ im April 1923 veröffentlicht.
 63. J. W. Stalin meint die Artikel „Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen“ und „Lieber weniger, aber besser“ (siehe W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 33, S.440 460 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. II, S. 1000-1020]).
 64. J. W. Stalin meint die Broschüre „Unser Funktionärkörper in der Industrie. (Nach Materialien der Abteilung für Registrierung und Verteilung im ZK der KPR)“. Moskau 1923 (russ.).
 65. Der Allrussische Kongress der einfachen Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre fand vom 18. bis zum 20. März 1923 in Moskau statt. Der Kongress konstatierte, dass die Partei der Sozialrevolutionäre sich endgültig zersetzt hat und dass ihre führenden Organe in der Emigration kein Recht haben, im Namen der nicht existierenden Partei aufzutreten.
 66. Das Diskussionsblatt wurde in der „Prawda“ kurz vor dem XII. Parteitag der KPR(B) unter dem Titel „Diskussionsblatt zum Parteitag“ gedruckt. Es erschienen 5 Nummern, vier vor dem Parteitag und eine Nummer während des Parteitags („Prawda“ Nr.46, 65, 75, 82, 86 vom 1. 24. März, 5., 15. und 20. April 1923).
 67. J. W. Stalin meint die parteifeindliche Gruppe des „Demokratischen Zentralismus“. (Über diese Gruppe siehe „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“, S. 229, 242 [deutsche Ausgabe, Berlin 1951, S. 300, 315].)
 68. Gemeint ist die VII. Allrussische Konferenz (Aprillkonferenz) der SDAPR(B), die vom 24. bis zum 29. April 1917 tagte. J. W. Stalin hielt auf dieser Konferenz das Referat zur nationalen Frage; der Entwurf der Resolution zum Referat wurde von W. I. Lenin verfasst. (Die Resolutionen der Konferenz siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S.225-239, russ.)
 69. „Sozialistitscheski Wjestnik“ (Der sozialistische Bote) - Organ der menschowistischen weißen Emigranten, das von Martow im Februar 1921 gegründet wurde; es erschien bis März 1933 in Berlin, von Mai 1933 bis Juni 1940 in Paris und später in Amerika. Der „Sozialistitscheski Wjestnik“ ist ein Sprachrohr reaktionärster imperialistischer Kreise.
 70. Basmatschenbewegung - konterrevolutionäre nationalistische Bewegung in Mittelasien (Turkestan, Buchara, Choresm) in den Jahren 1918 bis 1924, die in Form eines offenen politischen Banditentums in Erscheinung trat; an ihrer Spitze standen Begs und Mullahs, deren Ziel es war, die mittelasiatischen Republiken von Sowjetrußland loszureißen und die Herrschaft der Ausbeuterklassen wiederherzustellen. Die Basmatschenbewegung wurde aktiv von den englischen

- Imperialisten unterstützt, die bestrebt waren, Mittelasien in ihre Kolonie zu verwandeln.
71. Siehe W. I. Lenin, „Über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 20, S. 406 [deutsch in „Ausgewählte Werke“ in zwei Bänden, Bd. I, S. 711].
 72. W. I. Lenin, „Die sozialistische Revolution und das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung“ (siehe „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 22, S. 136, russ.).
 73. „Bjednota“ (Die Armut) - Tageszeitung, Organ des ZK der KPdSU(B), die von März 1918 bis Januar 1931 erschien.
 74. W. I. Lenin, „Werke“, 4. Ausgabe, Bd. 5, S. 10-11 (russ.).
 75. Die auf Initiative J. W. Stalins einberufene vierte Beratung des ZK der KPR(B) mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete tagte in Moskau vom 9. bis zum 12. Juni 1923. Außer den Mitgliedern und Kandidaten des ZK der KPR(B) nahmen an der Beratung 58 Vertreter der nationalen Republiken und Gebiete teil. Der Hauptpunkt der Tagesordnung der Beratung war das Referat J. W. Stalins „Die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Resolution des XII. Parteitags zur nationalen Frage“. Vertreter von 20 Parteiorganisationen der nationalen Republiken und Gebiete erstatteten Berichte über die Lage in den Ortsorganisationen. Die Beratung behandelte ebenfalls den Bericht der ZKK über die partei- und sowjetfeindliche Tätigkeit Sultan-Galijews. (Die Resolutionen der Beratung siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S. 525-530, russ.)
 76. Der Entwurf einer Plattform zur nationalen Frage wurde von J. W. Stalin Ende Mai 1923 im Zusammenhang mit der Vorbereitung der IV. Beratung verfasst und am 4. Juni vom Politbüro des ZK der KPR(B) bestätigt. Der Entwurf wurde von der Beratung als Resolution zum Referat J. W. Stalins über „Die praktischen Maßnahmen zur Verwirklichung der Resolution des XII. Parteitags zur nationalen Frage“ angenommen.
 77. Die Kommission des ZK-Plenums der KPR(B) zur Ausarbeitung praktischer Vorschläge über die UdSSR wurde auf Beschluss des Plenums des ZK der KPR(B) vom 24. Februar 1923 gebildet. An der Spitze der Kommission, in der die Parteiorganisationen aller Unionsrepubliken vertreten waren, stand J. W. Stalin. Die Kommission leitete die Ausarbeitung des Entwurfs der Verfassung der UdSSR.
 78. Die Kommission des Präsidiums des ZEK der UdSSR zur Ausarbeitung der Verfassung der UdSSR bestand aus 25 Vertretern der Unionsrepubliken. J. W. Stalin vertrat in der Kommission die RSFSR. Die Plenartagungen der Kommission, auf denen der Verfassungsentwurf beraten wurde, fanden vom 8. bis zum 16. Juni 1923 statt.
 79. J. W. Stalin zitiert den Brief von K. Marx an F. Engels vom 16. April 1856 nach dem Buch K. Marx und F. Engels, „Briefe“, Moskau 1922 (siehe K. Marx, F. Engels, „Werke“, Bd. XXII, S. 139 [deutsch in „Marx-Engels, Briefwechsel“, Bd. 11, S. 166]).
 80. Der Erste Allrussische Kongress der Arbeiterinnen und Bäuerinnen tagte vom 16. bis zum 21. November 1918 in Moskau. An dem Kongress nahmen 1147 Frauen als Delegierte teil. Am 19. November hielt W. I. Lenin eine Rede vor dem Kongress. Der Kongress sprach den Wunsch aus, dass bei den Parteikomitees spezielle Organe für die Arbeit unter den Frauen geschaffen würden. Nach dem Kongress wurden auf Beschluss des ZK der KPR(B) bei den Parteikomitees Kommissionen für die Agitation und Propaganda unter den Frauen ins Leben gerufen, und beim ZK der KPR(B) wurde eine zentrale Kommission gebildet.

81. Es handelt sich um die Kommission, die auf Beschluss des Politbüros und des vom 23. bis zum 25. September 1923 stattgefundenen Plenums des ZK der KPR(B) eingesetzt wurde.
82. Die Resolution über den Parteaufbau wurde in der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK der KPR(B) und des Präsidiums der ZKK am 5. Dezember 1923 angenommen und in Nr. 278 der „Prawda“ vom 7. Dezember 1923 veröffentlicht.
83. Gemeint ist das vereinigte Plenum des ZK der KPR(B) und der ZKK, das vom 25. bis zum 27. Oktober 1923 gemeinsam mit Vertretern von zehn Parteiorganisationen stattfand. (Die Resolution des Plenums siehe in „Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, Teil I, 1941, S.5311532, russ.)
84. Gemeint ist die anonyme Plattform, die kurz vor dem XII. Parteitag der KPR(B) von einer illegalen konterrevolutionären Gruppe herausgegeben wurde, die sich „Arbeitergruppe“ nannte. (Die „Arbeitergruppe“ war im Jahre 1923 in Moskau von den aus der Partei Ausgeschlossenen, Mjasnikow und Kusnezow, gebildet worden und vereinigte eine unbedeutende Anzahl von Teilnehmern; im Herbst 1923 wurde sie liquidiert.)
85. J. W. Stalin meint den „Bericht des ZK der KPR zum XII. Parteitag“, der in Nr.4 (52) der Zeitschrift „Iswestija ZK KPR(B)“ im April 1923 veröffentlicht wurde.
86. „Kommunist“ - Tageszeitung, Organ des Zentralkomitees und des Bakuer Komitees der Kommunistischen Partei Aserbaidshans (Bolschewiki), die in aserbaidshanischer Sprache erscheint. Die erste Nummer wurde von der bolschewistischen Organisation Aserbaidshans am 29. August 1919 illegal herausgegeben; nach dem Erscheinen der ersten Nummer wurde die Zeitung von der mussawatistischen Regierung verboten. Mit der Errichtung der Sowjetmacht in Aserbaidshan begann die Zeitung am 30. April 1920 wieder zu erscheinen. Der Gruß J. W. Stalins wurde im „Kommunist“ am 29. Dezember 1923 in aserbaidshanischer Sprache und in den Zeitungen „Bakinski Rabotschi“ (Der Bakuer Arbeiter) am 30. Dezember 1923 und „Sarja Wostoka“ (Morgenröte des Ostens) am 3. Januar 1924 in russischer Sprache veröffentlicht.

ENDE BAND 5